

Tzu-hsin Tu

Die Deutsche Ostsiedlung als Ideologie
bis zum Ende des Ersten Weltkriegs

Die vorliegende Arbeit wurde vom Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Universität Kassel als Dissertation zur Erlangung des akademischen Grades eines Doktors der Philosophie (Dr. phil.) angenommen.

Erster Gutachter: Prof. Dr. Jens Flemming

Zweiter Gutachter: Prof. Dr. Dietmar Hüser

Tag der mündlichen Prüfung

9. Juli 2009

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar

Zugl.: Kassel, Univ., Diss. 2009

ISBN print: 978-3-89958-802-6

ISBN online: 978-3-89958-803-3

URN: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0002-8034>

© 2009, kassel university press GmbH, Kassel
www.upress.uni-kassel.de

Printed in Germany

Vorwort

Die vorliegende Untersuchung ist eine überarbeitete Fassung meiner Disseration, die am 9. Juli 2009 vom Institut für die neuere und neueste Geschichte am Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Universität Kassel angenommen worden ist. Erster Gutachter war Herr Prof. Dr. Jens Flemming, zweiter Gutachter Herr Prof. Dr. Dietmar Hüser. Die Disputation fand am 9. Juli 2009 statt.

Zuallererst möchte ich all jenen meinen herzlichen Dank sagen, die mich während der Abfassung meiner Dissertation beraten und unterstützt haben. Der erste Dank gilt meinem verehrten akademischen Lehrer, Herrn Prof. Dr. Jens Flemming, der in allen Höhen und Tiefen entscheidenden Anteil an meiner Arbeit genommen hat. Seiner Betreuung und seinen profunden geschichtlichen Kenntnissen über Deutschland und Osteuropa hat diese Arbeit sehr viel zu verdanken. Bedanken möchte ich mich auch bei Herrn Prof. Dr. Dietmar Hüser für die konstruktiven Gespräche und die Übernahme des Korreferats.

Ein großer Dank gebührt darüber hinaus meinen Freunden Bertram Hupe, Mirjam Sachse und Jürgen Lachmann, die sich um das Korrekturlesen verdient gemacht haben, und die mich immer wieder aufgemuntert haben.

Schließlich gilt meine besondere Dankbarkeit meinen Eltern und Geschwistern sowie meiner gesamten Familie. Ohne ihre menschliche Anteilnahme und auch ohne ihre finanzielle Unterstützung hätte meine Arbeit nicht so reibungslos verlaufen können.

Marburg, im September 2009

Tzu-hsin Tu

Inhaltsverzeichnis

VORWORT.....	3
INHALTSVERZEICHNIS.....	4
1 EINLEITUNG	7
1.1 Forschungsansatz	7
1.2 Definition des Terminus und Forschungsgegenstand	9
1.3 Quellen und Methode.....	12
2 DIE GESCHICHTE DER DEUTSCHEN OSTSIEDLUNG UND IHRE ENTDECKUNG DURCH DIE GESCHICHTSWISSENSCHAFT	15
2.1 Überblick über den Verlauf der mittelalterlichen deutschen Ostsiedlung.....	16
2.2 Die Entdeckung der mittelalterlichen deutschen Ostsiedlung durch die Geschichtswissenschaft	22
2.2.1 Die Darstellung der deutschen Ostsiedlung in der deutschen Geschichtsschreibung bis zum Ende des 18. Jahrhunderts.....	24
2.2.2 Die Geschichte der mittelalterlichen deutschen Ostsiedlung in der slawischen Historiographie bis zum Ende des 18. Jahrhunderts.....	32
2.2.3 Die Wahrnehmung der Geschichte der Ostsiedlung und der Wandel der deutschen Geisteswelt	34
3 DER IDEOLOGISIERUNGSPROZESS DER DEUTSCHEN OSTSIEDLUNGSGESCHICHTE	40
3.1 Das „Polenmotiv“ in der Ideologie der Geschichte der Ostsiedlung	41
3.1.1 Die Wurzel des deutsch-polnischen Nationalkonfliktes: Die Entstehung des preußisch-polnischen Antagonismus	42
3.1.2 Die Teilung Polens und ihre Rolle im Prozess der Ideologisierung der Geschichte der deutschen Ostsiedlung.....	47
3.1.3 Die Epoche der deutschen „Polenbegeisterung“ und die preußische Germanisierungspolitik	52
3.2 Die gegensätzlichen Sichtweisen von Deutschen und Slawen auf die Geschichte der deutschen Ostsiedlung.....	60

3.2.1	Vom preußisch-polnischen Antagonismus zur nationalen deutsch-polnischen Feindschaft: Der grundlegende Wandel der Urteile über die Geschichte der deutschen Ostsiedlung in der deutschen Geschichtswissenschaft und Publizistik bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts	61
3.2.2	Die polnischen Antithesen bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts	76
4	DIE IDEOLOGISIERTE DEUTSCHE OSTSIEDLUNGSGESCHICHTE IN DER NATIONALISTISCHEN EPOCHE	81
4.1	Das Bild der deutschen Ostsiedlung im Erweckungsprozess des gesamtslawischen Nationalgefühles bzw. der panslawischen Bewegungen und seine deutsche Antithese	82
4.1.1	Das Bild der deutschen Ostsiedlung im Prozess der Herausbildung des gesamtslawischen Gemeinschaftsgefühls	83
4.1.2	Die nationale deutsch-slawische Konfrontation bzw. die Ostsiedlungsgeschichte als Streitpunkt auf dem Slawenkongress	89
4.1.3	Die deutsche Reaktion auf die panslawische Bewegung	92
4.2	Die Ostsiedlungsgeschichte und ihre politische Instrumentalisierung im nationalen deutsch-slawischen Konflikt seit der Mitte des 19. Jahrhunderts	97
4.2.1	Die ideologisierte deutsche Ostsiedlungsgeschichte als Streitobjekt zwischen Deutschen und Polen in der Gründungsepoche des preußisch-deutschen Nationalstaates	98
4.2.2	Die Problematik der mittelalterlichen deutschen Ostsiedlung in den Auseinandersetzungen zwischen Deutschen und Tschechen in der Habsburgermonarchie	114
4.2.3	Die Funktion der ideologisierten deutschen Ostsiedlungsgeschichte im russischen Panslawismus	121
5	DIE IDEOLOGISIERTE DEUTSCHE OSTSIEDLUNGSGESCHICHTE IM ZEITALTER DES IMPERIALISMUS.....	129
5.1	Das ideologisierte Ostsiedlungsbild in der Epoche des Nationalitätenkampfes vom Ende 19. Jahrhundert bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts	130
5.1.1	Die Verwendung der ideologisierten Ostsiedlungsgeschichte in der Nationalitätenpolitik im Deutschen Kaiserreich und polnische Antwort.....	131
5.1.2	Das ideologisierte Bild der deutschen Ostsiedlungsgeschichte als Streitpunkt und deutsch-tschechischer Antagonismus in der Habsburgermonarchie	160
5.2	Das ideologische Bild der deutschen Ostsiedlung in der deutschen Kriegszielpropaganda und seine slawische Antithese	167
5.2.1	Die ideologisierte deutsche Ostsiedlungsgeschichte als Instrument der Ostexpansion der deutschen Imperialisten	168
5.2.2	Die deutsche Ostsiedlungsgeschichte als Feindbild des russischen Panslawismus und Imperialismus	183
6	SCHLUSSBETRACHTUNG	192

7	QUELLEN- UND LITERATURVERZEICHNIS	201
7.1	Ungedruckte Quellen	201
7.2	Literatur.....	201
7.3	Zeitungen und Zeitschriften	211

1 Einleitung

1.1 Forschungsansatz

Im Dritten Reich erfreute sich ein Lied besonderer Beliebtheit, in dessen flämischem Originaltext die folgende Strophe vorkam:

Naer Oostland willen wij rijden, naer Oostland willen wij rijden [...]. Deer isser en betere stee.¹

Dieses Lied war in seiner deutschen Übersetzung „Gen Ostland wollen wir reiten“ damals in vielen Lesebüchern zu finden, und unter dem Einfluss der Propaganda der Nazis wurde es gerne und häufig gesungen. Das Thema dieses sogenannten „Ostlandfahrerliedes“ wurde von den Nazis gerne aufgegriffen und zu einem „deutschen Ostlandritt“ hochstilisiert. Es diente so der Propaganda, die neuen Lebensraum für das deutsche Volk im Osten erobern wollte. Mit diesem Ziel wurden später Polen und die Sowjetunion angegriffen mit dem Ergebnis, dass mehr als zehn Millionen Deutsche aus den ehemaligen deutschen Ostprovinzen und den deutschen Siedlungsgebieten in Ostmitteleuropa vertrieben wurden. Ursprünglich aber ist es ein Lied aus dem 13. Jahrhundert, und es drängt sich die Frage auf, in welchem Zusammenhang das Lied entstanden ist, und warum es nach 700 Jahren Teil der nationalsozialistischen Propaganda werden konnte.

Entstanden ist es im später sogenannten Zeitalter der „deutschen Ostsiedlung“. Grund für diese mehrere Jahrhunderte andauernde Siedlungsbewegung von Deutschen in Richtung Osten waren die unterschiedlichsten Motive: der Bevölkerungsüberschuss im Westen, die Missionstätigkeit der deutschen Kirchen, territoriale Ambitionen der deutschen Kaiser und Fürsten sowie der Aufruf ostmitteleuropäischer Herrscher an deutsche Bauern und Handwerker zur Niederlassung in ihren Territorien. Innerhalb weniger Jahrhunderte brachen unzählige deutsche Siedler auf breiter Front nach Osten auf. Friesland, Holland, Flandern, das Rheinland, das Moselland, Bayern, Franken, Schwaben, Sachsen, Thüringen und Westfalen waren die Herkunftsländer dieser deutschen Auswanderer. Das oben erwähnte Lied

¹ Oude Vlaemsche Lieder, hrsg. von J. Willens, Gent 1848, S. 35 ff. Zitiert nach: Francis L. Carsten, *Die Entstehung Preußens*, Köln, Berlin 1968, S. 21.

entstand in dieser Zeit. Seinem Ursprung nach hatte es also überhaupt nichts zu tun mit der später von den Nazis propagierten Ostexpansion.

Die Ideologisierung der mittelalterlichen deutschen Ostsiedlung begann jedoch nicht erst in der Hitlerzeit, sondern bereits viel früher. Der Ausgangspunkt dieser Entwicklung ist offensichtlich bereits in der deutschen Romantik und dem anschließenden Aufschwung des deutschen Nationalismus zu Beginn des 19. Jahrhunderts zu suchen, denn damals rückte die Geschichte der mittelalterlichen deutschen Ostsiedlung in den Mittelpunkt des Interesses. Im Laufe des 19. Jahrhunderts wurden dann zwei ganz unterschiedliche ideologische Bilder der deutschen Ostsiedlungsgeschichte entwickelt. Deutsche Historiker erhoben die Ostsiedlung zum Leitbild, um die zeitgenössische Germanisierungspolitik zu rechtfertigen, was das Nationalgefühl der slawischen Völker verletzte und zum Aufschwung des slawischen Nationalismus und Panslawismus beitrug. In der slawischen Literatur und Geschichtswissenschaft bemühte man sich um ein überzeugendes Gegenbild und fand dies schließlich in der Darstellung der deutschen Ostsiedlung als der Geschichte von einem tausendjährigen aggressiven und räuberischen deutschen „Drang nach Osten“. Bevor wir auf diesen Antagonismus näher eingehen können, müssen wir jedoch zunächst die zeitgeschichtlichen Umstände am Beginn des 19. Jahrhunderts rekapitulieren.

In Deutschland war dies die Zeit der napoleonischen Fremdherrschaft und der Befreiungskriege. Durch das Erlebnis des Befreiungskampfes wurde das deutsche Nationalgefühl schlagartig belebt, und eine Welle des Nationalismus ging durch alle deutschen Länder. Die deutschen Nationalisten forderten damals nicht nur die Einheit Deutschlands, sondern auch die vollständige Integration aller in Deutschland lebenden Minderheiten, wobei man vor allem die zahlenmäßig starke slawische Bevölkerungsgruppe im Visier hatte. Der Verweis auf die mittelalterliche deutsche Siedlungsbewegung lieferte den Nationalisten dabei gute Argumente. Die erfolgreiche Germanisierung der slawischen Stämme im Mittelalter sollte sich auch für die zeitgenössische Germanisierungspolitik förderlich erweisen, so die deutschen Nationalisten. Aus Sicht der slawischen Nationalisten und Panslawisten wurde die deutsche Ostsiedlung zum Paradebeispiel des ewigen deutschen „Dranges nach Osten“. Mit der Dämonisierung der Deutschen verfolgten die slawischen Nationalisten das Ziel einer Erneuerung des Slawentums und die Panslawisten wollten einem Zusammenschluss aller ostmitteleuropäischen slawischen Länder näherkommen. Das Bild der mittelalterlichen deutschen Ostsiedlung wurde also auf beiden Seiten national und ideologisch interpretiert, was unweigerlich zu Konflikten führen musste. Die Ideologisierung der Ostsiedlungsgeschichte beförderte nicht nur das Misstrauen zwischen den Deutschen und den slawischen Völkern, sondern kann seit dem Ende

des 19. Jahrhundert auch als eine Ursache von kriegerischen Auseinandersetzungen angesehen werden. Es fragt sich nun, wie das historische Phänomen der mittelalterlichen deutschen Ostsiedlung von beiden Seiten missbraucht wurde, und wie es sich mit der Ideologisierung der deutschen Ostsiedlung eigentlich verhält.

In der vorliegenden Arbeit möchte ich zunächst die Prozesse untersuchen, die zur Ideologisierung der deutschen Ostsiedlung geführt haben, und ich greife die Frage auf, wie sich dieses ideologische Verständnis auf die politische Lage Deutschlands und der ostmitteleuropäischen Länder auswirkte. Der Historiker Thomas Nipperdey hat die Ansicht geäußert, dass sich der deutsche und der polnische Nationalismus gegenseitig aufgeschaukelt und bis ins Extrem radikalisiert hätten.² Ähnlich sieht dies auch Hagen Schulze, der die These aufgestellt hat, dass sich auch die Beziehungen zwischen Deutschen und Tschechen in der Habsburgischen Donaumonarchie immer mehr verschlechtert haben.³ Ausgehend von diesen Thesen gilt mein Interesse den Geschichtsdarstellungen über die deutsche Ostsiedlung von deutschen bzw. slawischen Historikern, Schriftstellern und Publizisten. Die Untersuchung dieser Quellen soll dazu beitragen zu verstehen, welcher Zusammenhang zwischen den deutschen und slawischen Darstellungen der Ostsiedlungsgeschichte und der Steigerung des deutschen bzw. slawischen Nationalismus und des Panslawismus besteht. Es soll gezeigt werden, wie historische Interpretation und Nationalismus in diesem Prozess ineinandergreifen und wie eng diese beiden Sphären miteinander verflochten waren.

1.2 Definition des Terminus und Forschungsgegenstand

Der historische Vorgang „deutsche Ostsiedlung“ wird in historiographischen Werken verschiedener Länder mit unterschiedlichen Termini technici belegt. In den meisten neueren deutschen Forschungsbeiträgen wird sie „die deutsche Ostsiedlung“ genannt,⁴ oder man spricht von der „deutschen Ostkolonisation“.⁵ Manche

² Nipperdey, Thomas, *Deutsche Geschichte 1866-1918*, Band. 2: Machtstaat vor der Demokratie, München 1992, S. 276.

³ Schulze, Hagen, *Siedler Geschichte Europas – Phoenix Europa*, Band. 4: Die Moderne. von 1740 bis heute, Berlin 1998, S. 298.

⁴ Der Terminus „Ostsiedlung“ als umfassender Begriff z. B. bei Appelt, Heinrich, Die mittelalterlich deutsche Siedlung in Schlesien, in: *Deutsche Ostsiedlung in Mittelalter und Neuzeit*, hrsg. von der „Kommission zum Studium der deutschen Geschichte und Kultur im Osten“ an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität, Bonn und Köln 1971, S. 1-20; Pustejovsky, Otfried, Deutsche Ostsiedlung, was ist das? – Problematische Geschichtsdeutung in den Schulbüchern, in: Engel, Hans Ulrich (Hrsg.), *Deutsche Unterwegs – Von der mittelalterlichen Ostsiedlung bis zur Vertreibung im 20. Jahrhundert*, München 1983, S. 144.

deutschen Historiker, so beispielsweise Walter Schlesinger, beschreiben sie als „deutsche Ostbewegung“,⁶ während Hans-Heinrich Nolte den Begriff „deutsche Ostexpansion“ bevorzugt.⁷ Die slawische Historiographie übernahm bis zur zweiten Hälfte des letzten Jahrhunderts das Schlagwort vom „deutschen Drang nach Osten“, und dies gilt für die polnische, tschechische und russische Geschichtsschreibung gleichermaßen.

Fragt man nach dem Grund für diese vielen unterschiedlichen Bezeichnungen, so wird man antworten müssen, dass es sich um einen vielschichtigen historischen Vorgang handelt, an dem sowohl kriegerische Auseinandersetzungen als auch friedliches Miteinander einen Anteil hatten. Der Historiker hat also eine große interpretative Freiheit, und allzu oft war die Interpretation in der Vergangenheit dabei auch von den eigenen nationalen Befindlichkeiten beeinflusst. Aus diesem Grund ist es schwer zu entscheiden, welcher Terminus in dieser Arbeit übernommen werden soll. Ohne die slawische Perspektive zu negieren, habe ich mich für den Begriff „deutsche Ostsiedlung“ entschieden. Dabei ist die Darstellung der Siedlungsvorgänge nur als Rahmen anzusehen, denn der Schwerpunkt meiner Arbeit ist die Ideologisierung dieses historischen Vorgangs.

Dabei steht die Geschichte der Beziehungen von Deutschen und Slawen im Vordergrund. Zu diesem Thema gibt es bereits viele Untersuchungen, die sich zum großen Teil auf die Politik des preußisch-deutschen Staates gegenüber den Slawen konzentrieren. Diese vielfältigen Untersuchungen erwiesen sich als sehr ergiebig für meine Arbeit. Darüber hinaus meine ich, dass man die Nachwirkungen und Einflüsse der Historiker, Gelehrten und Publizisten auf die Politik der Regierung nicht ignorieren sollte; vor allem haben sie auf die öffentliche Meinung einen entscheidenden Einfluss ausgeübt und waren für die Ideologisierung der deutschen Ostsiedlung verantwortlich. Außerdem richtet sich das Forschungsinteresse meiner Arbeit auch auf die Reaktion der slawischen Welt auf die deutschen Geschichtsdarstellungen der deutschen Ostsiedlung.

Meine Arbeit beschäftigt sich mit der Geschichte der mittelalterlichen deutschen Ostsiedlung, ihrer Entdeckung und Beschreibung, jeweils aus deutscher und

⁵ Für eine solche Darstellung repräsentativ sind z. B. Hashagen, Justus, *Europa im Mittelalter*, München 1951, S. 253 und Zorn, Gerda, *Nach Ostland geht unser Ritt*, Berlin und Bonn 1980, S. 13.

⁶ Walter Schlesinger hat den Terminus *Ostbewegung* in seinem Aufsatz von „der geschichtlichen Stellung der mittelalterlichen deutschen Ostbewegung“ übernommen. Dieser Aufsatz ist erschienen in: Lolo Krusius-Ahrenberg; Günter Stökl; Walter Schlesinger; Reinhard Wittram, *Russland, Europa und der Deutsche Osten*, München 1960, S. 9. Unter anderem hat auch Herbert Grundmann, diesen Begriff verwendet in seinem Werk: *Wahlkönigtum, Territorialpolitik und Ostbewegung im 13. und 14. Jahrhundert*, in: B. Gerhardt, *Gerhardt Handbuch der deutschen Geschichte*, München 1973, S. 261.

⁷ Nolte, Hans-Heinrich: „*Drang nach Osten*“ – *Sowjetische Geschichtsschreibung der deutschen Ostexpansion*, Köln und Frankfurt/M. 1979, S. 13.

slawischer Perspektive, sowie mit der Ostsiedlungsgeschichte als ideologischem Konflikt zwischen beiden Seiten und mit der Nachwirkung dieser Auseinandersetzungen im Deutschen Kaiserreich und in den ostmitteleuropäischen Ländern. Der zeitliche Rahmen reicht dabei im Wesentlichen vom Ende des 18. Jahrhunderts, dem Zeitpunkt der „Entdeckung“ der Geschichte der deutschen Ostsiedlung, bis zum Ende des Ersten Weltkriegs im Jahr 1918.

Die Arbeit besteht aus sechs Kapiteln. In dieser Einleitung stelle ich meinen Forschungsansatz, den Gegenstand der Arbeit, das Quellenmaterial und die Forschungsmethode dar. Danach wird im zweiten Kapitel der Prozess der Entdeckung der Geschichte der mittelalterlichen deutschen Ostsiedlung geschildert. Das dritte Kapitel zeigt den Prozess der Ideologisierung der Ostsiedlungsgeschichte. Das seit dem Beginn des 19. Jahrhunderts sich rapide verschlechternde deutsch-polnische Verhältnis gilt als die entscheidende Triebkraft für die Ideologisierung, und ich werde deshalb untersuchen, wie in der deutsch-polnischen Konfrontation die nationalen und politischen Elemente der Ostsiedlungsgeschichte ausgeprägt wurden und wie sich die Einstellung der deutschen Historiker und Autoren zu den Slawen wandelte. Die polnische Antwort auf diese Thesen findet dabei selbstverständlich ebenfalls Beachtung. Detaillierter dargestellt wird im vierten Kapitel die Entstehung des allslawischen Gedankens und der panslawischen Bewegung. In der Entwicklungsphase des Panslawismus spielte die Geschichte der mittelalterlichen deutschen Ostsiedlung als Feindbild eine wichtige Rolle. Anschließend liegt unser Hauptaugenmerk allerdings auf der heftigen Auseinandersetzung aufgrund der Verherrlichung der mittelalterlichen deutschen Ostsiedlung einerseits und ihrer Dämonisierung andererseits. Die ideologisierte deutsche Ostsiedlungsgeschichte hatte natürlich seit der Mitte des 19. Jahrhunderts auch große Auswirkungen auf die politische Lage in Deutschland und Ostmitteleuropa. Besonders in der Epoche des Imperialismus wurde dieser geschichtliche Vorgang völlig in den Dienst der deutsch-nationalistischen Agitation sowie des slawischen Nationalismus gestellt. Die deutschen Imperialisten konnten dabei auch Einfluss auf die Regierungspolitik des Deutschen Reichs nehmen. So rechtfertigten die deutschen Ostmarkenpolitiker und die militärische Führung des Reiches die Annexionspolitik in Ostmitteleuropa während des Ersten Weltkriegs mit dem Verweis auf die deutsche Besiedlung der slawischen Räume im Mittelalter, was im fünften Kapitel thematisiert wird. Zum Schluss meiner Arbeit möchte ich auch die Thesen der deutschen und slawischen Historiker und Autoren über die Geschichte der Ostsiedlung einer Überprüfung unterziehen, und die Unhaltbarkeit dieser ideologischen Interpretationen verdeutlichen.

1.3 Quellen und Methode

Das Quellenmaterial, das für meine Arbeit zur Verfügung steht, umfasst eine große Anzahl von Büchern, Zeitschriften und anderen Publikationen. Einen Schwerpunkt bilden dabei die Zeitschriften nationaler Verbände, wie die Zeitschrift des Alldeutschen Verbandes, die *Alldeutschen Blätter*, das Vereinsorgan des Deutschen Ostmarkenvereins, *Die Ostmark* sowie die *Preußischen Jahrbücher* und der *Grenzbote*. Diese Primärquellen werden im Hinblick auf die Ideologisierung der deutschen Ostsiedlung und unter Berücksichtigung der historischen Rahmenbedingungen ausgewertet. Die für meine Arbeit wichtigsten Werke der Sekundärliteratur möchte ich im Folgenden kurz vorstellen.

Richtungweisend für meine Arbeit sind vor allem zwei Monographien Wolfgang Wippermanns: *Der Ordensstaat als Ideologie* und *Der ‚Deutsche Drang nach Osten‘. Ideologie und Wirklichkeit eines politischen Schlagwortes*, die im Jahre 1979 und 1981 erschienen. Sie zählen zu den Standardwerken über die Ideologisierung der deutschen Ostsiedlung. Im ersten Buch zeigte Wippermann, welcher Zusammenhang zwischen dem Deutschordensstaat und dem deutschen Nationalismus, zwischen Imperialismus und Faschismus bestand und welche Funktion und Bedeutung das ideologisierte Bild des Deutschordensstaates für das Deutsche Kaiserreich, die Weimarer Republik und das Dritte Reich hatte. Im Folgeband beschäftigte er sich mit der Entstehung und Verwendung des politischen Schlagworts vom „Drang nach Osten“, mit der slawischen Reaktion darauf und mit dem Zusammenhang zwischen dem „deutschen Drang nach Osten“ und der deutschen Expansion im Osten. Die beiden Werke Wippermanns haben einen wesentlichen Beitrag zur Erforschung der Beziehung zwischen der ideologisierten Ostsiedlungsgeschichte und der deutschen Ostexpansion geleistet.

Die polnischen Historiker Adam Galos und Witold Jakobczyk sowie der DDR-Historiker Felix-Heinrich Gentzen veröffentlichten 1966 ein gemeinsames Werk unter dem Titel: *Die Hakatisten. Der Deutsche Ostmarkenverein (1894-1934). Ein Beitrag zur Geschichte der Ostpolitik des deutschen Imperialismus*. In diesem Buch wurde umfangreiches Archivmaterial des Deutschen Ostmarkenvereins ausgewertet. Obwohl das Buch leider selbst eine ideologische Perspektive vertritt, ist die Auswertung des Originalmaterials von hohem Wert auch für meine Arbeit.

Weitere wichtige Untersuchungen über die deutsch-slawischen Beziehungen sind Hartmut Boockmanns Bücher *Der Deutsche Orden* und *Wege ins Mittelalter*, die 1994 und 2000 erschienen. Darin behandelte er unter anderem die Beziehung zwischen dem deutschen Mittelalter und dem 19. Jahrhundert und untersuchte die damals allgemeine Hinwendung zum Mittelalter. Dabei interpretierte er auch

Veränderungen in der Rezeption des Deutschen Ordens in der zeitgenössischen deutschen Historiographie und der öffentlichen Meinung.

Die slawischen Ansichten sind für meine Arbeit ebenfalls wichtig. Zu diesem Thema veröffentlichte Jörg Hackmann 1996 das Buch *Ostpreußen und Westpreußen in deutscher und polnischer Sicht. Landeshistorie als beziehungsgeschichtliches Problem*, in dem er deutsche und polnische Stellungnahmen über das Besitzrecht an Preußen detailliert analysierte. Durch seine systematischen Untersuchungen konnte er nachweisen, welche erhebliche Bedeutung Preußen im historischen Gedächtnis der Polen hat.

1969 erschien Ulrich Pichs Werk *M. P. Pogodin und die slawische Frage – Ein Beitrag zur Geschichte des Panslawismus*. Darin beschäftigte er sich mit der Entstehung, der Entwicklung und der Blütezeit des Panslawismus. Aufgrund des engen Zusammenhangs zwischen der Ideologisierung der deutschen Ostsiedlung und der Entwicklung des Panslawismus wird es hier ebenfalls berücksichtigt. Das im Jahre 1996 veröffentlichte Buch *Der Austroslavismus: Ein verfrühtes Konzept zur politischen Neugestaltung Mitteleuropas* von Andreas Moritsch ist für meine Arbeit ebenfalls relevant. Einzelne Aufsätze aus diesem Sammelband, die von verschiedenen slawischen Autoren verfasst wurden, analysieren eingehend die Entwicklung der unterschiedlichsten austroslawischen Auffassungen im österreichischen Gesamtreich. Damit können die deutsch-slawischen nationalen Verhältnisse in der Habsburgermonarchie des 19. Jahrhunderts in den Blick genommen werden. Darüber hinaus veröffentlichte Hans-Heinrich Nolte 1979 die Abhandlung *„Drang nach Osten“ – Sowjetische Geschichtsschreibung der deutschen Ostexpansion*, in der er analysierte, wie es dazu kam, dass die deutsche Expansion in der russischen Geschichtsschreibung als Gefahr angesehen wurde und welche Funktion die deutsche Ostexpansion als Angstbild in der UdSSR hatte. Leider hat Nolte dabei nicht die Standpunkte slawischer Autoren anderer Sprachen berücksichtigt. Dennoch finden sich in seinem Buch viele Hinweise, die auch für meine Arbeit wichtig sind.

Was die Forschungsmethode meiner Arbeit anbelangt, so wird das ausgewählte Material zunächst analysiert und für einen Vergleich deutscher und slawischer Einstellungen über die deutsche Ostsiedlung genutzt. Weil die Interpretation der deutschen Ostsiedlung in der neuzeitlichen Historiographie zu zahlreichen Kontroversen und Polemiken geführt hat, ist es notwendig, die Perspektiven und Ansichten der verschiedenen Autoren aufzunehmen und zu vergleichen, um so zu einer möglichst umfassenden und ausgewogenen Darstellung zu gelangen.

Obwohl die Ideologisierung der deutschen Ostsiedlung von Wolfgang Wippermann und anderen bereits eingehend behandelt wurde, bleiben noch einige Fragen offen. Wippermann hat sich beispielsweise wenig damit befasst, welcher

Zusammenhang zwischen der ideologisierten deutschen Ostsiedlungsgeschichte und dem slawischen Nationalismus und Panslawismus besteht oder wie das Bild der ideologisierten Ostsiedlungsgeschichte in der preußisch-deutschen Polenpolitik und im deutsch-tschechischen Nationalitätenkampf in Böhmen sowie in der Annexions- und Expansionspolitik im Osten während des Ersten Weltkriegs von den deutschen Militärs instrumentalisiert wurde. Ich erachte es daher als lohnenswerte Aufgabe, die Ostsiedlungsgeschichte und ihre Ideologisierung erneut zum Thema zu machen.

2 Die Geschichte der deutschen Ostsiedlung und ihre Entdeckung durch die Geschichtswissenschaft

Wohl kein anderes Ereignis in der europäischen Geschichte hat so viele hitzige Kontroversen und antagonistische ideologische Leidenschaften mit gegenseitigen Vorwürfen und Verurteilungen auf beiden Seiten hervorgerufen wie die Geschichte der mittelalterlichen deutschen Ostsiedlung. Diese seit dem 19. Jahrhundert von den zeitgenössischen deutschen und slawischen Historikern und Publizisten stark national aufgeladene Epoche gilt in der neuzeitlichen Geschichte Europas als heikel. Kontroversen sind dabei fast unvermeidbar; und man wird sich Widerspruch von beiden Seiten zuziehen, wenn man in diese Diskussion eintritt.⁸ Schwerpunkt dieser Arbeit ist die Ideologie der deutschen Ostsiedlung. Doch muss am Anfang zunächst ein kurzer Überblick über den Verlauf der mittelalterlichen deutschen Ostsiedlung und die Entdeckung dieses historischen Phänomens gegeben werden, damit die Entstehung der Fragestellung verständlich werden kann. Bevor wir jedoch auf unser eigentliches Thema kommen, ist es wohl unausweichlich, dass diese Arbeit in dem erwähnten Streit ebenfalls Stellung bezieht. Selbstverständlich werden wir versuchen, den Vorgang der mittelalterlichen deutschen Ostsiedlung mit größtmöglicher Sachlichkeit darzustellen. Bereits der tschechische Historiker František Graus äußerte sich zur „Geschichte der deutschen Ostsiedlung des Mittelalters“ wie folgt:

Bei der Untersuchung des Landesausbaus in Mitteleuropa und seines Höhepunktes, der sogenannten deutschen Kolonisation, ist meines Erachtens heute sowohl der traditionelle Standpunkt der deutschen Geschichte als auch der der slawischen nicht nur überholt, sondern geradezu für ein besseres Verständnis hinderlich. Was wir wohl am dringendsten benötigen, ist eine Besinnung über die Fragestellung selbst: Das Verlassen nationaler Leitbilder, die Hinwendung zur Problematik langandauernder Trends.⁹

Auf der Basis dieses Erkenntnis gehen wir zum ersten Kapitel über. In seinem ersten Teil soll der historische Hintergrund der Ostsiedlung zunächst in groben Zügen umrissen werden. Die Quellenmaterialien und Urkunden zu diesem, bis zu den

⁸ Vgl. dazu: Higounet, Charles, *Die deutsche Ostsiedlung im Mittelalter*, Berlin 1986, S. 15.

⁹ Graus, František, Die Problematik der deutschen Ostsiedlung aus tschechischer Sicht, in: Walter Schlesinger (Hrsg.), *Die deutsche Ostsiedlung des Mittelalters als Problem der europäischen Geschichte*, Reichenau – Vorträge 1970/1972 (Vorträge und Forschung Bd. VIII), Sigmaringen 1975, S. 70.

Anfängen des 19. Jahrhunderts kaum beachteten geschichtlichen Sachverhalt sollen in einem zweiten Teil behandelt werden. Dabei wird deutlich werden, wie dieser lange Zeit unbeachtete historische Vorgang in den alten Zeugnissen dargestellt und bewertet wurde.

2.1 Überblick über den Verlauf der mittelalterlichen deutschen Ostsiedlung

Die im Frühmittelalter beginnende deutsche Besiedlung im Osten war eine epochenübergreifende Wanderungsbewegung, die vom 8. bis zum 14. Jahrhundert andauerte.¹⁰ Sie kann dabei nicht als vereinzelte Siedlungsbewegung angesehen werden, sondern muss im Rahmen der mittelalterlichen europäischen Geschichte verstanden werden, in der sie Teil des allgemeinen, alle europäischen Länder umfassenden Prozesses des Landausbaus und der Urbarmachung war. Zum Verständnis der europäischen Dimensionen genügt hier ein Verweis auf die spanische Reconquista oder das europäische Vordringen im Mittelmeerraum. Jedoch stellt die deutsche Wanderungsbewegung nach Osten in ihrer räumlichen und zeitlichen Ausdehnung sowie der Intensität der Rodungs- und Siedlungstätigkeit wohl einen einzigartigen Höhepunkt der mediävalen Landausbaubewegung in Europa dar.¹¹ Über Jahrhunderte prägte sie die wirtschaftliche und soziale Entwicklung Ostmitteleuropas und veränderte nachhaltig die ethnisch-nationale Zusammensetzung.

Die wichtigste Grund für die deutsche Wanderungsbewegung nach Osten ist die rasche Zunahme der Bevölkerung im Westen, wie in der Einleitung bereits kurz geschildert wurde. Daneben gab es jedoch weitere Ursachen: Oft kamen die Siedler auf Einladung von Herrschern der ostmitteleuropäischen Länder; mal sollten sie die Missionstätigkeit der deutschen Kirchen im Osten stärken, mal wurden sie geholt, um die expansive Ostpolitik von deutschen Kaisern und Territorialherren zu

¹⁰ Im Allgemeinen vertritt die neuzeitliche deutsche Historiographie die Auffassung, dass die deutsche Ostsiedlung vom 8. bis 14. Jahrhundert andauerte. Einige Historiker rechnen aber auch die innere preußische und österreichische Kolonisation in Westpreußen, dem Warthe- und Netzebruch sowie im Donauraum vom 17. bis 19. Jahrhundert dazu; vgl. die Darstellung von Kuhn, Walter, Die Erforschung der neuzeitlichen deutschen Ostsiedlung, in: Hermann Aubin; Otto Brunner; Wolfgang Kohte und Johannes Papritz (Hrsg.), *Deutsche Ostforschung. Ergebnisse und Aufgaben seit dem ersten Weltkrieg*, Band 2, Leipzig 1943, S. 155-253; Ders., Der Gang der deutschen Besiedlung, in: Gotthold Rhode (Hrsg.), *Die Ostgebiete des Deutschen Reiches*, Würzburg 1955, S. 23-50. Die vorliegende Arbeit übernimmt die traditionelle Auffassung.

¹¹ Higounet, *Ostsiedlung*, S. 335; Hilsch, Peter, „Mittelalter“. *Grundkurs Geschichte 2*, Frankfurt/M. 1989, S. 314; Mirow, Jürgen, *Geschichte des Deutschen Volkes – Von den Anfängen bis zur Gegenwart*, Gernsbach 1990, S. 163; Appelt, Die mittelalterliche deutsche Siedlung in Schlesien, S. 1-2.

unterstützen. Diese Ursachen dürfen jedoch nicht voneinander getrennt behandelt werden; vielmehr stehen sie in enger Beziehung zueinander.

Von der Jahrtausendwende bis zum Beginn des 12. Jahrhunderts kam es im Westen infolge von agrartechnisch-organisatorischen Innovationen zu einer wesentlichen Steigerung des Ernteertrags. Die Bevölkerung konnte daher ausreichend mit Nahrungsmitteln versorgt werden und ein rasanter Bevölkerungszuwachs war die Folge. Dem wachsenden Bevölkerungsdruck begegnete man zunächst mit der Rodung von Wäldern und der Trockenlegung von Sümpfen. Dieser innere Landausbau erschöpfte schließlich die Landreserven im Westen. Aufgrund einer anhaltenden Bevölkerungszunahme überstieg die Nachfrage nach Nahrungsmitteln allmählich das Angebot, so dass immer mehr Menschen von Hungersnöten bedroht waren. Deshalb verließen viele, die zu den schwindenden Ressourcen keinen ausreichenden Zugang mehr hatten, ihr eng gewordenes Heimatland und begannen, die neuen Siedlungsgebiete im Osten zu erschließen.¹²

Der Bevölkerungsüberschuss im Westen kam den Herrschern Ostmitteleuropas sehr gelegen, weil sie so die Arbeitskraft der Auswanderer für den Ausbau ihrer Länder nutzen konnten. Durch die Wanderung der deutschen Siedler nach Osten konnten sie ihre bis dahin nur gering besiedelten oder sogar völlig unbewirtschafteten Gebiete mit ertragreichen Methoden und intensiver Bewirtschaftung urbar machen lassen, wodurch die Wirtschaftskraft und damit auch die Steuererträge wuchsen. Aus verständlichem Eigeninteresse warben die ostmitteleuropäischen Landesherren die deutschen Siedler mit sehr günstigen Konditionen für ihre Territorien.¹³ Allerdings spielten neben den wirtschaftlichen auch politische Aspekte eine Rolle. Ein gutes Beispiel dafür ist die Politik des Königs Ottokar II. von Böhmen (1253-1278), der deutsche Ritter, Kleriker und Bürger ins Land rief, um gegen den opponierenden einheimischen Adel vorzugehen. Durch die deutsche Siedlungsbewegung erlebten Böhmen und Mähren eine kulturelle und wirtschaftliche Blütezeit.¹⁴

Allerdings sind auch die politischen Ambitionen von deutschen Kaisern und Territorialfürsten im Osten nicht zu übersehen. Diese betrieben zum Teil eine expansive Ostpolitik, um ihre Macht in den neu eroberten Territorien im Osten zu sichern und zu erweitern; unter ihnen Kaiser Otto I. (936-973) und Territorialherren wie die Babenberger, Schauenburger, Askanier, Wettiner und Herzog Heinrich der Löwe von Sachsen (1139-1195), um nur einige wichtige Namen zu nennen. Otto I. wollte durch

¹² Hilsch, *Mittelalter*, S. 314-315; Fulbrook, Mary, *A Concise History of Germany*, London 1993, S. 20.

¹³ Grundmann, Wahlkönigtum, Territorialpolitik und Ostbewegung, S. 262; Carsten, Francis L., *Die Entstehung Preußens*, S. 21; Mirow, *Geschichte des Deutschen Volkes*, S. 163.

¹⁴ Barraclough, Geoffrey, *The Origins of Modern Germany*, New York und London 1984, S. 254; Polisensky, Josef Vincent, *History of Czechoslovakia*, Prag 1991, S. 29.

die Niederwerfung und Tributverpflichtung der slawischen Völker sein Reich weiter nach Osten ausdehnen.¹⁵ Das gleiche Ziel verfolgten auch viele andere Territorialherren mit unermüdlichem Eifer.

Auch die Missionstätigkeit kann als Teil dieser Strategie betrachtet werden. Die Christianisierung wurde von deutschen Kirchen in den slawischen Ländern teils vor, teils nach der Eroberung durch deutsche Kaiser und Territorialherren aufgenommen. In dieser Hinsicht war die Ostpolitik offensichtlich auch ein Mittel zur Verbreitung des Christentums. Auf der anderen Seite hat die Ausbreitung des christlichen Glaubens nach Osten entscheidend zum Landausbau im Osten beigetragen.¹⁶ Die Missionierung der heidnischen slawischen Völker erfolgte dabei durchaus auch unter Anwendung von Zwangsmitteln, wobei diese durch das universale Geschichtsverständnis des Christentums legitimiert wurden. Dabei führten die christlichen Ritter im Land östlich von Elbe und Saale einen mitleidlosen Heidenkampf, der auch Teil der umfassenden mittelalterlichen Kreuzzugsbewegung war – ähnlich den Unternehmungen im Heiligen Land und in Spanien.¹⁷ Die heidnischen slawischen und später auch baltischen Völker wurden dabei grausam unterdrückt. Ihre erzwungene Bekehrung kam selbstverständlich der institutionellen Kirche im Osten zugute, und durch die Gründung zahlreicher Bistümer wurden die slawischen Länder und das Baltikum in den folgenden Jahrhunderten in die christliche Welt und in den europäischen Kulturkreis einbezogen. Es lässt sich also konstatieren, dass die drei wesentlichen Elemente der deutschen Ostsiedlungsbewegung – Heidenkampf, Missionstätigkeit und Landesausbau – in vielfältiger Weise eng miteinander verbunden waren.¹⁸

Der Vorgang der deutschen Ostsiedlung des Mittelalters war dabei ein Prozess mit vielen Facetten, in dem kriegerische und friedliche Phasen einander abwechselten. In der Anfangsphase der Ostsiedlung seit dem 8. Jahrhundert wanderten bayerische Siedler in den Südost- und Ostalpenraum ein, ohne dass dies zu größeren Konflikten geführt hätte. Ganz im Gegensatz dazu führten deutsche Kaiser und Territorialfürsten später regelrechte Kriegszüge gegen die Slawen und errichte-

¹⁵ Baumann, Reinhard, Die Deutsche Siedlung im Osten – Kulturbringer zwischen Oder, Pregel und Peipussee, in: Hans-Ulrich Engel (Hrsg.), *Deutsche Unterwegs – von der mittelalterlichen Ostsiedlung bis zur Vertreibung im 20. Jahrhundert*, München und Wien 1983, S. 15-16; Quirin, K., *Die deutsche Ostsiedlung im Mittelalter*, Göttingen, Frankfurt/M. und Berlin 1954, S. 22-23.

¹⁶ Müller-Sternberg, Robert, *Deutsche Ostsiedlung – eine Bilanz für Europa*, Bielefeld 1969, S. 14-16; Beumann, Helmut, Kreuzzugsgedanke und Ostpolitik im hohen Mittelalter, in: Helmut Beumann (Hrsg.), *Heidenmission und Kreuzzugsgedanke in der deutschen Ostpolitik des Mittelalters*, Bad Homburg 1963, S. 124-128.

¹⁷ Görlich, Paul, *Untersuchungen zur Frage des Nationalbewußtseins in ostdeutschen Quellen des 12. bis 14. Jahrhunderts*, Dissertation an der Philosophischen Fakultät der Philipps-Universität zu Marburg, Marburg 1958, S. 18-19.

¹⁸ Vollrath, Hanna, Deutsche Geschichte im Mittelalter, in: Martin Vogt (Hrsg.), *Deutsche Geschichte. Von den Anfängen bis zur Gegenwart*, Stuttgart und Weimar 1997, S. 92-93.

ten im 10. bzw. 12. Jahrhundert östlich von Elbe und Saale die Grenzmarken, um so die Macht des Reichs und seiner Territorialherrscher zu festigen. Am brutalen und grausamen Vorgehen der christlichen Truppen und der Kreuzritter gegen die heidnischen Slawen gibt es dabei nichts zu beschönigen. Dies gilt insbesondere auch für die Kreuzzugstätigkeit in Preußen, wo die heidnischen, baltischen Pruzen im Zuge der Eroberung durch den Deutschen Ritterorden gnadenlos unterdrückt und auch getötet wurden. Seit der Mitte des 19. Jahrhunderts ist diese Zeit ein Gegenstand der Verherrlichung auf deutscher bzw. ein Objekt der Verteufelung auf slawischer Seite geworden. Doch muss hier ausdrücklich betont werden, dass der Prozess der deutschen Ostsiedlung, von den beiden erwähnten Ausnahmen abgesehen, im Wesentlichen friedlich verlaufen zu sein scheint.

Innerhalb weniger Jahrhunderte wanderten die Menschen in großen Scharen nach Osten aus; Menschen, die ganz unterschiedlichen sozialen Schichten angehörten: Bauern, Bürger, Bergleute, nachgeborene Söhne von Adligen sowie Mönche. Ihr Leben im Westen war mitunter sehr beengt geworden und bot keine Möglichkeiten mehr zu einer Verbesserung der Lebensbedingungen. Zum Teil ließen sich die deutschen Siedler auch auf Einladung der ostmitteleuropäischen Territorialherrscher jenseits von Elbe und Saale nieder. Ihre Ziele waren Brandenburg, Pommern, Schlesien, Preußen, Böhmen, Ungarn, Siebenbürgen und andere Gebiete. Im Vergleich mit den dicht bevölkerten Gebieten im Westen gab es hier noch viel Sumpfland und in den ostmitteleuropäischen Mittelgebirgen umfangreiche Waldgebiete sowie etliche erztrüchtige Lagerstätten – eine Aussicht, die viele deutsche Siedler anlockte.¹⁹

Im Zuge dieser Siedlungsbewegung führten die Neusiedler eine leistungsfähige Agrar-, Entwässerungs- und Bergbautechnik ein, die im Westen über Jahrhunderte entwickelt und verbessert worden war. So wurde auch im Osten die Dreifelderwirtschaft und die Intensivierung der Landwirtschaft eingeführt und die verschiedenen, oft hochwertigen Bodenschätze der erzeichen Gebirge konnten effektiv ausgebeutet werden. Außerdem gründeten die deutschen Siedler zahlreiche Städte im Osten. Durch die Besiedlung wurde die gesamte Wirtschafts- und Gesellschaftsstruktur der Länder Ostmitteleuropas nachhaltig verändert.

Doch muss in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen werden, dass diese Umstrukturierung Ostmitteleuropas nicht etwa als kulturelle Leistung oder sogar als „Großtat des deutschen Volkes“²⁰ angesehen werden kann, wie es in der deutschen Historiographie im 19. Jahrhundert und in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts üblich war. Die deutschen Zuwanderer kamen oft aufgrund einer existentiellen

¹⁹ Higounet, *Ostsiedlung*, S. 22-26.

²⁰ Besonders deutlich wird eine solche Perspektive bei Hampe, Karl, *Der Zug nach dem Osten. Die koloniasatorische Großtat des deutschen Volkes im Mittelalter*, Leipzig und Berlin 1921.

Notlage in die neuen Siedlungsgebiete. Selbstverständlich brachten sie dabei ihre vielfältigen Fähigkeiten und Kenntnisse mit, was ihnen half, sich im neuen Heimatland anzupassen und bessere Lebensbedingungen zu schaffen. Als „Kulturträger“ haben sich die deutschen Siedler aber sicherlich nicht gesehen; diese Vorstellung war damals auch völlig unbekannt. Sie handelten natürlich in erster Linie aus Eigennutz und im eigenen Interesse,²¹ wie auch ihre fürstlichen Anwerber – die Könige und Territorialherren Ostmitteleuropas. Diese Motivationslage ist auch für den weiteren Verlauf der Geschichte und ihre Beurteilung wesentlich.

Von einem „nationalen“ Gegensatz zwischen Deutschen und Slawen kann im Prozess der deutschen Ostsiedlung keine Rede sein, obwohl sie natürlich nicht ohne Konflikte war. Deutsche Kleriker besetzten schnell die hohen kirchlichen Positionen und das Patriziat in den Städten der östlichen slawischen Königreiche und Fürstentümer bestand ebenfalls häufig aus Deutschen. Dies bedrohte die Privilegien der Einheimischen, wodurch es allmählich zu Gegensätzen und sogar zu ernsteren Auseinandersetzungen zwischen Neuankömmlingen und Einheimischen kam. In unserem Zusammenhang ist hier vor allem die böhmische Hussitenbewegung zu Beginn des 15. Jahrhunderts zu nennen. Der tragische Tod des tschechischen Reformators Jan Hus (1369-1415) entfesselte einen massiven Aufstand in Böhmen, in dem religiöse, soziale und ethnische Gegensätze aufeinanderprallten. Ein entstehendes frühnationales Bewusstsein trieb alle tschechischen Gesellschaftsschichten zu einer vermeintlichen „Abrechnung“ mit den im böhmischen Königreich siedelnden Deutschen. Diese Vorgänge lassen sich jedoch nicht vergleichen mit dem aggressiven Nationalismus und den Kämpfen zwischen den beiden Bevölkerungsgruppen im 19. und 20. Jahrhundert.²²

Die mittelalterliche deutsche Ostsiedlung hat nachhaltige Auswirkungen nicht nur auf die ostmitteleuropäische Geschichte gehabt, sie war auch von beträchtlicher Bedeutung für die deutsche Geschichte. Die östliche Grenze des deutschen Siedlungsgebietes war ursprünglich die Linie Elbe – Saale – Böhmerwald – Inn – Salzach und nun wurde sie bis Preußen, Schlesien und Österreich vorgeschoben. Zugleich gab es nun über ganz Ostmitteleuropa verstreut zahlreiche deutsche „Sprachinseln“. Der deutsche Siedlungsraum hatte sich damit um mehr als ein Drittel vergrößert.²³ Statt des Rheins lag die Elbe seitdem in der Mitte Deutschlands, die bis zum Beginn des Hochmittelalters ein östlicher Grenzfluss des deutschen Reiches, gewesen war. Magdeburg, ehemals Grenzstadt und Missionsstützpunkt an der deut-

²¹ Graus, Problematik der deutschen Ostsiedlung, S. 70.

²² Vgl. Hilsch, *Mittelalter*, S. 318; Barraclough, *Origins of Modern Germany*, S. 252-254.

²³ Schlesinger, Walter, Die geschichtliche Stellung der mittelalterlichen deutschen Ostbewegung, in: Lolo Krusius-Ahrenberg; Günther Stökl; Walter Schlesinger; Reinhard Wittram, *Russland, Europa und der Deutsche Osten*, München 1960, S. 29.

schen Ostgrenze, wurde in dieser Funktion durch Königsberg, Breslau und Wien ersetzt.²⁴

Die mittelalterliche deutsche Ostsiedlungsbewegung hat dem Land östlich von Elbe und Saale, dem späteren deutschen Osten, ein neues ethnisches und sprachliches Gepräge gegeben. Durch einen langen sprachlichen Ausgleichsprozess in diesen ethnisch gemischten Gebieten wurden die einheimischen slawischen Völker und die baltischen Pruzzen von den zugewanderten Deutschen in den folgenden Jahrhunderten allmählich assimiliert und es entstanden die deutschen Neustämme der Mecklenburger, Brandenburger, Obersachsen, Pommern und Schlesier.²⁵

Ebenfalls relevant für die Geschichte der Ostsiedlung war – neben der Ausweitung des deutschen Siedlungsraums und dem slawischen Beitrag zur deutschen Ethnogenese – auch die Verlagerung des politischen Schwerpunkts von West nach Ost. Bis ins Hochmittelalter hinein hatte der deutsche Westen noch im Brennpunkt der deutschen Politik gestanden, was sich nun änderte.²⁶ Ein anschauliches Beispiel dafür ist das Königreich Böhmen, dass unter Karl IV. (1346-1378) in der spätmittelalterlichen deutschen Geschichte ohne Zweifel die wichtigste Rolle einnimmt.

Der neue deutsche Osten bildete die Grundlage für den Aufstieg von zwei deutschen Großmächten: dem aus der Mark Brandenburg und dem Deutschordensland zusammengesetzten preußisch-hohenzollernschen Staat und der aus der bayrischen Ostmark hervorgegangen österreichisch-habsburgischen Donaumonarchie. Diese beiden deutschen Großmächte standen im weiteren Verlauf der deutschen und sogar der europäischen Geschichte häufig im Mittelpunkt der Auseinandersetzungen. Um die Mitte des 18. Jahrhunderts hatte sich der deutsche Dualismus endgültig durchgesetzt und bestand bis zum Ausschluss Österreichs 1866.²⁷ Das Nebeneinander und Gegeneinander von Preußen und Österreich war ein Grundzug der neuzeitlichen Geschichte Deutschlands wie auch Europas. In diesem Sinne hat die deutsche Ostsiedlung des Mittelalters ohne jedem Zweifel eine wichtige historische Bedeutung auch für die nachfolgende deutsche Geschichte. Im Licht der gegenwärtigen Forschung wird man ausdrücklich sagen können, dass sie in vielen Bereichen als eine Zäsur zu betrachten ist – politisch, wirtschaftlich, sozial, religiös und militärisch – wobei die einzelnen Aspekte sich wechselseitig beeinflusst haben.

Die deutschen Historiker des 19. Jahrhunderts haben sich unter dem Einfluss der deutschen Romantik, für welche das deutsche Mittelalter ein beliebtes Thema

²⁴ Barraclough, *Origins of Modern Germany*, S. 25.

²⁵ Vollrath, Hanna, *Deutsche Geschichte im Mittelalter*, S. 93; Schlesinger, *Die geschichtliche Stellung*, S. 27-31.

²⁶ Barraclough, *Origins of Modern Germany*, S. 250-251.

²⁷ Schlesinger, *Die geschichtliche Stellung*, S. 29.

war, intensiv mit der mittelalterlichen deutschen Ostsiedlung beschäftigt. Vor dem Hintergrund des aufflammenden deutschen Nationalismus haben sie dieses zuvor wenig behandelte geschichtliche Ereignis in verherrlichender Weise interpretiert.

Vor diesem Hintergrund wurden im 19. Jahrhundert innerhalb der deutschen Geschichtswissenschaft die sogenannte „Kulturträgertheorie“ und die „Urgermanentheorie“ entwickelt. Diesen beiden Theorien zufolge hat es in der europäischen Geschichte ein epochentranszendentes kulturelles West-Ost-Gefälle gegeben, weswegen die Deutschen den Osten aus natürlichem Antrieb besiedelt und den primitiven Slawen die Kultur gebracht hätten. Außerdem seien die slawischen Länder schon vor der Völkerwanderung von Germanen bewohnt gewesen und es hätte sich deshalb nur um eine Wiederbesiedlung ehemals germanischen Bodens gehandelt.²⁸ Die „Kulturträgertheorie“ und „Urgermanentheorie“ wurden seit den revolutionären Bestrebungen des Jahres 1830 und insbesondere seit 1848 von der deutschen Historiographie verstärkt vertreten. Diese Art der Darstellung verletzte natürlich das aufkommende slawische Nationalgefühl und weckte entsprechend starke instinktive Abneigungen. Slawische Historiker entwickelten eine entgegengesetzte Geschichtsauffassung und unterstellten einen räuberischen und aggressiven „deutschen Drang nach dem Osten“. Diese Entwicklung ist im folgenden Kapitel näher zu beleuchten. Dafür ist zunächst auf die Entdeckung der Geschichte der Ostsiedlung einzugehen.

2.2 Die Entdeckung der mittelalterlichen deutschen Ostsiedlung durch die Geschichtswissenschaft

Beim gegenwärtigen Stand der historischen Forschung herrscht zwischen deutschen, slawischen und anderen Historikern Europas anscheinend ein gewisses Maß an Einvernehmen darüber, dass die Geschichte der deutschen Ostsiedlung des Mittelalters eine umfassende und fortdauernde Wanderungsbewegung war, welche das Mittelalter in vielfältiger Weise geprägt hat. Man misst ihr heutzutage eine bedeutende Stellung in der Geschichte des mittelalterlichen Landesausbaus bei.²⁹ Es muss

²⁸ Wippermann, Wolfgang, *Der „deutsche Drang nach Osten“. Ideologie und Wirklichkeit eines politischen Schlagwortes*, Darmstadt 1981, S. 33-38.

²⁹ In den Jahren 1970 und 1972 haben deutsche, tschechische, polnische, jugoslawische und französische Historiker eine Tagung unter dem Thema „Die deutsche Ostsiedlung des Mittelalters als Problem der europäischen Forschung“ auf der Insel Reichenau veranstaltet. Die Meinungsverschiedenheiten über die Geschichte der Ostsiedlung schienen überbrückt – zumindest gab es keinen Einwand gegen den Tagungstitel, und nach der Tagung wurde ein gemeinsamer Sammelband herausgegeben. Siehe: Schlesinger, Walter, (Hrsg.), *Die deutsche Ostsiedlung des Mittelalters als Problem der europäischen Geschichte*, Sigmaringen 1975.

aber an dieser Stelle darauf hingewiesen werden, dass die Geschichte der Ostsiedlung erst um die Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert durch die deutschen Historiker entdeckt und ins Geschichtsbewusstsein gehoben worden ist. Sie wurde bis zum Ende des 18. Jahrhunderts in der deutschen Historiographie noch nicht als Zäsur wahrgenommen, ja noch nicht einmal umfassend behandelt.³⁰ Allerdings bedeutet dies nicht, dass es überhaupt keine Schilderungen von Zeitzeugen in alten deutschen Quellen- und Urkundenzeugnissen gäbe. Es sind jedoch keine einheitlichen Quellen vorhanden, und auch die geringe Anzahl entsprechender Urkunden aus dem 18. Jahrhundert ist überraschend. Einzelne Urkunden, die über die deutschen Siedler im Lande östlich von Elbe und Saale berichten,³¹ findet man allenfalls in zeitgenössischen historischen Werken, wo sie bestenfalls am Rande behandelt wurden und kaum Beachtung fanden.³²

Die einzige Ausnahme bildet die Geschichtsschreibung über den preußischen Deutschordensstaat. Wegen der fortdauernden Auseinandersetzung um die Besitzrechte an Preußen hat die Geschichte Preußens sowohl in der deutschen als auch in der polnischen Historiographie immer im Vordergrund gestanden. Allerdings wurde die Geschichte des Ordensstaats in Preußen meist negativ bewertet, insbesondere die grausame und gnadenlose Unterdrückung der einheimischen Pruzen durch den Heidenkampf der Ordensritter wurde scharf kritisiert.

Dieses überwiegend negative Bild ist freilich wenig verwunderlich. Während des 16. und 17. Jahrhunderts hatten die deutschsprachigen Untertanen im Preußen königlichen Anteils, dem späteren Westpreußen, ihren Landesherrn in Person des polnischen Königs angesichts der herrschenden Toleranz auf religiösem, sprachlichem, politischem und wirtschaftlichem Gebiet durchaus noch respektiert. Erinnerung dagegen an den vormaligen Herrscher, den Hochmeister des deutschen Ordens, dann als negatives Gegenbild zum polnischen König. So verherrlichte man den Aufstand der preußischen Stände gegen die tyrannische Herrschaft des Ordenshochmeisters im Dreizehnjährigen Krieg (1454-1466) und vieles mehr.³³ Wichtiger in diesem Zusammenhang war jedoch die Befreiung Wiens von der Türkenbelagerung 1683 durch den Einsatz des polnischen Königs Johann Sobieski (1674-1696), die als Großtat gefeiert wurde.³⁴

³⁰ Wippermann, *Drang nach Osten*, S. 21.

³¹ Die jüngsten Forschungen über die mittelalterlichen deutschen Ostsiedlungsvorgänge sind bereits zusammengefasst. Siehe Norbert Helbig und Lorenz Weinrich (Hrsg.), *Urkunden und Erzählende Quellen zur deutschen Ostsiedlung im Mittelalter*, 2 Bde., Darmstadt 1968 und 1970.

³² Wippermann, Wolfgang, Die Ostsiedlung in der deutschen Historiographie und Publizistik, in: Wolfgang H. Fritze (Hrsg.), *Germania Slavica I*, Berlin 1980, S. 49.

³³ Boockmann, Hartmut, *Der Deutsche Orden. Zwölf Kapitel aus seiner Geschichte*, München 1999, S. 234.

³⁴ Wippermann, *Ostsiedlung*, S. 53.

Vor diesem Hintergrund konnte das negative Bild der Kolonisation durch den preußischen Orden nur schwerlich geändert werden. Ähnliches gilt auch für das Herzogtum Preußen, das spätere Ostpreußen. Wenn man hier nach den Vorläufern des hohenzollernschen preußischen Königreiches fragte, dann dachte man nach wie vor an die alte pruzzische Zeit, und versuchte, eine Verbindungslinie zum sagenhaften pruzzischen König Waidevuth zu ziehen. Damit grenzte man die Geschichtsentwicklung Preußens von der Herrschaftszeit der Ordenshochmeister ab.³⁵

Auch die geistesgeschichtlichen Faktoren sind in unserem Zusammenhang nicht zu übersehen. Das Zeitalter der Aufklärung reichte bis ins 18. Jahrhundert und unter dem Einfluss des Rationalismus und der Toleranz wurde das Mittelalter als „finster“ bezeichnet. Dadurch wurde das Bild von der Herrschaftsgeschichte des deutschen Ritterordens in Preußen verfestigt: Die Eroberung des Preußenlandes wurde aufgrund des blutigen Heidenkampfs gegen die Pruzzen mit Missfallen betrachtet. Der Deutschordensstaat galt dabei als ein Exponent des finsternen Mittelalters, und die Geschichte des preußischen Ordensstaats wurde sogar zum Inbegriff des Verachtungswürdigen.³⁶

An dieser Stelle erscheint es notwendig, auf ausgewählte Quellen- und Urkundenzeugnisse zur Geschichte der mittelalterlichen deutschen Ostsiedlung vor dem 19. Jahrhundert einzugehen, um den auffälligen Kontrast zwischen den historischen Werken vor und nach dem 19. Jahrhundert herauszuarbeiten, die sehr verschiedene Perspektiven vertreten.

2.2.1 Die Darstellung der deutschen Ostsiedlung in der deutschen Geschichtsschreibung bis zum Ende des 18. Jahrhunderts

Im Unterschied zu der deutschen Geschichtsauffassung der Ostsiedlung im 19. und 20. Jahrhundert, die fast ausnahmslos eine nationalistische und ideologische Färbung annahm, war die Darstellung dieser Epoche in den alten deutschen Quellen und Urkunden aus religiösen, politischen und sozialen Gründen noch sehr vielfältig.

Missionarischer Eifer und ein starkes religiöses Sendungsbewusstsein durchzogen zunächst die Chroniken der Pfarrer und Priesterbrüder. Als erster Zeitzeuge der mittelalterlichen deutschen Siedlungsbewegung im Osten berichtete der Pfarrer Helmod von Bosau (ca. 1120-1177) in seinem bereits 1172 bis 1176 niedergeschriebenen Werk *Chronica Slavorum* davon, dass die heidnischen Slawen im Lande östlich von Elbe und Saale von einem „harten Schicksalsschlag“ getroffen

³⁵ Boockmann, *Der Deutsche Orden*, S. 235.

³⁶ Ebd.

wurden. Die deutschen Kaiser und Territorialherrscher entfesselten Glaubenskriege gegen die Elbslawen, um die heidnischen Stammeskulte zu zerschlagen und die Bekehrung der Einheimischen zum Christentums zu erzwingen, während die sich widersetzen slawischen Völker durch die christlichen Ritter grausam getötet oder vertrieben wurden.³⁷

In der Schilderung der *Chronicon Livoniae*, die Heinrich von Lettland (gest. 1259) zwischen 1224 und 1226 verfasste, stehen die Kreuzzüge und die sich anschließende Missionierung ebenfalls im Mittelpunkt. Die Chronik berichtet von der Einrichtung des deutschen Bistums in Livland und über die von den christlichen Rittern und dem Schwertbrüderorden geführten Glaubenskriege gegen die heidnischen Esten, Liven, Letten und Semgallen. Unter dem Leitspruch „Im Tod des Heiden findet der Christ seinen Ruhm.“ wurde das Schicksal der einheimischen baltischen Stämme besiegelt.³⁸

Der Kreuzzugs- und Schwertmissionsgedanke als Schwerpunkt der Geschichtsdarstellung findet sich auch beim Preußenpriester Peter von Dusburg. Die im Jahre 1324 bis 1331 niedergeschriebene *Chronicon terrae Prussiae* legt dar, dass der Heidenkampf zur Ehre Gottes geführt wird, damit die Heiden mit Gewalt zur Bekehrung gezwungen werden und ihre Seelen auf ewig gerettet werden können. Aus diesem unbeirraren christlichen Sendungsbewusstsein heraus stellte Peter von Dusburg den brutalen und mitleidlosen Kampf gegen die heidnischen baltischen und slawischen Völker in allen Einzelheiten dar. Der Heidenkampf habe den endgültigen triumphalen Sieg des deutschen Ordens zur Folge gehabt und die schicksalhafte Niederlage sowie die vollständige Bekehrung der Heiden zum Abschluss gebracht.³⁹ Peter von Dusburgs *Chronicon terrae Prussiae* war die erste offizielle Geschichtsdarstellung des Deutschordensstaats, die von den Anfängen des Ordens in Preußen erzählte, der Eroberungstätigkeit im Osten und dem Heidenkampf,⁴⁰ während die bäuerliche und bürgerliche Siedlungstätigkeit im Preußenland hier keine Berücksichtigung fand.

Wenn die bislang wenig beachtete deutsche Eroberungs- und Siedlungsbewegung in den slawischen Gebieten in den Quellen und Urkunden vereinzelt doch in

³⁷ Bosau, Helmold von, *Chronica Slavorum (Slawenchronik)*, aus dem Lateinischen übersetzt und erläutert von Heinz Stoob, 2. verb. Aufl., Darmstadt 1973.

³⁸ Lettland, Heinrich von, *Chronicon Livoniae (Livländische Chronik)*, neu übersetzt von Albert Bauer, Darmstadt 1959.

³⁹ Dusburg, Peter von, *Chronicon terrae Prussiae*; den lateinischen Originaltext mit einer deutschen Übersetzung findet man in: Scholz, Klaus, und Dieter Wojtecki (Hrsg.), *Ausgewählte Quellen zur deutschen Geschichte des Mittelalters* 25, Darmstadt 1984, S. 34; Boockmann, Hartmut, *Deutsche Geschichte im Osten Europas. Ostpreußen und Westpreußen*, Berlin 1992, S. 23; Wippermann, Wolfgang, *Der Ordensstaat als Ideologie*, Berlin 1979, S. 41-43.

⁴⁰ Hackmann, Jörg, *Ostpreußen und Westpreußen in deutscher und polnischer Sicht. Landeshistorie als beziehungsgeschichtliches Problem*, Wiesbaden 1996, S. 28-29.

größerem Umfang behandelt wurde, galt das eigentliche Interesse dieser Werke immer der Geschichte des Ordensstaates in Preußen. Der Grund dafür liegt – wie bereits erwähnt – in den andauernden Konflikten um die Hoheitsrechte in Preußen. In den alten Überlieferungen mit ihrem nationalen Tonfall ist dieser jahrhundertlange Streit immer präsent.⁴¹ Seit der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts verschob sich der Schwerpunkt in der Geschichtsschreibung Preußens vollständig, und statt der Schilderungen über den Heidenkampf schenkten die Zeitzeugen nun dem Kampf zwischen Deutschordensstaat und Polen um den Besitz Preußens die meiste Aufmerksamkeit.

Diese Tendenz trat zuerst in Erscheinung, nachdem der Deutschordensstaat im Sumpf des Dreizehnjährigen Krieges gegen die preußischen Stände und die Polen geriet. Der Ordenshochmeister Ludwig von Elrichhausen (1450-1467) befand sich in einem Dilemma und rief Kaiser und Reich beim Regensburger Reichstag von 1454 um Hilfe. Er stellte die Existenz des Deutschordensstaats in Preußen als entscheidend für das Schicksal der deutschen Nation dar und appellierte an den Kaiser mit Worten wie „sehet an die Beleidigung eurer deutschen Nation und die Pflanzung eurer Vorältern“, und er betonte, dass man Preußen auch für Kaiser und Reich erobert habe.⁴²

Mit der gleichen politischen Absicht rief der Ordenshochmeister Albrecht von Brandenburg-Ansbach (1490-1568) schon auf dem Trierer Reichstag von 1512 den Kaiser dazu auf, einen Kampf gegen Polen zu führen, um das Fortbestehen des Ordensstaats zu gewährleisten. Sonst könne „die teutschen nacion der lande Preußen und volgende Leyffland“ von Polen „gancz ausgereut und vertilget“ werden und Preußen, das von Albrecht „nova Germania“ und „Neu Teutschland“ genannt wird, und das „durch den Orden für das Heylig Romisch Reich mit grossem darlegen leibs und guts und blutvergiessen vor langen jaren zu unserm glauben und in unser Teutsch gezung gebracht“ wurde, könne ganz verloren gehen.⁴³ Diese national klingenden Töne können jedoch nicht im Sinne eines modernen Nationalismus verstanden werden; vielmehr hängen sie eng mit den politischen Zielen des Ordenshochmeisters zusammen. Um ihren politischen und propagandistischen Kampf gegen Polen mit der Unterstützung des Kaisers führen zu können, verfolgten die Ordenshochmeister offenkundig eine politische Strategie, die deutsch-nationale Akzente setzte. Es handelt sich also nicht um den Versuch der Erweckung eines gesamtdeut-

⁴¹ Wippermann, *Ostsiedlung*, S. 50-51.

⁴² Droysen, Johann Gustav, *Geschichte der Preußischen Politik, zweiter Theil. Die territoriale Zeit*, Leipzig 1868, S. 107-113. Vgl. Wippermann, *Drang nach Osten*, S. 19.

⁴³ Joachim, Erich, *Die Politik des letzten Hochmeisters in Preußen. Albrecht von Brandenburg*, erster Theil: 1510-1517, Publicationen aus den Königlichen Preußischen Staatsarchiven, Band 50, Leipzig 1892. S. 206-210.

schen Nationalgefühls. Allenfalls kann man diese Äußerungen in den Kontext einer allgemeinen reichspatriotischen Propaganda stellen.⁴⁴

Nach der Säkularisierung des Deutschordensstaates 1525 wurde von Seiten der katholischen Kirche an den Ordenshochmeistern und Ordensrittern in Preußen scharfe und schonungslose Kritik geübt. Ein positives Bild der Eroberungs- und Besiedlungsgeschichte des Ordens wurde dabei natürlich nicht gezeichnet. So betrachtete Simon Grunau (1470-1531) als Verteidiger des Heiligen Stuhls in seiner 1521 und 1526 niedergeschriebenen *Preußischen Chronik* die Ordenshochmeister und Ordensritter als Ketzer. Gleichzeitig waren ihm aus einer unbeirrbaren katholischen Glaubensüberzeugung die heidnischen Pruzzen natürlich ebenfalls unsympathisch. Stattdessen trat er für den katholischen Polenkönig ein und ließ keine Zweifel an dem Besitzrecht Polens in Bezug auf Preußen.⁴⁵ Selbstverständlich basierte Grunaus These auf religiösen Motiven und sie ist auch nicht unangefochten geblieben. Seine wurde allerdings von den polnischen Chronisten eifrig übernommen und als Quellenzeugnis für polnische Besitzrechte verwendet.

Beim Humanisten Erasmus Stella (gest. 1521) zeichnete sich eine neue Auffassung von der deutschen Siedlungsgeschichte in Preußen ab. Als ein Gefolgsmann des Ordenshochmeisters Friedrich von Sachsen führte er in seiner 1518 erschienen Schrift *De Borussiae antiquitatibus libri duo* zwar Albrechts These von „Neu Teutschland“ fort, stellte aber gleichzeitig weitere Behauptungen auf. Er konstruierte in seinem Werk die Pruzzen als ein germanisch-sarmatisches Volk und hob auch die sächsische Abstammung der benachbarten masowischen Fürsten hervor.⁴⁶ Ein solches Resümee verdeutlicht auch sein Ziel, eine Verbindung zwischen den alten Pruzzen und der späteren deutschen Bevölkerung herzustellen, mit der Behauptung, dass die Bevölkerung in Preußen von jeher sprachlich, ethnisch und kulturell den Deutschen eng verbunden gewesen sei. Dabei wurde die Bedeutung des Deutschen Ordens sowie der polnischen Könige und Fürsten in der Geschichte Preußens heruntergespielt.⁴⁷ Diese Argumentationsweise steht mit dem zeitgenössischen politischen Hintergrund zweifellos in einer engen Beziehung. Auch Stella wurde in die heftigen und andauernden propagandistischen Kämpfe um das Besitzrecht an Preußen hineingezogen und er versuchte so weit wie möglich, die deutschen Ansprüche aus vorgeschichtlicher Zeit abzuleiten, um so die polnischen Ansprüche auf

⁴⁴ Boockmann, *Der Deutsche Orden*, S. 212-214; Wippermann, *Ordensstaat*, S. 71-73.

⁴⁵ Hackmann, *Ostpreußen und Westpreußen*, S. 30-31; Wippermann, *Ordensstaat*, S. 75-77.

⁴⁶ Stellae, Erasmi, *Libonothani De Borussiae antiquitatibus libri duo*, in: *Scriptores Rerum Prussicarum*, Band 4, S. 282-298. Zitiert nach: Hackmann, Jörg, *Preußische Ursprungsmythen: Entstehung und Transformation vom 15. bis ins 20. Jahrhundert*, in: Matthias Weber (Hrsg.), *Preußen in Ostmitteleuropa. Geschehensgeschichte und Verstehensgeschichte*, München 2003, S. 150-151.

⁴⁷ Hackmann, *Ostpreußen und Westpreußen*, S. 29-30.

Preußen zu widerlegen. Diese von Stella konstruierte pruzzische Ursprungsthese übte in den folgenden Jahren einen nicht zu unterschätzenden Einfluss auf den geschichtswissenschaftlichen Bereich in Preußen aus. Insbesondere übernahm die ostpreußische Historiographie später seine These, um die politischen Ziele der Hohenzollernmonarchie zu unterstützen.

Vom Ende des 16. bis zum Ende des 18. Jahrhunderts fand die Geschichte der deutschen Wanderungsbewegung im Osten in den deutschen Geschichtswerken weiterhin kaum Beachtung. Nur die Eroberungs- und Besiedlungsgeschichte Preußens durch den deutschen Orden wurde wegen des Zugehörigkeitsstreits um Preußen von einigen Historikern behandelt, doch wurde sie vorwiegend in negativer Weise dargestellt.

Als deutsche Volksangehörige und Anhänger der protestantischen Konfession in der katholischen polnischen Adelsrepublik, wollten westpreußische Historiker wie Caspar Schütz (gest. 1594) und Gottfried Lengnich (1689-1774) ihre standesgemäßen Vorrechte und die autonome Stellung der westpreußischen Städte sowie ihr deutsch-bürgerliches Gemeinschaftsbewusstsein gegenüber den Polonisierungstendenzen verteidigen. So wurde seit dem Ende des 16. Jahrhunderts innerhalb der westpreußischen Historiographie eine neuartige Geschichtsauffassung entwickelt. Dabei beurteilten die genannten Autoren die frühe Eroberungs- und Besiedlungsbewegung durch den Orden recht positiv, verurteilten aber andererseits den tyrannisch regierten Ordensstaat der Spätzeit scharf und hielten vom Polenkönig ebenfalls einen deutlichen Abstand.⁴⁸ Repräsentativ für diese Geschichtsauffassung waren vor allen Dingen die Schriften Gottfried Lengnicks. In seinen Aufsätzen von 1718 und 1719 *Ankunft der Creutz-Herren in Preussen* und *Abfall der Preussen von den Creutz-Herren* stellte er die Behauptung auf, dass die Ereignisse, die zum Untergang des tyrannischen Ordensstaats führten von exemplarischer Bedeutung für die Vorgänge in der polnischen Adelsrepublik sein könnten, wenn die westpreußische ständische Autonomie hier in ähnlich ungerechter Weise verletzt würde.⁴⁹ Die Kolonisation und Kultivierung Preußens durch den Orden in der Frühzeit beurteilte er eher positiv. Besonders wichtig war ihm dabei der Aufbau der preußischen Städte durch deutsche Bürger.⁵⁰ Darin zeigt sich der Stolz des ständischen deutschen Bürgertums im Königlichen Preußen Polens.

Theodor Schieder (1908-1984) nimmt später Lengnich als Kronzeugen für den „Kampf zwischen zwei nationalen Lebensformen“ und nennt ihn einen

⁴⁸ Wippermann, *Ordensstaat*, S. 80-89.

⁴⁹ Boockmann, *Deutsche Geschichte*, S. 31-33.

⁵⁰ Wippermann, *Ordensstaat*, S. 86-89; Hackmann, *Ostpreußen und Westpreußen*, S. 41-49.

„Kämpfer des Deutschtums“.⁵¹ Wir haben bereits gesagt, dass diese nachträgliche nationale Vereinnahmung abzulehnen ist; allenfalls kann man bei Lengnich eine Verherrlichung der deutschen Bürgerkultur Danzigs konstatieren. Will man seinen Standpunkt politisch einordnen, dann zählte er zu jenen Historikern, die sich alle Mühe gaben, die ständischen Vorrechte und ihre eigenen politischen Interessen im Königlichen Preußen zu wahren.⁵² Aus der wohlverstandenen Bewahrung seiner ständischen Interessen trat Lengnich hier offenbar eher defensiv auf. Er verteidigte sowohl den Druck des derzeitigen Landesherren, wie auch den der potentiellen zukünftigen.⁵³ Doch Lengnichts Ansatz, der die kulturellen Leistungen der Deutschen in Danzig als strahlende Erfolge erscheinen lässt, wurde unter dem Einfluss der Romantik gegen Ende des 18. Jahrhunderts von der deutschen Geschichtswissenschaft in zahlreichen Veröffentlichungen aufgenommen, uminterpretiert und für bestimmte politische Intentionen genutzt. Die verzerrte Deutung, die wir bereits bei Schieder angetroffen haben, entfernte sich allerdings sehr deutlich von der Perspektive Lengnichts.

Während die westpreußischen Historiker über die Besiedlungs- und Kolonisationstätigkeit in Preußens durch den Deutschen Ritterorden partiell positiv urteilten, blieb das Negativbild des Ordens in der ostpreußischen Geschichtswissenschaft unverändert. Die Eroberungen des Ordens in Preußen wurden nicht nur als unmoralisch angesehen, sondern aus der preußischen Geschichte ganz ausgeklammert. So entwickelten die ostpreußischen Historiker in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts eine besondere Geschichtsauffassung. Dabei übernahmen sie vollständig die These Stellas über den pruzzischen Ursprung und zogen daher eine historische Kontinuitätslinie von der pruzzischen Vorzeit bis zum hohenzollernschen Königshaus, vom sagenhaften vorgeschichtlichen pruzzischen König Waidevuth bis zum preußischen König Friedrich I. Die Zeit dazwischen, nämlich die Geschichte der Eroberung und Besiedlung Preußens durch den Deutschen Orden und die anschließende Zeit der Ordensherrschaft von ihren Anfängen bis zum Ende, wurde von dieser Kontinuität ausgenommen. Wichtig für diese Art der Geschichtsbetrachtung wurde vor allem Johann Peter von Ludewig (1668-1743). Im Vorfeld der preußischen Königskrönung von 1701 versuchte er nachdrücklich, die Hohenzollernmonarchie

⁵¹ Schieder, Theodor, *Deutscher Geist und ständische Freiheit im Weichsellande, Politische Ideen und politisches Schrifttum in Westpreußen von der Lubliner Union bis zu den polnischen Teilungen (1569-1772/93)*, Königsberg 1940, S. 134-164; s. a. ders., Landständische Verfassung, Volkstumspolitik und Volksbewußtsein. Eine Studie zur Verfassungsgeschichte ostdeutscher Volksgruppen, in: Hermann Aubin; Otto Brunner; Wolfgang Kohte und Johannes Papritz (Hrsg.), *Deutsche Ostforschung. Ergebnisse und Aufgaben seit dem ersten Weltkrieg*, Band 2, Leipzig 1943, S. 285-286.

⁵² Boockmann, *Deutsche Geschichte*, S. 31-33.

⁵³ Hackmann, *Ostpreußen und Westpreußen*, S. 47.

mit der pruzzischen Vorzeit zu verknüpfen. Aus dieser Perspektive stellte er den alten pruzzischen König Waidevuth in seinem „vertheidigten Preußen“ als „ersten großen Souveränen in Preußen“ dar, um so nicht nur die Herrschaft des hohenzollernschen Königshauses in Preußen zu legitimieren, sondern auch jedem Anspruchsversuch des noch existenten katholischen Deutschen Ordens auf das Preußenland entschieden entgegenzutreten zu können.⁵⁴

Im Zeitalter der Aufklärung änderte sich die negative Schilderung der Eroberungsgeschichte Preußens durch den Orden keineswegs. Johann Gottfried Herder (1744-1803) leitete vor dem geistigen Hintergrund von Aufklärung und Toleranz eine heftige Kontroverse ein, in der er sich gegen die Eroberungstätigkeit des Ordens und das deutsche Volk in Preußen bzw. in Ostdeutschland wandte. In seinen 1784-1791 herausgegebenen *Ideen zur Philosophie der Geschichte der Menschheit* charakterisierte er die Deutschen im Wesentlichen als kriegerisch und wegen ihrer ständischen feudalen Gesellschaft als ungerecht und nicht liberal, während die Slawen ein friedliches und bäuerlich lebendes Volk seien, dessen Lebensform er als eine Art von Urdemokratie lobte. Dasselbe negative Urteil zeigt sich auch in seiner Einschätzung der Eroberungsgeschichte Preußens durch den Orden: Der deutsche Orden habe „die alten Pruzzen bis fast gänzlich ausgerottet“. „Kuren und Letten wurden hingegen in eine Knechtschaft gebracht, unter deren Joch sie noch heute schmachten“,⁵⁵ und „am meisten haben [sich] aber die Nation vom deutschen Stamme an ihnen [den Slawen] hart versündigt“ – so beklagte Herder das Schicksal der alten Pruzzen und der slawischen Völker.⁵⁶

Obwohl Herder die Eroberungstätigkeit der Deutschen und des Ordens in den slawischen bzw. pruzzischen Ländern ganz negativ beurteilte, hat aber sein Werk, in dem er die Nationenbildung durch gemeinsame Sprache und Kultur, die Entwicklung jeder Nation nach ihren eigentümlichen und geheimnisvollen Gesetzen, die Verschiedenheit jeder Nation von allen anderen, die Gleichrangigkeit der Nationen und das Zurückstehen des Staates und der Verfassung hinter Sprache und Kultur⁵⁷ befürwortet, an der Erweckung des deutschen Nationalgefühls einen maßgeblichen Anteil gehabt. Seine Anschauungen konnten in Deutschland, das damals noch poli-

⁵⁴ Ludewig, Johann Peter von, *Vertheidigtes Preußen. Wider den Vermeinten und Widerrechtlichen Anspruch des Teutschen ritter-Ordens [...]*, Mergentheim 1703. Zitiert nach: Hackmann, *Preußische Ursprungsmythen*, S. 163.

⁵⁵ Herder, Johann Gottfried, *Ideen zu einer Philosophie der Geschichte der Menschheit*, 16. Buch, in: Ders., *Sämtliche Werke*, hrsg. von Bernhard Suphan, Berlin 1877, Nachdruck: Darmstadt 1966, S. 430.

⁵⁶ Ebd., S. 434.

⁵⁷ Schulze, Hagen, *Staat und Nation in der europäischen Geschichte*, München 1995, S. 170-174; Deisenroth, Alexander, *Deutsches Mittelalter und deutsche Geschichtswissenschaft im 19. Jahrhundert. Irrationalität und politisches Interesse in der deutschen Mediävistik zwischen aufgeklärtem Absolutismus und erstem Weltkrieg*, Rheinfelden 1983, S. 49.

tisch zersplittert war, das Bewusstsein der Zusammengehörigkeit fördern und das Streben nach einem Nationalstaat verstärken. Tatsächlich wurden solche Ansichten in den folgenden Jahren von den deutschen Romantikern übernommen und mit eigenen Ideen verknüpft, woraus sich ein spezifischer deutscher Nationalismus entwickelte. Auch die zeitgenössische deutsche Historiographie geriet unter erheblichen Einfluss der Romantik; unter anderem erregte nun das deutsche Mittelalter großes Interesse. Natürlich beschäftigte man sich auch intensiv mit der Geschichte der mittelalterlichen deutschen Ostsiedlung – diese wurde nun erst richtig entdeckt. Der Einfluss der Romantik auf die deutsche Geschichtsschreibung des 19. Jahrhunderts wird in den folgenden Abschnitten noch näher untersucht werden.

Für die slawischen Völker hatten Herders Schriften ebenfalls eine herausragende Bedeutung. Wenn sich seine Ideen auf das politisch zersplitterte Deutschland anwenden ließen, mussten sie in gleicher Weise für die gespaltenen slawischen Länder gelten.⁵⁸ Wichtig und wirkungsvoll war hier vor allem die Prognose Herders, dass die slawischen Völker sich eines Tages von ihren „Sklavenketten“ befreien würden.⁵⁹ Diese Voraussage erlangte bei den russischen, polnischen, tschechischen und slowakischen Historikern bis weit ins 19. Jahrhundert hinein eine große Bedeutung. Herder betonte die kulturelle Identität der slawischen Völker und förderte so ohne Zweifel ihre nationale Selbstbesinnung.

Darüber hinaus hat das von Herder gezeichnete Bild des aggressiven deutschen Volkes und der friedlichen slawischen Völker in der slawischen Historiographie mehr als in der deutschen entscheidende Auswirkungen gehabt. Herders Perspektive wurde von den slawischen Historikern vorbehaltlos übernommen und zu spezifischen eigenen Positionen weiterentwickelt. Diesen gelten die Slawen als friedfertig und von hohem kulturellen Charakter. Im Mittelalter seien diese friedlichen Kulturvölker von den Deutschen überfallen und anschließend unterdrückt worden. So gewann die Geschichte der deutschen Ostsiedlung des Mittelalters auf slawischer Seite grundlegend an Bedeutung.⁶⁰ Seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts wurden die Deutschen von polnischen, tschechischen, slowakischen und russischen Historikern als Eindringlinge charakterisiert, und man postulierte einen tausendjährigen und aggressiven „deutschen Drang nach Osten“. Diese Anschauung blieb bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts bestimmend für die nationale Geschichtsschreibung dieser Länder.

⁵⁸ Vgl. dazu Schieder, Theodor, *Nationalismus und Nationalstaat. Studien zum nationalen Problem im modernen Europa*, Göttingen 1991, S. 348-349.

⁵⁹ Bittner, Konrad, Johann Gottfried Herders „Ideen zur Philosophie der Geschichte der Menschheit“ und ihre Auswirkungen bei den slawischen Hauptstämmen, in: *Germano-Slavica* 2, 1932-1933, S. 453; Wippermann, *Drang nach Osten*, S. 24.

⁶⁰ Graus, Problematik der deutschen Ostsiedlung, S. 36.

Auf deutscher Seite hat Herders Negativbild von der Geschichte der deutschen Ostsiedlung ebenfalls einen kurzfristigen Einfluss ausgeübt. Zeitgenössische deutsche Historiker wie Johann Gottlieb Hentze und Carlleb Merkel teilten Herders Standpunkt.⁶¹ Diese Tatsache ist zwar nicht als Beweis einer allgemeinen Hinwendung zur Geschichte der mittelalterlichen Ostsiedlung anzusehen; allerdings zeichnete sich eine solche Tendenz bereits ab. Gegen Ende des 18. Jahrhunderts bestand noch kein grundlegendes Interesse daran, die Geschichte der Ostsiedlung systematisch und umfassend zu ergründen. Doch kann man nicht übersehen, dass das Interesse an diesem Feld in der deutschen Historiographie stetig zunahm. Dies war natürlich auch im allgemeinen Wandel der Geistesgeschichte begründet, worauf in den folgenden Abschnitten noch einzugehen sein wird.

2.2.2 Die Geschichte der mittelalterlichen deutschen Ostsiedlung in der slawischen Historiographie bis zum Ende des 18. Jahrhunderts

In den antiken slawischen Quellen- und Urkundenzeugnissen wurde über die deutsche Ostsiedlung vor dem 19. Jahrhundert kaum berichtet, und zugespitzt könnte man sagen, dass anscheinend niemand auf die Idee kam, dass es überhaupt eine deutsche Siedlungsbewegung in den slawischen Ländern gäbe. Wenn in den alten slawischen Schriften doch einmal davon die Rede ist, dann meist im Zusammenhang mit der Missionstätigkeit oder den Auseinandersetzungen zwischen dem eingewanderten deutschen Patriziat und den einheimischen slawischen Adeligen und Bürgern in den Städten.⁶²

Ein solcher Fall ist der Zustrom deutscher Siedler nach Böhmen gegen Ende des 13. Jahrhunderts. Mehrere Gruppen von Bauern, Handwerkern, Rittern und Geistlichen ließen sich auf Einladung von König Ottokar II. von Böhmen in seinem Reich nieder. Nach seinem Kalkül sollten die deutschen Einwanderer die Machtposition des einheimischen Adels entscheidend schwächen. Da der größte Teil dieser deutschsprachigen Neuankömmlinge von Ottokar II. privilegiert und die Interessen der Einheimischen verletzt wurden, löste diese Zuwanderung großes Misstrauen und intensive Abneigung bei den Einheimischen aus. Derartige Zerwürfnisse zwischen Deutschen und Tschechen kommen in der böhmischen Reimchronik des sogenannten

⁶¹ Wippermann, *Drang nach Osten*, S. 25.

⁶² Zientara, Benedykt, Die deutschen Einwanderer in Polen vom 12. bis zum 14. Jahrhundert, in: Schlesinger, Walter, (Hrsg.): *Die deutsche Ostsiedlung des Mittelalters als Problem der europäischen Geschichte*, Reichenau – Vorträge 1970/1972 (Vorträge und Forschung Bd. VIII), Sigmaringen 1975, S. 335-345; Higounet, *Ostsiedlung im Mittelalter*, S. 15.

Dalimil sehr deutlich zum Vorschein.⁶³ Im 14. Jahrhundert war die von einem anonymen Verfasser niedergeschriebene Schrift *De Theutunicis bonum dictamen* in Böhmen populär, in der die Deutschen als Eindringlinge bzw. Gäste dargestellt werden, die anfänglich dienten, sich später aber als Herren aufspielen.⁶⁴ Die immer stärker werdenden politischen und sozialen Spannungen zwischen beiden Seiten waren schließlich eine Voraussetzung für die Entstehung der Hussitenbewegung am Beginn des 15. Jahrhunderts. Nach der tragischen Hinrichtung von Jan Hus entluden sich die heftigen Antipathien der Tschechen gegenüber dem böhmischen Deutschtum.

Derartige frühnationale Ressentiments, die durch Ansiedlung und Privilegierung deutscher Einwanderer ausgelöst wurden, gab es teilweise auch in Polen. Hier ist insbesondere der Aufstand deutschsprachiger Bürger Krakaus gegen den polnischen König Wladislaw Łokietek im Jahr 1311 zu nennen.⁶⁵ Die deutschen Bürger Krakaus wollten dem böhmischen Herrscher Johann von Luxemburg zur polnischen Königskrone verhelfen, um ihre Handelsinteressen zu fördern. Schließlich kam es zu einer Konfrontation mit Herzog Łokietek von Kleinpolen. Nach dem Scheitern des Plans der deutschen Bürger revanchierte sich der auf den polnischen Thron erhobene Łokietek mit einer bürgerfeindlichen Politik. Diese war mit deutschfeindlichen Maßnahmen verknüpft und spiegelte gewissermaßen das antideutsche Milieu in der polnischen Gesellschaft wider. Jedoch können diese Zwistigkeiten nicht in den Rahmen einer nationalen deutsch-polnischen Feindschaft eingeordnet werden. Łokieteks Anspruch auf den polnischen Thron blieb damals nicht unbestritten, und auch die polnischen Bürger einiger Städte in Großpolen standen in Gegnerschaft zu Łokietek.⁶⁶ Aus diesem Grund kann der Aufstand der deutschen Bürger Krakaus wohl kaum als stichhaltiger Beweis für eine nationale deutsch-polnische Erbfeindschaft gelten.

Obwohl also frühnationale Ressentiments in alten Quellen und Urkunden durchaus ihre Spuren hinterließen, handelt es sich allenfalls um Einzelfälle. Diese Art von Xenophobie im Mittelalter bezieht ihre Nahrung nicht aus dem Gefühl einer Gruppenidentität, geschweige denn aus der nationalen Zusammengehörigkeit von Volksgruppen. Die damaligen Stereotypen sind also keineswegs mit dem Nationalitätenkampf und den nationalstaatlichen Konflikten des 19. und 20. Jahrhunderts zu vergleichen.

Außerdem muss hier unterstrichen werden, dass die erwähnten Konflikte, die von den privilegierten einheimischen Schichten in Böhmen bzw. Polen angeheizt wurden, nicht im Kontext der Geschichte der deutschen Ostsiedlung gesehen wurden.

⁶³ Graus, Problematik der deutschen Ostsiedlung, S. 32-33.

⁶⁴ Ebd.

⁶⁵ Zientara, Benedykt, Die deutschen Einwanderer in Polen, S.343-344.

Die Zeitzeugen berichteten lediglich über die Ereignisse in ihrer Stadt oder Region. Die Vorstellung einer deutschen Siedlungsbewegung findet sich in den Quellen dagegen überhaupt nicht.

Einzig die Geschichte der Eroberungen des deutschen Ordens in Preußen sowie der folgende polnisch-deutsche Besitzstreit fanden Beachtung. Schon in der Mitte des 15. Jahrhunderts brachte der polnische Chronist Jan Długosz (1415-1480) zwei Ansichten zum Ausdruck, die später in der polnischen Historiographie weite Verbreitung fanden. Einerseits machte er dem Orden wegen der Eroberungstätigkeit in Preußen scharfe Vorwürfe, andererseits trat er entschieden für den Polenkönig ein und rechtfertigte dessen Kampf gegen den deutschen Orden sowie die Angliederung Pommerellens an Polen im zweiten Thorner Frieden 1466.⁶⁷ Diese Auffassung dominierte in der polnischen Historiographie nahezu unverändert bis in die Neuzeit.

Aus den angeführten Quellen- und Urkunden ergibt sich, dass das historische Phänomen, welches in heutigen deutschen Untersuchungen als „mittelalterliche deutsche Ostsiedlung“ bezeichnet wird, in der deutschen bzw. slawischen Historiographie vor dem Ende des 18. Jahrhunderts fast keine Aufmerksamkeit erregte und überhaupt nicht als eigenständige Problematik behandelt worden ist. Obwohl es also seit dem Mittelalter einen andauernden polnisch-deutschen Streit um die Herrschaft über Preußen gibt, findet sich die Vorstellung einer deutschen Besiedlungs- und Kolonisationsbewegung im Osten in den polnischen Urkunden nicht.

2.2.3 Die Wahrnehmung der Geschichte der Ostsiedlung und der Wandel der deutschen Geisteswelt

Obwohl die Geschichte der mittelalterlichen deutschen Ostsiedlung bis zum Ende des 18. Jahrhunderts weder auf deutscher noch auf slawischer Seite umfassend thematisiert worden war, hatte sie doch die Aufmerksamkeit einiger deutscher Historiker geweckt. Seit 1772 gab es aufgrund der Kolonisations- und Peuplierungspolitik Friedrichs II. eine amtliche preußische Kolonisation in Westpreußen, Schlesien und dem Netzedistrikt.⁶⁸ Daher geriet auch die alte Siedlungs- und Eroberungstätigkeit von Deutschen in den slawischen Räumen zunehmend in das Blickfeld der Geschichtswissenschaft. Der Prozess der deutschen Besiedlung in Schlesien wurde zunächst von den schlesischen Historikern Klöber

⁶⁶ Ebd.

⁶⁷ Zitiert nach: Hackmann, *Ostpreußen und Westpreußen*, S. 53-54.

⁶⁸ Bär, Max, *Westpreußen unter Friedrich dem Großen, Theil I*, Publicationen aus den Königlichen Preußischen Staatsarchiven, Band 83, Stuttgart 1909, S. 314-336.

und Pachaly erwähnt und unter dem Eindruck der Kolonisationspolitik Friedrichs II. positiv bewertet.⁶⁹

Im Vergleich zur negativen Beurteilung Herders und anderer aufklärerischer Historiker lässt sich hier eine neue Auffassung ablesen. Am Ende des 18. Jahrhunderts gingen die Ansichten über die Geschichte der Ostsiedlung allerdings zunächst weit auseinander. In der deutschen Geistesgeschichte zeichnete sich ein Wandel ab. Dichter, Gelehrte und Philosophen interessierten sich zunehmend für die Vergangenheit, und daraus ergab sich eine allgemeine Hinwendung zum deutschen Mittelalter. Vor diesem Hintergrund wandten sich die Historiker der deutschen Geschichte des Mittelalters zu, und die Geschichte der Ostsiedlung wurde bald zu einem Thema. Die neue positive Sichtweise der Ostsiedlung hat die deutsche Historiographie seitdem tief geprägt. Die Entstehung dieses deutschen Mittelalterbildes wurde im Wesentlichen durch die Romantik befördert. Zunächst wollen wir jedoch einige Bemerkungen zum Wandel in der geistigen Welt des 18. Jahrhunderts vorausschicken.

Seit der Mitte des 18. Jahrhunderts hatte sich die deutsche Geisteswelt unter dem Einfluss der Aufklärung grundlegend und tiefgreifend geändert. Manche Dichter, Gelehrte und andere Vertreter der gebildeten Schichten wie Justus Möser (1720-1794), Friedrich Gottlieb Klopstock (1724-1803) und Gotthold Ephraim Lessing (1729-1781) begründeten eine deutsche Literatur- und Kunsttheorie, um sich gegen die „französische Überfremdung“ von Literatur und Kultur zur Wehr zu setzen.⁷⁰ Es entstand die sogenannte „Deutsche Bewegung“, deren Kern das reflektierte Bewusstsein der deutschen Intellektuellen um die „Nationalkultur“ war, was auch als Reaktion auf die Vorherrschaft der französischen Kultur aufgefasst werden muss.⁷¹ Unter dem Einfluss dieser Bewegung wurden nicht nur die altdeutschen Sitten und Gebräuche gepriesen, sondern auch die Liebe zum Vaterland verherrlicht.

Die Wertschätzung der deutschen Kultur orientierte sich seit dem „Sturm und Drang“ auch am deutschen Mittelalter, wobei Herder ohne Zweifel eine Schlüsselstellung zukam. Herder schenkte der Sammlung von Volksliedern und der Sprache seine besondere Aufmerksamkeit, weil beide nach seiner Auffassung den unbewusst schaffenden „Volksgeist“ und die nationale Eigenart eines Volks verkörperten. Niedergelegt hatte er dies vor allem in seinen *Ideen zur Philosophie der Geschichte der Menschheit*. Für Herder wurde die Nation durch Sprache und Kultur verkörpert. Diese Idee wurde von Johann Wolfgang von Goethe (1749-1832) und Friedrich Schiller (1759-1805) aufgegriffen, welche die deutsche Kultur auf die weltbürger-

⁶⁹ Wippermann, *Drang nach Osten*, S. 22.

⁷⁰ Echternkamp, Jörg, *Der Aufstieg des deutschen Nationalismus (1770-1840)*, Frankfurt und New York 1998, S. 64-65.

⁷¹ Nipperdey, Thomas, *Deutsche Geschichte 1800-1866. Bürgerwelt und starker Staat*, München 1983, S. 300-301.

liche und menschheitliche Bildung bezogen.⁷² Die Entstehung eines spezifisch deutschen Nationalismus geht weiter zurück auf die Ansichten von Philosophen wie Johann Gottlieb Fichte (1762-1814), der „alles Sein auf eine ewige geistige Kraft zurückführen“ wollte und Friedrich Wilhelm Schelling (1775-1854), der „Natur als sichtbare[n] Geist und Geist als unsichtbare Natur“ begriff. Zuletzt haben sicherlich die Romantiker maßgeblich zur Vollendung der Konstruktion der deutschen Nation und zum Aufstieg des deutschen Nationalismus beigetragen.

Die deutsche Romantik war ursprünglich lediglich eine literarische Bewegung. Angesichts des Widerstandes gegen die französische Revolution entwickelte sie sich aber zu einer politischen und nationalen Bewegung. Die Romantiker nutzten das geistige deutsche Erbe für ihre politischen Ziele aus. Exemplarisch wurde der Begriff vom „Volksgeist“, der von Herder geprägt worden war. Dieser wurde übernommen und mit dem Individuell-Besonderen, mit der Geschichte und mit dem Volkstümlich-Elementaren verbunden.⁷³ So stellten die Romantiker das eigene Volk, in den Vordergrund, verbunden mit der Behauptung, dass sich die Deutschen durch ihre gemeinsame Sprache und Kultur auszeichneten, welche auf dem Boden einer gemeinsamen Geschichte gewachsen sei. Man orientierte sich an Sprache, Kultur und Geschichte, an der Volksnation. Noch herrschte Kleinstaaterei in Deutschland doch war das Bestreben darauf gerichtet, eine Staatsnation zu werden, und einen eigenen deutschen Staat zu errichten.⁷⁴

Die deutsche Romantik spielte so eine wesentliche Rolle bei der Erweckung eines deutschen Nationalgefühls und bei der Entstehung eines deutschen Nationalismus. Vor diesem geistesgeschichtlichen Hintergrund legten die Gelehrten und die Bildungsschichten im Allgemeinen großen Wert auf die Vergangenheit, insbesondere auf die Geschichte des deutschen Mittelalters, in der man nach den Kräften des deutschen Volkstums suchte. Infolgedessen richteten Schriftsteller wie Friedrich Hölderlin (1770-1843), Heinrich von Kleist (1777-1811), Ernst Moritz Arndt (1769-1860), Max von Schenkendorf (1783-1817) und Joseph von Eichendorff (1788-1857) ihr Hauptaugenmerk auf das Mittelalter, und ihre Werke sind häufig inspiriert von mittelalterlichen Sagen, Legenden, Anekdoten und Geschichten.

Natürlich hatte der stürmische Aufschwung der deutschen Romantik auch handfeste politische Gründe. Nachdem ganz Deutschland und insbesondere auch Preußen durch die napoleonischen Kriege betroffen war, kam mit der napoleonischen Besatzungszeit eine Zeit der Fremdherrschaft, gegen welche die Deutschen sich wehrten und schließlich in den Befreiungskriegen erfolgreich waren. In dieser Situ-

⁷² Ebd.

⁷³ Ebd.

⁷⁴ Ebd., S. 303.

ation wurde das deutsche Nationalgefühl bei vielen erweckt und angestachelt. Die deutsche nationale Begeisterung im Gefolge der Befreiungskriege trug zur allgemeinen Überzeugung bei, dass das „deutsche Volk“ eine herausgehobene Stellung einnehme. Fichte nennt die Deutschen das „ursprüngliche“, das „unverfälschte Volk“, ⁷⁵ bei Arndt ist von einer „germanischen Mission“ die Rede, ⁷⁶ und nach Friedrich Ludwig Jahn (1778-1852), dem Begründer der deutschen Turnbewegung am Vorabend der Befreiungskriege gegen die französische Fremdherrschaft, stehen die Deutschen im allerhöchsten Rang eines „heiligen Volkes“. ⁷⁷

Der Appell zur Rückkehr zu einer deutschen Nationalkultur und zur deutschen Vergangenheit, der von den deutschen Romantikern mit unermüdlichem Eifer vorgetragen wurde, rief in Deutschland überall ein großes Echo hervor, wodurch auch die allgemeine Hinwendung zum Mittelalter immer mehr verstärkt wurde. Die deutsche Zukunft war das deutsche Mittelalter – so meinten die Zeitgenossen. ⁷⁸

Die Geschichte des deutschen Mittelalters wurde nun zur Kraftquelle und zum Wegweiser der nationalen Leidenschaften. Die mittelalterliche deutsche Geschichte stand plötzlich im Mittelpunkt, und das Hauptaugenmerk der Historiker richtete sich folgerichtig auf die Begebenheiten der mittelalterlichen deutschen Besiedlungs- und Kolonisationstätigkeit im Osten, insbesondere auf die Geschichte des preußischen Deutschordensstaats, weil dieser eine Staatsidee verkörpert hatte. Von den Zeitgenossen wurde die hohenzollernsche Monarchie daher auch als eine Erneuerung des mittelalterlichen Deutschordensstaats verstanden. ⁷⁹ Das Königreich Preußen war innerhalb von wenigen Jahrzehnten vom kleinen deutschen Territorialfürstentum zur europäischen Großmacht aufgestiegen und hatte mit seiner ehrgeizigen Politik das kontinentale Gleichgewicht verändert. Seine neue Machtposition hatte es in den erbitterten aber erfolgreich geführten Befreiungskriegen gegen die napoleonische Armee eindrucksvoll unter Beweis gestellt. ⁸⁰ Unter dem Eindruck dieser ausgezeichneten verwaltungstechnischen und militärischen Leistungen fanden die Zeitgenossen es berechtigt, die preußische Monarchie mit dem ruhmvollen Deutschordensstaat des Mittelalters in Verbindung zu bringen. In ihrer Vorstellung sollte die Hohenzollernmonarchie den Traum vom künftigen Nationalstaat aller Deutschen in Erfüllung gehen lassen. Fichte und Arndt sprachen, wie gesehen, gar von einer „deutschen Sendung“ und einer „germanischen Mission“, wobei Preußen

⁷⁵ Fichte, Johann Gottlieb, *Werke. Auswahl in sechs Bänden*. Hrsg. und eingel. von Fritz Medicus, Leipzig 1910. Nachdruck, Darmstadt 1962, Band 5, S. 592-610.

⁷⁶ Arndt, Ernst Moritz, *Ansichten und Aussichten der teutschen Geschichte*, Teil 1, Leipzig 1814, S. 89.

⁷⁷ Jahn, Friedrich Ludwig, *Deutsches Volksthum*, Lübeck 1817, S. 89-98.

⁷⁸ Schulze, *Staat und Nation*, S. 185.

⁷⁹ Boockmann, *Der Deutsche Orden*, S. 237.

⁸⁰ Schulze, *Staat und Nation*, S. 183.

eine Führungsrolle spielen sollte bei dem Bestreben, einen vereinigten deutschen Nationalstaat zu schaffen.

Im Zeitalter der Fremdherrschaft waren es neben dem geistesgeschichtlichen Faktor jedoch auch die neuen geopolitischen Verhältnisse, welche die umfassenden und tiefgreifenden Untersuchungen über die mittelalterliche deutsche Ostsiedlung beförderten. Während des großen Umbruchs der politischen Verhältnisse in Deutschland wurden zahlreiche kleine politische Einheiten in Deutschland von Napoleon aufgehoben und zugleich wurden die Territorien der mittleren und größeren Staaten neu organisiert. Dabei wurde auch eine große Menge an alten schriftlichen Quellen, an Akten, Urkunden und Handschriften erstmals bekannt und stand den Historikern nun zur Verfügung. Darüber hinaus wurden später weitere Archive zugänglich, wie zum Beispiel Ordensarchive oder das Preußische Geheime Staatsarchiv. Das nationale Interesse und die verbesserte Quellenlage führten dazu, dass die Historiker sich nun unter Aufbietung aller Kräfte der Erforschung der Geschichte des deutschen Mittelalters zuwandten. Dies zeigte sich auch in der Begründung der *Monumenta Germaniae Historica*, einer umfassenden Sammlung deutscher Dokumente des Mittelalters, durch den Freiherrn vom und zum Stein in den zwanziger Jahren des 19. Jahrhunderts. Bemerkenswerterweise stellte man jedem Band dieses Riesenwerks das Motto voran: *Sanctus amor patriae dat animum*: Die heilige Liebe zum Vaterland beflügelt den Geist.⁸¹ Auch die Erforschung der Geschichte der mittelalterlichen deutschen Ostsiedlung profitierte selbstverständlich von dieser monumentalen Quellenedition.

Insgesamt wird man also feststellen können, dass die Geschichte der mittelalterlichen deutschen Ostsiedlung in der deutschen Historiographie um die Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert erstmals wahrgenommen und im Verlauf des 19. Jahrhunderts verstärkt aufgegriffen wurde. Doch kann die Geschichte ihrer Entdeckung nicht einem bestimmten isolierten Grund zugeordnet werden; es sind vielmehr mehrere Gründe eng miteinander verflochten.

Herders These von den kriegerischen Deutschen und den friedliebenden Slawen wurde von seinen Zeitgenossen übernommen, und sein Geschichtsbild prägte vor allem die slawische Historiographie. Diese sah darin ein Grundmuster der Geschichte der Ostsiedlung und hielt vom 19. bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts daran fest. Allerdings wurde Herders negatives Bild der Ostsiedlung unter dem Einfluss der Romantik auf deutscher Seite später nicht mehr geteilt. Zum anderen wurden einige deutsche Historiker infolge der Peuplierungspolitik Friedrichs II. der alten Eroberungs- und Besiedlungsgeschichte der slawischen Räume gewahr. Sie erforschten daher die Siedlungsgeschichte einiger Territorien in den betroffenen

Ostgebieten; die Geschichte der mittelalterlichen deutschen Ostsiedlung wurde jedoch noch nicht als Zäsur betrachtet und eine Behandlung des gesamten geschichtlichen Vorgangs war dabei ebenfalls nicht zu erkennen. Mit der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts kam es zu einem grundlegenden geistesgeschichtlichen Wandel in Deutschland, Deutsche Gelehrte und Angehörige der Bildungsschicht begründeten eine eigene Literatur mit dem Ziel, die Nationalkultur zu bewahren und Widerstand gegen die Vorherrschaft der französischen Kultur zu leisten. Sie wurden damit zu Initiatoren einer geistigen und nationalen Bewegung, durch die das Gefühl der Zusammengehörigkeit der Deutschen gestärkt wurde. In der Romantik erreichte diese Bewegung ihre Blütezeit und der Aufruf der Romantiker zur Besinnung auf die eigene, deutsche Vergangenheit, insbesondere die des Mittelalters, gewann Einfluss auf die Öffentlichkeit. Vollends erweckt wurde das deutsche Nationalgefühl durch das Trauma der napoleonischen Fremdherrschaft und die Befreiungskriege. All dies führte zu einer allgemeinen Hinwendung zum deutschen Mittelalter. Die Geschichte der deutschen Ostsiedlung des Mittelalters erfuhr unter dem Einfluss der Romantik nun allgemeine Beachtung. Sie wurde nachdrücklich ins Geschichtsbewusstsein gehoben und in der Folge erstmals umfassend erforscht.

Weil das 19. Jahrhundert in Deutschland die Epoche des aufkeimenden Nationalgefühls und eines gesteigerten Nationalismus war, gab es in der Betrachtung der Geschichte der Ostsiedlung einen tiefen Einschnitt. Da aber dieser historische Vorgang seit Beginn seiner Entdeckung aus nationalem Blickwinkel betrachtet wurde, erscheint die Tatsache, dass es später zu Nationalisierung und Ideologisierung kam, wenig verwunderlich. Auf diese Ideologisierung ist im nächsten Kapitel weiter einzugehen.

⁸¹ Boockmann, *Der Deutsche Orden*, S. 238-239; Schulze, *Staat und Nation*, S. 185.

3 Der Ideologisierungsprozess der deutschen Ostsiedlungsgeschichte

Schon kurz nach ihrer Entdeckung wurde die Ostsiedlung von der Geschichtswissenschaft als ein bedeutsamer Einschnitt in der deutschen Geschichte hervorgehoben. Unter dem Einfluss der deutschen Romantik stand dieser historische Sachverhalt mit einem Mal im Vordergrund der historischen Betrachtung. Die vielfältigen Untersuchungen und Forschungen, die dem Verlauf der Geschichte der Ostsiedlung nachgegangen sind, konnten auch deshalb ein hohes wissenschaftliches Niveau erreichen und die Bedeutung der Ostsiedlung für die Geschichte Europas herausarbeiten, weil die entsprechenden Ereignisse als maßgebliche Zäsur angesehen wurden.

Bisher scheint es keine ausreichenden Erklärungsansätze dafür zu geben, warum dieses geschichtliche Phänomen in solchem Maße verherrlicht und verteufelt wurde und schließlich zu so heftigen Auseinandersetzungen führte. Es ist daher zu fragen, wie es sich mit der Ideologisierung der Geschichte der mittelalterlichen deutschen Ostsiedlung eigentlich verhält, und warum sie im 19. und 20. Jahrhundert gerade in politisch-ideologischer Hinsicht eine erhebliche Bedeutung entwickelte, wodurch das Verhältnis zwischen Deutschen und Slawen nachhaltig vergiftet wurde.

Bei der Frage nach der Ideologisierung der Ostsiedlungsgeschichte ist offensichtlich das sich rapide verschlechternde Verhältnis zwischen Deutschen und Polen im ausgehenden 19. Jahrhundert zu berücksichtigen. Der tschechische Historiker František Graus hatte bereits darauf hingewiesen, dass einer der Ausgangspunkte der Ideologisierung der Geschichte der deutschen Ostsiedlung in Böhmen sicherlich in den umfangreichen und kritischen Abhandlungen polnischer Historiker über das Schicksal der Elbslawen zu sehen ist, denn hier wird auch die Vorstellung von einer systematischen Ausrottung der Slawen durch die Deutschen vertreten.⁸² Die polnischen Historiker orientierten sich dabei weitgehend an den Darstellungen ihrer Kollegen in Deutschland. Aufgrund der Verletzung des eigenen nationalen und historischen Empfindens wurde das wertende Vorzeichen allerdings umgekehrt. Eine ähnliche Einschätzung findet man auch in den Untersuchungen des Historikers Wolfgang Wippermann. In seinen äußerst materialreichen Monographien und Aufsätzen präsentierte er eine Schlüsselthese zur Ideologisierung der Ostsiedlung. Er vertrat die Ansicht, dass der politische Faktor zweifelsohne maßgeblich zu der

⁸² Graus, Problematik der deutschen Ostsiedlung, S. 34.

Ideologisierung beigetragen hat.⁸³ Das heißt, dass es aufgrund des Aufeinanderprallens des deutschen und des polnischen Nationalgefühls zu einer Polarisierung der nationalen Gegensätze kam, wodurch die Ostsiedlungsgeschichte nur noch verzerrt und ideologisch gefärbt dargestellt wurde.

Im folgenden Kapitel soll daher zunächst die Wurzel der deutsch-polnischen Feindschaft, der preußisch-polnische Antagonismus dargestellt werden. Dabei ist es nötig, Parallelen zu außenpolitischen Faktoren aufzuzeigen. Im zweiten Teil werden dann die Thesen und Gegenthesen beider Seiten betrachtet.

3.1 Das „Polenmotiv“ in der Ideologie der Geschichte der Ostsiedlung

Offensichtlich war die deutsch-polnische Nachbarschaft von den sich immer mehr verschlechternden Verhältnissen in den vergangenen zwei Jahrhunderten geprägt. An dieser Stelle muss aber ausdrücklich darauf hingewiesen werden, dass die heftigen Auseinandersetzungen in der neuen und neuesten Zeit auf keinen Fall von Natur aus gegeben sind, auch wenn es das Beispiel vom Aufstand der deutschen Bürger Krakaus gegen die Herrschaft Wladislaw Łokieteks von 1311 gibt, das manchen als erstes Anzeichen des deutsch-polnischen Nationalitätenkonfliktes gilt. In diesen Zusammenhang gehört auch die polnische Redenart des 16. Jahrhunderts: „Jak świat światem nie będzie Niemiec Polakowi bratem.“ (So lange die Welt besteht, wird der Deutsche nicht zum Bruder des Polen.), die gerne zitiert wurde, um solche Argumente zu stützen.⁸⁴ Aber die von bestimmten sozialen, politischen oder religiösen Elementen geprägten Auseinandersetzungen zwischen Deutschen und Polen im Mittelalter können allenfalls der Kategorie „Xenophobie“ zugeordnet werden. Oft führte der Kontakt zwischen den Angehörigen verschiedener Sprachgemeinschaften und Volksgruppen aufgrund der unterschiedlichen sozialen Stände zu Missverständnissen und zu den entscheidenden Gegensätzen. Diese „frühnationalen“ Ressentiments sind in der nationalhistorischen Sichtweise des 19. und 20.

⁸³ Wippermann, Wolfgang, *Der Ordensstaat als Ideologie*, Berlin 1979; ders., Die Ostsiedlung in der deutschen Historiographie und Publizistik, in: Wolfgang H. Fritze (Hrsg.), *Germania Slavica I*, Berlin 1980, S. 42-97; Ders., *Der „Deutsche Drang nach Osten“. Ideologie und Wirklichkeit eines politischen Schlagwortes*, Darmstadt 1981.

⁸⁴ Labuda, Gerard, Geneza przysłówia „Jak świat światem nie będzie Niemiec Polakowi bratem“, in: *Zeszyty Historyczne* UAM 8, 1968. Zitiert nach: Wippermann, *Drang nach Osten*, S. 21. Vgl. Rhode, Gotthold, Das Bild des Deutschen im polnischen Roman des 19. Jahrhunderts und beginnenden 20. Jahrhunderts und das polnische Nationalgefühl, in: *Ostdeutsche Wissenschaft* 8, München 1961, S. 329.

Jahrhunderts rückprojizierte Konzeptionen, die mit der mittelalterlichen Wirklichkeit im Wesentlichen nichts zu tun haben.

Ganz im Gegenteil muss man hervorheben, dass die deutsch-polnischen Beziehungen bis zur frühen Neuzeit grundsätzlich nicht von radikalen Gegensätzen gekennzeichnet waren. Bei genauer Betrachtung der geschichtlichen Ereignisse stellt man fest, dass das Römisch-deutsche Reich und die *Rzeczpospolita Polska* – die königliche Republik Polen – seit dem Hochmittelalter friedlich nebeneinander existierten und die Grenze zwischen den beiden Ländern war über mehrere Jahrhunderte eine der stabilsten und ruhigsten Grenzzonen in Europa.⁸⁵ Die Frage, die sich dabei aufdrängt, ist diese: Wann und wie entwickelten sich die deutsch-polnischen Verhältnisse zum Schlechteren? Zweifellos haben die Großmachtambitionen und die territorialen Begierden Preußens sowie die anschließenden Teilungen der polnischen Republik den preußisch-polnischen Antagonismus gefördert. Dieser intensivierte sich in den folgenden Jahren, vor allem in der Gründungsepoche des vereinigten deutschen Nationalstaates unter Führung Preußens, und festigte sich hier endgültig im Sinne einer ausgeprägten nationalen Feindschaft.⁸⁶ In diesem Zusammenhang war die Ideologisierung der Geschichte der deutschen Ostsiedlung des Mittelalters wohl unausweichlich.

3.1.1 Die Wurzel des deutsch-polnischen Nationalkonfliktes: Die Entstehung des preußisch-polnischen Antagonismus

Beginnend mit den Anfängen des 17. Jahrhunderts war aus der askanischen Mark Brandenburg und dem ehemaligen Deutschordensland Preußen der preußisch-hohenzollernsche Staat geworden. Dieser aufstrebende Staat machte nun das ethnisch, kulturell und religiös uneinheitliche deutsch-polnische Grenzgebiet zum Mittelpunkt der eigenen Großmachtpolitik. Zudem kam es innerhalb der polnischen Adelsrepublik zu Zerfallsprozessen. Aufgrund der machtpolitischen Schwäche der königlichen Republik Polen begünstigten diese ein negatives Polenbild in der europäischen Öffentlichkeit und damit auch die territorialen Begierden des Königreichs Preußen.

Schon seit Beginn des 18. Jahrhunderts stand die königliche Republik Polen wegen ihrer mangelnden machtpolitischen Konkurrenzfähigkeit am Rande des Abgrundes. Noch bis ins 18. Jahrhundert hinein hielt Polen an seiner einzigartigen Verfassungsstruktur fest, die bereits im 15. Jahrhundert unter der Jagiellonendynastie entwickelt worden war und im 16. und 17. Jahrhundert den Zusammenhalt dieses

⁸⁵ Broszat, Martin, *Zweihundert Jahre deutsche Polenpolitik*, München 1963, S. 7.

religiös und ethnisch vielfältigen Reiches garantiert hatte. Danach wurde die königliche Republik Polen vollständig von einer einzigen sozialen Schicht beherrscht: der *Szlachta*, dem Landadel, der beinahe ein Zehntel der Gesamtbevölkerung Polens umfasste und der eigentliche Souverän im polnischen Staat war. Jeder einzelne Adelige konnte durch das *Liberum Veto* Einspruch gegen die Beschlüsse des *Sejm* – des polnischen Reichstags – einlegen, während das schwache Wahlkönigtum kaum Vollmachten besaß und ohne die einstimmigen Beschlüsse des *Sejm* völlig blockiert blieb.⁸⁷

Während sich zu Beginn des 18. Jahrhunderts der Absolutismus in beinahe allen anderen europäischen Ländern etablierte und die Herrscher entsprechende großmachtpolitische Ambitionen entwickelten, spielte die polnische Adelsrepublik in dem sich rasch wandelnden System der Machtpolitik Europas keine Rolle mehr. Vielmehr bot das hier entstehende Machtvakuum auswärtigen Mächten sehr günstige Bedingungen für ein Eingreifen und so wurde Polen schließlich zum Opfer der machtpolitischen und territorialen Rivalitäten seiner Nachbarstaaten.

Im geschichtlichen Ablauf dieser machtpolitischen Wende in Ostmitteleuropa nimmt der Große Nordische Krieg 1700-1721 fraglos eine Schlüsselstellung ein. Während des Krieges war die polnische Adelsrepublik aufgrund der von den Außenmächten gesteuerten Reichstagsbeschlüsse politisch nicht handlungsfähig, so dass das nun wehrlose Staatsgebiet schwer unter den durchmarschierenden russischen Truppen zu leiden hatte. Der machtpolitische Konkurrenzkampf in Ostmitteleuropa zeigte, dass die Staatsform der Adelsrepublik Polen zu schwach und damit unzeitgemäß und eigentlich überholt war. So sah es auch die 1718 erschienene Chronik *Theatrum Europaeum*, welche die Ereignisse der abendländischen Geschichte zwischen dem Ausbruch des Dreißigjährigen Krieges und dem Ende des großen Nordischen Krieges kommentierte.⁸⁸ Es waren solche Urteile, die in der preußischen sowie europäischen Öffentlichkeit ein negatives Polenbild entstehen ließen.

Neben dem Machtverlust war die konfessionelle Radikalisierung in Polen für die Verstärkung des negativen Polenbildes von Bedeutung. Hierfür ist das „Thorner Blutgericht“ von 1724 exemplarisch. Bereits seit der Reformation überließen in der im Königlichen Preußen (Westpreußen) gelegenen Stadt Thorn, die überwiegend protestantisch war, die polnischen Könige ihren deutschsprachigen Untertanen die Entscheidung über ihre Konfession. Während im 16. und 17. Jahrhundert die polni-

⁸⁶ Vgl. Biskup, Marian, Preussen und Polen – Grundlinien und Reflexionen, in: Günther Stökl (Hrsg.), *Jahrbücher für Geschichte Osteuropas*, Band 31, Wiesbaden 1983, S. 1.

⁸⁷ Rhode, Gotthold, *Geschichte Polens. Ein Überblick*, Darmstadt 1980, S. 221-236.

⁸⁸ Zernack, Klaus, Negative Polenpolitik als Grundlage deutsch-russischer Diplomatie in der Mächtepolitik des 18. Jahrhunderts, in: Klaus Zernack, *Preußen – Deutschland – Polen. Aufsätze zur Geschichte der deutsch-polnischen Beziehungen*, Berlin 1991, S. 226-229.

sche Adelsrepublik noch als Hort der religiösen Toleranz gefeiert worden war, kam es seit Beginn des 18. Jahrhunderts zu einer radikalen Veränderung. Unter dem zunehmenden Druck der Gegenreformation, die vom polnischen Jesuitenkolleg mit erheblichem Fanatismus propagiert wurde, kam es im Sommer 1724 in Thorn zu gewalttätigen konfessionellen Auseinandersetzungen, bei denen auch das Jesuitenkolleg angegriffen wurde. Als Vergeltung wurden die Bürgermeister und einige Ratsherren Thorns zum Tode verurteilt und hingerichtet.

Diese rücksichtslose Verfolgung durch den polnischen Klerus rief damals in der europäischen Öffentlichkeit, besonders in evangelischen Staaten wie dem Königreich Preußen, eine allgemeine Empörung hervor. Friedrich Wilhelm I. (1713-1740) fasste damals bereits den Entschluss, gegen diese Brutalität gegebenenfalls auch mit militärischen Mitteln einzuschreiten. Seine Absicht gelangte zwar nicht zur Ausführung, aber er schloss im Jahre 1730 mit Zarin Katharina I. (1725-1740) einen Allianzvertrag, der einen Passus über die Verpflichtung der beiden Staaten zum Schutz ihrer Glaubensgenossen in der katholischen Adelsrepublik Polen enthielt. Die Aufnahme dieses Artikels in den Vertrag wurde zweifellos durch die Ereignisse um das Thorner Blutgericht motiviert, und öffnete kommenden Interventionen in Polen Tor und Tür.⁸⁹

Unter dem Eindruck des immer negativeren Polenbildes veränderten sich die scheinbar noch friedlichen preußisch-polnischen Beziehungen in der Mitte des 18. Jahrhunderts grundlegend. Im ersten politischen Testament des preußischen Königs Friedrich II. (1740-1786), der im Jahre 1740 seinem Vater Friedrich Wilhelm I. nachfolgte, war diese Wandlung deutlich erkennbar. In seinem 1752 abgefassten Werk *Die politischen Testamente der Hohenzollern* schlug Friedrich der Große einen deutlich expansiv anmutenden Ton an und vertrat nachdrücklich seine territorialen Ambitionen in Polen. Die fast ohnmächtige Adelsrepublik Polens bot seinem Königreich gewissermaßen eine offene Flanke:

In Bezug auf das polnische Preußen scheint es mir, als werde man das größte Hindernis von seiten Rußlands finden. Es würde vielleicht besser sein, dieses Land (Polen) durch Unterhandlung stückweise zu gewinnen als durch das Recht der Eroberung. In einem Falle, wo Rußland dringend unseres Beistandes bedürfte, wäre es vielleicht möglich, sich Thorn, Elbing und einen Umkreis abtreten zu lassen, um dadurch die Verbindung von Pommern nach der Weichsel zu erlangen.⁹⁰

⁸⁹ Rhode, *Geschichte Polens*, S. 299-300.

⁹⁰ Friedrich II., *Die politischen Testamente der Hohenzollern*, in: G. Künzel und M. Hass, Band II, Leipzig und Berlin 1920, S. 59; Dietrich, Richard, (Hrsg.), *Die politischen Testamente der Hohenzollern*, Köln 1981, S. 202-203.

Sicherlich entsprang dieses Expansionsbegehren in erster Linie einem geographischen und militärstrategischen Kalkül, denn die beiden Hauptkeimzellen des preußischen Staates – die Mark Brandenburg und Preußen (Ostpreußen) – waren vom königlich-polnischen Preußen (Westpreußen) abgeschnitten und ließen sich somit schwer verteidigen, falls es zu einem Konflikt mit Russland gekommen wäre. In der Tat sollte später im Dritten Schlesischen Krieg (Siebenjähriger Krieg) von 1756 bis 1763 eine solche Situation eintreten. Unter dem Gesichtspunkt der Verteidigung hatte für Friedrich II. die Herstellung einer Landverbindung zwischen Pommern und Ostpreußen Vorrang, und das bedeutete, dass der Erwerb von Polnisch-Preußen zu einer militärstrategischen Notwendigkeit wurde. Durch den Besitz der Weichselmündung konnte die offene Flanke des preußischen Staates gedeckt werden.⁹¹ Hier wird die politische Zielsetzung Friedrichs II. deutlich: die Sicherung des preußischen Staates durch Expansion nach Osten. Unter diesen Vorzeichen wurde Polen in den folgenden Jahrzehnten unausweichlich zum Opfer des absolutistischen Hohenzollernstaates und der anderen Teilungsmächte.

Das negative Urteil über die überlebte polnische Adelsrepublik wurde auch in der Epoche ihres Zerfalls weiterhin tradiert. Scharf verurteilt wurden nun nicht nur die altmodische verfassungsrechtliche Struktur und die religiöse Intoleranz Polens, sondern auch die sich verschlechternden sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse. Nach der ersten Teilung Polens von 1772 annektierte Preußen das Ermland und das königlich-polnische Preußen (Westpreußen). Die polnische Bevölkerung dieser neu erworbenen Länder bot ein Bild schrecklichen Elends, und Friedrich II. äußerte sich dahingehend, dass Deutsche als Lehrer in den Dörfern der rückständigen polnischen Bauern dienen sollten:

Das sicherste Mittel, um diesen sklavischen Leuten bessere Begriffe und Sitten beizubringen, wird immer sein, solche mit der Zeit mit Teutschen zu meliren und wenn es auch nur anfänglich mit 2 oder 3 in jedem Dorfe geschehen kann.⁹²

Das von Friedrich II. gezeichnete Bild von Polen als „elendeste Nation Europas“⁹³ und „eine in jeder Hinsicht verächtliche Nation“⁹⁴ lässt sich auch in der öffentlichen Meinung Preußens wiederfinden. Als die preußischen Beamten dort die Verwaltung

⁹¹ Zernack, Klaus, Preußen als Problem der osteuropäischen Geschichte, in: Zernack, *Preußen – Deutschland – Polen*, S. 96.

⁹² Bär, Max, *Westpreußen unter Friedrich dem Großen*, Band 2, Neudruck der Ausgabe 1909, Nr. 24.

⁹³ Friedrich II., *Die politischen Testamente der Hohenzollern*, S. 59.

⁹⁴ Koser, Friedrich, *Geschichte Friedrichs des Großen*, Bd. 3, Berlin und Stuttgart 1913, S. 291. Vgl. auch: Michalski, Jerzy, Polen und Preußen in der Epoche der Teilungen, in: Zernack, Klaus, *Polen und die polnische Frage in der Geschichte der Hohenzollernmonarchie 1701-1871*, Berlin 1982, S. 39.

übernahmen, bekamen sie anscheinend die schlechten bäuerlichen Verhältnisse nicht sofort in den Griff, so dass der Oberpräsident von Domhardt im Jahre 1773 äußerte, dass die polnischen Bauern vom Landadel als Sklaven behandelt worden seien:

Ihre Herren aber haben über sie eine unumschränkte Gewalt exerziert, sie als wahre Sklaven gehalten, über ihre Personen und was sie rechtmäßig vor sich gebracht willkürlich disponiert, niemanden ohne eine ausdrückliche Freilassung ziehen lassen [...].⁹⁵

Diese scharfen Vorwürfe gegen die sozialen Missstände in Polen spiegeln sich in dem Schlagwort von der „polnischen Wirtschaft“ wieder, das erstmals in einem Privatbrief des Danziger Aufklärers Georg Forster (1754-1794) aus dem Jahre 1784 erscheint. In seinen Beschreibungen zeigt sich das negativste Polenbild überhaupt:

Von der polnischen Wirtschaft, von der unbeschreiblichen Unreinlichkeit, Faulheit, Besoffenheit und Untauglichkeit aller Dienstboten, von der ungeheuren Theurung aller Sachen, [...] welches dafür aber auch sehr schlecht ist, [...] – von der Insolenz der Handwerker, ihrer über alle Beschreibung elenden Arbeit, endlich von der Zufriedenheit der Polaken mit ihrem eigenen Misthaufen, und ihrer Anhänglichkeit an ihre Vaterländischen Sitten, will ich weiter nichts sagen [...].⁹⁶

Noch abschätzigere Bemerkungen über die Polen kommen in einem anderen Brief aus demselben Jahr zum Ausdruck:

Die Polen sind Schweine von Haus aus, so Herren als Diener; alles geht schlecht gekleidet, zumal das weibliche Geschlecht; putzen sie sich, so sitzt es wie der Sau das güldene Halsband.⁹⁷

Die Polen werden in seinem Privatbrief als „Schweine“ bezeichnet, nämlich als Tier, das man in den Staub treten kann. Diese Beleidigung ist keineswegs ein Einzelfall, sondern tritt mehrfach in seinen Schriften auf. Ein weiterer Beleg für sein Polenbild ist ein Brief an einen Kollegen aus dem Jahr 1786:

Das [polnische] Volk ist nunmehr wirklich durch die langgewohnte Sklaverei zu einem Grad der Thierheit und Fühllosigkeit, der unbeschreiblichsten Faulheit und stockdummen Unwissenheit herabgesunken, von welchem es vielleicht in einem Jahrhundert nicht wieder zur gleichen Stufe mit anderem europäischen Pöbel hinaufsteigen würde, wenn man auch

⁹⁵ Bär, *Westpreußen unter Friedrich dem Großen*, Nr. 212.

⁹⁶ Forster, Georg, *Georg Forsters Werke, Briefe 1784 - Juli 1787*, Band 14, bearbeitet von Leuschner Brigitte, *Georg Forsters Werke, Sämtliche Schriften, Tagebücher, Briefe*, Berlin 1978, S. 225.

⁹⁷ Ebd., S.236.

desfalls die weisesten Maßregeln ergriff, wozu bis jetzt auch nicht der mindeste Anschein ist. Die niedrige Classe des Adels, dessen äußerste Armuth ihn abhängig macht und zu den verächtlichsten Handarbeiten verdammt, ist fast in der nämlichen Lage, was Dummheit und Faulheit betrifft; und in Ansehung der kriechenden Niederträchtigkeit und des zertretenden Mißbrauchs seiner etwan bei Gelegenheit ihm zufallenden Macht ist er noch viel verworfener. Der höhere und reichere Adel bis hinauf zum Thron ist, im Ganzen genommen, nur eine Schattirung der vorhergehenden Classen, mit mehr Gewalt. Jeder Magnat ist ein Despot, und läßt Alles um sich her fühlen, daß er es sey; denn nichts ist über ihm, und selbst die gröbsten Verbrechen büßt er höchstens mit einer Geldstrafe oder einem Verhaft von etlichen Wochen, wobei er ein Palais zum Gefängniß hat, und die ganze Zeit mit seinen Freunden in Schmausen und Lustbarkeiten aller Art zubringt.⁹⁸

Die negative Beurteilung vieler Aspekte und Bereiche der polnischen Adelsrepublik kulminiert in der Ansicht, dass im Vergleich mit den Deutschen der Kulturzustand der Polen auf einer sehr niedrigen Stufe verharre. Dies lässt sich anhand eines vom preußischen Staatsminister Ewald Friedrich von Hertzberg (1725-1795) verfassten Werkes *Ausführung der Rechte Sr. K. Maj. von Preußen auf das Herzogthum Pomerellen* verdeutlichen, welcher darin die Auffassung vertritt, dass der territoriale Besitzanspruch Hohenzollerns auf Westpreußen durchaus auch in einer kulturellen Führungsrolle und der besseren preußischen Verwaltung begründet liege.⁹⁹ Man wird sehen, wie sich diese Auffassung von der überlegenen deutschen Kultur in den folgenden Jahren in der Öffentlichkeit sowie in Historiographie und Publizistik Preußens in bewusster oder unbewusster Weise ausprägte und schließlich zu einer unbeirrbaren Überzeugung wurde. Die Entstehung dieses Bewusstseins der kulturellen Überlegenheit Deutschlands gegenüber Polen hat die deutsch-polnischen Beziehungen in den folgenden Jahrhunderten zweifellos beeinträchtigt und sowohl die deutsche Geschichtswissenschaft als auch die öffentliche Meinung im 19. und in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts wesentlich beeinflusst.

3.1.2 Die Teilung Polens und ihre Rolle im Prozess der Ideologisierung der Geschichte der deutschen Ostsiedlung

Unter dem Einfluss des von vielen Faktoren negativ beeinflussten Polenbildes war die gänzliche Aufteilung Polens aus Sicht des Preußenkönigs und der beiden anderen Teilungsmächte nur eine Frage der Zeit – es fehlte lediglich ein auslösendes Moment. Dieses bot dann die polnische Maiverfassung von 1791. Mit dieser erfolgreichen Verfassungsreform, die das *Liberum Veto* im polnischen Reichstag aufhob und den

⁹⁸ Ebd., S. 491-492.

⁹⁹ Bär, *Westpreußen unter Friedrich dem Großen*, Nr. 24.

polnischen Thron in eine gesetzliche Erbmonarchie umwandelte, wollte Polen eine Intervention von außen vermeiden. Da die Teilungsmächte durch die konstitutionelle Reform ein Wiedererstarken des polnischen Staates und des polnischen Nationalgefühls befürchteten, änderten sie ihre Strategie und griffen auf ihre Pläne von der gänzlichen Aufteilung Polens zurück. Damit wollten sie den „Unruheherd“, der sich mit dem Aufstand 1794 gebildet hatte, ein für allemal beseitigen.¹⁰⁰

Die Tilgung der polnischen Adelsrepublik von der politischen Landkarte Europas stellte einen wichtigen Wendepunkt in der Geschichte der preußisch-polnischen bzw. der deutsch-polnischen Beziehungen dar, da sie offenbar den Ausgangspunkt für die deutsch-polnischen Feindseligkeiten bildete. Auch für die Ideologisierung der Geschichte der mittelalterlichen deutschen Ostsiedlung war sie von besonderer Bedeutung.

Während Friedrich II. und auch die preußischen Beamten bei der Aneignung Westpreußens 1772 die assoziative Verknüpfung von Preußen als Nachfolger des Deutschordensstaates noch ausdrücklich abgelehnt hatten,¹⁰¹ änderte sich die Einstellung der preußischen Regierung nach der Annexion der polnischen Provinzen „Südpreußen“ und „Neuostpreußen“ in den Jahren 1793 und 1795 vollkommen. Diese „neue Akquisition“ wurde von der preußischen Regierung nun als koloniales Gebiet „Altpreußens“ behandelt.¹⁰² Aus der Sicht Preußens wurde die Effizienz von Verwaltung und Landwirtschaft in seinen neuen polnischen Provinzen auf ein höheres Niveau gehoben, ähnlich wie zuvor schon in Westpreußen und im Ermland. Die Einverleibung der polnischen Gebiete wurde als Verbesserung für die Bevölkerung dargestellt und propagandistisch ausgeschlachtet.¹⁰³

Hier zeigte sich das kulturelle Überlegenheitsgefühl preußischer Beamter gegenüber ihren polnischen Untertanen unmittelbar. Da man in Preußen die kulturelle deutsche Überlegenheit auch als Rechtfertigung für die zweite und dritte

¹⁰⁰ Broszat, *Zweihundert Jahre deutsche Polenpolitik*, S. 41-44.

¹⁰¹ Der preußische Staatsminister Hertzberg schrieb im Jahre 1772: „In Preußen hat jemand verneinet, daß man das Recht auf ganz Preußen von dem deutschen Orden hätte herleiten sollen, solches gehet aber gar nicht an, weil das Kurhaus Brandenburg sein Recht auf das Königreich Preußen nicht von dem teutschen Orden, welchen es mit Gewalt vertrieben, sondern bloß aus der Belehnung der Könige von Polen hat und also daraus ein Mehrers von Preußen nicht verlangen konnte.“ Siehe: Bär, *Westpreußen unter Friedrich dem Großen*, Nr. 113; Helbig, Herbert, *Ordensstaat, Herzogtum Preußen und Preußische Monarchie*, in: Richard Dietrich (Hrsg.), *Preußen. Epochen und Probleme seiner Geschichte*, Berlin 1964, S. 28. Bemerkenswert ist auch das Bild der einstigen Ordenshauptburg Marienburg und einer Reihe von weiteren Burgen des Ordens in Westpreußen – ganz im Gegensatz zur allgemeinen Behauptung der deutschen Geschichtswissenschaft und der Veröffentlichungen des 19. und 20. Jahrhunderts. Diese wurden von den preußischen Behörden damals nur als Lasten abgetan, vgl. Boockmann, Hartmut, *Wege ins Mittelalter*, München 2000, S. 416-417.

¹⁰² Hubatsch, Walter, (Hrsg.), *Urkunden und Akten zur Geschichte der preußischen Verwaltung in Südpreußen und Neuostpreußen 1793-1806*, Frankfurt/M. und Bonn 1961, S. 487-517.

¹⁰³ Vgl. Broszat, *Zweihundert Jahre deutsche Polenpolitik*, S. 50-51.

Teilung Polens vorbrachte und die Bedrohung durch das erwachende polnische Nationalgefühl allgegenwärtig war, wurde in diesem Zusammenhang gerne auf die Geschichte der mittelalterlichen deutschen Siedlungsbewegung im Osten hingewiesen. Die historischen Ereignisse sollten beweisen, dass die Deutschen der einheimischen Bevölkerung nur Wohltaten erwiesen hätten und gleichzeitig die Germanisierung in naturwüchsiger Weise vollzogen worden sei. Was in der Vergangenheit geschehen konnte, sollte sich nun auch in der Gegenwart als vorteilhaft erweisen. Auf diese Weise wollte man die Geschichte in den Dienst der Gegenwart stellen.¹⁰⁴

Die ideologischen Auswirkungen der Teilung scheinen jedoch weder in der zeitgenössischen Politik noch in der Öffentlichkeit sonderlich groß gewesen zu sein, weil der Antagonismus zwischen Deutschen und Polen seinen Höhepunkt noch längst nicht erreicht hatte und die Vorstellung von einem deutsch-polnischen Nationalitätenkonflikt noch nicht ausgeprägt war. Der Antagonismus erwies sich jedoch als eine notwendige Voraussetzung für die Ideologisierung der deutschen Ostsiedlungsgeschichte.

Ein weiterer relevanter Aspekt war das Machtstreben Napoleons. Preußen wurde in den folgenden Jahren plötzlich aus dem Westen von einer französischen Übermacht bedroht, so dass die neu erworbenen polnischen Provinzen sofort wieder in Gefahr gerieten. Nach den vernichtenden Niederlagen bei Jena und Auerstedt gegen die napoleonischen Truppen 1806 musste Preußen die gerade erworbenen ehemals polnischen Territorien abtreten. In dieser Notlage sah die preußische Regierung sich gezwungen, die Struktur des Staates grundsätzlich zu reformieren. Dabei sollte es auch zu einer Revision der Polenpolitik kommen. Die wichtigste Rolle in diesem Prozess spielte Freiherr Heinrich Friedrich Karl vom und zum Stein (1757-1831). Im Juni 1807 legte er seine berühmte *Nassauer Denkschrift* vor, in der er scharfe Vorwürfe gegen die Teilung Polens und die preußische Herrschaft über die polnischen Territorien erhob:

Die Theilung von Pohlen zeigt das traurige Bild einer durch fremde Gewalt unterjochten Nation, die in der selbständigen Ausbildung ihrer Individualität gestöhrt wurde, der man die Wohlthat einer sich selbst gegebenen freyen Verfassung entriss und an ihre Stellung eine ausländische Bureaucratie aufdrang. [...] [S]ie erhöhte die Abgaben und entfernte die Einländer von jeder würksamen Theilnahme an der Verwaltung der Angelegenheiten ihres Vaterlandes.¹⁰⁵

¹⁰⁴ Vgl. Wippermann, *Ordensstaat*, S. 132-133.

¹⁰⁵ Botzenhart, Erich, (Hrsg.), *Freiherr vom Stein. Briefwechsel. Denkschriften und Aufzeichnungen*, Berlin 1936, S. 228-229.

Gleichzeitig entwickelte Freiherr vom Stein bereits eine Lösung der polnischen Frage. Die Konzeption beinhaltete die Wiederherstellung eines selbständigen polnischen Staates, dessen Territorium aus den polnischen Gebieten bestehen sollte, die sich die drei Teilungsmächte zuvor angeeignet hatten.¹⁰⁶

Tatsächlich waren die Vorschläge von Steins jedoch wenig geeignet zur Lösung der polnischen Frage, weil eine territoriale Neuordnung in Ostmitteleuropa nach dem militärischen Triumph Frankreichs über die Truppen der Teilungsmächte allein in den Händen Napoleons lag. Unter dem Druck des französischen Kaisers verzichtete Preußen auf diejenigen Gebiete, die infolge der zweiten und dritten Teilung Polens von Preußen annektiert worden waren, und die nun umgehend zur Grundlage für die Wiedererrichtung des polnischen Staates wurden. Wegen der Neugründung des polnischen Staates wurde Napoleon seitdem von den Polen als Held verehrt – ungeachtet der Tatsache, dass der neue Staat mit dem Namen „Herzogtum Warschau“ lediglich ein Satellitenstaat Frankreichs war.¹⁰⁷

In der napoleonischen Epoche kamen die konfligierenden Nationalinteressen von Deutschen und Polen unmittelbar zum Vorschein. Für die Deutschen kam die Expansion Napoleons wie ein Sturm über Europa, der die Nationen erschütterte, die vorhandene Ordnung zerstörte sowie Tyrannei und Willkürherrschaft mit sich brachte. Für Polen war diese Neuordnung der Machtverhältnisse jedoch sehr vorteilhaft, weil die fremden Unterdrücker Polens hinweggefegt wurden und die polnische Nation befreit und ein souveräner polnischer Staat wiedererrichtet werden konnte.¹⁰⁸ In Anbetracht dieser gänzlich unterschiedlichen Sichtweisen, ist es nicht verwunderlich, dass es in diesem Zeitraum zu einem Aufeinanderprallen von deutschen und polnischen Nationalinteressen kam.

Unter der französischen Fremdherrschaft wurde, wie im ersten Kapitel bereits erwähnt, in weiten Teilen Deutschlands die nationale Leidenschaft geweckt und die Befreiungskriege gegen die napoleonischen Besatzungstruppen wurden in diesem Geiste begonnen. In der öffentlichen Meinung Deutschlands bezog man sich gerne auf das deutsche Mittelalter und gleichzeitig wurde die Ideologisierung der Geschichte der mittelalterlichen deutschen Ostsiedlung – vor allem des Deutschen Ritterordens – verstärkt betrieben. Das Eiserne Kreuz, das im Jahre 1813 während der Befreiungskriege vom Preußenkönig Friedrich Wilhelm III. (1797-1840) gestiftet und als Ehrenzeichen für militärische Verdienste um das Land Preußen verliehen wurde, hat in diesem Zusammenhang exemplarische Bedeutung. Da die Gestaltung

¹⁰⁶ Trzeciakowski, Lech, Polnische Frage in Ideologie und Politik, in: Klaus Zernack (Hrsg.), *Zum Verständnis der polnischen Frage in Preußen und Deutschland 1772-1871*, Berlin 1987, S. 59-61.

¹⁰⁷ Broszat, *Zweihundert Jahre deutsche Polenpolitik*, S. 55-56.

¹⁰⁸ Wawrykowa, Maria, Das Polenmotiv in der Ideologie, in: Zernack, *Zum Verständnis der polnischen Frage*, S. 22.

des Eisernen Kreuzes sich an das schwarze Kreuz auf den weißen Mänteln der Deutschordensritter anlehnte, suggeriert es eine Verbindung zwischen dem mittelalterlichen Ordensstaat und dem preußischen Staat sowie zwischen den Deutschordenstruppen und dem preußischen Heer.¹⁰⁹

Es muss hier freilich darauf hingewiesen werden, dass die gesamtnationale Euphorie, in die die Deutschen während der Befreiungskriege verfallen waren, neben dem deutschen Nationalgefühl auch einen spezifisch Patriotismus hervorbrachte.¹¹⁰ In Preußen spielte der Patriotismus während und auch noch nach der napoleonischen Zeit eine beträchtliche Rolle. Ob die Ideologisierung der Ostsiedlung – vor allem des Deutschen Ordens in Preußen – eher als ein Merkmal der Steigerung des deutschen Nationalgefühls oder des preußischen Patriotismus anzusehen ist, ist schwer zu beantworten; auch deshalb, weil der Übergang vom preußischen Patriotismus zum gesamtdeutschen Nationalgefühl fließend war.

Die nationalen Bestrebungen Polens in der napoleonischen Ära waren ganz andere als die in Deutschland. Für Polen hatte das Fortbestehen des polnischen Staates unbedingten Vorrang. Angesichts dieser entgegengesetzten Einstellung zur napoleonischen Vorherrschaft wurde der Konflikt der nationalen Interessen beider Seiten unvermeidlich. Ein anschauliches Beispiel für diese Entwicklung ist das Verhältnis von studentischen Freiwilligen der Befreiungskriege zu ihren polnischen Kommilitonen an der Breslauer Universität:

Während die deutschen Studenten bei Leipzig und Montmartre ihr Leben in Gefahr bringen, haben die Polen die Universität erobert, [...] die polnische Sprache herrschte auf den Fechtplätzen und in den Vorlesungsräumen [...]. Irgendein Pole hatte die Frechheit, während des Kommerses im Jahre 1815 einen Trinkspruch auf Bonaparte auszubringen.¹¹¹

Die unterschiedliche Haltung in den napoleonischen Kriegen führte dazu, dass sich Deutsche und Polen zunehmend auch als Feinde gegenüberstanden. Trotz dieses Gegensatzes, scheint die ideologisierte Geschichte der deutschen Ostsiedlung in Politik und Öffentlichkeit noch nicht vollkommen funktionalisiert und internalisiert worden zu sein. Nach den Beschlüssen des Wiener Kongresses und nach dem polnischen Aufstand von 1830 sollte sich das deutsch-polnische Verhältnis in den folgenden Jahrzehnten in einem gewissen Maße sogar wieder verbessern.

¹⁰⁹ Boockmann, *Deutsche Geschichte*, S. 346.

¹¹⁰ Wippermann, *Ordensstaat*, S. 146-147.

¹¹¹ Wawrykowa, *Polenmotiv*, S. 22.

3.1.3 Die Epoche der deutschen „Polenbegeisterung“ und die preußische Germanisierungspolitik

Nachdem die übrigen europäischen Großmächte bis 1815 das napoleonische Frankreich erfolgreich bezwungen hatten, wurden die Territorien Europas auf dem Wiener Kongress neu geordnet. Als Ergebnis der Kongressbeschlüsse konstituierte sich aus Gründen des europäischen Gleichgewichts der Großmächte ein lockerer deutscher Bund – ein Staatenbund ohne Exekutive, Justiz und Verfassungsschutz und mit nur sehr beschränkten Kompetenzen¹¹² und aus denselben politischen Erwägungen wurde die Teilung Polens nicht angetastet.

Diese Entscheidung enttäuschte Deutsche und Polen gleichermaßen: Für die Deutschen zerschlug sich die große Hoffnung auf die Errichtung eines vereinigten deutschen Nationalstaates und einer konstitutionellen Monarchie. Für die Polen war der Wiener Kompromiss mit der Schaffung des Staates „Kongresspolen“ als Nachfolger des Herzogtums Warschau nichts anderes als eine vierte Teilung. Die Wiederherstellung eines unabhängigen polnischen Staates rückte damit in weite Ferne. Vor dem Hintergrund dieser durch die machtpolitischen Interessen der Großmächte diktierten Entscheidungen erhielt die Oppositionsbewegung in Deutschland neuen Zulauf. Besonders die Burschenschaften an den Universitäten spielten dabei eine große Rolle. Merkwürdigerweise näherten sich die deutschen und polnischen Interessen hier einander wieder an, weil deutsche wie polnische Studenten sich einstimmig gegen die Wiener Beschlüsse und ihre Auswirkungen in der jeweiligen nationalen Frage wendeten. Zwischen ihnen entwickelte sich sogar ein Gefühl der Zusammengehörigkeit. Obwohl das eigentliche Endziel natürlich nicht identisch war, kämpften deutsche und polnische Studenten gemeinsam für die Freiheit des Individuums und die Zerschlagung des metternichschen Polizeisystems. Ein Beispiel für diese neuen Verhältnisse ist die Gründung des polnischen Studentenverbandes „Polonia“ an deutschen Universitäten. Deutsche Studenten entwickelten dadurch zunehmend ein positiveres Polenbild.¹¹³

Deutlich wurden diese polenfreundlichen Tendenzen auch im polnischen Novemberaufstand 1830, der in der öffentlichen Meinung Deutschlands als Freiheitskampf der Polen gegen Russland eine große Resonanz fand. Nach dem Scheitern dieser Revolution empfanden vor allem die preußischen bzw. deutschen Liberalen tiefes Mitleid für das polnische Volk und die Periode der sogenannten deutschen „Polenbegeisterung“ brach an. Die deutschen Liberalen waren nun einmütig der Auffassung, dass die Deutschen Verantwortung für die Wiederherstellung eines

¹¹² Nipperdey, Thomas, *Deutsche Geschichte 1800-1866. Bürgerwelt und starker Staat*, München 1998, S. 97.

unabhängigen polnischen Staates hätten. Zudem sahen sie die Befreiung Polens als eine wesentliche Voraussetzung für die Verwirklichung der eigenen sozialen und nationalen Emanzipationsziele an.¹¹⁴

Unsere Nation ist hierzu moralisch und rechtlich verbunden, um die schwere Sünde der Vernichtung Polens zu sühnen; unser Volk muß die Herstellung Polens aber auch wegen eigenen Interessen zu seiner wichtigsten und dringendsten Aufgabe machen.¹¹⁵

Das Eintreten für polnische Nationalinteressen gilt hier also auch als Buße für die deutsch-preußische und österreichische Beteiligung an der polnischen Teilung. Der Höhepunkt der deutschen „Polenbegeisterung“ war das Hambacher Fest am 27. Mai 1832, auf dem die deutschen Redner ebenfalls für die Wiedererrichtung eines unabhängigen polnischen Staates plädierten.¹¹⁶

Jedoch stellte man auf dem Höhepunkt der „Polenbegeisterung“ nicht die Kernfrage, wie und wo denn ein souveräner polnischer Staat Gestalt annehmen sollte. Vor allem würde die Westgrenze dieses künftigen polnischen Staates zugleich auch die Ostgrenze des deutschen Gebietes bilden. Diese Probleme blieben von den deutschen Liberalen unberücksichtigt¹¹⁷ und wurden im Wesentlichen erst 1848 kurz vor und während der Nationalversammlung in der Frankfurter Paulskirche diskutiert.

Die Forderung nach der Wiederherstellung Polens, die von polenfreundlichen Liberalen erhoben wurde, berührte die Angelegenheiten der bestehenden preußischen Staatgebiete und letztlich die Haltung der preußischen Regierung. Nach den Beschlüssen des Wiener Kongresses von 1815 verzichtete Preußen zwar überwiegend auf seine durch die zweite und dritte Teilung Polens annektierten Territorien Westpreußen und Posen, sie blieben jedoch preußisches Staatsgebiet – zunächst als Großherzogtum und später als Provinz. In diesen beiden östlichen Provinzen Preußens lebten aber noch zahlreiche Polen, die sich weder als preußische Staatsangehörige noch als Preußen oder gar als Deutsche fühlten. Der preußische König Friedrich Wilhelm III. hatte ihnen immerhin die Anerkennung ihrer Sprache und Konfession versprochen und dieses selbst nachdrücklich formuliert:

¹¹³ Trzeciakowski, *Polnische Frage*, S. 61.

¹¹⁴ Kosim, Jan, *Der polnische Aufstand von 1830*, in: Zernack, *Zum Verständnis der polnischen Frage*, S. 35.

¹¹⁵ Trzeciakowski, *Polnische Frage*, S. 62-63.

¹¹⁶ Kosim, *Der polnische Aufstand*, S. 40-41.

¹¹⁷ Wawrykowa, *Polenmotiv*, S. 24-25.

Auch Ihr habt ein Vaterland, Ihr werdet Meiner Monarchie einverleibt, ohne Eure Nationalität verleugnen zu dürfen.¹¹⁸

Trotzdem wollten die Polen nicht Teil des preußischen Staates sein und versuchten auch weiterhin ihren eigenen souveränen Staat wiederzuerlangen. Darum bemühte sich die polnische Nationalbewegung jedoch vergeblich, denn angesichts der bestehenden politischen Verhältnisse in Europa war dies nahezu unmöglich. Folgende Gründe standen dem entgegen: Zunächst wurde auf dem Wiener Kongress die Aufrechterhaltung der Teilung Polens als Grundlage des Gleichgewichtes der europäischen Großmächte postuliert. Eine Lösung der polnischen Frage berührte vor allem die Interessen der Teilungsmächte Preußen, Österreich und Russland. Nicht nur für die innere Ordnung bestand hier eine beträchtliche Gefahr, da jede Teilungsmacht Untertanen polnischer Abstammung hatte, auch die gemeinsamen Grenzen der Teilungsmächte waren betroffen. Um die inneren und äußeren Faktoren für eine Destabilisierung zu beseitigen, begründeten die Teilungsmächte einen Machtkomplex mit dem Ziel, die Wiederherstellung des polnischen Staates zu verhindern. Vor diesem Hintergrund hätte die Lösung der polnischen Frage, wie sie den Polen verschwebte, einer radikalen Veränderung des bestehenden internationalen Machtgefüges bedurft, einer Totalrevision des europäischen Status quo mit seinem fein austarierten Gleichgewicht und der bestehenden Grenzen. Ein souveräner polnischer Staat war angesichts dieser politischen Konstellation völlig unrealistisch, und die Hoffnungen der polnischen Freiheitskämpfer konnten nicht erfüllt werden.¹¹⁹

Daneben waren die polnischen Provinzen Preußens für die preußische Regierung vor allen Dingen aus militärstrategischen Erwägungen von zentraler Bedeutung. Sie bildeten eine breite Pufferzone und eine Landbrücke von den Kerngebieten Preußens nach Ostpreußen. Insbesondere für einen Angriff Russlands war Preußen nun besser gerüstet. Tatsächlich sollte sich diese Erwerbung bei den Kämpfen an der Ostfront während des Ersten Weltkrieges auszahlen. In den neuen Provinzen war auch der Anteil an deutschstämmiger Bevölkerung beträchtlich, die teils schon in der Epoche der mittelalterlichen Ostsiedlung, teils als Neusiedler aus anderen preußischen Regionen zugewandert waren.¹²⁰ Nach der Teilung Polens und vor allem nach den Befreiungskriegen entwickelten diese sehr rasch eine preußisch-deutsche Identi-

¹¹⁸ Zitiert nach: Unruh, Georg-Christoph von, Provinz (Großherzogtum) Posen, in: Gerd Heinrich u. a. (Hrsg.), *Verwaltungsgeschichte Ostdeutschlands 1815-1945. Organisation – Aufgaben – Leistungen der Verwaltungen*, Stuttgart 1992, S. 366.

¹¹⁹ Hahn, Hans Henning, Polen im Horizont preußischer und deutscher Politik im neunzehnten Jahrhundert, in: Zernack, *Zum Verständnis der polnischen Frage*, S. 3-6.

¹²⁰ Groeben, Klaus von der, „Provinz Westpreussen“, in: Heinrich, *Verwaltungsgeschichte Ostdeutschlands*, S. 264-265.

tät.¹²¹ Unter dem Aspekt der Sicherung der staatlichen Einheit und der Integration der ansässigen Deutschen musste die Hohenzollernmonarchie diese Territorien also unbedingt unter ihre Kontrolle bringen.¹²²

Es ist also festzuhalten, dass Westpreußen und Posen aus Sicht der Hohenzollern Bestandteile des preußischen Staates waren, die nun integriert werden mussten. In diesem Zusammenhang sollte das deutsche Nationalgefühl eine große Rolle spielen, da es durch die erfolgreichen Befreiungskriege ja gerade einen stürmischen Aufschwung erfahren hatte. Dieses neue romantische Nationalgefühl besaß als „Eigenthümlichkeit des Volksgeistes“¹²³ in Deutschland wie in Preußen eine große integrierende politische Kraft. In der öffentlichen Meinung stärkte es die Ansicht, dass Preußen mit seinen großen territorialen Erwerbungen nach dem Wiener Kongress nun eine Vorrangstellung in Deutschland einnehmen und zugleich die Führungsrolle in der deutschen Einheitsbewegung spielen würde. Der „Geist der Zeit“ schien Preußen mit dieser Aufgabe betraut zu haben.¹²⁴

Das erstarkte Nationalgefühl konnte also helfen, die territorialen Begierden der preußischen Regierung in den deutschen Gebieten zu unterstützen und die Assimilation ihrer polnischen Untertanen zu fördern. Dabei diente die Geschichte der mittelalterlichen deutschen Ostsiedlung fraglos als politisches Instrument. Aufgrund der allgemeinen Hinwendung zur deutschen Vergangenheit ist es kaum verwunderlich, dass eine Rückprojektion des modernen deutschen Nationalbewusstseins in die mittelalterlichen deutsch-slawischen Verhältnisse erfolgte, die auch politische Auswirkungen hatte. Ein sichtbares Beispiel für die zunehmende Ideologisierung der Geschichte der Ostsiedlung ist die bereits erwähnte Stiftung des Eisernen Kreuzes während der Befreiungskriege. Nach dem Sieg über Napoleon gewann die ideologische Sichtweise der Ostsiedlung in Preußen weiter an Boden und beeinflusste die preußische Polenpolitik entscheidend.

Beispielhaft für die weitere Entwicklung ist die Wiederherstellung des Ordensschlosses von Marienburg, mit der zunächst im Jahr 1804 begonnen wurde. 1815 übernahm Theodor von Schön, der seit 1816 Oberpräsident von Westpreußen und ab 1824 auch von Ostpreußens war, diesen Auftrag. Nach seiner Meinung sollte das restaurierte Ordensschloss die enge Verknüpfung des einstigen Deutschordensstaates mit der preußischen Hohenzollernmonarchie symbolisieren, wie sie seit 1806

¹²¹ Müller, Michael G. Zur Identitätsgeschichte deutschsprachiger Gruppen in Großpolen/Provinz Posen und dem Königlichen Preußen/Westpreußen vor 1848, in: Michael G. Müller und Rolf Petri (Hrsg.), *Die Nationalisierung von Grenzen. Zur Konstruktion nationaler Identität in sprachlich gemischten Grenzregionen*, Marburg 2002, S. 2-3.

¹²² Vgl. dazu: Grabowski, Sabine, *Deutscher und polnischer Nationalismus*, S. 21-22.

¹²³ Wippermann, *Ordensstaat*, S. 136.

¹²⁴ Broszat, *Zweihundert Jahre deutsche Polenpolitik*, S. 57.

bestand.¹²⁵ So wurden zwei Figuren nebeneinander auf ein Fenster des Schlosses gesetzt: Ein Landwehrmann und ein Ordensritter, der hier als direkter Vorfahr der Kriegsfreiwilligen der Befreiungskriege erscheint.¹²⁶

Während sich die preußische Regierung mit großem Elan um die Erneuerung des Ordensschlosses von Marienburg bemühte, empfanden manche Polen dies als Wiederbelebung des verhassten Kreuzrittertums. Dies hatte Auswirkungen auch auf politischer und psychologischer Ebene, weil der erbitterte und langandauernde Kampf gegen den Deutschen Orden und der Sieg bei Tannenberg 1410 sich tief im historisch-politischen Bewusstsein der Polen eingeprägt hatten. So begingen die Polen den Jahrestag der Schlacht bei Tannenberg noch immer mit einem katholischen Dankfest.¹²⁷

Darüber hinaus betrieben manche preußischen Beamten, wie zum Beispiel der bereits erwähnte Theodor von Schön, in den polnischen Teilen Westpreußens tendenziell eine Germanisierungspolitik. Diese stand jedoch im Gegensatz zur eher zurückhaltenden Polenpolitik der Zentralregierung, die sich vor allem im Gerichts- und Schulwesen sowie bei staatlichen Behörden zeigte.¹²⁸ Im tiefen Glauben an die kulturelle Überlegenheit der Deutschen versuchte Schön, die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse in den polnischen Gebieten Westpreußens zu verbessern um sie letztlich in den preußischen Gesamtstaat zu integrieren. Trotz seiner großen Bemühungen gelang dies jedoch nicht. Die revolutionäre Erhebung in Kongresspolen 1830/31 bewies, dass die Bestrebungen um nationale Selbständigkeit sich nicht unterdrücken ließen.

Nach dem polnischen Novemberaufstand änderte sich die preußische Polenpolitik grundlegend. Hatte man zwischen 1815 und 1830 noch eine „stille Germanisierungspolitik“ in den polnischen Provinzen Preußens betrieben,¹²⁹ änderte sich dies nun. Obwohl die Revolte eigentlich nur im russischen Teil Polens zum Ausbruch gekommen war, versetzte sie der preußischen Regierung einen nicht unerheblichen Schock, denn diese fürchtete, dass sich die Erhebung möglicherweise auch im eigenen polnischen Gebiet fortsetzen könnte.

Der neue Oberpräsident der Provinz Posen, Eduard Flottwell, verfolgte nun – und damit ging er weit über die Maßnahmen seines Lehrers Theodor von Schön hinaus – das Ziel einer vollständigen Germanisierung der Posener Polen.¹³⁰ Er hielt

¹²⁵ Boockmann, *Wege ins Mittelalter*, S. 421.

¹²⁶ Boockmann, *Der Deutsche Orden*, S. 238.

¹²⁷ Wippermann, *Ordensstaat*, S. 136-137.

¹²⁸ Broszat, *Zweihundert Jahre deutsche Polenpolitik*, S. 64-67.

¹²⁹ Streiter, Karl Heink, *Die nationalen Beziehungen im Großherzogtum Posen (1815-1850)*, Bern 1986, S. 52.

¹³⁰ Hoetzsch, Otto, Nationalitätenkampf und Nationalitätenpolitik in der Ostmark, in: Der Deutsche Ostmarkenverein (Hrsg.), *Die deutsche Ostmark*, Lissa i. P. 1913, S. 579-580.

die deutsche Kultur für fortschrittlich und überlegen und vertrat die Auffassung, dass „die Elemente des deutschen Lebens in seinen materiellen und geistigen Beziehungen“ sich „immer mehr“ im Großherzogtum Posen verbreiten sollten.¹³¹ Begleitet wurde diese Germanisierungspolitik von einer Modernisierung, die durch politisch-taktische Überlegungen motiviert war. Durch eine Schwächung der Sonderstellung des Adels und die Verbesserung der Lebensbedingungen der Bauern sowie durch die Stärkung der Position des Bürgertums innerhalb der polnischen Gesellschaft sollte das Misstrauen zwischen der preußischen Regierung und ihren polnischen Untertanen abgebaut werden. Zugleich versuchte Flottwell allerdings die Zugehörigkeit der Polen zum preußischen Staat anerkennen zu lassen. Aber auch diese Politik musste erfolglos bleiben, weil die Wiedererlangung eines unabhängigen polnischen Staates in den Grenzen von 1772, von den Polen noch immer nicht aufgegeben wurde.¹³²

Flottwells antipolnische Maßnahmen standen zwar in offensichtlichem Gegensatz zur Polenbegeisterung, die gerade in Deutschland herrschte, doch erhielt er von anderer Seite uneingeschränkte Unterstützung. Parallel zur allgemeinen Polenschwärmerei hatte sich in den dreißiger Jahren auch eine antipolnische Strömung entwickelt, die zum Beispiel von den in Posen ansässigen Deutschen mitgetragen wurde. Im Gegensatz zur liberalen Polenbegeisterung setzte man sich hier gegen die polnische Nationalbewegung zur Wehr, weil man die nationale Intoleranz der Polen gegenüber ihren deutschen Mitbürgern fürchtete,¹³³ sollte es jemals einen selbständigen polnischen Staat geben. Die deutschen Posener forderten deshalb nicht nur vehement die Unterdrückung des „feindlichen polnischen Geistes“ im Großherzogtum Posen, sondern eine „vollständige [deutsch-nationale] Regeneration der gesamten dortigen Volksmassen“.¹³⁴

Um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen, prangerten sie soziale, wirtschaftliche und politische Missstände an und stellten diese als Ergebnisse polnischer „Unkultur“ und Unordnung dar. Deshalb ergriffen sie auch Partei für die Germanisierungsmaßnahmen Flottwells, da durch diese angeblich vielerlei Segnungen in das Land gebracht würden. In diesem Zusammenhang wurde auch die Geschichte der mittelalterlichen deutschen Ostsiedlung zum Gegenstand der Propaganda. Die Einwanderung von Deutschen habe zur Verbreitung der hohen deutschen Kultur und Zivilisation in den slawischen Ländern geführt. Mit diesem Verweis auf die Vergangenheit rechtfertigten die deutschen Nationalisten somit auch die Erwerbung der ehemals polnischen Gebiete.

¹³¹ Cromer, Richard, Die Sprachenrechte der Polen in Preußen in der ersten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts, in: *Nation und Staat* 6, 1932/1933, S. 625.

¹³² Wippermann, *Ordensstaat*, S. 138.

¹³³ Ebd., S. 143.

¹³⁴ Streiter, *Die nationalen Beziehungen*, S. 63.

Jedoch wandten sich die Polen nachdrücklich gegen die Behauptung, dass sie erst von den Deutschen Kultur und Zivilisation erhalten hätten. In ihrer historischen Erinnerung lebte, wie bereits erwähnt, der Widerstand gegen den Deutschen Orden noch immer fort. Aus diesem Grund wurde ein deutscher Kulturtransfer strikt abgelehnt. Da sich die Polen somit für die Segnungen und Wohltaten der deutschen Kultur nicht im geringsten dankbar erwiesen, sahen sich die Deutschen „gezwungen“, wirksame Maßnahmen zu ergreifen um die nationalen Bestrebungen der Polen zu unterdrücken und die von Preußen erworbenen, ehemals polnischen Gebiete mit allen Mitteln zu germanisieren.¹³⁵

Diese von Posener Deutschen geführte Kampagne gegen den liberalen polenfreundlichen „Zeitgeist“ hat in gewissem Umfang auch die öffentliche Meinung und selbst das politische Klima in den deutschen Ländern beeinflusst. Entscheidend war in diesem Zusammenhang ein Zwischenfall im Großherzogtum Posen, wo es aufgrund der erheblichen allgemeinen Enttäuschung der polnischen Bevölkerung über die Teilung des Großherzogtums Posen zu einem Konflikt zwischen polnischen Freikorps und preußischen Truppen kam. Die Kämpfe waren für die polenfeindliche Propagandakampagne der Deutschen in Posen zweifellos sehr nützlich. Unter ihrem Einfluss schlug die Stimmung der deutschen Öffentlichkeit allmählich um. Schließlich wurde auch die gesetzgebende Versammlung in Frankfurt davon beeinflusst und die deutsche Polenbegeisterung in der Frankfurter Paulskirche kam zum Erliegen. Während der revolutionären deutschen Nationalversammlung von 1848 lehnte eine große Mehrheit der Abgeordneten, einschließlich der Liberalen, die Wiederherstellung Polens in den Grenzen von 1772 ab. Dieser grundlegende Meinungswandel der Liberalen in der polnischen Frage war nicht unverständlich, denn nach ihrer Überzeugung war die Einheit Deutschlands unter der Führung Preußens und die Verwirklichung einer konstitutionellen Monarchie inzwischen in greifbare Nähe gerückt.¹³⁶ Damit waren diejenigen Gebiete, die Preußen in Polen annektiert hatte, völlig unantastbar geworden.

An dieser Stelle sind insbesondere die Stellungnahmen der verschiedenen Wortführer des Parlaments von Interesse, deren Argumentationen zum Teil deutlich von der antipolnischen Propaganda beeinflusst waren. In eindeutig polenfeindlichen Stellungnahmen wurde die mittelalterliche deutsche Ostsiedlungsgeschichte genutzt, um die deutschen Besitzrechte an den ehemals polnischen Gebieten zu untermauern. Insbesondere die Abgeordneten Carl Friedrich Wilhelm Jordan (1819-1904) und Samuel Gottfried Kerst taten sich hier hervor. Am 24. Juli 1848 äußerte sich Jordan

¹³⁵ Wippermann, *Ostsiedlung*, S. 55.

¹³⁶ Ebd.

in der Paulskirche zu den von Preußen annektierten polnischen Gebieten und zur mittelalterlichen deutschen Siedlungsbewegung in Polen wie folgt:

Soll eine halbe Million Deutscher unter deutscher Regierung, unter deutschen Beamten leben und zum großen deutschen Vaterlande gehören, oder soll sie in der sekundären Rolle neutralisierter Ausländer in die Untertängigkeit einer anderen Nationalität, die nicht so viel humanen Inhalt hat als das Deutschtum, gegeben und hinausgestoßen werden in die Fremde? Wer die letzte Frage mit Ja beantwortet, wer das sagt, wir sollen diese deutschen Bewohner von Posen den Polen hingeben und unter polnische Regierung stellen, den halte ich mindestens für einen unbewußten Volksverräter. [...]

Unser Recht ist kein anderes als das des Stärkeren, das Recht der Eroberung. Ja, wir haben erobert. Die Deutschen haben die polnischen Länder erobert, aber diese Eroberungen sind auf einem Wege, auf eine Weise geschehen, dass sie nicht mehr zurückgegeben werden können. Es sind nicht sowohl Eroberungen des Schwertes als Eroberungen der Pflugschar. [...] Wenn wir rücksichtslos gerecht sein wollten, dann müßten wir nicht bloß Posen herausgeben, sondern halb Deutschland. Denn bis an die Saale und darüber hinaus erstreckte sich vormals die Slavenwelt. Aber schon im zwölften Jahrhundert fing das deutsche Wesen an, sich nach Osten auszubreiten. Sachsen und Schlesien, Brandenburg, Mecklenburg, Pommern und die Ostseeländer bis beinahe zur Newa hinaus wurden allmählig in Besitz genommen von deutschen Colonisten, und diese Eroberungen durch Waffengewalt befestigt.

137

Offensichtlich stimmte der Abgeordnete Samuel Gottfried Kerst mit der Bewertung Jordans in Bezug auf das deutsche Recht zur Eroberung der einstigen polnischen Gebiete und die mittelalterliche deutsche Siedlungstätigkeit in den slawischen Gebieten völlig überein. Kerst ging sogar noch weiter und vertrat die Ansicht, dass die ehemals polnischen Westgebiete, die preußischen Provinzen Westpreußen und Posen, so rasch wie möglich germanisiert werden müssten.¹³⁸ Diese antipolnischen Stellungnahmen dokumentieren nichts weniger als die Aufkündigung der Polenfreundschaft durch die deutschen Liberalen. Hier zeigt sich auch, wie ein ideologisiertes Geschichtsverständnis den deutsch-polnischen Verhältnissen in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts seinen Stempel aufgedrückt hat. Seit der Mitte des 19. Jahrhunderts dominierte die ideologisch gefärbte Geschichtsinterpretation den politischen, den publizistischen und den historischen Sektor auf deutscher wie auch auf slawischer Seite vollständig. Die deutsch-slawischen Beziehungen waren damit auf Dauer vergiftet und die nationalen Bewegungen beider Seiten standen sich nun unversöhnlich gegenüber. Darauf ist im nächsten Kapitel nun näher einzugehen.

¹³⁷ Wigard, Franz, (Hrsg.), *Stenographischer Bericht über die Verhandlungen der deutschen constituierenden Nationalversammlung zu Frankfurt am Main*, Band 2, Frankfurt am Main 1848, S. 1143-1150.

3.2 Die gegensätzlichen Sichtweisen von Deutschen und Slawen auf die Geschichte der deutschen Ostsiedlung

Im Gegensatz zu den heftigen nationalen deutsch-slawischen Auseinandersetzungen seit der Mitte des 19. Jahrhunderts zeigen die historiographischen Werke vor dem Ende des 18. Jahrhunderts offenbar keine Spuren einer „deutsch-slawischen Erbfeindschaft“. In den alten Quellen- und Urkundenzeugnissen von der Ostsiedlung findet man zwar frühnationale Ressentiments; die anti-slawischen oder anti-deutschen Äußerungen waren jedoch im Grunde genommen religiös, politisch oder sozial motiviert. Wie wir gesehen haben, waren Heidenkämpfe oder Zerwürfnisse zwischen den privilegierten Einwanderern und den Einheimischen hierfür bestimmend.

Ein Bereich der Ostsiedlungsgeschichte hat jedoch immer wieder zu Kontroversen geführt, nämlich die Kämpfe zwischen dem Deutschen Orden und Polen sowie der anschließende Streit um die Zugehörigkeit der eroberten Gebiete zu Preußen. Der Rechtsanspruch auf das Preußenland war seit dem Spätmittelalter heftig umstritten, wie im ersten Kapitel bereits dargestellt. Es könnte nun der Eindruck entstehen, als habe sich der Streit mit dem Aufstieg der preußischen Monarchie und dem beginnenden preußisch-polnischen Antagonismus fortgesetzt oder sich noch verstärkt. Diese Vorstellung ist aber unzutreffend. Die deutschen und polnischen Geschichtswerke vertreten unter dem Einfluss der politischen Verhältnisse natürlich unterschiedliche Positionen, der mittelalterliche Deutschordensstaat als Objekt der Verherrlichung bzw. Verteufelung findet sich allerdings noch nicht. Vor allem die deutschen Historiker erhoben nicht nur gegen Polen sondern auch gegen den Orden schwere Vorwürfe. Man kann daher nicht von einem durchgehenden deutsch-polnischen Antagonismus vom Mittelalter bis ins 19. Jahrhundert sprechen.

Obwohl die Geschichte der deutschen Ostsiedlung im 18. Jahrhundert also noch nicht ideologisiert wurde, lässt sich nicht leugnen, dass die deutschen historiographischen Werke im Zeitalter der Aufklärung unter erheblichem Einfluss des herrschenden preußisch-polnischen Antagonismus standen. Manche deutsche Autoren haben das negative Polenbild sogar auf die gänzlich andersgearteten deutsch-polnischen Verhältnisse des Mittelalters übertragen. Sie entwickelten die Vorstellung von der überlegenen deutschen Kultur, die im Mittelalter von deutschen Siedlern nach Osten getragen worden sei – angeblich ohne jede Gewaltanwendung von Seiten des Deutschen Ordens. Natürlich waren die Polen den Deutschen in manchen Bereichen tatsächlich unterlegen und so breitete sich die Auffassung von der generellen kulturellen Unterlegenheit der Polen in der deutschen Historiographie und

¹³⁸ Trzeciakowski, Polnische Frage, S. 64.

Publizistik immer weiter aus. Unter dem Einfluss von Romantik und nationaler Begeisterung wurde sie schließlich von deutschen Autoren komplett übernommen, und dies führte dazu, dass die Geschichte der Ostsiedlung seit Beginn des 19. Jahrhunderts vorwiegend ideologisch betrachtet wurde.

Im zweiten Teil dieses Kapitels sollen nun in erster Linie die negativen Einstellungen gegenüber Polen innerhalb der deutschen Historiographie und Publizistik von der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts nachgezeichnet werden. Dabei werden Autoren mit ganz unterschiedlichen Sichtweisen berücksichtigt, um so die Beeinflussung durch zeitgenössische politische Konstellationen und Ereignisse deutlich zu machen. Dadurch wird der Unterschied von den aufklärerischen antipolnischen Tendenzen zur späteren deutsch-nationalen Polenfeindschaft deutlich werden. Gleichzeitig werden auch die Ansichten und Meinungen polnischer Autoren dargestellt. Durch die Auswertung der deutschen Thesen und der polnischen Gegenthesen lässt sich zeigen, wie die Geschichte der Ostsiedlung bzw. der deutsch-slawischen Verhältnisse bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts verzerrt worden ist.

3.2.1 Vom preußisch-polnischen Antagonismus zur nationalen deutsch-polnischen Feindschaft: Der grundlegende Wandel der Urteile über die Geschichte der deutschen Ostsiedlung in der deutschen Geschichtswissenschaft und Publizistik bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts

Seit der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts wurde die Beurteilung Polens in der deutschen Geschichtsschreibung zunehmend negativer. Doch waren die anti-polnischen Tendenzen nichts vollkommen Neues, sie fanden sich schon lange in den entsprechenden historiographischen Werken. In diesem Zusammenhang sei zum Beispiel an die Auffassungen von westpreußischen Historikern wie Gottfried Lengnich erinnert, dessen Standpunkt allerdings vorrangig mit seiner eigenen Interessenlage begründet werden kann. Zwar entwickelte er gewissermaßen aus Furcht vor dem Verlust ständischer Privilegien eine anti-polnische Tendenz, jedoch ergriff er nicht gleichzeitig Partei für den Deutschen Orden. Polen und der Deutsche Orden wurden also gleichermaßen negativ dargestellt, und diese Auffassung wurde in ähnlicher Weise von deutschen Historikern der Aufklärung im Laufe des 18. Jahrhunderts vertreten. Die Motive für die feindliche Einstellung gegenüber Polen standen also keineswegs in einer ununterbrochenen Kontinuität. Die Aufklärer erhoben Vorwürfe gegen den Deutschen Orden aus moralischen Gründen, im Gegensatz zur westpreußischen Historiographie. Die Vorwürfe wurde begleitet von überwie-

gend negativen Darstellungen des mittelalterlichen Polens. Zudem war die Entstehung dieser antipolnischen Sichtweise sicherlich auch von der zeitgenössischen politischen Entwicklung beeinflusst, im Sinne einer Projektion der Beziehungen dieser beiden Völker von der Gegenwart in das Mittelalter.

Dass das negative Polenbild und der anschließende preußisch-polnische Antagonismus im politischen Bereich dauerhafte Verbreitung fand, lässt sich anhand der zeitgenössischen deutschen Veröffentlichungen eindeutig belegen. Wie erwähnt war die gesamte europäische Öffentlichkeit über das Thorner Blutgericht von 1724 entsetzt und empört. Dies hätte damals beinahe zu einem militärischen Eingreifen des Preußenkönigs geführt. Im Königreich Preußen erschienen im Nachrichtenmagazin vom *Erläuterten Preußen* zahlreiche anonyme Kommentare und Aufsätze, die scharfe Kritik an der Grausamkeit, Brutalität und dem religiösen Fanatismus der polnischen Adelsrepublik übten.¹³⁹

Unter dem Einfluss des aufklärerischen Zeitgeistes wurde dieses negative Polenbild, das sowohl mit äußeren als auch mit inneren Faktoren der polnischen Adelsrepublik begründet wurde, in den zeitgenössischen deutschen historiographischen Werken umfassend rezipiert und tradiert. Die negative Grundeinstellung lieferte so auch den historischen Darstellungen über das mittelalterlichen Polen das Fundament.¹⁴⁰ Diese Art von Rückwärtsprojektion zeigt sich sehr deutlich in den Schriften von Carl Friedrich Pauli, Ludwig von Baczko sowie August von Kotzebue. Fielen ihre Urteile über die Geschichte der Ostsiedlung, insbesondere über die Eroberung Preußens durch den Deutschen Orden, unter moralischen Gesichtspunkten noch ablehnend aus, so begann doch hier bereits eine partielle Revision des Bildes vom Deutschordensstaat.

Carl Friedrich Pauli (1723-1778) behandelte in seinem achtbändigen Werk *Allgemeine preußische Staatsgeschichte*, das zwischen 1760 und 1769 veröffentlicht wurde, zunächst die Entstehung des preußischen Staates von den Anfängen der Geschichte Brandenburgs bis zum Anschluss des Herzogtums Preußen.¹⁴¹ Dabei bewertete er die gewaltsame Kolonisationstätigkeit des Deutschen Ordens nach seinen aufklärerisch-moralisierenden Kriterien abschließend als Grausamkeit:

Der Orden zeigte bald, daß es ihm weniger um das Heil der Seelen, als um die Oberherrschaft zu thun gewesen. Man bauete in Preussen eine Menge Festungen und städte, und der Orden bedienete sich hierher der armen Einwohner Frohndienste mit einer solchen Härte, daß es

¹³⁹ Wippermann, *Ordensstaat*, S. 101-102.

¹⁴⁰ Ebd., 107.

¹⁴¹ Pauli, Carl Friedrich, *Allgemeine preußische Staatsgeschichte des dazugehörigen Königsreiches, Churfürstenthums und aller Herzogthümer Markgrafen- und Herrschaften aus bewährten Schriftstellern und Urkunden bis auf gegenwärtige Regierung*, Band 1-8, Halle 1760-1769.

denenselben besser schien, zum Heidenthum zu zurück zu treten, als christlichen Slaven zu seyn. Man brauchte sogar aller Künste der Spanie, sie dünne zu machen. So wie diese die Americaner in den Metallgruben hinopferten, so erlagen die Preussen unter der Last frohndienste. Ja man legte selbst denen, die sich taufen lassen wollten, alle Hindernisse in den Weg, um nur einen Vorwand zu haben, sie auszurotten, oder zu zwingen, durch Ausweichen in andere benachbarte Lande denen Deutschen Platz zu machen.¹⁴²

Gleichzeitig zeigt sich bei ihm aber auch eine eindeutige Parteinahme gegen die Polen. In seinem Buch werden die Polen einfach als „Polacken“ bezeichnet. Die polnischen Ambitionen zur Eroberung Preußens werden in sehr spöttischem Ton getadelt, und polnische Rechtsansprüche auf Preußen strikt zurückgewiesen.¹⁴³

Obwohl der Autor scharfe Vorwürfe gegen die Eroberungstätigkeit des Deutschen Ordens erhob, vertrat auch er die These vom hohen zivilisatorischen Niveau der Deutschen, das nach der Errichtung der Herrschaft des Ordens in Preußen Früchte getragen habe:

Ueberall wurden in den Städten deutsche Sitten und Gebräuche, deutsche Kleidertracht und die deutsche Sprache eingeführet. [...] Weil diese Sprache reicher als die altpreußische Sprache, weil in Deutschland, einem gesittetern Lande, weit mehr Sachen, als in Preußen, bekannt; so mußte wohl die preußische Sprache ins Abnehmen kommen, die man sogar mit vielen Fleiß zu unterdrücken suchte.¹⁴⁴

Seiner Perspektive sehr ähnlich ist die Geschichtsauffassung Lengnichts, der die Besiedlung und Kultivierung Preußens durch den Orden in der Frühzeit ebenfalls partiell positiv bewertet. Während jedoch Lengnich die Bewahrung eigener ständischer Interessen im Auge hat, lässt sich in Paulis Schriften offensichtlich ein Einfluss des negativen Polensbilds der Zeit wiederfinden.

Von polenfeindlichen Tendenzen in Verbindung mit einem partiell revidierten Ordensbild ist auch Ludwig von Baczkos (1756-1823) Werk *Die Geschichte Preußens* bestimmt, das zwischen 1792 und 1800 herausgegeben wurde. Zwar verurteilt auch er im Namen von Moral und Toleranz die Unterdrückung, Unterjochung und Versklavung der heidnischen Pruzzen durch den Orden,¹⁴⁵ behauptet aber zugleich, dass Preußen vom „Deutschen Orden Religion, Cultur und

¹⁴² Ebd., S. 70-71.

¹⁴³ Ebd., S. 54-54.

¹⁴⁴ Ebd., S. 127.

¹⁴⁵ Baczko, Ludwig von, *Geschichte Preußens*, Band 1-6, Königsberg 1792-1800. Hier Band 1, S. 193-200.

Gesetze“ erhalten¹⁴⁶ und unter der Herrschaft des Deutschen Ordens einen „blühenden Staat“ errichtet habe.¹⁴⁷

Trotz seiner relativ positiven Einschätzung des Ordensstaates hielt Baczko die Polen allerdings für kulturlos. So warf er ihnen in seinen Schriften vor, dass sie mit den heidnischen Pruzen auf gleicher Verfassungs- und Kulturstufe stehen würden. Die Eingliederung Westpreußens in das polnische Reich nach dem zweiten Thorner Frieden von 1466 sah er vor diesem Hintergrund als „traurige Geschichte“ an:

Wie wenig aber die Pohlen hierauf achteten, wie sie Preußen beynahe als eine eroberte Provinz ansahen, jedes Vorrecht der Preußen untergruben, jede ihrer Absichten zu entraten oder zu erschleichen wußten; wie jede Schwärmerische Aussichten, die das Blut so vieler Menschen, Preußens Schätze und Wohlstand gekostet hatten, allmählig schwanden; das Land im Ganzen herabsank; Ungerechtigkeit, Gewalt und Bedrückung herrschte überall; Cultur, Wissenschaft und Künste allgemach entflohen, - davon nun die traurige Geschichte!¹⁴⁸

Bei dieser Kritik am niedrigen Stand der polnischen Kultur, erscheint sein positives Urteil über die Einrichtung der Ordensherrschaft in Preußen wenig verwunderlich. Darüber hinaus findet man vor allem in seinem Werk lobende Worte über die friderizianischen Modernisierungsbestrebungen in Westpreußen, wodurch das Land wiederaufleben könne:

Der vorurtheilsfreie Mann, [...] der überzeugt ist, daß gute Monarchen [...] das Glück der Menschheit verbreiten, der wird es schon nicht bedauern, daß ein Theil der polnischen Republik dem Könige von Preußen unterworfen ward; und wer noch die Lage der Dinge genauer kennt, die schlechte Beschaffenheit, die hölzernen Hütten der polnischen Städte, den Mangel der Industrie bei den Bürgern, die schreckliche Leibeigenschaft der Bauern, [...] und wer nun zu prüfen im Stande ist, wie unendlich viel dieser Strich Landes seit der preußischen Herrschaft schon gewann, der wird auch der Vorsehung danken, daß diese vortheilhafte Veränderung eintrat.¹⁴⁹

Mit seiner Revision des Ordensbildes und der Verherrlichung der friderizianischen Leistungen in Westpreußen möchte Baczko hier offenbar die Funktion des Ordens bzw. der Hohenzollern als Kulturbringer unterstreichen und die Annexion des einsti-

¹⁴⁶ Ebd., S. 3.

¹⁴⁷ Ebd., S. 375-376.

¹⁴⁸ Ebd., Bd. 4, S. 21.

¹⁴⁹ Baczko, Ludwig von, Materialien zur Biographie des Königlich Preußischen Cabinets-Minister Grafen von Hertzberg, in: Ders., *Kleine Schriften aus dem Gebiete der Geschichte und Staatswissenschaften*, Band 1, Leipzig 1796, S. 12. Zitiert nach: Hackmann, *Ostpreußen und Westpreußen*, S. 65-66.

gen Ordensstaatsgebiets Westpreußen durch das Königreich Preußen rechtfertigen. Der preußische Staat wird dabei zum Erbe des Ordensstaates stilisiert.¹⁵⁰

Ähnliches trifft zu auf das Buch *Preußens ältere Geschichte*, das August von Kotzebue (1761-1819) im Jahre 1808 veröffentlichte. In diesem Werk wurden die Eroberungskriege des Ordens negativer beurteilt als jemals zuvor. Durch die Gier des Deutschen Ordens auf Preußen sei dieses blühende Land im Heidenkampf schließlich verwüstet worden:

So war es nun, nach drey und funfzigjährigem Blutvergießen, dem Orden oder vielmehr den Kreuzfahrern gelungen, ein tapferes mächtiges Volk auszurotten, denn die wenigen Neubekehrten waren kein Volk mehr, sondern Slaven. [...] Preußen stand in eine Wüste verwandelt.¹⁵¹

Seine Verurteilung war allerdings im Wesentlichen auf den Kampf des Ordens gegen die heidnischen Pruzen beschränkt. Die Blütezeit des Ordensstaates sah er positiver. Besonders die Herrschaft des Ordenshochmeisters Winrich von Kniprode (1352-1382) lobte er:

Dem Nachfolger hinterließ er ein blühendes Land, gefüllte Speicher, anderthalb Millionen ungarischer Gulden Einkünfte, und – was mehr als Alles – glückliche Unterthanen, die keine andern Tränen weinten, als die um seinen Tod.¹⁵²

Der Verfall des Deutschordensstaates war nach seiner Ansicht zwar nicht zu verhindern, aber der Orden habe die Herrschaft in Ostpreußen weitergeführt und schließlich den Hohenzollern überlassen. Dies beurteilte er so:

Preußen hatte nun seine Selbstständigkeit verloren, wurde pohlische, dann brandenburgische Provinz, und – um jenes großen Verlustes gleichsam zu spotten – ward ihm von des Glückes Eigenstand die Ehre zutheil, allen Besitzungen des Hauses Brandenburg seinen Namen zu leihen, ja sogar die Königswürde an ihn zu knüpfen.¹⁵³

Während man in seinen Schriften also durchaus ein positives Ordensbild für die spätere Herrschaftszeit ausmachen kann, übte Kotzebue besonders harte Kritik an der territorialen Gier Polens auf Preußen. Polen habe aus der inneren Spaltung des Deutschordensstaates Nutzen gezogen und Preußen fiel nach 1466 schließlich den Polen als Beute zu, habe seitdem aber schmerzhaftes Elend erlitten:

¹⁵⁰ Ebd.

¹⁵¹ Kotzebue, August von, *Preußens ältere Geschichte*, Band 1-4, Hamburg 1811. Hier Band 2, S. 54.

¹⁵² Ebd., Band 4, S. 237.

Dreyzehnjährigen Jammer – kurzen Siegestaumel – das Joch einer fremden Nation – Zerrüttung ihres Vaterlandes – den Fluch ihrer Nachkommen! Denn die Geißel, dem Orden entrissen, wurde in der Hand der Polen zu Skorpionen.¹⁵⁴

Aus den angeführten Beurteilungen ergibt sich, dass die genannten deutschen Historiker bezüglich der Geschichte der Ordensherrschaft in Preußen im Allgemeinen keinesfalls eine negative Haltung eingenommen haben. Vor allem die Verdienste des Ordens um die Verbreitung deutscher Kultur im Nordosten wurden gebührend gewürdigt, wobei die Darstellungen deutlich mit antipolnischen Argumentationen verbunden wurden. Die Entwicklung der späteren „Kulturträgertheorie“ und die negative Bewertung des mittelalterlichen Polen waren allerdings nicht unbegründet, denn sie hingen eng mit den preußisch-polnischen Verhältnissen der damaligen Zeit zusammen.

Die einzigartige Verfassungsstruktur der polnischen Adelsrepublik galt seit der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts als überholt und die sozialen Missstände des Landes wurden von den Zeitgenossen als „polnische Wirtschaft“ verspottet, was sich selbstverständlich auch in den zeitgenössischen Schriften niederschlug. Die genannten deutschen Historiker übertrugen Teile dieses Bildes auf die andersgearteten Verhältnisse des Mittelalters, wobei sie die effizienten Verwaltungsmaßnahmen der Hohenzollern in den ehemals polnischen Territorien hervorhoben. Vor diesem Hintergrund wurde nun die Überzeugung vertreten, dass die Deutschen im Mittelalter wie auch in der Neuzeit im Vergleich mit den Polen auf einer höheren kulturellen Stufe ständen. Die Geschichtsauffassung der westpreußischen Historiographie, welche die deutschen Leistungen im Osten als kulturelle Erfolge feierte, war gegen Ende des 18. Jahrhunderts also wieder hoffähig geworden. Von einer Kontinuität dieser Überzeugung in der deutschen Historiographie kann jedoch keine Rede sein, gingen man doch von unterschiedlichen Prämissen aus.¹⁵⁵

Westpreußische Historiker wie Lengnich wollten ihre ständischen Interessen wahren, um sich der Bedrängung durch die Polen auf politischem und religiösem Gebiet zu erwehren. Bei den Historikern der Aufklärung entsprang die Vorstellung von der Überlegenheit der deutschen Kultur ihrer Bewertung der hohenzollernschen Verwaltung in den ehemals polnischen Gebieten. Die Unterschiedlichkeit der Standpunkte zeigt sich am deutlichsten in der Tatsache, dass sich Pauli, Baczkó und Kotzebue über den Ständekampf, den die westpreußischen Stände gegen den Orden

¹⁵³ Ebd., S. 240.

¹⁵⁴ Ebd., S. 242.

¹⁵⁵ Wippermann, *Ostsiedlung*, S. 55.

geführt hatten, sehr missfällig äußerten.¹⁵⁶ Dennoch ist die Vorstellung von der kulturellen Überlegenheit der Deutschen und ihrer Rolle als Kulturträger, die in der späteren deutschen Geschichtswissenschaft als Gewissheit betrachtet wurde, um die Wende zum 19. Jahrhundert bereits dominant. Vor dem Hintergrund der fortschrittlichen Verwaltungsmaßnahmen der Hohenzollern in ihren annektierten Gebieten und angesichts der Bedrohung durch den wiedererweckten polnischen Nationalstolz nach der Verabschiedung der Maiverfassung 1791 ergriffen deutsche Autoren nun entschiedener für die eigenen nationalen Interessen Partei. Die Geschichte der mittelalterlichen deutschen Ostsiedlung wurde dabei allerdings zunehmend verzerrt wahrgenommen.

Fast zeitgleich mit den Schriften Kotzebues veröffentlichte der Historiker Johann Friedrich Reitemeier (1755-1839) seine *Geschichte der preußischen Staaten*, in der sich keine scharfe Verurteilung der Kolonisationsbewegung Preußens durch den Orden mehr findet, sondern die Geschichte der mittelalterlichen deutschen Ostsiedlung stattdessen glorifiziert wird. In seinem zwischen 1801 und 1805 erschienenen Werk rechnete er sich zunächst die deutsche Siedlungstätigkeit des Mittelalters im Osten selbst als großen Verdienst an:

Für den Ausländer so wie für den Landeseingebornen sind die frühern großen Ereignisse und Revolutionen der jetzigen Preußischen Länder an der Oder und Weichsel allgemein interessant, als die Umbildung der Wenden durch die Deutsche Nation, die Vernichtung ihrer Religion, und ihrer asiatischen Sitten durch das Christenthum, der Anbau der Deutschen in den dortigen Wildnissen und die Fortschritte der Cultur in diesen Ländern; der Kampf zwischen den Wenden und Deutschen um die Oberherrschaft in diesen Gegenden [...].¹⁵⁷

Bei seiner festen Überzeugung von der kulturellen deutschen Überlegenheit war ihm der endgültige Sieger in der Begegnung von deutscher und slawischer Kultur völlig unzweifelhaft:

Die Brandenburgischen und Preußischen Lande waren indeß nicht die einzigen, die in dieser Zeit Deutsch wurden. Noch zwei andere anschauliche, die beiden an der Oder gelegenen Wendischen Lande, Pommern und Schlesien, wurden es gleichfalls, nicht durch Eroberung und Zwang, sondern durch freiwillige Aufnahme von Colonisten. Die Wendischen Fürsten dieser Länder nahmen Deutsche Colonisten mit der größten Bereitwilligkeit auf, und begünstigten sie nicht weniger als die Deutschen Fürsten in Brandenburg und Altpreußen. [...] die Wildnisse ihrer Besitzungen anzubauen und nutzbar zu machen und den Einfluß der

¹⁵⁶ Ebd., S. 109-115.

¹⁵⁷ Reitemeier, Johann Friedrich, *Geschichte der preußischen Staaten vor und nach ihrer Vereinigung in eine Monarchie*, Band 1-2, Frankfurt an der Oder: 1801-1805. Hier Band 1: Geschichte der Preußischen Länder an der Oder und Weichsel bis zum Jahre 1320, siehe Vorrede S. VIII und X..

christlichen Religion, welche dort die Vorzüge der Deutschen Cultur bekannt machte, überall wahrnähme..¹⁵⁸

Die Germanisierung im Zuge der deutschen Ostsiedlung habe „die Vortheile der deutschen Kultur“ im Verlauf der Jahrhunderte in die neuen Gebiete transferiert.¹⁵⁹ Er äußerte sich in diesem Sinne,

[...] da bei der Bevölkerung des größern Theils derselben mit Deutschen Colonisten, nicht allein die Menge, sondern auch die Manichfaltigkeit der den Handel begünstigenden Bedürfnisse in denselben zunahm, und zugleich die Grenzen der Deutschen und Wendischen Länder ganz verändert wurden. Von der Elbe, welche vorhin diese Länder geschieden hätte, kam jetzt die Gränze von beiden an die Oder, und die Handelsplätze zwischen den Deutschen und Wenden, die vorhin an dem erstern Strome und in Niedersachsen gewesen waren, wurden an den letztern und in das Deutsch gewordene Wendenland, das sich längs demselben hin erstreckte, verlegt.¹⁶⁰

Im Schweiß ihres Angesichts hätten die Deutschen schließlich auch die „Vortheile der Kultur“ und „die Annehmlichkeiten des Luxus“ in diese „germanisier-ten“ Gebiete gebracht.¹⁶¹

Die beiden Kernregionen des preußischen Staates, die einstige askanische Mark Brandenburg und das ehemalige Deutschordensland Preußen, waren für Reitemeier innerhalb des Rahmens der Gesamtgeschichte der mittelalterlichen deutschen Ostsiedlung von zentraler Bedeutung. Er bezeichnete sie als Zangenspitzen, die im Verlauf der Geschichte eine für die slawischen Länder bedrohliche Schließbewegung ausgeführt hätten:

Bei diesem trafen die beiden Deutschen Mächte, die sich im Wendenlande, die eine von der Elbe aus, die andere von der Weichsel an, festsetzen, mit ihren Besitzungen am Ende dieses Zeitraumes zusammen, so daß sie von der Elbe an bis die Memel eine fortlaufende Linie von Deutschen Ländern formirten [...].¹⁶²

Auf dieser Grundlage sei die moderne hohenzollernsche Monarchie entstanden. So kurz nach der Aufteilung Polens war Reitemeier offensichtlich der Ansicht, dass die Hohenzollern ihre Aufgabe als Kulturbringer, die von den Markgrafen von Brandenburg und den Hochmeistern des Deutschordensstaats im Mittelalter energisch wahrgenommen wurde, in den neuerworbenen polnischen Gebieten erneut angehen

¹⁵⁸ Ebd., S. 477-478.

¹⁵⁹ Ebd., S. 121.

¹⁶⁰ Ebd., S. 548-549.

¹⁶¹ Ebd., S. 502.

müssten.¹⁶³ Diese Haltung verdeutlicht gleichzeitig, dass Reitemeier eine Verbindungslinie zwischen der mittelalterlichen Markgrafschaft von Brandenburg, dem Ordensstaat und der hohenzollernschen Monarchie herzustellen versuchte.

Reitemeiers Kritik am „asiatischen Character“ galt zwar den slawischen Wenden des Mittelalters; offensichtlich war es aber zugleich als Seitenhieb gegen „die polnischen Wirtschaft“ gemeint. Reitemeier vertraute besonders auf die Effektivität der Verwaltungsmaßnahmen der preußischen Behörden in den ehemals polnischen Territorien und die Furcht vor dem wiedererstarkten polnischen Nationalstolz ist bei ihm greifbar. Durch den Rückgriff auf die Geschichte der deutschen Ostsiedlung des Mittelalters versucht er, die Legitimität der Kulturverbreitung in den neupreußischen Gebieten nachzuweisen und die territorialen Besitzansprüche des preußischen Staates zu begründen.¹⁶⁴

Wenn Wippermann ihn als den ersten deutschen Historiker sieht, der die Geschichte der mittelalterlichen deutschen Ostsiedlung in einem einheitlichen Geschichtsprozess behandelt und als den Historiker, dessen Schriften die wesentlichen Grundzüge der ideologisierten Ostsiedlung zeigen, dann nicht nur deshalb, weil Reitemeier die kulturellen Erfolge der Deutschen in allen betroffenen mittelalterlichen Besiedlungsräumen lobend hervorhob. Vielmehr sah Reitemeier die damals polnischen Regionen einfach als die Siedlungsgebiete der altgermanischen Stämme an:

Es ist ein auffallender umstand, daß Preußen, Schlesien, Brandenburg und Pommern, alles vorgefallenen Wechsels der Völker in denselben ungeachtet, doch gegenwärtig von eben denselben Nationen, als in den ältesten Zeiten, einige Verschiedenheit in den Gränzen derselben abgerechnet, bewohnt waren. Denn so wie gegenwärtig, so war auch damals das Gebiet dieser Länder zwischen Germanen und Sarmaten, oder Deutschen und Wenden oder Slaven getheilt, so daß jene westlich an der Oder, diese östlich an der Weichsel ihre Wohnsitze hatten. Die Deutschen waren nur noch weiter als in unsern Zeiten, bis an die Weichsel hin, ausgebreitet, und die Slaven fand man eigentlich nur hinter diesem Strome, der wahrscheinlichen Scheidewand des ältern Germaniens und Slaviens.

Die an den beiden Seiten der Oder ausbreiteten Deutschen, gehörten hauptsächlich zu dem großen Stamme der Sueven; [...] an der Ostsee die Gothen, Gepiden, Wandalen und die dazu gerechneten Burgunder [...].¹⁶⁵

Aus dieser Perspektive erscheint die mittelaltliche deutsche Siedlungsbewegung im Osten als eine Wiederbesiedelung ehemals germanischen Bodens. Man findet hier,

¹⁶² Ebd., S. 475-476.

¹⁶³ Wippermann, *Ordensstaat*, S. 133-135.

¹⁶⁴ Wippermann, *Ostsiedlung*, S. 56.

¹⁶⁵ Reitemeier, *Geschichte der preußischen Staaten*, S. 3-4.

neben der bereits bekannten Vorstellung vom deutschen Kulturauftrag, der sog. „Kulturträgertheorie“, auch die später als „Urgermanentheorie“ bezeichnete Geschichtsauffassung. Beide verbreiteten sich spätestens seit der Mitte des 19. Jahrhunderts innerhalb der deutschen Historiografie immer weiter. Am Beispiel Reitemeiers zeigt sich also, dass die Geschichte der Ostsiedlung schon zu Beginn des 19. Jahrhunderts, also kurz nach ihrer eigentlichen Entdeckung, ideologisch aufgeladen wurde. Man wird sehen, welche dominierende Rolle diese Vorstellungen innerhalb der deutschen Geschichtswissenschaft und in ihren Veröffentlichungen in den folgenden Jahren noch spielen sollte.

Obwohl die Geschichte der mittelalterlichen deutschen Ostsiedlung offensichtlich bereits seit Beginn des 19. Jahrhunderts ideologisch gefärbt war, beeinflussten diese aggressiven Argumentationsmuster die deutschen Veröffentlichungen der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts jedoch nicht sonderlich tiefgreifend. Die Meinungsverschiedenheiten innerhalb der deutschen Geschichtswissenschaft und Publizistik kamen besonders im Vormärz deutlich zum Vorschein. Unter dem Einfluss des überwiegend „polenfreundlichen“ Zeitgeistes ergriffen die zeitgenössischen Darstellungen über die Ostsiedlung bzw. die deutsch-slawischen Verhältnisse keineswegs nur für die eigene Nation Partei. Während einerseits die Zangenbewegung von beiden deutschen Mächten im Osten, Brandenburg und Preußen, als historisches Vorbild propagiert wurde, findet man in den Schriften liberaler deutscher Historiker wie Heinrich Luden und Johannes Voigt zugleich auch negative Urteile über die gewaltsame Kolonisationstätigkeit des Deutschen Ordens.

In Heinrich Ludens (1778-1847) dreibändigem historiographischen Werk *Allgemeine Geschichte der Völker und Staaten*, das zwischen 1814 und 1822 verfasst wurde, beklagte der Autor zunächst den gewaltsamen Eroberungszug Preußens in Gestalt des Deutschen Ordens: „Stolz, Trotz und Menschenverachtung“ seien die Prinzipien des Deutschen Ordens, nach denen die heidnischen Pruzen grausam unterdrückt und abgeschlachtet worden seien.¹⁶⁶

Johannes Voigt (1786-1863) griff diese Kritik seines Lehrers Luden auf und gab in seiner zwischen 1827 und 1839 veröffentlichten Monographie *Geschichte Preußens von den ältesten Zeiten bis zum Untergang der Herrschaft des Deutschen Ordens* folgendes Urteil über die brutale Kolonisierung Preußens ab:

Nach unsern Ansichten [...] würde es nicht nur bedenklich, es würde frech und fast gottlos scheinen, ihm [dem Ordenshochmeister] als rastlosen Krieger gegen das heidnische Volk [...], als dem Leiter und Urheber des Hinschlachtens so vieler Tausende, die unter dem

¹⁶⁶ Luden, Heinrich, *Allgemeine Geschichte der Völker und Staaten*, 2. Theil: Geschichte der Völker und Staaten des Mittelalters. Jena 1822, S. 605-606.

Schwerter der Ordensritter fielen, das Lob und den Ruhm zu zollen, den frühere Geschlechter über ihn ausgesprochen haben.¹⁶⁷

Aber auch diese vornehmlich humanitär argumentierende Beschreibung kann nicht über die Tatsache hinwegtäuschen, dass beide Autoren in ihren Schriften die militärischen Eroberungen des frühen Mittelalter verteidigten, die im Zuge der Ostsiedlung beispielsweise in Preußen und östlich der Elbe stattgefunden hatten. Selbst sie vertraten die Ansicht, dass die deutschen Kaiser und der Deutsche Orden zwar mit Gewalt und Grausamkeit den Osten erobert hätten, gleichzeitig aber seien diese Länder durch die Einwanderung der Deutschen kultiviert worden.

Exemplarisch für diese Haltung ist Ludens *Geschichte des teutschen Volkes*, das zwischen 1825 und 1837 entstand und in dem Luden einen gänzlich anderen Ton anschlug:

Sein [Otto des Großen] höchster Ruhm steht auf seinen kriegerischen Werken [...]. Die blutige Verwüstung der slavischen Länder, die gräßliche Unterdrückung der slavischen Völker erregt Grauen und Entsetzen [...]. Diese Mißhandlungen dürfen auch nicht an den Maßstab der Sitten unser Zeit gelegt werden: sie waren allerdings eine Folge der Unterwerfung, welche [die Slaven] so wenig zu vermeiden vermocht hatten, als zu ertragen wußten.¹⁶⁸

Für die Eroberung ihres Siedlungsgebietes und die anschließende Besiedlung durch die kulturell hochstehenden deutschen Bevölkerungsgruppen, hätten die Einheimischen nach Meinung Ludens sogar dankbar sein müssen:

Wären sie [die Pruzen] nicht in die Gewalt der Teutschen gekommen, so würden sie von den Slaven [...] unterworfen seyn. Bei den Verhältnissen dieser Völker aber wären sie unnütz zu Grunde gegangen; unter den Teutschen hingegen haben sie auch dem Geiste der Menschheit gedient.“¹⁶⁹

Voigt vertrat ebenfalls diese Ansicht. Die Verbreitung der deutschen Kultur im Nordosten sei durchaus eine Wohltat gewesen und er hob hervor:

Welches Heil und welche großen Erfolge für freiere Entwicklung und menschliche Bildung daraus hervorgingen, daß die Deutschen sich der Küste des Baltischen Meeres bemächtigten

¹⁶⁷ Voigt, Johannes, *Geschichte Preußens von den ältesten Zeiten bis zum Untergang der Herrschaft des Deutschen Ordens*, Band 5, Königsberg 1827-1839, S. 394.

¹⁶⁸ Luden, Heinrich, *Geschichte des teutschen Volkes*, Band 2, Gotha 1825-1837, S. 484.

¹⁶⁹ Luden, *Allgemeine Geschichte*, S. 607.

und der freiere Geist Deutscher Eigenthümlichkeit Raum gewann zu seiner Entfaltung in einem Lande, [...] so wie zur Vermittelung Deutscher Bildung in den nahen Völkern.¹⁷⁰

Eine ähnlich ambivalente Bewertung der Geschichte der deutschen Ostsiedlung findet sich auch in der zeitgenössischen Geschichtsschreibung über die deutsch-polnischen Beziehungen, die zum Beispiel von Carl von Rotteck, Friedrich von Raumer, Friedrich Christoph Dahlmann sowie Georg Gottfried Gervinus vertreten wurde. Vor dem Hintergrund des polenfreundlichen Klimas in Deutschland beschäftigten sich ihre Untersuchungen und Aufsätze insbesondere mit den Teilungen Polens, wobei auch sie ebenfalls zu einer zwiespältigen Bewertung kamen.

Im Jahre 1832 beklagte Carl von Rotteck (1775-1840) in seinem Werk *Allgemeine Geschichte* die Aufteilung Polens zunächst als eine „Leidensgeschichte“ der polnischen Nation. Das Schicksal, das Polen erlitten habe, sei „das traurigste Schauspiel in der neuen Geschichte“ und es sei die „entsetzlichste Verletzung des heiligen Völker- und Menschenrechts“. Und er fährt fort: „Das Völkerrecht auch an den Polen zu ehren, daran dachten die Mächte nicht.“¹⁷¹

Dieselbe Ansicht wird auch in dem Werk *Untergang Polens* vertreten, das der anfangs sozialkonservative, später liberal eingestellte Historiker Friedrich von Raumer (1781-1873) 1832 veröffentlichte. Pointiert stellte er Friedrich II. als Initiator der ersten Teilung Polens an den Pranger. Die Zerstückelung Polens, die er langfristig vorbereitet habe, sei die Tat eines ehrgeizigen skrupellosen hohenzollernschen Machtstaates gewesen. Eine solch vehemente Verurteilung der Teilung Polens und eine so kritische Stellungnahme zur preußischen Mitverantwortung an diesem Gewaltakt erregte sogar bei der preußischen Regierung Aufsehen, und der Autor wurde in der Folge von König Friedrich Wilhelm III. als Kandidat für den Rektorenposten der Berliner Universität abgelehnt.¹⁷²

Auch Friedrich Christoph Dahlmann (1785-1860) verurteilte die Mitwirkung Preußens bei der Zerschlagung Polens. In seiner 1845 erschienenen *Geschichte der Französischen Revolution* beklagte er aus den gleichen Gründen die Aufteilung Polens durch die Teilungsmächte:

Eine That des gesteigerten Monarchismus ist, die gar keine Rechtfertigung zuläßt, die Theilung und die endliche Vernichtung Pohlens. Es müsse der Abscheu vor dieser nie erhalten. Daß diese wilden, unbarmherzigen Handlungen sich parallel neben der fränzösischen Revolutionsgeschichte hinziehen, muß Vieles im Urtheil über diese wildern

¹⁷⁰ Voigt, *Geschichte Preußens*, Band 2, S. IX.

¹⁷¹ Rotteck, Carl von, *Allgemeine Geschichte von Anfang der historischen Kenntniß bis auf unsere Zeiten für denkende Geschichtsfreunde*, Band 9, Braunschweig 1846, S. 195.

und den unsinnigen Abscheu vor der erblich-monarchischen Regierungsform, der so Viele damals erfaßte, zu erklären dienen. Ein Volksmord gleichzeitig dem Königsmorde!¹⁷³

Damit unterstellte er dem preußischen Staat in sehr drastischen Worten ein konkretes Expansionsstreben, das durch das Verhalten der Polen in keiner Weise gerechtfertigt gewesen sei, und das ihm selbst durchaus verabscheuungswürdig erschien.

Georg Gottfried Gervinus (1805-1871) wandte sich ebenfalls gegen die aggressive Teilungspolitik der Hohenzollern. Die territoriale Dekomposition Polens auf Initiative Friedrich II. war für ihn der Inbegriff einer staatlichen Raubpolitik. Die zweite und dritte Teilung Polens seien nicht nur völlig unbegründet gewesen, wie er in einem Kommentar zu Gervinus in der „Deutschen Zeitung“ schrieb, sondern auch ein Mord am polnischen Volk.¹⁷⁴

Trotz aller Kritik an der Teilungspolitik der absolutistischen preußischen Hegemonialmacht ist jedoch unübersehbar, dass die zitierten Autoren zugleich die Ansicht vertraten, dass die Ursache für die Teilung Polens nicht nur in den ehrgeizigen territorialen Interessen Preußens, sondern auch in der inneren Zersplitterung und der Unfähigkeit der Adelsrepublik zu gesellschaftlich-sozialen Modernisierungen zu suchen sei.¹⁷⁵ Die liberalen deutschen Historiker gaben also Polen eine Mitschuld am Untergang des eigenen Reiches. Dies zeigt sich z. B. in den Ausführungen von Rottecks und von Raumers über die Teilung Polens. Von Rotteck zog aus dem Untergang Polens die folgenden Konsequenzen:

Allso verschwand von der europäischen Karte der weiland ruhmvolle, im Osten vorherrschend polnische Staat. [...] In Folge selbstverschuldeter Schwäche, durch einheimische Entzweiung, Anarchie und Volksunterdrückung, mehr noch in Folge des Verderbnisses des öffentlichen Rechtes in Europa, das Opfer einer in die fernsten Zeiten schreckenden Gewaltthat.¹⁷⁶

Auch von Raumer spricht vom Verfall der überholten und unzeitgemäßen Adelsrepublik Polen. Die zunehmend ohnmächtige Adelsrepublik sei zu einer leichten Beute ihrer Nachbarn geworden:

¹⁷² Herzfeld, Hans, Friedrich von Raumer, in: *Mitteldeutsche Lebensbilder*, Magdeburg 1928, Band 3, S. 318.

¹⁷³ Dahlmann, Friedrich Christoph, Von politischen Drangsalen, in: C. Varrentrapp (Hrsg.), *Dahlmann Kleine Schriften und Reden*, Stuttgart 1886, S. 181-182.

¹⁷⁴ Georg Gottfried Gervinus, in: *Deutsche Zeitung* vom 22.07.1848.

¹⁷⁵ Schorn-Schütte, Luise, Polnische Frage und Deutsche Geschichtsschreibung, in: Zernack, *Zum Verständnis der polnischen Frage*, S. 80.

¹⁷⁶ Rotteck, *Allgemeine Geschichte*, S. 196.

Es ist sehr gewiß daß, was die Republik Polen für die Differenzen zu thun auch vermochte wird, es nur höchst ungern und mit dem größten Widerwillen geschehen wird. Nicht zu gedenken, daß Aberglauben und politische Rücksichten dagegen wirken, steht jetzt auch wohl Stolz und ein Ehrenpunkt im Wege. Die Art wie der russische Hof in der letzten Zeit mit Polen umging, war so gebieterisch und diktatorisch, daß nur gänzliche Ohnmacht ein freies Volk abhalten konnte es zu rügen. Jenes Benehmen Rußlands ist, meines Erachtens, höchst unpolitisch; weil Verzweiflung die Polen dahin bringen kann, sich zuletzt in die Arme einer anderen Macht zu werfen, welche im Stande ist, sie zu beschützen. Denn sie sind unfähig sich selbst zu schützen, und es scheint als bleibe ihnen in diesem Augenblicke nichts übrig, - als die Wahl eines Tyrannen.¹⁷⁷

Bei genauer Betrachtung der genannten Beispiele drängt sich der Eindruck auf, dass die liberalen deutschen Historiker trotz ihrer scharfen Vorwürfe gegen den mittelalterlichen Deutschordensstaat und den preußischen Staat vor allem die innere Schwäche und die Reformunfähigkeit der Adelsrepublik für die endgültige Teilung Polen verantwortlich machten. Ihre Überzeugung war, dass es die deutschen Siedler gewesen seien, die den primitiven Polen bzw. Slawen im Mittelalter und in der Neuzeit die Kultur gebracht hätten. Daran hatten die liberal eingestellten Historiker keinerlei Zweifel.¹⁷⁸ Aus demselben Grund versuchten sie offenbar – direkt oder indirekt, bewusst oder unbewusst – die zeitgenössische Germanisierungspolitik Preußens mit Verweis auf die Lehren der Vergangenheit zu rechtfertigen.

Angesichts dieser Tatsache scheint es undenkbar, dass es keinen Streit zwischen polenfreundlichen deutsch-liberalen Autoren und Vertretern der polnischen Nationalbewegung gegeben haben soll. Auch spielten die angeführten Argumentationsmuster, die von den liberalen deutschen Historikern teilweise sehr pathetisch vorgetragen wurden, innerhalb der deutschen Geschichtswissenschaft und den Veröffentlichungen der Vormärzzeit eine bedeutende Rolle. In der Zwischenzeit schlug die polenfreundliche Stimmung aber allmählich in ihr Gegenteil um. Der Hauptgrund hierfür waren die Posener Ereignisse und die von Posener Deutschen geführte antipolnische Propagandakampagne sowie auch die scheinbar günstige Entwicklung der deutschen Vereinigungsbewegung. Durch die intensive und andauernde polenfeindliche Propaganda der radikalen Posener Nationalisten wurde das negative alte Polenbild in der deutschen Publikationslandschaft langsam aber stetig wiederbelebt. Nachdem es 1848 in Posen zwischen deutschen und polnischen Einwohnern zu Konfrontationen kam und die Vereinigung Deutschlands in der deutschen Nationalversammlung 1848/49 scheinbar in erreichbare Nähe rückte, verloren die liberalen deutschen Historiker zunehmend und schließlich gänzlich ihren

¹⁷⁷ Herzfeld, Friedrich von Raumer, S. 71-73.

¹⁷⁸ Wippermann, *Drang nach Osten*, S. 34.

Einfluss in Geschichtswissenschaft und Öffentlichkeit. Stattdessen dominierte in der deutschen Historiographie nun eine polenfeindliche Geschichtsauffassung. Dadurch wandelte sich auf Seiten der deutschen Geschichtswissenschaftler und Publizisten auch die Bewertung der Geschichte der Ostsiedlung sowie der deutsch-polnischen Verhältnisse insgesamt.

Als Befürworter der These von der Kulturlosigkeit der Polen bzw. der Slawen gab sich Arndt 1848 in seinem Zeitungsartikel *Polenlärm und Polenbegeisterung* alle Mühe, der Idee einer Wiederherstellung Polens, die polnische Freiheitskämpfer und deutsche Liberale im Vormärz anstrebten, mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten. Die Polen seien ein „ewig unruhiges und halbwildes Volk“ und seine große Hoffnung werde niemals Realität werden.¹⁷⁹ Die Begeisterung der deutschen Liberalen hielt er deswegen für unbesonnen:

Ich behaupte eben mit der richtenden Weltgeschichte vorweg: die Polen und überhaupt der ganze slawonische Stamm sind geringhaltiger als die Deutschen, und die deutschen Polennarren haben weder einen politischen noch einen geistigen und sittlichen Grund, die Kinder ihres Blutes den Polacken zu Gefallen aufzuopfern und in den schlechteren Stoff hineinstampfen zu lassen.¹⁸⁰

Der ebenfalls zum antipolnischen Lager zählende Heinrich Wuttke (1818-1876) kam 1848 in seinem Werk *Polen und Deutsche* zu dem Urteil:

Seit dem zwölften Jahrhundert wurde theils durch kriegerische Gewalt, theils durch friedliche Kolonisationen Mecklenburg, Pommern, Brandenburg, Sachsen, Schlesien allmählich deutsch gemacht [...] und in der ganzen Querlinie des polnischen Grenzstrichs das deutsche Wesens verbreitet.¹⁸¹

Diese Sichtweise kam auch in seinen Stellungnahmen zur sogenannten Polenfrage zum Ausdruck. Dabei sprach er sich scharf gegen die Grundposition der deutschen Liberalen aus, welche die Wiederherstellung eines souveränen polnischen Staates forderten. Die von den Deutschen eroberten Gebiete seien *zurückgewonnene* ehemals germanische Gebiete dürften unter keinen Umständen aufgegeben werden.¹⁸²

Solche anti-polnischen bzw. anti-slawischen Äußerungen markieren einen ganz entscheidenden Wendepunkt in der deutschen Geschichtswissenschaft und Publizistik. Nachdem die Wiederherstellung Polens in den Grenzen von 1772 von

¹⁷⁹ Arndt, Ernst Moritz, *Staat und Vaterland*, hrsg. von Ernst Müsebeck, Eine Auswahl aus seinem politischen Schriften, München 1921, S. 82.

¹⁸⁰ Ebd., S. 83.

¹⁸¹ Wuttke, Heinrich, *Polen und Deutsche*, Leipzig 1848, S. 13-14.

¹⁸² Wippermann, *Drang nach Osten*, S. 39-40.

der Mehrheit der deutschen Abgeordneten – unter ihnen auch die liberalen – in der Paulskirche abgelehnt worden war, kam die liberale Polenbegeisterung in Deutschland endgültig zum Erliegen. Gleichzeitig verschwand seit der Mitte des 19. Jahrhunderts die ambivalente Bewertung der Ostsiedlung innerhalb der deutschen Geschichtswissenschaft. In der Folge setzte sich die negative Beurteilung der Polen bzw. Slawen vollständig durch und wurde immer aggressiver vertreten. Damit werden wir uns im nächsten Kapitel weiter beschäftigen.

3.2.2 Die polnischen Antithesen bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts

In den vorhergehenden Abschnitten haben wir gesehen, dass der preußisch-polnische bzw. deutsch-polnische Gegensatz für die Ideologisierung der mittelalterlichen deutschen Ostsiedlung von zentraler Bedeutung ist. Nun sollen die polnischen Reaktionen auf die deutschen Thesen analysiert werden. In der slawischen Geschichtswissenschaft stand jedoch die Forschung zur Geschichte der Ostsiedlung noch im Hintergrund und war in politischer und geschichtlich-ideologischer Hinsicht vorerst noch „funktionslos“.

Da die Vorstellung von den „deutschen Kulturbringern“ und „der slawischen Kulturlosigkeit“ sowie vom „alten germanischen Boden“ in der deutschen Geschichtswissenschaft und ihren Publikationen einen wesentlichen Bestandteil der Ostsiedlungsforschung ausmachten und zugleich als Rechtfertigung für die Besetzung der ehemals polnischen Territorien dienten, führte dies auf polnischer Seite natürlich zu einer Gegenreaktion. Im Zuge dieser Entwicklung rückten die polnische Teilung und die von Preußen annektierten polnischen Gebiete in das Zentrum der Aufmerksamkeit auch der polnischen Historiker. Für sie musste es in erster Linie darum gehen, die historischen Verbindungen der umstrittenen Gebiete zu Polen legitimierten.

Dezidiert vertrat z. B. Feliks Łoyko (1717-1779) diese Auffassung. Nach der Zerstückelung der Adelsrepublik 1772 lieferte er sich im darauffolgenden Jahre einen regelrechten Kampf mit dem preußischen Staatsminister Hertzberg. Er wies dabei vor allem die These von den Deutschen als Kulturbringern zurück, die von Hertzberg als Rechtfertigung für die preußischen Besitzrechte an Pommerellen (Westpreußen) vertreten wurde und behauptete, dass „von 1290 bis zum 13. September 1772 im Laufe von fünf Jahrhunderten sich niemand fand, weder unter den Stettiner Fürsten noch unter den brandenburgischen Kurfürsten, der sich irgendwelche

Rechte auf die Wojewodschaft Pomorze angemäÙt oder die Rechte der Rzeczpospolita auf ihren Besitz in Zweifel gezogen hätte.“¹⁸³

Eine ähnliche Sichtweise vertrat auch Adam Naruszewicz (1733-1796), dessen 1780 bis 1786 erschienene *Historia narodu polskiego od początku chrześcijaństwa* deutlich antipreußische Tendenzen zeigt. Der Schwerpunkt seiner Argumentation lag in zwei Bereichen: einerseits kritisierte er vehement die Eroberungstätigkeit Preußens durch den Orden, andererseits versuchte er, einen polnischen Einfluss auf das Preußen der Vorordenszeit nachzuweisen. So schrieb er: „Preußen war seit der Zeit Chrobrys unter polnische Abhängigkeit gekommen, danach aber wurde es nach der Aufteilung der Königreichs unter den Erben von Krzywousty [Bolesław] zur Beute der Kreuzritter“.¹⁸⁴

Das Anliegen der beiden Autoren besteht hier offenbar darin, die historische und rechtliche Zugehörigkeit Westpreußens bzw. (Ost)Preußens zu Polen zu beweisen. Man bemerkt vielleicht, dass Łoyko und Naruszewicz dabei die traditionelle Auffassung von Długosz fortsetzen indem sie behaupten, dass Preußen ursprünglich zu Polen gehört habe. Diese national gefärbte Haltung muss allerdings im zeitgenössischen politischen Kontext gesehen werden. Nach der ersten Teilung Polens muss man darin auch einen nationalen Appell an die polnische Öffentlichkeit verstehen, für das Fortbestehen des polnischen Staates zu kämpfen. Ihre Haltung ist daher zunächst als Verteidigung zu sehen, und von einem nationalen deutsch-polnischen Gegensatz findet sich bei ihnen noch keine Spur.

Nach der zweiten und dritten Teilung Polens 1793 und 1795 lag das Ziel der nationalen Bewegung fraglos in der Wiedererlangung eines eigenständigen polnischen Staates. Während der napoleonischen Ära war durch die Errichtung des Herzogtums Warschau sogar ein Schritt in diese Richtung getan worden. Vor diesem Hintergrund gab Tomasz Świącki (1774-1837) sich alle Mühe, in seiner Schrift die historische Legitimität der polnischen Ansprüche auf preußisches Gebiet nachzuweisen, zumal nach dem zweiten Thorner Frieden die Polen „von 1466 an die Herren der Küste, des Danziger Hafens und des Handels auf der Ostsee waren“.¹⁸⁵ Auch wenn seine Zielsetzung unerreichbar blieb, so gab er doch den Anstoß für ein stärkeres nationales Engagement auch anderer polnischer Historiker.

In der Schrift *Konrad Wallenrod* von Adam Mickiewicz zeigt sich diese Tendenz ganz deutlich. In Metaphern beschrieb der Autor hier den Gegensatz zwi-

¹⁸³ Łoyko, Feliks, *Wywód praw polskich do pomeranii*, 1773, S. 27. Zitiert nach: Hackmann, *Ostpreußen und Westpreußen*, S. 86-87.

¹⁸⁴ Naruszewicz, Adam, *Historia narodu polskiego od początku chrześcijaństwa*, Band 5, Warszawa 1780-1786, S. 309-312. Zitiert nach: Hackmann, *Ostpreußen und Westpreußen*, S. 54-55.

¹⁸⁵ Świącki, Tomasz, *Hystoryczna wiadomość o ziemi Pomorskiej, mieście Gdańsku, oraz zegludze y panowaniu Polaków na morze Bałtyckim*, Warszawa 1811, S. 81. Zitiert nach: Hackmann, *Ostpreußen und Westpreußen*, S. 87.

schen dem absolut Guten – dem Ordensritters Wallenrod, der sich, um sein eigenes Volk zu rächen, als Litauer Alf tarnt – und dem absolut Bösen – dem Deutschen Orden als Gegner Polens.¹⁸⁶ Das Buch ist ein Aufruf zum Kampf gegen die reaktionären Teilungsmächte und für die Wiedererrichtung Polens in den Grenzen von 1772. Allerdings wird das absolute Böse bei ihm eigentlich durch den Zarismus verkörpert, denn während der Epoche der Polenbegeisterung hatte die polnische nationale Bewegung ja noch auf Unterstützung von deutscher Seite gegen den Zaren gehofft.¹⁸⁷ Erst nach der Paulskirche sollte diese Ideologie eine ausschließlich gegen Preußen und Deutschland gerichtete ideologische Funktion erhalten.

Joachim Lelewels (1786-1861) gilt als der erste polnische Historiker, dessen Geschichtsschreibung eine eindeutig feindliche Tendenz gegenüber den Deutschen vertritt. In seinem Buch *Geschichte Polens* betrachtet er die Geschichte Preußens durchweg als Teil der polnischen Nationalgeschichte. Herzog Konrad von Masowien habe einen schweren Fehler begangen, als er den Orden nach Preußen rief, deshalb sei dieser wichtige Teil Polens verloren gegangen. Polen müsse daher nicht nur seine staatliche Eigenständigkeit wiedererlangen, sondern auch Preußen zurückgewinnen. Allerdings tadelte er auch die polnische Mitschuld an der Aufteilung scharf. Diese selbstkritische Tendenz hat nach Untersuchungen Wippermanns die spätere polnische Geschichtswissenschaft stark beeinflusst.¹⁸⁸ Die polnische Antwort auf die These der deutschen Historiker – die Erwerbung der ehemals polnischen Staatsgebiete sei das Ergebnis der kulturellen deutschen Überlegenheit – nahm so den defensiven Charakter an. Wichtig war auch, dass er in seiner Schrift die Begriffe „Deutscher Orden“ und „die Deutschen“ fast synonym benutzte,¹⁸⁹ was als weiterer Beleg für die aufkommenden deutsch-polnischen Feindlichkeiten gelten muss.

Im Zusammenhang gesehen steht demnach die Instrumentalisierung und Nationalisierung der Geschichte der mittelalterlichen deutschen Ostsiedlung in enger Verbindung mit der zeitgenössischen politischen Diskussion sowie dem preußisch-polnischen Antagonismus und dem späteren nationalen Gegensatz zwischen Deutschen und Polen. Ausgangspunkt der Entwicklung war offensichtlich der labile Zustand der königlichen Republik Polen seit dem 18. Jahrhundert. Angesichts ihrer unzeitgemäßen verfassungsrechtlichen Struktur und der religiösen Intoleranz sowie den sich verschlechternden sozialen und wirtschaftlichen Verhältnissen hatte sich in der Öffentlichkeit Europas schon bald ein negatives Polenbild durchgesetzt. Als reformunfähiger Staat und als schwächstes Glied in der Reihe der Staaten Ostmitteleuropas konnte die Adelsrepublik in der machtpolitischen Konkurrenz nicht

¹⁸⁶ Wippermann, *Ordensstaat*, S. 344-345.

¹⁸⁷ Ebd., S. 345-346.

¹⁸⁸ Ebd., S. 347-348.

bestehen. Vielmehr weckte die ins politische Abseits geratende polnische Republik die territorialen Begierden der europäischen Großmächte und wurde schließlich zur leichten Beute der machtpolitischen und expansiven Bestrebungen ihrer Nachbarstaaten.

Preußen nutzte die deutschen Siedlungen in den alten slawischen Räumen für seine politischen Ziele aus, wobei die preußischen Könige und Beamten der festen Überzeugung waren, dass ihre Verwaltungsmaßnahmen im Osten Positives bewirkten, ähnlich wie die Siedlungstätigkeit der mittelalterlichen deutschen Siedler. Die feste Überzeugung von der kulturellen deutschen Überlegenheit wurde auch von der deutschen Geschichtswissenschaft und Publizistik vertreten. Deutsche Historiker stellten die These vom „urgermanischen Boden“ auf, wonach die ostmitteleuropäischen Länder zu den urgermanischen Siedlungsgebieten gehörten. Diese beiden Standpunkte, die „deutsche Kulturträgertheorie“ und die „Urgermanentheorie“ prägten seit Beginn des 19. Jahrhunderts das Bild der mittelalterlichen deutschen Ostsiedlung und schließlich wurde auch der Erwerb der ehemals polnischen Staatsgebiete durch Preußen innerhalb der deutschen Geschichtswissenschaft und Publizistik gerechtfertigt. Auf diese Weise wurde die Ostsiedlungsgeschichte zunehmend ideologisiert.

Allerdings kam die nationale Färbung in der Anfangsphase meist noch nicht in voller Heftigkeit und Aggressivität zum Ausdruck. Zwar wurden in der deutschen Historiographie die kulturellen Leistungen der Deutschen im Osten bereits verherrlicht, gleichzeitig erhob man vor dem Hintergrund der deutschen „Polenbegeisterung“ im Vormärz scharfe Vorwürfe gegen die Vorgehen des deutschen Ordens in Preußen und beklagte die Raubpolitik der hohenzollerschen Monarchie. Nach der von Posener Deutschen geführten antipolnischen Propagandakampagne und dem Zwischenfall in Posen 1848 veränderte sich die Lage. Der Beschluss zur Polenfrage in der Frankfurter Paulkirche bedeutete das Ende der oberflächlichen deutsch-polnischen Freundschaft und der bis dahin relativ milde nationale Tonfall in der Ostsiedlungsgeschichte verschärfte sich. Stattdessen dominierte in der deutschen Geschichtswissenschaft und Publizistik seitdem ein fast einstimmiges Lob der mittelalterlichen deutschen Siedlungstätigkeit in den slawischen Räumen.

In Reaktion auf die deutschen Thesen zur deutschen Ostsiedlung sowie auf Besitzansprüche der Deutschen bezüglich der ehemals polnischen Gebiete waren auch auf polnischer Seite zunehmend nationale Töne zu hören. In der Zeit zwischen der ersten und dritten Teilung, also von 1772 bis 1795, argumentierten polnische Historiker in Anlehnung an Długosz mit den engen Bindungen des Preußenlandes an Polen und versuchten so, die historische Zugehörigkeit Preußens zu Polen zu bewei-

¹⁸⁹ Ebd., S. 346.

sen. Die polnisch-deutschen Feindseligkeiten griffen sie in ihren Schriften dabei nicht auf. Nach der endgültigen Aufteilung Polens dämonisierten polnische Historiker zunehmend die Geschichte des Deutschordensstaats, was natürlich auch die Bewegung zur Wiederherstellung Polens unterstützen sollte. Zu Beginn des 19. Jahrhunderts war das Bild des Deutschen Ordens daher ein ideologisches. Allerdings galt diese Kritik im Zeitalter der deutschen Polenbegeisterung mehr dem Zarenreich als dem preußisch-deutschen Staat. Erst nach der großen Enttäuschung über die Beschlüsse der Frankfurter Paulskirche wurden die mittelalterlichen Ordensritter in der polnischen Geschichtsschreibung mit den Deutschen gleichgesetzt.

Um die Mitte des 19. Jahrhunderts war der nationale deutsch-polnische Gegensatz zementiert und die nationale Interpretation der deutschen Ostsiedlungsgeschichte wurde immer aggressiver vertreten. In der zweiten Hälfte des Jahrhunderts wurde die Ostsiedlungsgeschichte dann von beiden Seiten völlig ohne Skrupel für die eigenen politischen Ziele eingesetzt. Davon wird im nächsten Abschnitt die Rede sein.

4 Die ideologisierte deutsche Ostsiedlungsgeschichte in der nationalistischen Epoche

Die Revolution von 1848 rief auf dem gesamten europäischen Kontinent ohne Zweifel eine enorme politische Erschütterung hervor. Dieses Ereignis ging in seinem Wirkungsbereich weit über die Grenzen eines einzelnen Staatsterritoriums hinaus und prägte eine revolutionäre Epoche im gesamten Europa. Jedoch spielten in dieser Revolutionsbewegung neben der liberalen Zielsetzung auch die Nationalbewegungen, vor allem in Mittel- und Ostmitteleuropa, eine wichtige Rolle. Dies gilt sowohl für die deutschen wie auch für die slawischen nationalen Bestrebungen. Die Strahlkraft des romantischen Nationalgefühls, die schon die nationale Leidenschaft in Deutschland angestachelt hatte, drückte nun auch der slawischen Welt ihren Stempel auf. So fallen Erweckung und rascher Aufstieg des Slawismus bzw. der panslawischen Bewegung in das revolutionäre Sturmjahr von 1848.

Während die Deutschen ihrem vereinigten Nationalstaat, dessen Territorium der sprachlich-ethnischen Nationalität entsprechen sollte, im Laufe des 19. Jahrhunderts mit erheblichem Eifer zustrebten, geriet dieser Staat, aufgrund der in Mittel- und Ostmitteleuropa fließenden Grenzen zwischen den Völkern, unausweichlich in Widerspruch zu den nationalen Bestrebungen der slawischen Völker. Die unter dem hohenzollernschen preußischen Staat und der habsburgischen Donaumonarchie lebenden Slawen wollten jedoch entweder kein Bestandteil des deutschen Nationalstaats werden, wie etwa Polen, oder sie strebten zumindest eine vollständige Gleichberechtigung aller Völker innerhalb einer Gesamtmonarchie an, wie die Forderungen der tschechischen Nationalisten zeigen. In dieser nationalen deutschslawischen Konfrontation spielte die Geschichte der mittelalterlichen deutschen Ostsiedlung ohne jeden Zweifel eine entscheidende Rolle. Wie bereits erwähnt, hatte die ideologisierte Siedlungsgeschichte Einfluss auf die nationalen Auseinandersetzungen zwischen Deutschen und Polen. Seit der Mitte des 19. Jahrhunderts stand die Siedlungsgeschichte im Zentrum der Aufmerksamkeit, weil sie im Zuge des stürmisch aufkommenden Nationalismus von beiden Seiten – den Deutschen wie den Slawen – als ein geeignetes Propagandaobjekt eingesetzt und in politischer Absicht ausgenutzt werden konnte. Auf der deutschen Seite feierte man die mittelalterlichen deutschen Siedler als verehrungswürdige historische Vorbilder und würdigte ihre hervorragenden Verdienste um die deutsche Kultur im Osten, um

mit Verweis auf die Lehren der Vergangenheit für eine moderne Gemanisierungspolitik zu plädieren. Auf der anderen Seite deuteten die Slawen die deutsche Geschichte als einen aggressiven tausendjährigen „Drang nach Osten“. Seitdem markiert dieses politisch und national motivierte Schlagwort die beliebteste Stoßrichtung der slawischen bzw. panslawistischen Kritik.

Im folgenden Kapitel ist zunächst die Frage nach der Entstehung des politischen Slawismus bzw. der panslawischen Bewegung und nach dem Aufeinandertreffen des deutschen und des slawischen Nationalismus bestimmend. Im zweiten Teil des Kapitels wird der Frage nachgegangen, wie das Bild der deutschen Ostsiedlungsgeschichte die sich immer weiter verschlechternden deutsch-slawischen Verhältnisse in Deutschland und in der Donaumonarchie tiefgreifend beeinflusste, so dass die Geschichtsschreibung schließlich in hohem Maße zu Ideologisierung und Politisierung verkam. Gleichzeitig sollen die verschiedenen Perspektiven in Bezug auf die deutsche Ostsiedlungsgeschichte genauer untersucht werden, die bei zeitgenössischen deutschen und slawischen Autoren stark national geprägt waren.

4.1 Das Bild der deutschen Ostsiedlung im Erweckungsprozess des gesamtslawischen Nationalgefühles bzw. der panslawischen Bewegungen und seine deutsche Antithese

Im vorangegangenen Kapitel wurde untersucht, inwieweit die Geschichte der deutschen Ostsiedlung als politisches Instrument in den preußisch-polnischen bzw. deutsch-polnischen nationalen Auseinandersetzungen benutzt wurde. Nach dem Scheitern der nationalen Bestrebungen der Polen zur Wiederherstellung eines polnischen Staates durch den Beschluss der Frankfurter Paulskirche erscheinen die von Preußen annektierten ehemaligen polnischen Westgebiete als ein integraler Bestandteil eines künftigen deutschen Nationalstaates. Zweifellos machte dieser Beschluss, dessen Inhalt eine vollständige Missachtung der polnischen Nationalinteressen bedeutete, die Polen zu Gegnern. Um das Ziel der nationalstaatlichen Selbständigkeit zu erreichen und um sich gegen den immer stärker werdenden Druck des deutschen Nationalismus zur Wehr zu setzen, musste es nach Ansicht der polnischen Freiheitskämpfer zu einer Bündelung der Kräfte und zu einem gemeinsamen Kampf kommen. Ihre Aufmerksamkeit richtete sich daher umgehend auf den Slawenkongress im Juni 1848 in Prag. Dabei handelte es sich nicht nur um den Versuch, die enge Verbindung aller vormärzlichen freiheitlich-nationalen Bewegungen herzustellen, sondern auch um den Versuch einer Rückführung auf die westslawische ethnische Zugehörig-

keit.¹⁹⁰ Aus dieser taktischen Überlegung heraus sollten die gemeinsamen politischen Aktivitäten zur Verwirklichung des noch immer angestrebten nationalen Ziels beitragen.¹⁹¹ An dieser Stelle ist nun auf den Anlass dieser gesamtslawischen Versammlung einzugehen, wobei auch der Slawismus und die panslawische Bewegung näher betrachtet werden.

4.1.1 Das Bild der deutschen Ostsiedlung im Prozess der Herausbildung des gesamtslawischen Gemeinschaftsgefühls

Der Slawismus und die panslawische Bewegung beriefen sich auf den Gedanken einer allslawischen Selbstbesinnung, der seinen Ursprung in den von der Habsburgischen Monarchie beherrschten Gebieten Böhmens und der Slowakei hat. Ursprünglich findet er sich in linguistischen und literarischen sowie historischen Arbeiten slawischer Gelehrter. Im Jahr 1826 gebrauchte der slowakische Philologe Jan Herkel zum ersten Mal den Terminus „Panslawismus“ im Zusammenhang mit der Forderung nach einer Vereinigung der slawischen Schriftsprache.¹⁹² Die geistige Wurzel des allslawischen Gedankens ist die bereits erwähnte Schrift Herders *Ideen zur Philosophie der Geschichte der Menschheit*, in deren „Slawenkapitel“ er den friedlichen und agrarischen slawischen Volkscharakter beschreibt und den slawischen Völkern zugleich eine hoffnungsvolle Zukunft prophezeit. Ganz im Sinne der positiven Bewertung Herders rückten die Slawen die Wertschätzung ihrer nationalen Geschichte allmählich in den Vordergrund, und in den folgenden Jahrzehnten wuchs das slawische Nationalbewusstsein merklich an.

Der Ursprung der allslawischen Idee ist jedoch nicht allein im Herderschen „Slawenkapitel“ zu suchen. Entscheidend war vielmehr die deutsche Romantik. Unter ihrem Einfluss lenkten die slawischen Linguisten, Dichter und Historiker ihre Aufmerksamkeit auf ihre gemeinslawische Vergangenheit und ihre Traditionen. Vor allem durch die Verbreitung deutscher Werke aus Literatur-, Sprach- und Geschichtswissenschaft und durch den persönlichen Gedankenaustausch zwischen deutschen und slawischen Gelehrten hinterließen romantische Grundvorstellungen nun auch in der slawischen Welt nachhaltige Spuren. So haben beispielsweise die geschichtswissenschaftlichen Arbeiten August Ludwig von Schlözers (1735-1809) den berühmten tschechischen Slawisten Josef Dobrovský (1753-1829) sowie den

¹⁹⁰ Broszat, *Zweihundert Jahre deutsche Polenpolitik*, S. 85.

¹⁹¹ Orton, *The Prague Slav Congress of 1848*, New York 1978, S. 50-51.

¹⁹² Herkel, Jan, *Elementa universalis linguae Slavicae e vivis dialectis eruta et suis logicae principiis suffulta*, Buda 1826, S. 3-4. Zitiert nach: Picht, Ulrich, *M. P. Pogodin und die Slavische Frage – Ein Beitrag zur Geschichte des Panslawismus*, Stuttgart 1969, S. 84.

slowakischen Gelehrten Bartholomäus Kopitar (1780-1844) mittelbar und unmittelbar beeinflusst, denen sein Schlözers Begriff der „Westslawen“ bekannt geworden war.¹⁹³ Die Suche nach der Inspirationsquelle der slowakischen Gelehrten Ján Kollár (1793-1852) und Pavol Jozef Šafařík (1795-1861) – die später als „Wiedererwecker“ des tschechischen bzw. slowakischen Nationalgefühls bezeichnet wurden – führt auf ihren romantisch eingestellten deutschen Geschichtsprofessor Heinrich Luden zurück.¹⁹⁴ Die Veröffentlichung zahlreicher sprach-, literatur- und geschichtswissenschaftlicher Werke slawischer Gelehrter, die der stolzen Vergangenheit der slawischen Völker besondere Bedeutung beimaßen und das Zusammengehörigkeitsgefühl aller slawischen Stämme beschworen, bereitete den Aufschwung des slawischen Nationalbewusstseins maßgeblich mit vor, welches sich schließlich zum politischen Slawismus weiterentwickelte.

Im Zeitalter des allgemeinen Rückblicks auf die Vergangenheit stand die Geschichte des Mittelalters als Kraftquelle des Slawentums nun ebenfalls im Mittelpunkt. Die Geschichte der mittelalterlichen deutschen Einwanderung in den slawischen Raum geriet dabei zunehmend in den Fokus slawischer Autoren und wurde bald auch als geeignetes Objekt eigenen Schaffens entdeckt. Jedoch wurde, ganz im Gegensatz zur zeitgenössischen Einschätzung in Deutschland, die Siedlungsgeschichte meist negativ bewertet. Damit dienten diese Geschichtsdarstellungen fraglos auch der Förderung der nationalen Selbstbesinnung der Slawen. Bereits in den Jahren 1817/18 wurden in Böhmen die *Königinhofer Handschrift* und die *Grüneberger Handschrift* „aufgefunden“, die erst später als Fälschungen erkannt wurden und in denen die hochentwickelte und selbständige altslawische Kultur des 9. Jahrhunderts vom tschechischen Altertumskundler Václav Hanka als vorbildlich und ruhmvoll gepriesen wird. Zugleich übte er scharfe Kritik am späteren Einfall der Deutschen in die slawische Gemeinschaft.¹⁹⁵

Diese gefälschten Schriften hatten im wissenschaftlichen Bereich eine nicht zu unterschätzende Wirkung. In der bekannten *Geschichte Böhmens* von František Palacký (1798-1876), die erstmals 1836 erschien, hinterließen die Fälschungen Hankas bereits tiefe Spuren. Auch er sprach bei Slawen und Deutschen vom friedlichen bzw. kriegerischen Volkscharakter und stellte den unterjochten demokratischen Ureinwohnern die erobernden aristokratischen Eindringlinge gegenüber.¹⁹⁶ Eine ebenso deutlich negative Beurteilung der mittelalterlichen deutschen

¹⁹³ Schlözer, August Ludwig von, *Allgemeine Nordische Geschichte*, Halle 1771.

¹⁹⁴ Seibt, Ferdinand, *Deutschland und die Tschechen: Geschichte einer Nachbarschaft in der Mitte Europas*, München 1993, S. 206.

¹⁹⁵ Hoensch, Jörg K., *Geschichte Böhmens. Von der slawischen Landnahme bis ins 20. Jahrhundert*, München 1987, S. 319.

¹⁹⁶ Palacký, František, *Geschichte Böhmens*, Prag 1836-1867, S. 57-58 und 62.

Ostsiedlungsgeschichte lässt sich in Jan Kollárs berühmtem Sonettzyklus *Slávy dcera* (Die Tochter der Sláwa) finden. Darin zeigt er sich über das Schicksal der alten Slawen, welche an Saale und Elbe von deutschen Kreuzrittern des Mittelalters grausam niedergemetzelt wurden, aus tiefsten Herzen betrübt.¹⁹⁷

Obwohl in den erwähnten geschichtswissenschaftlichen Werken und in der Dichtung slawischer Autoren die deutsche Ostsiedlungsgeschichte bereits eindeutig eine slawisch-nationale Färbung besitzt, so fehlt doch hier noch die Vorstellung von der unüberbrückbaren Erzfeindschaft zwischen Deutschen und Slawen. Auf den frühen Entwicklungsstufen des Slawismus und der panslawischen Bewegung in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts haben die slawischen Autoren offensichtlich nur den Unterschied der „Wesensbestimmung“ von kriegerischen Deutschen und friedliebenden Slawen herausgestellt, den sie in den Werken Herders aufgesogen hatten, um damit einen Denkanstoß für die Reaktivierung des gesamtslawischen Erbes zu geben. Aus diesem Grund spielte der Gedanke einer unüberwindlichen deutsch-slawischen Konfrontation hier noch keine zentrale Rolle. So hat zum Beispiel Heinrich Luden in seinen Vorlesungen an der Universität Jena dem polnischen Freiheitskampf in den 1830er Jahren viel Platz eingeräumt und unterhielt im gleichen Zeitraum mit seinen slowakischen Studenten Kollár und Šafařík freundschaftliche Beziehungen.¹⁹⁸ Aufschlussreich ist auch eine Rede, in der Augustín Smetana, der berühmte Wortführer der tschechischen Nationalbewegung, kurz vor dem Sturmjahr 1848 an die Öffentlichkeit Böhmens appellierte:

Von allen slawischen Ländern ist unser Vaterland am weitesten in die deutschen Gae vorgeschoben, und es hat schon deshalb unverkennbar die Bestimmung, die deutsche Bildung (die der slawischen vorangeht wie die klassische der deutschen und wie die morgenländische der klassischen) aufzunehmen und den östlichen Slawenstämmen zu vermitteln [...]. Unser Böhmen ist der Knotenpunkt zwischen deutschen und slawischen Völkern, der Vertreter der Slawen Deutschland gegenüber [...]¹⁹⁹

Auch neuere tschechische Untersuchungen ziehen daraus den ganz ähnlichen Schluss, dass der tschechische Nationalismus vor 1848 noch nicht zum Durchbruch gekommen war.²⁰⁰ Allerdings, so wird man hinzufügen müssen, nahm die slawische Nationalidee durch die Verbreitung wissenschaftlicher Arbeiten slawischer Gelehrter im Laufe der Jahrzehnte allmählich Gestalt an. Gleichzeitig hängt die weitere Entwicklung des slawisch-nationalen Gedankenguts eng zusammen mit dem

¹⁹⁷ Kollár, Jan, *Slávy dcera*, zuerst erschienen 1824. Zitiert nach: Orton, *The Prague Slav Congress*, S. 1-2.

¹⁹⁸ Seibt, *Deutschland und die Tschechen*, S. 206.

¹⁹⁹ Ebd.

wirtschaftlichen Aufstieg und den sozialen Umschichtungen innerhalb des Slawentums, die natürlich das nationale Selbstbewusstsein anwachsen ließen. So erhoben die Slawen zunehmend den Anspruch auf weitgehende politische Selbstverwaltung und eine entsprechende rechtliche Stellung in ihren eigenen Ländern, was die deutsch-slawischen Spannungen allmählich anwachsen ließ. Noch wichtiger und bedeutsamer für die Verschlechterung der deutsch-slawischen Verhältnisse war allerdings die Gründung des Deutschen Zollvereins 1834. Die ökonomische Leistungsfähigkeit der deutschen Gebiete schien die Verwirklichung eines vereinigten deutschen Nationalstaates einen großen Schritt voranzubringen und beflügelte insbesondere das deutsche Bürgertum, dessen Streben nach wie vor auf die Einheit Deutschlands gerichtet war. Aus Furcht vor dem erstarkenden deutschen Bürgertum und insbesondere vor einem weiteren Ausbau der politischen Vormachtstellung Deutschlands tendierten die Slawen zu einer antideutschen Auffassung.²⁰¹ Um die Mitte des 19. Jahrhunderts nahmen die deutsch-slawischen nationalen Auseinandersetzungen schließlich rapide zu. In diesem Zusammenhang wurde die Geschichte der mittelalterlichen deutschen Ostsiedlung von beiden Seiten ganz unverhohlen für politische Zwecke instrumentalisiert und in immer stärkerem Maße ideologisiert.

Allerdings wäre es einseitig und verkürzend, wenn man die deutsch-slawischen Auseinandersetzungen allein aus dem Konflikt zwischen deutschen und slawischen Nationalisten erklären wollte. Tatsächlich haben die nationalen Anstrengungen der slawischen Völker nicht zu einer Identifizierung mit dem Panslawismus geführt, weil sich die Slawen auf politischer, kultureller und konfessioneller Ebene seit Jahrhunderten auseinandergelebt hatten und zudem noch mehrheitlich unter fremder Herrschaft lebten. Obwohl die Vorstellung einer ursprünglich einheitlichen slawischen Sprache in der slawischen Welt Fuß gefasst hatte, blieb das Nationalbewusstsein innerhalb der einzelnen slawischen Völker wesentlich stärker als das gesamtlawische Nationalgefühl. Zwischen den verschiedenen slawischen Völkern bestand zum Teil sogar eine unüberbrückbare Feindschaft, die eine Vereinigung aller slawischen Stämme zu einem Gesamtstaat auszuschließen schien.²⁰²

In diesem Zusammenhang ist das Verhältnis zwischen Polen und Russland besonders aufschlussreich. Die brutale Niederschlagung des polnischen Aufstands durch die russischen Truppen in den Jahren 1830/31 ließ die slawische Nationalbewegung in verschiedene Richtungen zerfallen, wobei einige slawische Wortführer, wie zum Beispiel Palacký, aus Misstrauen gegen das tendenziell expan-

²⁰⁰ Ebd., S. 207.

²⁰¹ Hoensch, *Geschichte Böhmens*, S. 321.

sive Zarenreich eine eigene tschechische Nationalität innerhalb der Habsburgermonarchie erhalten wollten.²⁰³ Die gegensätzlichen Interessen der slawischen Völker lassen sich auch an der Ideologisierung und Politisierung des Terminus „Panslawismus“ beobachten. Seit den 1830er Jahren litt die panslawische Bewegung wegen der Expansionspolitik Russlands in Ostmitteleuropa unter starken Belastungen. Als treffendes Beispiel kann man die gnadenlose Unterdrückung der polnischen Novemberrevolution 1830/31 durch das Zarenreich anführen. Hier drängte sich der Eindruck einer westwärts gerichteten Expansion Russlands auf. Diese Interpretation war in Westeuropa, in Deutschland und vor allem innerhalb der Habsburgischen Monarchie, häufig anzutreffen.²⁰⁴ Einzelne slawische Völker, wie z. B. Polen und Tschechen, hielten deshalb einen sehr deutlichen Abstand zum Panslawismus oder lehnten ihn sogar strikt ab, weil er ihrer Ansicht nach mit einem Panrussismus beinahe gleichzusetzen sei.²⁰⁵ Der bedeutendste tschechische Journalist, Karel Havlíček-Borovský (1821-1856) schrieb 1846 den Artikel *Slovan a Čech* (Der Slawe und der Tscheche) in dem er aus Widerstand gegen die potentielle Expansion Russlands nicht nur dem Panslawismus mit aller Entschiedenheit entgegentrat, sondern sich auch von dem Begriff „Slawen“ eindeutig distanzierte:

Die russische Kälte und andere russische Besonderheiten ließen in mir den letzten Funken panslawischer Liebe erstricken [...], so kehrte ich denn nach Prag als reiner unnachgiebiger Tscheche zurück, sogar mit einem insgeheimen Mißfallen an dem Begriff Slave, den hinlängliche Kenntnis Rußlands und Polens mir verdächtig gemacht hatte. Vor allem möchte ich der festen Überzeugung Ausdruck geben, daß die Slaven, das heißt die Russen, Polen, Tschechen, Illyrer usw. nicht ein Volk sind. Der Name Slave ist eine rein geographische und wissenschaftliche Bezeichnung und sollte das für immer bleiben.²⁰⁶

Angesichts dieser politischen Entwicklung wurde der Panslawismus nun nicht mehr kulturell, sondern rein politisch verstanden und wurde zum politischen Schlagwort. Es ist allerdings nicht zu leugnen, dass das Zarenreich als einzige slawische Großmacht durchaus imstande gewesen wäre, einen gesamtslawischen Nationalstaat zu verwirklichen. Natürlich hatte Russland die günstigen äußeren Bedingungen für die panslawische Bewegung längst den eigenen politischen Interessen dienstbar gemacht.

²⁰² Vgl. Wawrykowa, Maria, Der Slavenkongress 1848 und die Polen, in: Günter Stökl (Hrsg.), *Jahrbücher für Geschichte Osteuropas*, Band 27, Wiesbaden 1979, S. 100.

²⁰³ Moritsch, Andreas, Der Austroslawismus – ein verfrühtes Konzept zur politischen Neugestaltung Mitteleuropas, in: ders. (Hrsg.), *Der Austroslawismus – ein verfrühtes Konzept zur politischen Neugestaltung Mitteleuropas*, Wien, Köln und Weimar 1996, S. 18.

²⁰⁴ Panlenko, Olga V., Russland und die Donauslawen (1848-1871), in: Moritsch, *Der Austroslawismus*, S. 158.

²⁰⁵ Vgl. Picht, M. P. Pogodin, S. 84-85.

So trat denn jene janusgesichtige russische Version des Panslawismus auf den Plan, die eine Verbindung zwischen Altrussismus und Eigennutz herstellte und durch die der Panslawismus zum Mittel für die politischen Zwecke Russlands wurde. Insbesondere seit der Mitte des 19. Jahrhunderts trieb das Zarenreich unter dem Vorwand des Wohls aller Slawen faktisch die eigene Expansion voran,²⁰⁷ so dass die panslawische Bewegung einen zunehmenden panrussischen Beigeschmack erhielt und Panslawismus und Panrussismus beinahe zu Synonymen wurden, was uns im Folgenden weiter beschäftigen wird.

Aus den genannten Gründen hatte sich die panslawische Bewegung also aus der literarischen Sphäre ihrer Anfangszeit auf das Gebiet der Tagespolitik begeben. Es wäre daher zu einfach, wenn man den frühen Panslawismus mit dem Panrussismus einfach gleichsetzen wollte. Nach eingehender Untersuchung der verschiedenen Erscheinungsformen können im Wesentlichen die folgenden Auffassungen über die panslawische Bewegung unterschieden werden:

- Anlehnung an das slawisch-russische Zarenreich: Diese Konzeption sieht eine Vereinigung aller slawischen Stämme zu einem gesamtstawischen Staat unter russischer Führung vor.
- Anlehnung an das liberale Polen: Aus Hass auf die Westexpansion Russlands und die Beteiligung des Zarenreichs an der Teilung Polens treiben die Polen den Plan eines weststawischen oder mitteleuropäisch-slawischen Reichs mit dem Kern Großpolen voran als Bollwerk gegen Russland im Osten sowie gegen den preußisch-deutschen Staat im Westen. Man nennt dies auch den „polnischen Slawismus“.²⁰⁸
- Austroslawismus: Aus taktischen Überlegungen neigen vor allem die Tschechen zur Erhaltung einer reformierten Habsburgermonarchie mit voller Gleichberechtigung aller Völker, um sich der immer stärker werdenden deutschen Nationalbewegung und dem russischen Expansionsdrang zur Wehr setzen zu können. Dies wird auch als „kleiner Panslawismus“²⁰⁹ bezeichnet.
- Illyrismus: Als Reaktion auf die Magyarisierung treten insbesondere die kroatischen Slawen für eine kulturelle und politische Gemeinschaft der

²⁰⁶ Havlíček-Borovský, Karel, *Politické spisy*. 1, Praha 1900, S. 28 ff. Zitiert nach: Moritsch, *Der Austroslawismus*, S. 15.

²⁰⁷ Vgl. Picht, *M. P. Pogodin*, S. 86.

²⁰⁸ Cetnarowicz, Antoni, Die proösterreichische Orientierung bei den Polen in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, in: Moritsch, *Der Austroslawismus*, S. 69.

Südslawen ein. Ihr Ziel ist die Wiederherstellung der territorialen Einheit des ehemaligen Dreieinigen Königreiches von Kroatien, Slawonien und Dalmatien.²¹⁰

Es ist hier natürlich nicht der Ort, sich über alle Zweige der panslawischen Bewegung zu äußern. Auch haben einige von ihnen, wie z. B. der Illyrismus, mit den deutsch-slawischen Auseinandersetzungen wenig oder überhaupt nichts zu tun. Dennoch kann dies über die fundamentale Tatsache nicht hinwegtäuschen, dass der Slawismus bzw. die panslawische Bewegung angesichts der zunehmenden nationalen Konfrontation zwischen Deutschen und Slawen einen grandiosen Aufschwung nahm. Hierfür steht der „Slawische Kongress“ von 1848.

Aus Furcht vor der anscheinend unmittelbar bevorstehenden Verwirklichung eines deutschen Nationalstaats und der anschließenden Zersplitterung der Habsburgischen Monarchie hielten es vor allem die tschechischen Intellektuellen für notwendig, umgehend entschlossene Gegenmaßnahmen einzuleiten.²¹¹ Palacký schrieb aus eben diesem Grund seinen berühmten Brief, in dem er die Teilnahme an der deutschen Nationalversammlung in der Frankfurter Paulskirche entschieden ablehnte. Stattdessen verlegte er sich auf die Vorbereitung einer allslawischen Versammlung.²¹² So kam es zu Beginn des Jahres 1848 zum Versuch, die Bemühungen aller slawischen Nationalbewegungen zu koordinieren und die Vereinigung aller slawischen Brüder im gemeinsamen Kampf zu erreichen.²¹³

4.1.2 Die nationale deutsch-slawische Konfrontation bzw. die Ostsiedlungsgeschichte als Streitpunkt auf dem Slawenkongress

Während die deutsche Nationalversammlung in der Frankfurter Paulskirche lebhaft diskutierte und ein vereinigter deutscher Nationalstaat in greifbare Nähe zu rücken schien, fand als Reaktion kurz darauf eine gesamt-slawische Tagung statt. Auf dem im Juni 1848 in Prag eröffneten Slawenkongress stand die slawische nationale Frage im Mittelpunkt. Besonders wichtig für unser Thema sind dabei die sich zuspitzenden deutsch-slawischen nationalen Auseinandersetzungen. Schon vor dem Kongress

²⁰⁹ Fischel, Alfred, *Der Panslawismus bis zum Weltkrieg. Ein geschichtlicher Überblick*, Stuttgart und Berlin 1919, S. 308.

²¹⁰ Suppan, Arnold, *Der Illyrismus zwischen Wien und Ofen-Pest. Die illyrischen Zeitungen im Spannungsfeld der Zensurpolitik*, in: Moritsch, *Der Austroslawismus*, S. 102-103.

²¹¹ Orton, *The Prague Slav Congress*, S. 38.

²¹² Hoensch, *Geschichte Böhmens*, S. 342.

²¹³ Orton, *The Prague Slav Congress*, S. 43.

appellierte ein Mitglied des Vorbereitungskomitees, der böhmische Adlige Baron Jan Neuberg, an die slawische Öffentlichkeit, dass nur der feste Zusammenhalt aller Slawen ein wirkungsvolles Gegengewicht gegen den deutschen Nationalismus sei. Auf diese Weise könne die Drohung einer Einbeziehung Österreichs in den deutschen Nationalstaat abgewehrt und die Habsburgermonarchie erhalten werden.²¹⁴ Der Schutz der slawischen Völker und die Lösung der heiklen Polenfrage würden seiner Ansicht nach von der Erhaltung Österreichs begünstigt.²¹⁵

Für die Polen bot der Slawenkongress vor allen Dingen eine günstige Gelegenheit sich zu artikulieren, wobei die polnischen Vertreter in Prag insbesondere der Wiedergeburt des einheitlichen und unabhängigen polnischen Nationalstaates von 1772 näherkommen wollten. Für dieses Ziel suchte die polnische Delegation auf dem Kongress um Unterstützung nach. Darüber hinaus wurden die antipolnischen Maßnahmen und die Verschmelzungspolitik der Teilungsmächte in den ehemaligen polnischen Staatsgebieten auf der gesamtslawischen Versammlung nachdrücklich beklagt. Den Leiter der polnischen Delegation, Karol Libelt (1807-1875), der aus Posen stammte und der als berühmter polnischer Freiheitskämpfer und Gelehrter gilt, motivierte die Erinnerung an den niedergeschlagenen Aufstand von 1830/31, an seine Inhaftierung nach dem gescheiterten revolutionären Komplott 1846 und vor allem an seine erneut unterdrückten Landesleute in Posen 1848. Er trat gegen die Gewaltherrschaft der Teilungsmächte ein und versuchte, Interesse für das nationale Selbstbestimmungsrecht der Polen zu wecken und weitere Unterstützung von den slawischen Brüdern zu erhalten. Seine Absicht war es auch, durch die aktive polnische Teilnahme am Slawenkongress die Einstellung der preußischen Regierung und der gleichzeitig in Frankfurt tagenden Nationalversammlung über die polnische Frage zu beeinflussen.²¹⁶

Dieselben Auffassungen wurden auch von einem anderen Mitglied der polnischen Delegation, Jędrzej Moraczewski, entschieden vertreten, wobei er vor allem wegen einer eventuellen Teilung des Großherzogtums scharfe Kritik an der preußischen Regierung übte, da eine solche Maßnahme natürlich die polnischen Nationalinteressen massiv verletzte.²¹⁷ Aus diesem Grund versuchte er auch, die gesamtslawische Versammlung gegen die Deutschen zu positionieren.

Die antideutsche Stimmung lässt sich schließlich auch im Manifest des Slawenkongresses eindeutig ablesen. In diesem hauptsächlich von Palacký, Libelt und dem russischen Anarchisten Michail Bakunin (1814-1876) formulierten Mani-

²¹⁴ Kohn, Hans, *Die Slawen und der Westen. Die Geschichte des Panslawismus*, Wien und München 1956, S. 78-79.

²¹⁵ Cetnarowicz, Die proösterreichische Orientierung, S. 70-71.

²¹⁶ Wawrykowa, Slawenkongress, S. 102.

²¹⁷ Orton, *The Prague Slav Congress*, S. 35.

fest wurde jede Form der nationalen Unterdrückung entschieden zurückgewiesen. Unter Bezug auf das Prinzip der Gleichheit aller Menschen erhoben die Verfasser schwere Anschuldigungen gegen die Deutschen wegen der Ungerechtigkeiten, die sie anderen Nationen in der Vergangenheit angetan hätten. Um diese These zu stützen wurden die als friedlich charakterisierten Slawen den tendenziell aggressiven Deutschen gegenübergestellt:

Die romanischen und germanischen Völkerstämme, einst als gewaltige Eroberer in Europa berühmt, haben mit der Kraft ihres Schwertes seit Jahrtausenden nicht nur ihre staatliche Unabhängigkeit gesichert, sondern auch für ihre Herrschsucht mannigfache Befriedigung sich zu verschaffen gewusst. Ihre Staatskunst stützte sich zunächst auf das Recht des Stärkeren, nahm die Freiheit für die bevorzugten Classen allein in Anspruch, regierte mittels Privilegien und erkannte den Volksmassen nur blosse Pflichten zu. [...]

Bei den Slawen dagegen, wo man die Freiheit von jeher um so inniger liebte, je weniger man sich herrsch- und eroberungssüchtig erwies, wo der Hang zur Unabhängigkeit die Bildung jeder höheren Centralgewalt gehindert hatte, verfiel im Ablauf der Jahrhunderte ein Stamm nach dem andern in Abhängigkeit; [...].²¹⁸

Darüber hinaus setzten sich die Verfasser des Manifests speziell mit dem Problem der politischen Ungerechtigkeit auseinander. Gemeint war dabei selbstverständlich die Aufteilung Polens. Unter dem Einfluss der polnischen Delegation wurden die Teilungsmächte in diesem Manifest scharf kritisiert. Gleichzeitig forderten die Wortführer des Slawenkongresses, dass die Zerschlagung Polens gesühnt werden müsse:

Wir erheben laut die Stimme für unsere unglücklichen Brüder, die Polen, welche durch die schmachlichsten Künste der Gewalt um ihre Selbstständigkeit gebracht worden sind; wir fordern die Kabinette auf, diese alte Sünde, den Fluch, der erheblich auf ihrer Politik lastet, endlich zu sühnen, und rechnen dabei auf die Sympathie von ganz Europa. Wir protestiren gegen das willkürliche Zerreißen von Ländern wie es heutzutage im Großherzogtum Posen durchgeführt werden will, und erwarten von der preußischen und sächsischen Regierung, daß sie von der bisher planmäßig betriebenen Entnationalisierung der in Schlesien, der Lausitz, Posen, Ost- und West-Preußen lebenden Slawen fortan abstehe.²¹⁹

Daraus ist klar zu ersehen, dass die Einstellung der Wortführer des Prager Slawenkongresses auf der Konzeption Herders über die deutsch-slawischen Verhältnisse sowie der Geschichte der mittelalterlichen deutschen Ostsiedlung basierte, da nämlich die Deutschen hier wieder als Eindringlinge bezeichnet werden.

²¹⁸ Rapant D., *Slovenske postanie roku 1848-49*, Teil 2, Bd. 2, Turčianski Sv. Martin, Prag 1848, S. 61-62.

Trotz großer Bemühungen um die nationalen slawischen Interessen fanden diese politische Forderung in der Donaumonarchie letztlich kein Gehör. Da die seit mehreren Jahrhunderten in politischer, kultureller und konfessioneller Hinsicht auseinandergedrifteten Slawen ihre Forderungen wegen ihrer ganz unterschiedlichen Interessen nicht vereinigten, spielte das Slawenproblem im Revolutionsjahr 1848 nur eine Nebenrolle und konnte gegenüber dem vordringlicheren Magyarenproblem schwerlich der entscheidende Machtfaktor im habsburgischen Reich werden. Allerdings formulierten die Slawen hier zum ersten Mal ihren Standpunkt im gemeinsam zu führenden nationalen Kampf. Daher erregte der Slawenkongress durchaus die Aufmerksamkeit der politischen Öffentlichkeit Westeuropas, vor allem in Deutschland. Seine nachhaltige Wirkung wurde auch durch den Prager Pfingstaufstand mitbedingt.

4.1.3 Die deutsche Reaktion auf die panslawische Bewegung

Dass hier die deutsch-slawische Geschichte – insbesondere der mittelalterliche Ostsiedlungsprozess – genutzt wurden, um mit panslawistischen Interpretationen gegen die Deutschen Stimmung zu machen und eine Stärkung der gesamtslawischen Interessen zu erreichen, erregte auf deutscher Seite größere Besorgnis. Einige Publizisten und Autoren warnten vor diesem Hintergrund in der Öffentlichkeit vor der nahenden Gefahr des Panslawismus.

Für die Schriften *Der demokratische Panslawismus* und *Revolution und Konterrevolution in Deutschland*, die von Karl Marx und Friedrich Engels im Jahre 1849 und 1851 veröffentlicht wurden, trifft diese Beobachtung ebenfalls zu. Nach Marx und Engels gebühre der deutsch-westlichen Kulturleistung sowie ihrer kulturellen Überlegenheit gegenüber den Slawen im Mittelalter und in der Gegenwart die volle Anerkennung.

Marx und Engels äußerten sich in der ersten Schrift zunächst folgendermaßen:

Völker, die nie eine eigene Geschichte gehabt haben, die von dem Augenblick an, wo sie die erste, roheste Zivilisationsstufe ersteigen, schon unter fremde Botmäßigkeit kommen oder die erst durch ein fremdes Joch in die erste Stufe der Zivilisation *hineingezwungen* werden, haben keine Lebensfähigkeit, werden nie zu irgendeiner Selbständigkeit kommen können.

Und das ist das Geschick der österreichischen Slawen gewesen. Die Tschechen, zu denen wir selbst die Mähren und Slowaken rechnen wollen, [...] hatten nie eine Geschichte. Seit Karl dem Großen ist Böhmen an Deutschland gekettet. [...] Dann kommt Böhmen und

²¹⁹ Ebd.

Mähren definitiv zu Deutschland, und die slowakischen Gegenden bleiben bei Ungarn. Und diese geschichtlich gar nicht existierende „Nation“ macht Ansprüche auf Unabhängigkeit?

Ebenso die eigentlich sogenannten Südslawen. Wo ist die Geschichte der illyrischen Slowenen, der Dalmatiner, Kroaten und Schokazen? Seit dem 11. Jahrhundert haben sie den letzten Schein politischer Unabhängigkeit verloren und teils unter deutscher, teils unter venetianischer, teils unter magyarischer Herrschaft gestanden. Und aus diesem zerrissenen Fetzen will man eine kräftige, unabhängige, lebensfähige Nation zusammenstümpfern?²²⁰

Ähnlich äußern sie sich auch in *Revolution und Konterrevolution in Deutschland*:

Es gab da 22 Millionen Polen, 45 Millionen Russen, 8 Millionen Serben und Bulgaren; warum nicht eine mächtige Konföderation aus den 80 Millionen Slaven bilden, um den Eindringling auf den heiligen slavischen Boden zurückzudrängen oder zu vernichten, [...] vor allem den verhaßten aber unentbehrlichen „Njemez“, den Deutschen?

So wurde in den Studierstuben einiger slavischer Dilettanten in der Geschichtswissenschaft jene lächerliche antihistorische Bewegung geboren, eine Bewegung, die auf nichts Geringeres abzielte, als die Unterjochung des zivilisierten Westens unter den barbarischen Osten, der Stadt unter das Land, des Handels, der Industrie, des Wissens unter die primitive Agrikultur slavischer Leibeigener. Aber hinter der lächerlichen Theorie stand die furchtbare Wirklichkeit des russischen Reiches, jenes Reiches, das durch jede seiner Bewegungen den Anspruch erhebt, ganz Europa als die Domäne der slavischen Rasse zu betrachten [...].²²¹

Auffällig ist auch, dass einige deutsche Historiker und Publizisten, neben der dringenden Warnung vor dem Panslawismus, gleichzeitig zu einer neuen deutschen Auswanderung nach Osten aufriefen. Ihnen diene die Geschichte der mittelalterlichen deutschen Besiedlung im slawischen Raum dabei als historisches Leitbild. In nationaler Gesinnung sollte an die mittelalterliche Ostsiedlungsgeschichte angeknüpft und ein neuer Zug nach Osten initiiert werden, um so die nahende panslawische Gefahr abzuwenden.

Zu diesen Publizisten zählte zunächst die Redaktion der *Augsburger Allgemeinen Zeitung*, die bereits in den vierziger Jahren des 19. Jahrhunderts ein solches Denken in mehreren Artikeln pointiert zum Ausdruck gebracht hatte: Den Deutschen sei eine „ruhige und ohne Zwang, aber unwiderstehlich wirkende Gewalt“ eigen, die zur Germanisierung und Vormachtstellung des „deutschen Wesens über das Slawenthum“ beigetragen habe. Der Slawismus sei in diesem Germanisierungsprozess „unausweichlich natürlich gedrückt“ worden. Wenn man

²²⁰ Engels, Friedrich, Der demokratische Panslawismus (Feb. 1849), in: Karl Marx; Friedrich Engels, *Werke*, Band 1-39. Hier Band 6, Berlin 1959, S. 275.

²²¹ Marx, Karl; Friedrich Engels, *Revolution und Konterrevolution in Deutschland* (1851), in: Karl Marx ; Friedrich Engels, *Werke*. Band 8, Berlin 1968, S. 53.

diesen Erfolg erhalten wolle, müsse man kurzfristig eine neue und forcierte „Colonisation“ angehen.²²²

Aus dem von der *Augsburger Allgemeinen Zeitung* intensiv propagierten neuen deutschen „Zug nach Osten“ leitete Constantin Frantz (1817-1891) den Anspruch auf eine Veränderung der deutschen Ostgrenze ab. Frantz äußerte 1848 in seiner Schrift *Polen, Preußen und Deutschland* die Vorstellung von einer baltischen Föderation unter preußischer Führung. Diese Föderation sollte Preußen und Polen sowie das Baltikum umfassen:

Preußen und Polen werden sich ergänzen, wie sich die beiden Konfessionen ergänzen, und wie der feurige polnische Geist den ernsten bedächtigen Geist des Norddeutschen ergänzt. Beide Nationalitäten werden sich im friedlichen Wettstreit mit einander messen. [...] d. h. Polen hat in dem einen und selben Königthume mit Preußen ein gemeinsames Zentrum der öffentlichen Ordnung und Organisation.

Solche Union zwischen Preußen und Polen ist nun der Grundstein zu dem neuen europäischen Völker- und Staatensystem, zu einem Systeme, wie es durch die Natur selbst angedeutet ist.²²³

Ein enges Bündnis zwischen der von Preußen geführten Baltenföderation und der von Österreich dominierten Donauföderation solle in der Zukunft ebenfalls geschlossen werden, damit das expansionsgierige Zarenreich aus Mittel- und Südosteuropa verbannt werden könne:

Also ein großes föderatives Deutschland, nach Osten hin selbst wiederum durch Preußen und Österreich mit Föderativstaaten verbunden, und demnach ein großes förderatives Ländergebiet von jenseits der Schelde bis jenseits der Düna und von den Schweizerbergen bis an den Pontus. [...] Deutschland, in der Mitte der Völker stehend, ist nicht dazu bestimmt sich abzuschließen und zu centralisiren wie Frankreich; es ist dazu berufen die Völkereinheit zu vermitteln, und diese Einheit selbst durch einen großen förderativen Organismus zu repräsentiren.²²⁴

Die Kolonisationsvorstellung und der Föderationsgedanke wurden auch aus großdeutscher Sicht aufgegriffen in der Variante einer deutschen Föderation, wie z. B. Ende 1848 in der *Grazer* und *Augsburger Allgemeinen Zeitung*, wo die kulturelle Überlegenheit der Deutschen gegenüber den Slawen wiederum als Beweis diente, um

²²² Stepanek und die czechische Bühne, in: Beilage zur *Augsburger Allgemeinen Zeitung* vom 7.3.1844. Zitiert nach: Wippermann, *Drang nach Osten*, S. 41-42.

²²³ Frantz, Constantin, *Polen, Preussen und Deutschland. Ein Beitrag zur Reorganisation Europas*, Halberstadt 1848, S. 7-8.

²²⁴ Ebd., S. 47-48..

den neuen deutschen Zug nach Osten und die deutsche Vormachtstellung im Osten zu rechtfertigen:

Soll Österreich in Deutschland aufgehen, und keine andere Macht ist dazu berufen, so muß Deutschland einen großen mitteleuropäischen Föderativstaat bilden, dessen Schwerpunkt nur die große Donaustadt Wien sein kann. [...] Deutschland wäre nicht nur das Herz Europas, es könnte das erste Reich der Welt werden. Der Typus dieses Staates wäre deutsch, denn der deutsche Stamm wäre unter den Nationen der Föderation mindestens durch seine Bildung der überwiegende, daher auch der Name Deutschland gerechtfertigt. Die Völker deutscher Zunge würden den leitenden Stamm bilden.²²⁵

Wenn dieser mächtige mitteleuropäische Föderativstaat in die Tat umgesetzt werde, würde die „Ausbreitung und Kräftigung des Reiches nach Osten“ sogar bis zur „Moldau und Walachei“ reichen. Dann werde „die entscheidende Weltstellung Deutschlands erst zur vollen Wirklichkeit.

Der Appell zu einer neuen deutschen Kolonisation im Osten als deutsches und westliches Bollwerk gegen den westwärts eindringenden russischen Panlawismus und zu einem engen Bündnis zwischen Österreich und Preußen fand auch bei Georg Gottfried Gervinus Widerhall. Mit allem Nachdruck verlangte er „Österreich an Deutschland“ anzuschließen, weil es „die Aussicht auf eine großartige östliche Politik“ und auf „Kolonisation in Ungarn“ böte. Ein Österreich einschließender mitteleuropäischer Föderativstaat wäre durchaus imstande, „eine feindliche Stellung gegen den Hemmer aller Zivilisation im Osten“ zu sein. Und weiter äußerte er:

„Böte Österreich an Deutschland die Aussicht auf eine großartige östliche Politik, Kolonisation in Ungarn, Zollverbindung mit seinem ganzen Reiche, ... eine feindliche Stellung gegen den Hemmer aller Zivilisation im Osten, griffe es mit Preussen den geschichtlichen Gedanken, der beider Ursprung als Verteidiger gegen den Vorschritt der östlichen Barbarei veranlaßte, in einem aktiven Sinne auf, der sie zum offensiven Vorkämpfer der westlichen Zivilisation gegen Osten machte,“ was könnte Österreich uns dann nicht zumuten! „Möchte sich Rußland mit Frankreich die Hand reichen, in solch einem Bunde würden wir es so sehr nicht fürchten.“²²⁶

Dieselbe expansionsfreundliche Einstellung kann man in den Artikeln des *Grenzboten* beobachten:

²²⁵ Artikel: Ein österreichischer Vorschlag für ein „Großdeutschland“, in: *Beilage zur Allgemeinen Zeitung* vom 16 und 17. Dez. 1848.

²²⁶ Gervinus, Georg Gottfried, in: *Deutsche Zeitung* vom 28. Dez. 1848, auch in: *Großdeutsch – Kleindeutsch. Stimmen aus der Zeit von 1815 bis 1914*, ausgewählt und eingeleitet von Adolf Rapp, München 1922, S. 108.

Österreich in engstem Bunde mit Deutschland hat den schönsten Beruf. Wie ein Doppeladler soll dieses Zwillingsgestirn verbrüderter Staaten nach Nordwesten und nach Südosten zugleich schauen, als Träger der Kultur und der Freiheit. Österreich soll eine slawische Provinz nach der anderen seinem politischen System und damit der Kultur erwerben. Seine Flotten sollen auf dem Schwarzen Meere, auf der Adria gebieten. Es soll [...] die deutsche Kultur in den bildungsfähigen Völkern der dacischen Ebenen verbreiten. Der wunderliche Kampf zwischen dem slawischen und deutschen Element innerhalb seiner Grenzen wird aufhören, sobald das tüchtige und strebsame Volk der Tschechen die deutschen Farben nicht mehr als Symbol der Unterdrückung betrachtet.²²⁷

Ein noch deutlicherer Aufruf zu einer neuen Kolonisationsbewegung lässt sich insbesondere im Werk *Deutsche Auswanderung und Kolonisation mit Hinblick auf Ungarn* von Gustav Höfkens (1811-1889) finden, einem Redakteur der *Augsburger Allgemeinen Zeitung*. In seinem 1851 erschienenen Werk verknüpfte Höfken die mittelalterliche Ostsiedlung eng mit der Völkerwanderung. Er betonte: Nach mehreren Jahrhunderten der Völkerwanderung „drang die deutsche Colonisation nach Osten in die mittlerweile von den Slaven überfluteten Gebiete zurück. Hier aber jetzt zugleich Träger einer schon gewonnenen edleren Cultur [...]“. Das bedeute auch, dass „das Deutschtum im Osten [...] wieder völlig hergestellt“ worden sei und es in diesem Prozess nur um die „Wiederverdeutschung des Ostens“ gehe.²²⁸ Diese „deutsche Colonisationsbewegung nach dem Osten“ habe sich auch in der Neuzeit weiter fortgesetzt. Dafür seien „deutsche Ansiedlungen“ am Schwarzen Meer, in den Steppen der Krim und an der Wolga sowie die „Niederlassungen [...] in slavischen Gebieten“, welche Friedrich der Große, Maria Theresia und Joseph II. gegründet hätten,²²⁹ überzeugende Beweise.

Hier muss allerdings darauf verwiesen werden, dass die propagandistische Funktion derartiger neuer Kolonisations- bzw. Expansionsgedanken wichtiger ist als ihre politische Verwirklichung. Angesichts der großdeutsch-kleindeutschen Konkurrenz um den künftigen deutschen Nationalstaat musste man aus großdeutscher Sicht einen Staat unter österreichischer Führung als aussichtsreich bezeichnen. In der Tat fehlte um die Mitte des 19. Jahrhunderts in der Habsburgermonarchie und auch im preußischen Staat ein konkreter Kolonisations- bzw. Expansionsplan sowie auch die entsprechenden Unternehmungen im Osten. Man darf aber auch nicht übersehen, dass die Vorstellung einer Ostexpansion gegen Ende des 19. Jahrhunderts von den Agitatoren einer nationalistisch-imperialistischen Expansion aufgenommen wurde und ihre politische Funktion auf diese Weise erneuert wurde. Dies soll im nächsten Kapitel weiter ergründet werden.

²²⁷ *Die Grenzboten* vom 19. Januar 1849, S. 127 ff.

²²⁸ Wippermann, *Drang nach Osten*, S. 43.

Es lässt sich an dieser Stelle bestätigen, dass die deutsche Ostsiedlung in der Entwicklungsphase des slawischen Nationalgefühls und der panslawischen Bewegung als Verkörperung deutscher Aggressivität angesehen wurde. Aufgrund sehr unterschiedlicher politischer Zustände konnte ein gesamtslawisches Reich zwar nicht verwirklicht werden; einzelne slawische Nationalbewegungen konnten die mittelalterliche Eroberungs- und Kolonisationstätigkeit der Deutschen in den slawischen Räumen aber für die Stärkung ihrer politischen Forderungen nutzen. Auf deutscher Seite sah man im zunehmenden slawischen Nationalismus sowie in der panslawischen Bewegung eine Bedrohung der deutschen und westlichen Zivilisation. Man berief sich auf das Leitbild der mittelalterlichen deutschen Ostsiedlung und rief zugleich zu einem neuen deutschen Zug nach Osten auf. Obwohl eine solche Rhetorik nur im Rahmen taktischer Überlegungen eine Rolle spielte, erhielt die Ostsiedlungsgeschichte hier durchaus eine ideologische Funktion. Diese Tendenz sollte in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts in noch stärkerem Maße zutage treten.

4.2 Die Ostsiedlungsgeschichte und ihre politische Instrumentalisierung im nationalen deutsch-slawischen Konflikt seit der Mitte des 19. Jahrhunderts

Auch wenn der historische Vorgang der mittelalterlichen deutschen Ostsiedlung in der Anfangsphase ihrer Entdeckung, der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, von deutscher Seite in verherrlichender Manier, aber noch ohne eindeutige polemische oder aggressive Absichten dargestellt wurde – vom Fall Posen abgesehen –, so änderte sich die deutsche Einschätzung der Siedlungsgeschichte um die Mitte des Jahrhunderts grundlegend. Angesichts des immer stärker werdenden slawischen Nationalismus und der panslawischen Bewegung verfolgte man nun eine deutlich aggressivere Argumentation, wobei die Ostsiedlungsgeschichte ziemlich unverhohlen zum historischen Vorbild erklärt wurde. Zugleich rief man das deutsche Volk dazu auf, die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um die bereits besetzten slawischen Länder mit allen Mitteln zu germanisieren. Eine solche Argumentation erregte bei den Slawen entschiedenen Widerstand und ließ die Ostsiedlungsgeschichte bald als wahren Ausbund deutscher Aggressivität erscheinen. Das politische Schlagwort vom „deutschen Drang nach Osten“, das spätestens um die Mitte des 19. Jahrhunderts entstand, nutzten die nationalen Wortführer der Slawen politisch aus, um das

²²⁹ Ebd., S. 44.

slawische Nationalgefühl zu stärken. Seit dieser Zeit ist die deutsche Ostsiedlungsgeschichte in stärkstem Maße politisiert und nationalisiert worden. Um die Hintergründe zu verstehen, wenden wir uns zunächst der politischen Lage um die Jahrhundertmitte zu.

4.2.1 Die ideologisierte deutsche Ostsiedlungsgeschichte als Streitobjekt zwischen Deutschen und Polen in der Gründungs-epoche des preußisch-deutschen Nationalstaates

Nach der großen Enttäuschung über den Beschluss der deutschen Nationalversammlung in der Frankfurter Paulskirche zur Polenfrage, in dem die Wiederherstellung Polens in den Grenzen von 1772 oder zumindest eine Autonomie des Großherzogtums Posen mit seiner mehrheitlich polnischen Bevölkerung abgelehnt wurde, drohte nun den Polen, als preußische Untertanen in dem zu schaffenden deutschen Nationalstaat aufgenommen zu werden. Selbstverständlich wandte sich die polnische Nationalbewegung entschieden gegen diese Bestrebungen deutscher Nationalisten, die eine Einheit Deutschlands unter Führung Preußens anstrebten – unter Einbeziehung der zu Preußen gehörenden ehemals polnischen Westgebiete als integralem Bestandteil des deutschen Staatwesens. Vor diesem Hintergrund war die Verschärfung der nationalen deutsch-polnischen Konfrontationen in der Gründungsepoche des deutschen Kaiserreichs zwangsläufig. So ist es nicht verwunderlich, dass im gleichen Zeitraum auf beiden Seiten eine immer stärkere ideologische Umwertung des Geschichtsbildes der deutschen Ostsiedlung einsetzte.

Nach der Niederlage der Revolution von 1848 traten Preußen und Deutschland in das Zeitalter der Reaktion ein. In dieser Phase verstärkte die preußische Regierung unter Friedrich Wilhelm IV. zur Verhinderung eines neuen Aufstandes zwar einerseits die Sicherheitskräfte und die bürokratische Kontrolle in ihren östlichen Provinzen, versuchte jedoch gleichzeitig durch eine gewisse Toleranz mit ihren polnischen Untertanen eine Verbindung herzustellen und ging deswegen nur ungern mit weiteren harten Maßnahmen gegen die polnische Bevölkerung vor.²³⁰ In dieser Epoche der „bedingten Gleichberechtigung der Nationalitäten“²³¹ wurde die zuvor besonders von Flottwell energisch betriebene Germanisierung der polnischen Untertanen Preußens faktisch gemildert. Die abgeschwächte preußische Polenpolitik stieß jedoch bei der deutschen Bevölkerung in Westpreußen, vor allem in Posen, auf Widerspruch, weil man dort die Kräftigung des Deutschtums durch die preußische

²³⁰ Broszat, *Zweihundert Jahre deutsche Polenpolitik*, S. 87-88.

²³¹ Greß, *Niemicy w Poznańskim*. Zitiert nach: Grabowski, *Deutscher und polnischer Nationalismus*, S. 23.

Kolonisationspolitik in den östlichen Territorien nach wie vor unterstützte und die kulturellen Leistungen der Deutschen weiterhin als überlegen ansah.²³² Um ihren Forderungen Gehör zu verschaffen, setzten sie ihre zuvor bereits intensiv geführte Propagandakampagne gegen die Polen fort, wobei das negative alte Polenbild erneut zum beliebtesten Motiv ihrer Propagandaattacken avancierte. Gleichzeitig wurden die Polen als Unruhestifter gegen die legitime preußische Ordnung bezeichnet.²³³

Dabei standen den Scharfmachern zwischenzeitlich mehrere prominente Schriftsteller und Historiker zur Seite. Insbesondere sind hier die beiden Liberalen Gustav Freytag und Heinrich von Treitschke zu nennen. Ihre dezidiert antipolnischen Stellungnahmen hatten in der deutschen Öffentlichkeit in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts eine durchschlagende Wirkung. Nach ihrer Ansicht gehörten die Polen einer kulturlosen und rohen Nation an und waren erst durch den Einzug der deutschen Siedler des Mittelalters sowie erneut in der Gegenwart mit Kultur vertraut gemacht geworden. Um dem deutschen Element die Oberhand in den östlichen Provinzen Preußens zu sichern, beriefen sich Freytag und von Treitschke immer wieder auf die Geschichte der mittelalterlichen deutschen Ostsiedlung. Die preußische Germanisierungspolitik solle an die Taten der Vorfahren anknüpfen, die im Mittelalter Kultur und Zivilisation in den Osten gebracht und dort verbreitet hätten. Aus ihrer Überzeugung war die Germanisierung des ehemals westlichen polnischen Staatsgebietes daher nicht nur gerechtfertigt, sondern entsprach auch einem historischen Recht, weil diese Gebiete vor der Völkerwanderung zu den Siedlungsplätzen der alten Germanen gehört hatten. In diesem Zusammenhang gewannen die sogenannte „Kulturträgertheorie“ und die „Urgermanentheorie“, die von der deutschen Geschichtswissenschaft in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts aus der mittelalterlichen deutschen Ostsiedlungsgeschichte hergeleitet wurden, in ihren Werken eine zentrale Bedeutung.

Der nationalliberale Autor Gustav Freytag (1816-1895) galt in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts als einer der populärsten und anerkanntesten deutschen Schriftsteller. Sein historischer Roman *Soll und Haben* erreichte als zeitgenössischer Bestseller eine fast hundertjährige Publikationsdauer. In diesem zuerst im Jahr 1855 und bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts in dutzenden Auflagen erschienenen Werk verbreitete Freytag eine aus seiner Herkunft im Grenzgebiet begründete Polenfeindlichkeit sowie antipolnisches Gedankengut.²³⁴

²³² Broszat, *Zweihundert Jahre deutsche Polenpolitik*, S. 89.

²³³ Vgl. Trzeciakowski, *Polnische Frage*, S. 64.

²³⁴ Die Entstehung des antipolnischen Denkens Freytags ist allerdings mit seiner Herkunft eng verknüpft. Er wurde als Sohn eines Arztes in der oberschlesischen Grenzstadt Kreuzburg geboren, die ethnisch und sprachlich genau an der deutsch-polnischen Grenze liegt. Bereits in seiner Kindheit empfand er den Umgang mit den polnischen Nachbarn, die eine gänzlich andere Lebensweise führten, als unangenehm. Vor allem sah er auf Grund seiner von „Ordnung und Stille“ geprägten

Den Hintergrund für diesen Roman bildet das Sturmjahr 1848 im Grenzgebiet der preußischen Ostprovinzen. Anton Wohlfahrt, die Hauptfigur des Romans und Kleinbürgersohn einer schlesischen Grenzstadt, verkörpert alle Tugenden des deutschen Bürgertums: hohe Bildung, großes Talent, Tapferkeit, Treue und Fleiß. Ihm stehen die rohen und fanatischen Polen gegenüber, die zu „einem Haufen zerstreuter Ackerbauern“ gehören.²³⁵ In den politischen Unruhen begehen die Polen schreckliche Gewalttaten gegen die Deutschen, sie plündern und brennen ihre Häuser nieder um von den deutschen Grenzlanden im Osten Besitz zu ergreifen. Notgedrungen führt Wohlfahrt schließlich einen erbitterten Kampf gegen die feindlichen „Polacken“ um die deutsche Kultur im Osten zu verteidigen.²³⁶

Seine Verhöhnung der polnischen Nationalbewegung im Roman wirft ein bezeichnendes Licht auf Freytags antipolnische Haltung. Die Polen kämpften um ein eigenes Land, was vom Autor aber nicht berücksichtigt wird. Er hielt die angeblich kulturlosen und halbbarbarischen Polen einfach für unfähig, einen Staat zu errichten. So spottete er im Roman über die polnischen Nationalbestrebungen:

Es gibt keine Rasse, welche so wenig das Zeug hat, vorwärtszukommen, und sich durch ihre Kapitalien Menschlichkeit und Bildung zu erwerben, als die slawische. Was die Leute dort im Müßiggang durch den Druck der stupiden Masse zusammengebracht haben, vergeuden sie in phantastischen Spielereien. [...] Das heißt, sie haben keine Kultur. [...] [E]s ist merkwürdig, wie unfähig sie sind, den Stand, welcher Zivilisation und Fortschritt darstellt und welcher einen Haufen zerstreuter Ackerbauern zu einem Staate erhebt, aus sich heraus zu schaffen.²³⁷

Die negative Bewertung der Polen schlägt sich keineswegs nur in dieser Kaufmanns-erzählung nieder, vielmehr durchzieht sie sein gesamtes historisch-literarisches Werk, von *Soll und Haben* bis hin zu seinem anderen Romanzyklus *Die Ahnen*.²³⁸ Seine antipolnischen Auffassungen untermauerte Freytag mit Rückgriff auf das deutsche Mittelalter. Ihn inspirierte die Geschichte des Deutschordensstaates und er übertrug seine bürgerlich-nationalen Gedanken bewusst auf die andersgearteten ordensstaat-

deutschbürgerlichen Herkunft die Polen als den „Inbegriff der Unordnung und Schlamperei“ an und empfing zugleich eine Bedrohung von jenseits der Grenze. Diese negativen Erfahrungen schilderte und projizierte er in seinem erfolgreichen Roman „Soll und Haben“. Später spiegelt sich die emotionale Aversion Freytags gegenüber den Polen auch in seinem weiteren historisch-literarischen Schaffen eindeutig wider. Siehe, Claus Holz, *Flucht aus der Wirklichkeit. „Die Ahnen“ von Gustav Freytag. Untersuchungen zum realistischen historischen Roman der Gründerzeit, 1872-1880*, S. 21-22.

²³⁵ Freytag, Gustav, *Soll und Haben*. Mit einem Nachwort von Hans Mayer, München und Wien 1977, S. 331.

²³⁶ Ebd., S. 594.

²³⁷ Ebd.

²³⁸ Holz, *Flucht aus der Wirklichkeit*, S. 102.

lich-polnischen Verhältnisse des Mittelalters. Dieses Vorgehen wurde für seinen historischen Roman *Die Ahnen* bestimmend.

Ähnlich der heroischen Darstellung des untadeligen Anton Wohlfahrt in *Soll und Haben* preist Freytag die deutschen Kreuzritter im Roman *Die Brüder vom deutschen Hause*, dem dritten Teil von *Die Ahnen*, und bezeichnet sie als Heldengestalten des deutschen Volkes. Der Kampf, den die Ordensritter im Osten erst gegen die Pruzen und dann gegen die Polen führten, war nach seiner festen nationalen Überzeugung notwendig, weil es ihm nicht allein um die Verbreitung der deutschen Kultur, sondern auch um die Eroberung von neuem Grund und Boden für die deutsche Nation im Osten ging. Das bedeutete auch, dass die Ostexpansion des deutschen Ordens lediglich die alten germanischen Siedlungsgebiete zurückeroberte:

Jetzt strömte die Volkskraft der Deutschen in vielen kleineren Wellen wieder zurück von Westen nach Osten, und tausend Jahre nach der Auswanderung jener alten Germanen begannen die Thüringer und Sachsen an der Stromgrenze aufs Neue den Kampf gegen die Fremden, mit stärkeren Waffen und festerer Kraft.²³⁹

Hier knüpft Freytag erkennbar an die Urgermanentheorie an, denn auch er sah die mittelalterliche deutsche Ostsiedlungs- und Ordensstaatsgeschichte in einer ungebrochenen historischen Kontinuität zur Einwanderung der alten Ostgermanen im Osten, die später durch die Ostpolitik der mittelalterlichen Kaiser, Fürsten und Hochmeister weitergeführt worden sei und schließlich in der Polen- bzw. Germanisierungspolitik der preußischen Könige und deutschen Kaiser ihren Höhepunkt erreicht habe.²⁴⁰

Am Beispiel Freytags kann man zeigen, dass die Vorstellung der Kontinuität der deutschen Besiedlungs- und Eroberungsgeschichte im Osten eng verbunden ist mit einer antipolnischen Haltung. Seine Verherrlichung des mittelalterlichen deutschen Ordensstaates bedingt große Erwartungen an die von ihm als Nachfolger des Ordensstaates angesehene preußische Monarchie, eine neue deutsche Mission im Osten zu verwirklichen. Gleichzeitig setzte er sich persönlich für die Kolonisation in den östlichen Provinzen Preußens ein. Um seine politischen Ziele so schnell wie möglich zu verwirklichen, fungierte er zwischen 1848 und 1870 neben dem Literaturwissenschaftler Julian Schmidt als mitverantwortlicher Redakteur der Zeitschrift *Die Grenzboten*, einem der publizistischen Bollwerke der antipolnischen

²³⁹ Freytag, Gustav, *Die Brüder vom deutschen Hause*, in: ders.: *Die Ahnen*, 3. Abteilung, Leipzig 1874, S. 421.

²⁴⁰ Wippermann, Wolfgang, „Gen Ostland wollen wir reiten!“ Ordensstaat und Ostsiedlung in der historischen Belletristik Deutschlands, in: Wolfgang H. Fritze (Hrsg.), *Germania Slavica II*, Band 4, Berlin 1981, S. 208.

Bewegung und des nationalen Liberalismus, in der Freytag sich als unversöhnlicher Verfechter deutscher Ostkolonisation hervortat.²⁴¹ In seinen Werken und in seinem politischen Engagement manifestiert sich bereits deutlich die spätere grenzdeutsche bürgerlich-nationale Ostmarkenideologie.²⁴² Darauf ist im nächsten Kapitel näher einzugehen.

Das vom Freytag artikulierte Gefühl der rassischen Überlegenheit gegenüber den Slawen und seine Sicht der deutschen Ordensritter als historischen Vorbildern kommen in aggressiver Form auch bei zeitgenössischen Historikern wie Heinrich von Treitschke (1834-1896) zum Ausdruck.

Von Treitschkes Essay *Das deutsche Ordensland Preussen* von 1862, der ein stark ideologisch geprägtes politisches Bild der mittelalterlichen deutschen Ostsiedlung zeigt, hat die deutsche Geschichtswissenschaft bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs entscheidend beeinflusst. Der berühmte bürgerlich-liberale Autor setzte sich unermüdlich für die Verwirklichung eines einheitlichen deutschen Nationalstaates ein. Um den nationalen Geist zu beflügeln sollten die Deutschen Lehren aus der glanzvollen deutschen Vergangenheit ziehen. Während des „Kampfs der Gegenwart um den Grundbau des deutschen Staates“ sei für die Deutschen vordringlich, „welcher Teil der Vergangenheit noch als Geschichte in der Seele des Volkes lebendig ist“.²⁴³ So veröffentlichte er die später mehrfach wiederaufgelegte Schrift über die außerordentlichen Erfolge des Ordensstaates im Osten in der Absicht, durch die Würdigung der Verdienste der kreuzritterlichen Herrschaft dem preußischen Staat ein Leitbild zu geben und der nationalen Einigungsbewegung unter preußischer Führung den Weg zu ebnen. Von einem nationalstaatlichen Standpunkt erhob er schwere Vorwürfe gegen die bisher erfolgreichste Monographie über die *Geschichte Preußens* von Johannes Voigt, dem er eine „reizlose Darstellung“, „die oft stumpfe Kritik der Quellen“ und einen „Mangel großer staatsmännischer Gesichtspunkte“ attestierte.²⁴⁴

Die Ansicht von der kulturellen Überlegenheit der Deutschen, die in wissenschaftlichen Kreisen in Deutschland bereits weit verbreitet war, erfreut sich in seiner Schrift allerhöchster Wertschätzung. So wird vor allem die Errichtung der deutschen Ordensherrschaft in Preußen als Großtat gefeiert und zugleich als Kulminationspunkt der mittelalterlichen deutschen Ostsiedlungsgeschichte schlechthin angesehen, weil die Ordensritter den „deutschen Fleiß“ und die „Härte unseres eigenen Volksgeis-

²⁴¹ Holz, *Flucht aus der Wirklichkeit*, S. 102.

²⁴² Broszat, *Zweihundert Jahre deutsche Polenpolitik*, S. 90.

²⁴³ Treitschke, Heinrich von, *Das deutsche Ordensland Preußen*, in: *Preußische Jahrbücher*, Band 10, Berlin 1862, S. 95.

²⁴⁴ Ebd., S. 97.

tes“²⁴⁵ in vollkommener Weise verkörpert hätten. Da die „deutsche Kraft in vollrem Strome“²⁴⁶ in das Land im Osten geleitet wurde, hätten sich „die massiven Gaben deutscher Gesittung; das Schwert, der schwere Pflug, der Steinbau und die ‚freie Luft‘ der Stadt, die strenge Zucht der Kirche über die leichtlebigen Völker des Ostens“ verbreitet.²⁴⁷ Slawen und östliche Völker sah er dagegen nur als kulturlose „Barbaren“ oder „Halbbarbaren“ an:

Im Laufe des Jahrhunderts werden selbst die Gebiete der slavischen Kleinfürsten in Pommern und Schlesien von deutscher Bildung überherrscht. Ja sogar Polen, [...] läßt diesen grandiosen Siegeszug deutscher Gesittung auf sich wirken.²⁴⁸

Die Folge der Begegnung von vermeintlicher kultureller deutscher Überlegenheit und vermeintlicher slawischer Unterlegenheit war für ihn daher klar: Durch „die folgenreichste That des späteren Mittelalters, von dem reißenden Hinausströmen deutschen Geistes über den Norden und Osten, dem gewaltigen Schaffen unseres Volkes als Bezwingen, Lehrer, Zuchtmeister unserer natürlichsten Feinde“²⁴⁹ erhob sich „die baltische Großmacht des Mittelalters“ zu einem „festen Hafendamm“, „hinausgebaut vom deutschen Ufer in die wilde See der östlichen Völker“.²⁵⁰ So sei schließlich „das neue Deutschland“ gegründet worden.²⁵¹

Allerdings zeigt sich bei von Treitschke nicht nur deutsche Überlegenheitsphantasie, sondern auch ein aggressiver Nationalismus. In seinem Essay legte er eine entschlossene antislawische Gesinnung an den Tag und inszenierte den Kampf um die Vorherrschaft im Ostseeraum zwischen dem Ordensstaat und dem Königreich Polen als „politisch-nationalen Gegensatz“ getragen von einer „ewigen Feindschaft“,²⁵² so dass er die erfolgreiche Eroberung Preußens durch den Orden und den langandauernden Kampf mit den Pruzen, den Slawen und vor allem den Polen als „große Lehrzeit für die aggressiven Kräfte unseres Volkes“²⁵³ bezeichnen konnte. Gerade mit diesen Kräften habe sich der Ordensstaat einen „schonungslosen Racenkampf“ geliefert, dessen „Spuren, bewusst und unbewusst, noch in den Lebensgewohnheiten des Volks geheimnisvoll fortleben“. Dies sei „das innerste Wesen von Preußens Volk und Staat“.²⁵⁴ Wenn von Treitschke den mittelalterlichen

²⁴⁵ Ebd., S. 104.

²⁴⁶ Ebd., S. 105.

²⁴⁷ Ebd., S. 101.

²⁴⁸ Ebd.

²⁴⁹ Ebd., S. 95.

²⁵⁰ Ebd., S. 104.

²⁵¹ Ebd., S. 109.

²⁵² Ebd., S. 103.

²⁵³ Ebd., S. 101.

²⁵⁴ Ebd., S. 96.

Ordensstaat als Vorgänger der Hohenzollernmonarchie beschreibt und eine nationale Kontinuität zwischen dem Ritterverband und dem Königreich Preußen sieht, so plädiert er auch dafür, dass die preußisch-deutsche Regierung die Germanisierungspolitik im polnischen Landesteil Preußens umgehend, energisch und schonungslos betreiben solle,²⁵⁵ so wie auch der Ordensstaat während und nach der Eroberung Preußens hart gegen die Unterworfenen vorgegangen war.

Es wird deutlich, dass von Treitschke mit seiner so aggressiven Argumentation offensichtlich die Absicht verfolgte, die Annexion der ehemals westlichen polnischen Staatsgebiete unter Verweis auf die Lehren der mittelalterlichen deutschen Ostsiedlung zu rechtfertigen. Aus einer integralen preußischen Perspektive richtete er sein Hauptaugenmerk auf eine rasche Germanisierung der polnischen Bevölkerung in den östlichen Provinzen Preußens. Einen weiteren „Zug der deutschen Kolonisten gen Osten“ hat es nach seiner Auffassung offensichtlich nicht gegeben, denn er hielt einen deutlichen Abstand von der baltendeutschen nationalen Bewegung, die wegen ihrer schwierigen Lage in den russischen Ostseeprovinzen in der deutschen Öffentlichkeit um Hilfe nachsuchte.²⁵⁶

Dennoch haben seine Ansichten, vor allem die These vom „Racenkampf“, im politischen und wissenschaftlichen Milieu Deutschlands dauerhaft nachgewirkt. Insbesondere schöpften die Nationalsozialisten ihre Rassentheorie zum Teil aus dieser geistigen Quelle.²⁵⁷ Die vorliegende Arbeit legt den Schwerpunkt jedoch auf die Ideologisierung und die politische Instrumentalisierung der Ostsiedlungsgeschichte in der preußischen Monarchie und im deutschen Kaiserreich. Im Folgenden soll nun der beträchtliche Einfluss von Treitschkes auf die damalige und die kommende antipolnische Politik des preußisch-deutschen Reiches untersucht werden.

Freytags und von Treitschkes Auffassungen der Geschichte der deutschen Ostsiedlung des Mittelalters und ihre antipolnische Einstellung boten der preußischen Polenpolitik in den 1860er Jahren die ideologische Grundlage, auf die sich der im Jahr 1862 ernannte preußische Ministerpräsident Otto Fürst von Bismarck (1815-

²⁵⁵ Vgl. Wippermann, *Ordensstaat*, S. 157-158.

²⁵⁶ In dem Aufsatz „Altpreußen und die deutsch-russischen Ostseeprovinzen“ antwortete Treitschke auf die Frage nach den baltendeutschen nationalen Belangen, wobei er zuvor mit seiner deutlichen und reservierten Stellungnahme den Redakteur des *Grenzboten*, Julius Eckart, in Wut gebracht hatte. So stellte er beispielsweise klar, dass „[...] der tiefgreifende Unterschied zwischen dem preußischen und dem baltischen Deutschthum“ darin bestehe, dass die Germanisierung Preußens schon längst gekommen sei und „seit dem 16. Jahrhundert Preussenland ein deutsches Land“ sei. In den Ostseeländern bleibe dagegen die Masse der Einwohner undeutsch. Aus diesem Grund vertrat er auch die Auffassung: „*Das lebende Geschlecht darf auf eine politische Wiedervereinigung mit den baltischen Deutschen nicht hoffen; es scheint mir sogar unsicher, ob dieser Gedanke jemals zu den berechtigten und möglichen Plänen deutscher Politik zählen wird.*“ Vgl. Heinrich von Treitschke, Altpreußen und die deutsch-russischen Ostseeprovinzen, in: W. Wehrenpfennig (Hrsg.), *Preußische Jahrbücher*, Band 22, Berlin 1868, S. 254-259.

²⁵⁷ Vgl. Wippermann, *Ordensstaat*, S. 157-169.

1898) stützen konnte, dessen antipolnische Haltung bereits 1848 deutlich zutage trat.²⁵⁸ Sie bestärkten ihn zweifellos in seiner Überzeugung von der Notwendigkeit einer Germanisierung der polnischen Bevölkerung. Da ihm die ehemals polnischen Gebiete Preußens als Hindernis auf dem Weg zur nationalen Einigung Deutschlands galten, war jeder Versuch einer nationalen Erhebung der Polen um jeden Preis zu unterdrücken – gleichgültig wo die Unruhen entstanden und wie sie sich entwickeln sollten:

Die Zeiten zur Reorganisation im polnischen Sinne sind vorbei und können nach der Entwicklung der diesseitigen, ehemals polnischen Landesteile und dem einheitlichen Verfassungsverhältnis des preußischen Staates nicht mehr wiederkehren. Preußen wird stets ein natürlicher Gegner der autonomen und nationalen Entwicklung des Königreichs Polen bleiben müssen.²⁵⁹

Seine kompromisslose und starre antipolnische Einstellung lässt sich vor allem in der Unterzeichnung der preußisch-russischen Konvention Alvensleben erkennen, in der Bismarck angesichts eines erneuten polnischen Aufstandes im russischen Teilgebiet Anfang 1863 im Bedarfsfall sogar der russischen Armee das Betreten des preußischen Staatsgebiets erlaubte, falls die russische Seite zur Verfolgung polnischer Aufständischer die preußisch-russische Grenze überqueren müsse.²⁶⁰

Es blieb jedoch nicht bei der bloßen Unterdrückung aller polnischen Bestrebungen nach Selbständigkeit. Um die polnischen Unruheherde dauerhaft zu beseitigen wurde die Germanisierung der polnischen Untertanen aktiv vorangetrieben, um auf diese Weise umgehend zu einer grundsätzlichen Lösung zu kommen. Zu diesem Zweck wurde auch die Ostsiedlungsgeschichte instrumentalisiert. Da mehrere östliche Völker nach der Eroberung Preußens durch den deutschen Orden germanisiert worden waren, sollte die preußische Germanisierungspolitik auch mit dem Hinweis auf diese „historische Großtat“ gerechtfertigt werden. Diese Politik berief sich insbesondere auf die Errungenschaften der deutschen Siedler des Mittel-

²⁵⁸ Schon im revolutionären Sturmjahr 1848 äußerte er seine entschiedene Haltung gegen eine Wiedererrichtung Polens: „Man kann Polen in seinen Grenzen von 1772 herstellen wollen, ihm ganz Posen, Westpreußen, und Ermland wiedergeben; dann würden Preußens beste Sehnen durchschnitten. Andererseits kann eine Wiederherstellung Polens in einem geringeren Umfange beabsichtigt werden, etwa so, daß Preußen nur den entschieden polnischen Teil des Großherzogtums Posen hergäbe. In diesem Fall kann nur der, welcher die Polen gar nicht kennt, daran zweifeln, daß sie unsere geschworenen Feinde bleiben würden, solange sie nicht die Weichselmündung und außerdem jedes polnisch redende Dorf in West- und Ostpreußen, Pommern und Schlesien von uns erobert haben würden. Ein rastloser Feind würde geschaffen, viel gieriger als der russische Kaiser.“ Siehe: Bismarck, Otto von, *Gesammelte Werke*, Band 14, Berlin 1933, S. 103-104.

²⁵⁹ Schinkel, Friedrich, *Polen, Preußen und Deutschland. Die polnische Frage als Problem der preußisch-deutschen Nationalstaatsentwicklung*, Breslau 1931, S. 117. Zitiert nach: Broszat, *Zweihundert Jahre deutsche Polenpolitik*, S. 92.

²⁶⁰ Rhode, *Geschichte Polens*, S. 393-394.

alters, die unreflektiert als herausragende deutsche Kulturleistungen gefeiert wurden. Durch die Übernahme der deutschen Kultur sollte die Assimilierung der polnischen Bevölkerung allmählich in die Tat umgesetzt werden und das Nationalitätenproblem in Preußen verschwinden.

Mit dieser Zielstellung richtete Bismarck seine Anstrengungen auf die Modernisierung der östlichen Provinzen Preußens. Oberflächlich betrachtet versuchte er, durch die Verbesserung der materiellen Grundlage in den polnischen Landesteilen Preußens die Loyalität der polnischen Untertanen zum preußischen König zu gewinnen, insgeheim bemühte er sich dabei aber intensiv um die Germanisierung von Preußisch-Polen.²⁶¹ Gute Beispiele hierfür sind die Errichtung einer landwirtschaftlichen Bank und der Eisenbahnbau in Posen. Solche Maßnahmen seien notwendig, äußerte er 1865 im Zusammenhang mit der finanziellen Organisation in den polnischen Landteilen Preußens, da sie „für die in politischer Hinsicht so wünschenswerte allmähliche Germanisierung des Großherzogtums Posen von großer Bedeutung“ seien. Ein Jahr darauf billigte er aus derselben Überlegung heraus den Bau einer neuen Eisenbahnverbindung mit Posen, damit deutsche Kultur auf dem schnellsten und sichersten Weg dort eingeführt und verbreitet werden könne.²⁶²

Wie sehr Bismarck in der Germanisierungspolitik die Geschichte der deutschen Ostsiedlung und insbesondere des deutschen Ordensstaates mit antipolnischer Stoßrichtung einsetzte, lässt sich an seiner Erklärung auf dem Bundestag des Norddeutschen Bundes im Jahre 1867 zeigen, die er angesichts des Protestes der polnischen Abgeordneten gegen die Einverleibung ehemals polnischer Landesteile Preußens hielt. „Die Wiederherstellung der Republik Polen in den Grenzen von 1772“ sei „nicht auszudenken“ und bloß ein unrechtmäßiger Anspruch,²⁶³ meinte der Bundeskanzler des Norddeutschen Bundes, da einige der ehemals polnischen Landesteile Preußens, beispielsweise die Provinz Westpreußen, zum eigentlichen historischen Erbe des mittelalterlichen deutschen Siedlungsgebietes gehörten, und dies sei „rein deutsches Land, colonisiert durch Deutsche“.²⁶⁴ Als Rechtfertigung brachte er die rechtmäßige Einverleibung der westlichen Gebiete der einstigen polnischen Adelsrepublik in das preußische Staatsterritorium vor. Bismarck vergaß dabei auch nicht, die kulturelle deutsche Überlegenheit zu betonen und die von der preußischen Regierung in den östlichen Provinzen bereits erbrachte Leistung zu würdigen:

²⁶¹ Pflanze, Otto, *Bismarck – Der Reichsgründer*, München 1997, S. 618-622.

²⁶² Ebd., S. 622-623.

²⁶³ Bismarck, Otto Fürst von, Die Reden des Ministerpräsidenten und Bundeskanzlers Grafen von Bismarck im preußischen Landtage und Reichstage des Norddeutschen Bundes, 1866-1868, in: *Die politischen Reden des Fürsten Bismarck*, besorgt von Horst Kohl, Band 3, Stuttgart 1892, S. 197-199.

²⁶⁴ Ebd., S. 205.

Es ist bekannt, daß gerade die Bewohner des preußischen Antheils der ehemaligen Republik Polen vor allen und mit Recht empfänglich und dankbar gewesen sind für die Wohlthaten der Zivilisation, die ihnen damit in höherem Grade als früher zugänglich geworden sind. Ich kann es mit Stolz sagen, daß derjenige Theil der ehemaligen Republik Polen, welcher unter preußischer Herrschaft steht, sich eines Grades von Wohlstand, von Rechtssicherheit, Anhänglichkeit der Einwohner an ihre Regierung erfreut, wie er in dem ganzen Umfange der Republik Polen, so lange es eine polnische Geschichte gibt, nicht vorhanden und nicht erhöht gewesen ist.²⁶⁵

Darüber hinaus sah er – ähnlich wie von Treitschke und andere nationaldeutsche Historiker des 19. Jahrhunderts – die preußische Monarchie in der Tradition des Deutschordensstaates und das hohenzollernsche Königshaus als Nachfolger der Ordensherren.²⁶⁶ So zog er eine Parallele zwischen dem Kampf gegen die polnischen Ansprüche auf nationale Selbständigkeit und dem Kampf um die Vorherrschaft zwischen dem Ordensstaat und der Jagiellonischen Dynastie. Die vernichtende Niederlage des deutschen Ordens in der Schlacht bei Tannenberg 1410 solle ein mahnendes Ereignis für den preußischen Staat und alle Deutschen sein, denn die Ursache dieser Katastrophe sei nicht die erdrückende militärische Übermacht der polnisch-litauischen Heere gewesen, sondern die innere Spaltung des Ordensstaates, der Verrat der „Städte“ und „Landstände“.²⁶⁷ Diese Aussage richtete sich insbesondere gegen die teilweise polenfreundlich eingestellte Deutsche Fortschrittspartei.²⁶⁸ So beschwor er den Untergang des mittelalterlichen Ordensstaates um die Oppositionsparteien auf seine Seite zu ziehen und Unterstützung für seine Polenpolitik zu bekommen.

Aufgrund seiner entschieden antipolnischen Einstellung entfesselte Bismarck nach der Proklamation des deutschen Kaiserreichs 1871 umgehend einen neuen Kampf gegen die polnischen Untertanen – den Kulturkampf. Der Kampf begann als Konflikt zwischen Staat und katholischer Kirche sowie den sogenannten „Reichsfeinden“. Die Gründe für den Kulturkampf waren vielfältig; der Hauptgrund war allerdings die polnische Frage, wie der Reichskanzler selbst häufig unterstrich:

Der Beginn des Kulturkampfes war für mich überwiegend bestimmt durch seine polnische Seite.²⁶⁹

²⁶⁵ Ebd., S. 199.

²⁶⁶ Vgl. Schenk, Frithjof Benjamin, Tannenberg/Grunwald, in: Etienne Franois (Hrsg.), *Deutsche Erinnerungsorte*, München 2004, S. 442.

²⁶⁷ Bismarck, *Die politischen Reden*, S. 205. Vgl. auch: Schenk, Tannenberg/Grunwald, S. 441.

²⁶⁸ Ebd.

²⁶⁹ Bismarck, Otto Fürst von, *Gedanken und Erinnerungen*, Band II, Stuttgart: 1898, S. 127. auch ders., *Die politischen Reden*, Band 10, S.294.

Der Grund für die harten Maßnahmen der preußischen Behörden, die sich insbesondere gegen die polnische Sprache, den katholischen Glauben und schließlich auch gegen den polnischen Grundbesitz richteten, lag in der festen Überzeugung Bismarcks, dass die Germanisierung der polnischen Untertanen den Polen den notwendigen Zugang zur höheren und modernen Kultur eröffnen werde, deren Wohltaten und Segnungen es zu erhalten gelte.²⁷⁰ Diese Haltung zeigt sich beispielsweise in der Erwiderung Bismarcks auf den erneuten Protest der polnischen Abgeordneten im ersten Reichstag 1871, wo um den zentralen Punkt der Tagesordnung gestritten wurde – die Eingliederung der polnischen Landesteile Preußens in den deutschen Nationalstaat:

Ihre Landsleute haben mit demselben Muthe und mit derselben Hingebung für die Sache, welche uns hier vereint, gestritten, wie die Bewohner jedes anderen Theils von Preußen, und Ihre Landsleute, die Sie hier vertreten, sind für die Segnungen der preußischen Kultur gerade so dankbar, wie die Bewohner Schlesiens und anderer Provinzen.²⁷¹

Doch diese verheißungsvoll klingenden Worte konnten nicht über seine politische Zielsetzung hinwegtäuschen. Er war von der integrativen Kraft der preußischen Behörden überzeugt und verfolgte daher eine strenge Assimilationspolitik gegenüber den polnischen Untertanen, um so die vollkommene und endgültige Eingliederung von Preußen-Polen in den deutschen Nationalstaat zu erreichen.²⁷²

Die Konsequenz dieser rücksichtslosen Germanisierungspolitik war jedoch das genaue Gegenteil des Erhofften. Weder die polnische Sprache noch die polnische nationale Identität wurden aufgegeben. Die preußisch-deutsche Regierung war in den folgenden Jahren sogar mit einer weit schwierigeren Lage konfrontiert, einer drastischen Verschiebung der nationalen Zusammensetzung. Seit den 1880er Jahren wanderten Deutsche und Polen im Zuge der Industrialisierung in den deutschen Westen aus. Aufgrund der hohen Geburtenrate innerhalb der polnischen Bevölkerungsgruppe wuchs der polnische Bevölkerungsanteil in den Ostgebieten des Deutschen Reichs deshalb weiter an. Aufgrund dieser neuen Situation begann die preußisch-deutsche Regierung mit einer amtlichen Ansiedlungspolitik und im Jahre 1886 wurde die Ansiedlungskommission für Posen und Westpreußen gegründet. Aufgabe der Kommission war es, polnischen Grundbesitz anzukaufen und an deut-

²⁷⁰ Broszat, *Zweihundert Jahre deutsche Polenpolitik*, S. 102-103.

²⁷¹ Bismarck, *Die politischen Reden*, Band 5, S. 13-14.

²⁷² Wippermann, *Ordensstaat*, S. 171.

sche Siedler weiterzuverkaufen.²⁷³ Das Endziel dieser Ansiedlungspolitik Bismarcks war die Stärkung des deutschen Elements in den Ostprovinzen. Die ethnische Zusammensetzung sollte so rasch wie möglich und dauerhaft zu Gunsten der deutschen Bevölkerung verändert werden.

Der massive Druck der bismarckschen Regierung auf die polnischen Untertanen führte jedoch zu einer Mobilisierung der Polen, welche die Ausrottung ihres kulturellen Erbes, ihrer Muttersprache sowie ihrer nationalen Identität befürchten mussten und deshalb Widerstand leisteten. Bereits nach der Revolution von 1848/49 war eine tiefe Kluft zwischen Deutschen und Polen entstanden. Das Verhältnis zwischen der preußischen Regierung und ihren polnischen Untertanen verschlechterte sich aufgrund des Scheiterns eines polnischen Nationalstaats rapide. Bis zum Beginn der sechziger Jahre hatte es, mit Ausnahme der Aufhebung des Großherzogtums Posen, zwar noch keine radikalen Maßnahme der preußischen Behörden gegen die polnische Bevölkerung gegeben; in dieser Periode entwickelte sich in preußischen Regierungskreisen jedoch allmählich ein antipolnisches Milieu. Ein sichtbares Indiz hierfür ist die Änderung der Bezeichnung der polnischen Bevölkerung von „preußischen Polen“ in „polnische Preußen“. Die preußische Regierung ging hier offenbar nach der Strategie vor, durch eine langsame aber stetige Verschmelzung der Kulturen die polnischen Landesteile endgültig zu integrieren.²⁷⁴

Doch wie sollte dies in den polnischen Landsteilen Preußens, vor allem im Posener Land geschehen, das gerade eine gnadenlose Unterdrückung durch die preußischen Truppen erlebt hatte? Auch war man wegen der Beschlüsse der Paulskirche verbittert und enttäuscht. Wenn die Deutschen unter Berufung auf das Nationalitätenprinzip energisch nach einem Nationalstaat strebten, so musste dieses Prinzip doch auch für die Polen gelten! Der Kampf der polnischen Freiheitskämpfer für das Nationalitätenprinzip löste große Empörung aus, weil die Vorkämpfer der deutschen Einigungsbewegung, beispielsweise der patriotische Dichter Arndt, die nationalen Bestrebungen der Polen mit aller Entschiedenheit ablehnten.²⁷⁵

²⁷³ Seit der Gründung der „Ansiedlungskommission für Westpreussen und Posen“ im April 1886 wurde die Anwerbungstätigkeit der deutschen Siedler in den Ostmarken entschieden betrieben. Die Kommission kaufte zunächst viel von hochverschuldeten polnischen Großgrundbesitzern an und verkaufte es nach der Parzellierung an deutsche Siedler weiter. Als Gegenreaktion wurden zahlreiche polnische Bankgenossenschaften und Kreditinstitute eingerichtet um den Verkauf weiterer polnischer Güter an die Ansiedlungskommission zu unterbinden, was offensichtlich wenig erfolgreich war. Bis 1914 hatten etwa 130000 deutsche Siedler in Posen und Westpreußen Fuß gefasst, von denen aber mehr als 25% ursprünglich aus den beiden Provinzen stammten. Das Verhältnis der Nationalitäten in den Ostgebieten des Deutschen Reiches verschob sich in diesem Zeitraum nicht wesentlich zugunsten der Deutschen. Siehe: Biskup, Marian, Preußen und Polen, in: Günter Stökl (Hrsg.), *Jahrbücher für Geschichte Osteuropas*, Band 31, Wiesbaden 1983, S. 19-20; Rhode, *Geschichte Polens*, S. 422.

²⁷⁴ Biskup, Preußen und Polen, S. 15-16.

²⁷⁵ Wawrykowa, Slavenkongress, S. 108.

Vor diesem Hintergrund garte in der polnischen Bevölkerung Preußens eine antideutsche Stimmung. Betroffen hiervon war nicht nur die politische Ebene, sondern auch der soziale, wirtschaftliche und kulturelle Bereich. Bemerkenswert ist, dass deutsche und polnische Bevölkerungsteile, welche zuvor in Vereinen und Organisationen noch eng zusammengearbeitet hatten, nun eigene Verbände und Vertretungen gründeten.²⁷⁶ So verstärkte sich die Frontbildung in den polnischen Provinzen Preußens stetig. Wenn man von einer unüberwindlichen deutsch-polnischen Feindschaft redet, so finden sich die Ursachen hierfür erst in der Mitte des 19. Jahrhunderts, worauf der polnische Historiker Marian Biskup hingewiesen hat.²⁷⁷

Anlass für eine weitere Verschärfung der deutsch-polnischen Konfrontationen sollte, wie oben bereits erwähnt, die Aufnahme polnischer Landesteile in den Norddeutschen Bund und das deutsche Kaiserreich sowie eine Reihe antipolnischer Maßnahmen der Bismarck-Ära sein. Aufgrund des massiven preußisch-deutschen Germanisierungsdrucks auf die polnischen Untertanen wurden in der Zeit von 1863 bis 1888 in allen Bereichen der Gesellschaft zahlreiche rein polnische Organisationen gegründet. Diese leisteten einen heftigen und ausdauernden Widerstand gegen die restriktive antipolnische Politik der bismarckschen Regierung, um ihre nationale Identität zu verteidigen. Hierbei spielten vor allem die publizistischen und wissenschaftlichen Organisationen sowie die polnischen Bildungsvereine eine wichtige Rolle. Es gelang ihnen, eine romantische nationale Begeisterung zu verbreiten, so dass das polnische Nationalbewusstsein in der bismarckschen Epoche einen stürmischen Aufschwung erlebte.

In diesem Zeitraum wurden auch die Erinnerungen an die glänzende nationale Vergangenheit Polens wiederbelebt. Die restriktivere Nationalitätenpolitik und der massive Germanisierungsdruck in den östlichen Provinzen Preußens führten zu einer Glorifizierung der polnischen Jagiellonen-Dynastie des Mittelalters im kollektiven Gedächtnis der Polen. Diese stand nun in der polnischen Literatur und Historiographie im Mittelpunkt. Auch in Polen nahm die Ideologisierung der Geschichte jetzt zu, allerdings – verglichen mit Deutschland – unter anderen Vorzeichen.

Diese grundlegende Wende polnischer Autoren hin zu einer stärker antideutschen Haltung wird besonders in den Werken des Historikers Karol Szajnocha sichtbar. Während Szajnocha 1859 offenbar noch einverstanden war mit der These von einem kulturellen „West-Ost-Gefälle“, die bereits in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts in der deutschen Geschichtswissenschaft entwickelt worden war und von der die „Kulturträgertheorie“ und die „Urgermanentheorie“ der mittelalterlichen deutschen Ostsiedlungsgeschichte abgeleitet wurden, hatte sich seine Sicht zwei

²⁷⁶ Vgl. Broszat, *Zweihundert Jahre deutsche Polenpolitik*, S. 86.

²⁷⁷ Biskup, *Preußen und Polen*, S. 16.

Jahre später vollkommen geändert. In seiner 1861 erschienenen historischen Monographie *Jadwiga i Jagiełło 1374-1412* übernahm er die Vorstellung vom „deutschen Drang nach Osten“. Da die Deutschen ihre territoriale Gier nicht zu beherrschen wüssten und Polen von jeher ein fruchtbares Land gewesen sei, habe dies den räuberischen deutschen Überfall auf „die von Natur aus friedlichen polnischen Stämme“ im Mittelalter ausgelöst.²⁷⁸ Schließlich habe der tapfere polnische König Władysław II. Jagiełło den aggressiven Ordenshochmeister in der Schlacht von Grunwald/Tannenberg bezwungen und so eine weitere deutsche Expansion verhindert. Szajnocha bezeichnete diese Schlacht als „Großen Krieg“, der zwischen West und Ost, zwischen Slawentum und Germanentum getobt habe, wobei er die mittelalterlichen Ordensritter mit den Deutschen überhaupt gleichsetzte.²⁷⁹ Sein Bild der Deutschen war zwar noch nicht so stark verzerrt wie bei späteren Autoren, jedoch wird diese Gleichsetzung später insbesondere von polnischen Romanschriftstellern übernommen, welche die Deutschen dann ganz verteufelten. Für Szajnocha hatte allerdings die nationale Zielstellung Vorrang. Er zog bewusst einen Vergleich zwischen dem jämmerlichen Zustand Polens und dem siegreichen Kampf der polnischen Jagiełło-Dynastie über das Ordensheer. Dies ist offensichtlich auch ein Appell an den nationalen Stolz seiner Landsleute und ein Aufruf, einen starken eigenen Staat wiederzuerrichten, um die Polen von der Bedrohung durch die erobierungslustigen Deutschen zu befreien.

Während die deutschen Historiker und Romanschriftsteller aus den überlieferten Urkunden ein Bild der deutschen Ostsiedlung und der Entstehung des Deutschtums im Osten konstruierten, aus dem in der Konsequenz eine kulturelle Überlegenheit gegenüber den Slawen und der Anspruch auf die alten germanischen Siedlungsgebiete hergeleitet wurde, antwortete die polnische Geschichtswissenschaft, ebenfalls auf urkundenkritischer Grundlage, mit Untersuchungen, die einen wissenschaftlichen Nachweis der zivilisatorischen Rolle der Polen im Osten erbrachten, um so die deutschen Interpreten zu widerlegen. Vertreten wurde diese Richtung zunächst vom polnischen Historiker Wojciech Kętrzyński (1838-1918). Gegen die allgemein verbreitete Ansicht deutscher Historiker, die in Preußen den historischen Erben deutscher Kultur und Preußen als Teil des Deutschtums ansahen, formulierte er im Jahre 1874 folgende Einsicht:

²⁷⁸ Wippermann, *Drang nach Osten*, S. 48.

²⁷⁹ Vietig, Jürgen, Die polnischen Grunwaldfeiern der Jahre 1902 und 1910, in: Wolfgang H. Fritze (Hrsg.), *Germania Slavica II*, Berlin 1981, S. 240-241.

Preußens Geschichte ist nicht eine ausschließlich deutsche, sie ist so eng mit der polnischen verknüpft, daß die eine ohne gründliche Kenntniß der anderen wenigstens nicht objectiv bearbeitet werden kann.²⁸⁰

Des Weiteren wies der polnische Gelehrte auf die polnischen Verdienste um die Gründung des Ordensstaates hin. Er konstatierte:

[...] daß das vom Orden eingeführte fremde Element sich überwiegend in den Städten ansiedelte, in denen es mehr oder weniger die Hälfte der Bevölkerung stellte; [...] sowie daß die polnische Bevölkerung, [...] das gesamte gesellschaftliche und politische Leben Ordenspreußens bestimmte und der wahre Träger der Zivilisation war; mit einem Wort, die polnische Bevölkerung war eines der wichtigsten Elemente der Kultur in Preußen.²⁸¹

Waren diese Äußerungen noch eher zurückhaltend, so betonte er in späteren Werken den Vorrang des polnischen Elements. Im Kampf gegen das immer legendärer und heroischer werdende Ordens- und Ostsiedlungsbild der deutschen Geschichtswissenschaft und Publizistik sowie gegen den zunehmenden Germanisierungsdruck in den polnischen Landesteilen wollte Kętrzyński die Geschichtsschreibung nun wohl ebenfalls als Waffe einsetzen. So unterstrich er 1882 in seinem Werk *Udział Polaków i innych narodów w kolonizacji Mazowsza pruskiego* nachdrücklich den polnischen Charakter des Ordensstaates:

Im Allgemeinen überwogen aber fast überall die Polen, mit denen die Preußen und Litauer verschmolzen und vor denen schließlich auch das deutsche Element [...] weichen musste.²⁸²

Diese neue Auffassung zielt nun nicht mehr allein auf die Bewahrung der nationalen Identität. Die Überbetonung des polnischen Elements im einstigen preußischen Ordensland stützt auch Forderungen, der künftige polnische Nationalstaat solle die Grenzen von 1772 überschreiten und möglichst vergrößert werden.²⁸³ Eine Antwort auf den „deutschen Drang nach Osten“ lässt sich hier schon deutlich ablesen. Dies zeigt, dass die polnischen Wissenschaftler nun ihrerseits zum Angriff übergingen.

Obwohl man den Gebrauch des Schlagwortes vom „deutschen Drang nach Osten“ in der polnischen Geschichtswissenschaft der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts nachweisen kann, verbreitet es sich nach den Forschungen Wippermanns erst durch eine neue Generation polnischer Romanciers.²⁸⁴ In ihren Werken erscheint der

²⁸⁰ Hackmann, *Ostpreußen und Westpreußen*, S. 142.

²⁸¹ Ebd., S. 145.

²⁸² Ebd., S. 146.

²⁸³ Boockmann, *Deutsche Geschichte*, S. 50.

²⁸⁴ Wippermann, *Ordensstaat*, S. 347-348.

deutsche Orden häufig als Repräsentant eines teuflischen „Dranges nach Osten“ und als Inbegriff für den aggressiven deutschen Charakter überhaupt.

In diesem Zusammenhang kann der historische Roman *Krzyżacy – obrazy przeszłości 1410 roku* von Józef Ignacy Kraszewski (1812-1887) als Beispiel dienen. In diesem 1874 veröffentlichten Werk treten Ordensritter und Deutsche nur noch als dämonische Figuren in Erscheinung. In der Nachfolge von Szajnocha sind Ordensritter und Deutsche für den Autor Synonyme, während der Ton noch einmal deutlich verschärft wird:

Die Deutschen, die Deutschen! Wann werden wir uns von ihnen reinigen! Hier und überall verfolgen sie mich, die Sachsen, die Brandenburger, die Kreuzritter und die in den eigenen Städten, wo es sie wie Ameisen gibt. Alle kennen sie einander, halten zueinander und hassen uns, so wie wir sie [...].²⁸⁵

Solche antideutschen Emotionen sind vor dem Hintergrund des Kulturkampfes eigentlich nicht verwunderlich. Aus Sorge um die Bewahrung des eigenen nationalen Kulturerbes bedient Kraszewski antideutsche Ressentiments, so dass die „nach Osten drängenden“ Deutschen – egal ob mittelalterliche Ordensritter oder gegenwärtige deutsche Stämme – nur noch hassenswert erscheinen. In den folgenden Jahrzehnten sollten solche Äußerungen in polnischen Veröffentlichungen, häufiger werden.

Bei genauer Betrachtung ist festzustellen, dass die deutsch-polnischen Verhältnisse sich in der Epoche von der gescheiterten Revolution 1848 bis zur Vollendung des deutschen Nationalstaates 1871 dramatisch zuspitzten. Die deutsche Ostsiedlungsgeschichte, die in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts bereits ideologisiert war, erscheint seit der Mitte des Jahrhunderts immer mehr verzerrt – mit aggressiv-nationalistischen Äußerungen auf beiden Seiten. Diese verschärfte nationale und ideologisierte Perspektive bereitete auch die radikalen Positiv- und Negativdarstellungen der Ostsiedlungsgeschichte in den folgenden Jahrzehnten vor, auf die wir im nächsten Kapitel weiter eingehen werden.

²⁸⁵ Rhode, Gotthold, Das Bild des Deutschen im polnischen Roman des 19. Jahrhunderts und beginnenden 20. Jahrhunderts und das polnische Nationalgefühl, in: *Ostdeutsche Wissenschaft* 8, München 1961, S. 351.

4.2.2 Die Problematik der mittelalterlichen deutschen Ostsiedlung in den Auseinandersetzungen zwischen Deutschen und Tschechen in der Habsburgermonarchie

Kann man die Revolution von 1848 als entscheidenden Wendepunkt zur Verschlechterung der deutsch-polnischen Beziehungen ansehen, so begann mit diesem Ereignis auch eine Vergiftung der deutsch-tschechischen Verhältnisse. Seit dem Wiener Kongress geriet die Habsburgermonarchie in der Innenpolitik unter dem „System Metternich“ in eine isolierte Lage, schuf in diesem Zeitraum aber die Voraussetzungen für wirtschaftliches Wachstum und einen grundlegenden sozialen und strukturellen Wandel sowie eine geistig-kulturelle Blüte im österreichischen Vielvölkerstaat, vor allem in Böhmen. Diese Entwicklungen leiteten die Epoche der „tschechischen nationalen Wiedergeburt“ ein.²⁸⁶

Das durch den stetigen ökonomischen und kulturellen Aufstieg gewachsene bürgerlich-nationale Bewusstsein der Tschechen, geistig gestärkt und beflügelt durch die bereits erwähnten literatur- und geschichtswissenschaftlichen Arbeiten slawischer Gelehrter, durch die vielgerühmte, strahlende Geschichte des mittelalterlichen Königreichs Böhmen sowie die hussitisch-revolutionäre Tradition,²⁸⁷ alles das mündete schließlich ein in eine tschechische Nationalbewegung. Das Programm war zunächst nur auf politische und sprachliche Gleichberechtigung bedacht, gab sich dann föderalistisch und führte schließlich, aufgrund der slawischen Mehrheit in den böhmischen Ländern, sogar zu Forderungen auf das Vorrecht der tschechischen Sprache, die Anerkennung der politischen Vorherrschaft der Tschechen und eines böhmischen Staates unter der St. Wenzelskrone.

Die Deutschböhmen, bis dahin die politische und wirtschaftliche Vormacht in der Donaumonarchie, fühlten sich wegen solcher Forderungen bedroht und leisteten Widerstand. Die Furcht vor dem neuen tschechischen Nationalismus führte daher zu einer Stärkung des Nationalgefühls in allen deutschen Siedlungsgebieten der böhmischen Länder. So forderten die Deutschböhmen einen deutschen Führungsanspruch in der Habsburgermonarchie und den böhmischen Ländern sowie die Herstellung einer möglichst engen Verbindung zu einem künftigen deutschen Nationalstaat. Da dies einer vollständigen Missachtung der historischen territorialen Einheit Böhmens gleichgekommen wäre, erwuchs auf tschechischer Seite schnell eine antideutsche Stimmung. Vor dem Hintergrund der sich zuspitzenden Auseinandersetzungen nahm

²⁸⁶ Hoensch, *Geschichte Böhmens*, S. 305.

²⁸⁷ Vgl. Prinz, Friedrich, *Die Deutsche Geschichte in Osteuropa – Böhmen und Mähren*, Berlin 1992, S. 308.

die Separierung von Deutschen und Tschechen im österreichischen Vielvölkerstaat zu.

Es ist kaum verwunderlich, dass die Siedlungsproblematik gerade im Zeitalter der zunehmenden Konfrontationen eine politische und ideologische Funktion erhielt. Wir haben bereits gesehen, dass die Ostsiedlungsgeschichte ein zentrales Objekt der Interpretation slawischer Gelehrter im Werdeprozess des slawischen Nationalbewusstseins ist. Durch das heftige Aufeinandertreffen der nationalen Leidenschaften wurde die Ostsiedlung um die Mitte des 19. Jahrhunderts schließlich auch zu einem Bestandteil der politischen Tageskämpfe in Böhmen.

Bereits während des Sturmjahres 1848 tauchte in der *Narodní noviny* (Volkszeitung), dem Sprachrohr der radikalen tschechischen Nationalbewegung, in einem Artikel ihres wichtigsten Redakteurs, Karel Havlíček-Borovský, erstmals die Vorstellung auf, wonach eine Aussiedlung der Deutschböhmern aus den böhmischen Länder vollzogen werden sollte, da sie als Gäste erst im Mittelalter von den böhmischen Königen eingeladen worden seien. Er sah die Tschechen als die eigentlichen Herren Böhmens und fordere deshalb die vollkommene Ersetzung der deutschen Sprache durch die tschechische.²⁸⁸

Aus Sorge über eine tschechische Vorherrschaft über alle böhmischen Länder und über eine potentielle Entwurzelung gingen die Deutschböhmern scharf dagegen vor. Unter anderem wurde während der Revolution in Wien eine nationale Selbsthilfeorganisation ins Leben gerufen, der „Verein der Deutschen aus Böhmen, Mähren und Schlesien zur Aufrechterhaltung ihrer Nationalität“. Diese Organisation entfaltete nicht nur politische Aktivitäten gegen jede Form eines tschechischen Selbständigkeitsanspruches, sondern bemühte sich auch darum, die Frankfurter Nationalversammlung für die deutschböhmischen Interessen einzuspannen. Zu diesem Zweck setzten die Deutschböhmern auf eine möglichst enge Verbindung der Donaumonarchie mit einem künftigen erneuerten Deutschland und wollten zumindest alle deutschen Siedlungsgebiete in Böhmen an den deutschen Nationalstaat anschließen. Ihre Forderungen fanden zunächst in der Frankfurter Paulskirche Gehör, wo man die deutschen Siedlungsgebiete Böhmens aus prinzipiellen nationalen Erwägungen von den böhmischen Ländern lostrennen und dem Königreich Sachsen zuschlagen wollte.²⁸⁹ Hierbei wurde die Geschichte der mittelalterlichen deutschen Ostsiedlung zur historischen Rechtfertigung genutzt: Die böhmischen Länder, vor allem die mehrheitlich von der deutschen Bevölkerung bewohnten Randgebiete, seien erst durch die deutschen Siedler erschlossen worden. Aus diesem Grund seien

²⁸⁸ Ebd., S. 312-313.

²⁸⁹ Hoensch, *Geschichte Böhmens*, S. 341.

die Deutschböhmen als Nachkommen der mittelalterlichen deutschen Siedler die rechtmäßigen Erben des Landes.

Die Tschechen betrachteten den Anschlussversuch der deutschböhmischen Randgebiete an Deutschland verständlicherweise als Separatismus und warfen den deutschböhmischen Nationalisten die Zerstörung der historischen Einheit Böhmens vor. Die Hoffnungen der Deutschböhmen sollten sich nicht erfüllen; stattdessen spitzten sich die nationalen Auseinandersetzungen in Böhmen zu. Nach der Niederschlagung des Prager Pfingstaufstandes durch den Militärbefehlshaber Fürst Alfred Windischgrätz nahm dieser eine Dankadresse der deutschen Bevölkerung der böhmischen Randbezirke entgegen, in der seine durchgreifenden Maßnahmen als Befreiung der Deutschen von der slawischen Bedrohung und er selbst als nationaler Befreier gepriesen wurden. Die separatistischen Bestrebungen und der Zusammenhalt im antirevolutionären Lager der deutschen Bewohner der Randgebiete führte zu einer weiteren Desintegration von Deutschen und Tschechen in Böhmen und mündete in der endgültigen Zerstückelung der Donaumonarchie 1918.²⁹⁰

Hier lässt sich bereits die Wurzel der späteren „Sudetenfrage“ erkennen, die in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts zu unüberbrückbaren Differenzen führte und schließlich im 20. Jahrhundert in die Katastrophe. An den sich rapide verschlechternden deutsch-tschechischen Verhältnissen kann man erkennen, dass die Siedlungsproblematik auch weiterhin im Mittelpunkt des Streits der nationalen Bewegungen in Böhmen stand.

Nach dem Scheitern des Prager Pfingstaufstandes lehnte der junge und unerfahrene Kaiser Franz Joseph I. unter dem Einfluss seines Innenministers Alexander Bach alle konstitutionellen Experimente im österreichischen Kaiserstaat entschieden ab. Somit wurde die zentralistische Regierungsform der Habsburgermonarchie wiederhergestellt. Im Zeitalter des Neoabsolutismus (1849-1859) und in der sich anschließenden liberalen Ära (1860-1880) kamen die nationalen Aktivitäten der Deutschböhmen und Tschechen zwar kurzzeitig zum Erliegen; dennoch waren heftige Auseinandersetzungen in den böhmischen Ländern nicht aufzuhalten.

In diesem Zeitraum stand der Sprachenkonflikt im Mittelpunkt der Auseinandersetzungen zwischen der deutschen und der tschechischen Nationalbewegung.²⁹¹ Seit der Wiederherstellung des Zentralismus war Deutsch als einzige Amtssprache der Verwaltungsbehörden in Böhmen zugelassen. Diese Maßnahme genügte den Deutschböhmen zwar nicht, die mit großem Elan ihre nationalen

²⁹⁰ Vgl. Seibt, *Deutschland und die Tschechen*, S. 213.

Phantasien in einem großdeutschen Nationalstaat verwirklichen wollten, jedoch wandten sich die Deutschböhmen allmählich der wiedererstarkten Habsburgermonarchie zu und verfochten, nicht zuletzt aufgrund des sie erneut begünstigenden deutschen Staatswesens, auch eine gesamt-österreichische Staatsidee. Für die tschechischen Nationalisten war die Wiedererrichtung des habsburgischen Zentralismus jedoch eine geradezu schockierende Entwicklung. Das Scheitern ihrer föderalistischen Forderungen bedeutete nicht nur eine bittere Niederlage für die angestrebte nationale Gleichberechtigung, sie fühlten sich auch bedroht durch die Einführung der deutschen Sprache bei allen Behörden und Ämtern des zentralistischen josephinischen Staates, was die Vormachtstellung der Deutschen in Böhmen verankerte und praktisch einer Germanisierungspolitik gleichkam. Um das tschechische Erbe zu bewahren, leisteten die tschechischen nationalen Kämpfer dauerhaften Widerstand gegen den verhassten Zentralismus.²⁹²

Auffällig ist im deutsch-tschechischen Sprachenkonflikt insbesondere das kulturelle Überlegenheitsgefühl der Deutschen gegenüber den Slawen, das wir bereits bei der Ideologisierung der Ostsiedlungsgeschichte beobachten konnten. Ein Grund für die Ablehnung der tschechischen Forderungen, das Deutsche als Amtssprache in Böhmen durch das Tschechische zu ersetzen oder es dem Deutschen zumindest gleichzustellen, war auch die Furcht vor der Intoleranz der Tschechen gegenüber der deutschen Minorität in den böhmischen Ländern, falls die Tschechen die Vorherrschaft über alle böhmischen Länder erringen sollten. Der Hauptgrund für den heftigen Widerstand gegen die politischen Forderungen der Tschechen lag jedoch im kulturellen Überlegenheitsgefühl der Deutschböhmen begründet. So lehnte die Mehrheit der gebildeten Deutschböhmen nicht nur das Erlernen der tschechischen Sprache ab, sondern verweigerte auch den Gebrauch der tschechischen Sprache in den deutschen Siedlungsgebieten mit aller Entschiedenheit.²⁹³ Deutlich kommt diese Haltung beispielsweise in einer Äußerung des Prager Polizeipräsidenten Sacher-Masoch von 1851 zum Ausdruck:

Der deutsche Stamm in Böhmen bewohnte größtenteils die industriellen Gegenden, geht dem tschechischen an Intelligenz und Wohlhabenheit voraus und hat hiedurch sowohl als durch den Gebrauch der deutschen Sprache bei den Regierungsbehörden ein bedeutendes Übergewicht über den letzteren.²⁹⁴

²⁹¹ Kann, Robert A., *Das Nationalitätsproblem der Habsburgermonarchie. Geschichte und Ideengehalt der nationalen Bestrebungen vom Vormärz bis zur Auflösung des Reiches im Jahre 1918*, Band 1: Das Reich und die Völker, Graz, Köln 1964, S. 174-175.

²⁹² Hoesch, *Geschichte Böhmens*, S. 349.

²⁹³ Ebd., S. 193.

²⁹⁴ Stölzl, Christoph, *Die Ära Bach in Böhmen. Sozialgeschichtliche Studien zum Neoabsolutismus 1849-1859*, München und Wien 1971, S. 308.

Das von der Überzeugung überlegener deutscher Kulturleistungen geprägte deutsche Nationalgefühl hat in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts die habsburgische Nationalitätenpolitik in Böhmen entscheidend beeinflusst. Gleichzeitig wurde dieses Gefühl gestärkt durch den gesamtdeutschen Nationalismus, wie z. B. nach dem militärischen Triumph der preußischen Truppen über Frankreich 1871, der eine Woge gesamtdeutscher Euphorie in der Habsburgermonarchie aufbranden ließ,²⁹⁵ so dass das Reformprojekt und der Trialismusversuch von 1871, der die Reform des Nationalitätengesetzes sowie die Schaffung eines Wahlrechts für die böhmischen Länder umfasste und den nationalen tschechischen Forderungen entsprechen sollte, wegen des heftigen Widerstandes der Deutschböhmern von Kaiser Franz Joseph abgelehnt wurde.²⁹⁶

Die deutsch-tschechischen Verhältnisse haben sich durch diesen unverhüllten deutschen Nationalismus entscheidend verschlechtert. Die unaufhebbare feindschaftliche Konfrontation zwischen Deutschen und Tschechen legte in den folgenden Jahrzehnten sogar die Innenpolitik des Vielvölkerstaates Böhmen lahm. Da die nationalen Auseinandersetzungen zwischen Tschechen und Deutschen in den böhmischen Ländern auch die breite Masse bewegten, spiegelte sich diese Entwicklung selbstverständlich auch in den historiographischen Publikationen beider Seiten wider.

Bereits in der Erweckungsphase des tschechischen Nationalbewusstseins, der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, fand die deutsche Ostsiedlungsgeschichte als Bezugspunkt in der tschechischen Literatur- und Geschichtswissenschaft allgemeine Beachtung. Repräsentativ und in vielerlei Hinsicht einflussreich war dabei noch immer František Palackýs *Geschichte Böhmens*. In diesem Werk wird, wie oben bereits gezeigt, von der mittelalterlichen deutschen Besiedlung Böhmens ein im Wesentlichen negatives Bild gezeichnet. Palacký übernahm in seinem Werk die These Herders vom Gegensatz zwischen friedlichem und freiheitlichem Charakter der Slawen auf der einen und sowie kriegerischem und feudalistischem deutschen Charakter auf der anderen Seite. Darüber hinaus vertrat er ausdrücklich die Überzeugung, dass „alle jetzt in Böhmen wohnenden Deutschen spätere Ankömmlinge, Kolonisten und Gäste in diesem Lande“ seien.²⁹⁷ Er sieht dabei die Tschechen als alleinige Erben Böhmens an und übersieht damit bewusst oder unbewusst die Erschließung Böhmens durch die mittelalterlichen deutschen Siedler.²⁹⁸

Weil Palacký noch Hoffungen auf die Schaffung einer Föderation setzte, war seine Gesamtbewertung der deutschen Ostsiedlung in Böhmen in seiner *Geschichte*

²⁹⁵ Hoesch, *Geschichte Böhmens*, S. 362.

²⁹⁶ Seibt, *Deutschland und die Tschechen*, S. 216.

²⁹⁷ Palacký, *Geschichte Böhmens*, S. 75.

Böhmens noch eher zurückhaltend. Doch änderte sich seine Einstellung dramatisch nach dem österreichisch-ungarischen Ausgleich, dem österreichisch-ungarischen Dualismus von 1867, wo Böhmen als ein integraler Bestandteil der von den Deutschen beherrschten westlichen Reichshälfte der Habsburgermonarchie erschien. Aus Protest beteiligte er sich im gleichen Jahr aktiv an der sogenannten Wallfahrt nach Moskau, die unter der Fahne des Slawenkongresses von Zar Alexander II. veranstaltet wurde.²⁹⁹ Seine Empörung wird deutlich in einer weiteren historischen Monographie, der 1868 erschienenen Schrift *Die Geschichte des Hussitentums und Prof. Constantin Höfler*. In dieser Streitschrift schlug Palacký in Bezug auf die Geschichte der mittelalterlichen deutschen Siedlung in Böhmen ganz andere Töne an: Die „böhmische Geschichte“ sei derjenige Boden, „wo von jeher die Gegensätze des Germanismus und Slawismus am stärksten aneinanderplatzen und am klarsten zum Vorschein kommen.“³⁰⁰ Er setzt die Deutschen mit den Hunnen und Avaren gleich. Wie diese gehörten sie zu den „erobernden [...] Raubvölkern“. Um die böhmischen Länder in Besitz zu nehmen, seien die Deutschen über das friedfertige tschechische Volk mit seiner „urslawischen Demokratie“ hergefallen.³⁰¹

Palackýs Bild der mittelalterlichen deutschen Ostsiedlung war für die zeitgenössische und nachfolgende tschechische Historiographie und Publizistik zweifellos von herausragender Bedeutung. Es wurde zur dominierenden tschechischen Auffassung über die Siedlungsgeschichte und zum wichtigen Bezugspunkt für die weiteren geschichtswissenschaftlichen Werke der Tschechen.³⁰²

Auf deutschböhmischer Seite trat man Palackýs Argumentationen natürlich entgegen. Als Sprachrohr des deutschböhmischen nationalpolitischen Interesses spielte vor allem der im Jahre 1862 gegründete „Verein für Geschichte der Deutschen in Böhmen“ eine wichtige Rolle. Zu seinen Hauptzielen gehörte, eine zwingende historische Begründung für das immer wieder von der tschechischen Allgemeinheit angezweifelte Existenzrecht der Deutschböhmen in Böhmen zu liefern sowie das deutschböhmische Geschichtsbewusstsein zu stärken.³⁰³

Zu diesem Zweck wurden auch die in der deutschen Öffentlichkeit bereits weit verbreitete „Kulturträgertheorie“ und die „Urgermanentheorie“ von deutschböhmischen Historikern übernommen, um ihre Thesen zu untermauern. Sie stellten die in den bergigen Randgebieten Böhmens wohnenden Deutschen als Nachkommen jener germanischen Völker dar, die zurückblieben, als die meisten

²⁹⁸ Vgl. Graus, Problematik der deutschen Ostsiedlung, S. 39.

²⁹⁹ Moritsch, *Der Austroslawismus*, S. 175.

³⁰⁰ Palacký, František, *Geschichte des Hussitentums und Prof. Constantin Höfler, Kritische Studien*, Prag: 1868, S. 74. Zitiert nach: Wippermann, *Drang nach Osten*, S. 50.

³⁰¹ Ebd.

³⁰² Graus, Problematik der deutschen Ostsiedlung, S. 39-40.

³⁰³ Hoesch, *Geschichte Böhmens*, S. 356.

anderen germanischen Stämme in der Frühzeit der Geschichte nach Westen und Süden auswanderten. Nach dem Vordringen der Slawen in Mitteleuropa hätten die verbliebenen Germanen sich in diesen Gebirgsgegenden behauptet und sich der slawischen Unterjochung zur Wehr gesetzt. Seit die Deutschen sich zum Christentum bekehrt hatten, hätten die in den Bergen lebenden Deutschen durch ihre „christliche Civilisation“ neue Kräfte entwickelt und gleichzeitig durch die erneut nach Osten drängenden „deutschen Colonisten“ Unterstützung erhalten.³⁰⁴ Unter diesen günstigen Bedingungen hätten die Deutschen „zuerst im Nordosten den Kampf der christlichen Kultur mit der heidnischen Barbarei geführt, der zugleich ein Ringen der deutschen mit der slawischen Nationalität, ein Germanisierungsprozeß“ gewesen sei.³⁰⁵ Die Tschechen hätten sich zwar dem „deutschen Dränger entgegengesetzt“, dennoch „drang deutsche Sprache, Art und Sitte auch auf andere Weise immer mehr in Böhmen ein“.³⁰⁶

Im Germanisierungsprozess war nach dieser Sichtweise die kulturelle deutsche Überlegenheit gegenüber den Slawen von außerordentlicher Bedeutung, wie der Redakteur der *Mittheilungen des Vereins für Geschichte der Deutschen in Böhmen*, Anton Schmalfuß, behauptete: Die „deutschen Colonisten“ hätten die „neue Heimat im Osten nicht mit den schrecklichen Waffen des Krieges, sondern mit den friedlichen, segenbringenden Werkzeugen des Ackerbaues und der Industrie“ erworben. Der „deutsche Fleiß“ und die „deutsche Betriebsamkeit“ hätten „den herrlichsten Sieg [...] über die stumpfe Trägheit der Slaven“ verschafft. Schließlich hätten „die Bildungen eines neuen städtischen Gemeinwesens mit dem dreizehnten Jahrhundert ihren Anfang durch Ansiedlungen von Deutschen“ in Böhmen genommen.³⁰⁷

Daraus ist zu ersehen, dass die Ostsiedlungsproblematik seit der Mitte des 19. Jahrhunderts zu einem Element der politischen Tageskämpfe in Böhmen wurde. Hier wies man auf deutscher Seite die tschechische These, wonach die Deutschen nur als „Gäste“ oder gar als „kriegerische Eindringlinge“ anzusehen seien und daher ihr Existenzrecht sowie ihre nationalpolitischen Rechte in Böhmen in Zweifel zu ziehen seien, mit der in der deutschen Geisteswissenschaft entwickelten und weit verbreiteten „Kulturträgertheorie“ und der „Urgermantheorie“ nachdrücklich zurück. Dies verdeutlicht, dass beide Seiten offensichtlich bewusst aber unreflektiert die nationalen Auseinandersetzungen auf das Geschehen vergangener Zeiten übertrugen. So

³⁰⁴ Weber, W., Die Ausbreitung der deutschen Nationalität in Böhmen, in: *Mittheilungen des Vereins für Geschichte der Deutschen in Böhmen* 2, Prag 1864, S. 3. Zitiert nach: Wippermann, *Drang nach Osten*, S. 51.

³⁰⁵ Ebd.

³⁰⁶ Ebd.

³⁰⁷ Schmalfuß, Anton, Das deutsche Städtewesen und sein politischer und sozialer Einfluß auf Land und Volk in Böhmen und seinen Nebenländern, in: ders. (Hrsg.) *Mittheilungen des Vereins für Geschichte der Deutschen in Böhmen*, erstes Heft, III. Jahrgang, Prag 1864, S. 1-2.

nahm die deutsche Ostsiedlung unvermeidlich immer nationalistischere Töne an. Die Ideologisierung der Ostsiedlungsgeschichte sollte bis zum Zusammenbruch der Habsburgermonarchie 1918 vollends zum Durchbruch kommen, was im nächsten Kapitel gezeigt werden soll.

4.2.3 Die Funktion der ideologisierten deutschen Ostsiedlungsgeschichte im russischen Panslawismus

Während sich die Vorstellungen einer gemeinsamen slawischen Herkunft und Sprache und einer Zusammengehörigkeit aller slawischen Völker bei slawischen Gelehrten und Geisteswissenschaftlern in der Habsburgermonarchie allmählich verbreiteten, stießen sie bald auch auf das Interesse der russischen Intelligenz und der Slawophilen. In der gesamtslawischen Frage vertraten diese einen eigenen Standpunkt. Da Russland die einzige slawische Großmacht sei, habe es notwendig die slawische Mission zu erfüllen, alle slawischen Völker vom Joch der Fremden zu befreien. Unter ethnographisch-sprachlichen Gesichtspunkten könne das zaristische Weltreich militärisch bis nach Mitteleuropa und auf den Balkan ausgedehnt werden.³⁰⁸ Bereits seit den dreißiger Jahren des 19. Jahrhunderts versuchte man, mit dieser russischen Variante des Panslawismus die russische Regierung zu beeinflussen, hatte aber zunächst wenig Erfolg. In der Herrschaftszeit Nikolajs I. (1825-1855) hatte das Zarenreich zwar großes Interesse an den Slawen der Donaumonarchie, musste jedoch aus Angst vor einer Revolution, die möglicherweise eine schwere politische Erschütterung des russischen Staates bedeutet hätte, zumindest oberflächlich eine freundschaftliche Verbindung mit Österreich aufnehmen. Aus diesem Grund betrieb die russische Regierung ihre Slawenpolitik nur im Verborgenen. Die Sympathien der habsburgischen Slawen für Russland sollten durch Aktivitäten der russischen Regierungsstellen in Österreich geweckt und gehegt werden.³⁰⁹

Ein solches geheimes Unternehmen wurde sogar bekannt bei dem gescheiterten Aufstandsversuch der Kyrill-Method-Bruderschaft, einer radikalen Organisation mit der Doktrin einer allslawischen Gemeinschaft, die eine revolutionäre Mission aller Slawen behauptete und die alten Staatsformen europäischer Legitimität zu zerstören versuchte. Nach der blutigen Liquidierung der Kyrill-Method-Bruderschaft 1847 und vor allem nach dem Beginn des Neoabsolutismus in Österreich 1849 verloren die russischen Panslawisten jedoch schnell ihren Einfluss auf die russische Regierung. Der Grund hierfür lag in der mangelnden Stabilität der inneren Verhält-

³⁰⁸ Moritsch, *Der Austroslawismus*, S. 163.

³⁰⁹ Ebd.

nisse in Russland. Vor diesem Hintergrund entsprach die politische Lähmung der Habsburgermonarchie auch den Interessen des Zarenreichs.³¹⁰

Der Krimkrieg von 1853 bis 1855 war zweifellos der entscheidende Wendepunkt in den österreichisch-russischen Beziehungen. Angesichts des stärker werdenden österreichischen Widerstandes gegen den Einmarsch der russischen Truppen auf dem Balkan kamen die zuvor scheinbar freundschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Großmächten schließlich an ihr Ende. Stattdessen verhärtete sich die österreichisch-russische Frontstellung infolge des Interessenkonflikts beider Seiten auf dem Balkan rapide. Genau zu dieser Zeit fand die gesamtslawische Idee aufgrund der zunehmend patriotischen Atmosphäre erstmals breiten Widerhall in Russland. Zuvor war sie noch auf die Diskussionen der gebildeten und wissenschaftlichen Schichten der russischen Gesellschaft beschränkt gewesen.³¹¹

Zu Beginn der Regierung von Zar Aleksandr II. (1855-1881) zeigte Russland schlagartig mehr Interesse an den Slawen im Ausland und versuchte nun, die Vorstellung des Panslawismus für die außenpolitischen Zielsetzungen des Zarenreichs auszunutzen. Wenn der Zusammenbruch der Habsburgermonarchie auch nicht sofort erfolgen werde, sei zumindest der „moralische“ und „geistige“ Einfluss auf die slawischen Völker wichtig. Russland müsse in der Zukunft die „allslawische Schutzmacht“ werden. Kennzeichnend für die Aktivitäten dieser russischen Slawenpolitik war die Gründung des slawischen Wohlfahrtskomitees 1858 in St. Petersburg. Dieses Komitee setzte sich für die Verbreitung des moralischen Einflusses Russlands bei den Slawen im Ausland ein, wovon die slawischen Bewegungen in der Habsburgermonarchie durch regelmäßige finanzielle Zuwendungen profitierten. Seit den sechziger Jahren stieg nochmals das Interesse des Zarenreichs an den außerhalb der russischen Grenzen lebenden Slawen. Der Moskauer Slawenkongress von 1867 war eines der wichtigsten Ereignisse in der Geschichte des russischen Panslawismus. Dort riefen die russischen Panslawisten gemäß der Idee eines universellen russischen Reiches zur Bildung einer homogenen slawischen Kulturgemeinschaft auf. Zugleich boten sie allen Slawen außerhalb des Zarenreiches die russische Unterstützung an unter der Bedingung, dass sich alle Slawen zur orthodoxen Kirche bekehrten und Russisch als gemeinsame Sprache aller Slawen akzeptieren würden.³¹²

Wie bereits gezeigt, blieb ein solches politisches Programm wegen der ganz unterschiedlichen nationalen Konzeptionen der einzelnen slawischen Völker erfolglos; jedoch wird hier die expansive Tendenz des Zarenreichs, die unter dem Vorwand einer sogenannten allslawischen Wohlfahrt betrieben wurde, besonders augenfällig.

³¹⁰ Ebd., S. 164-166.

³¹¹ Geyer, Dietrich, *Der russische Imperialismus. Studien über den Zusammenhang von innerer und auswärtiger Politik 1860-1914*, Göttingen 1977, S. 48.

Allerdings sollte die expansive Tendenz des russischen Panslawismus im Rahmen der inneren Verhältnisse des Zarenreichs betrachtet werden, die mit dem aufflammenden russischen Nationalismus eng zusammenhängen. Die bittere Niederlage im Krimkrieg löste in Russland eine patriotische Stimmung und nationale Bestrebungen aus, was wegen der durch den erfolglosen innerrussischen Reformprozesses hervorgerufenen Autoritäts- und Stabilitätskrise für die russische Regierung geradezu als Ausweg erschien.³¹³ Zu diesem günstigen Zeitpunkt richtete Russland sein Augenmerk von den inneren auf die äußeren, internationalen Angelegenheiten. Die nationale Erregung war aber gleichzeitig auch eine Voraussetzung für die Entstehung des russischen Nationalismus. Verstärkt wurde dieser später durch die italienische Einigungsbewegung „Risorgimento“, den polnischen Aufstand von 1863 und schließlich auch durch die Gründung des preußisch-deutschen Kaiserreichs 1871.³¹⁴

In unserem Zusammenhang ist die antideutsche Stimmung in der Entwicklungsphase des russischen Nationalismus wichtig. Maßgeblich zur Entstehung einer antideutschen Auffassung beigetragen hatte neben der zunehmenden österreichisch-russischen Rivalität auf dem Balkan und dem von panslawistischen Gelehrten propagierten dauerhaften Gegensatz in der Geschichte der deutsch-slawischen Beziehungen vor allen Dingen die große Sorge des Zarenreichs um das deutschbaltische Problem in den russischen Ostseeprovinzen. Die russische Regierung betrachtete den Behauptungswillen des deutschen Elements im Baltikum als eine potenzielle Bedrohung für die territoriale Integrität des Vielvölkerimperiums. Besonders die Errichtung eines deutschen Nationalstaats im Herzen Europas beflügelte verständlicherweise das deutschbaltische Nationalgefühl. Aus Furcht vor einem eventuellen „provinzialen Separatismus“ wuchsen daher in Russland die antideutschen Emotionen.³¹⁵

Es ist wenig erstaunlich, dass die deutsche Ostsiedlungsgeschichte in der russischen Wissenschaft und Öffentlichkeit schließlich als Feindbild erscheint, da sich die antideutsche Stimmung seit der Mitte des 19. Jahrhunderts in allen Schichten der russischen Gesellschaft allmählich ausbreitete. In der Tat hinterließ die ideologisierte Ostsiedlungsgeschichte schon in den dreißiger und vierziger Jahren in der russischen Geschichtswissenschaft und Publizistik ihre Spur, übte aber auf die Regierungsstellen erst in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, während einer Phase der rasanten Steigerung des Antigermanismus in Russland, eine breitere Wirkung aus. Damals wurde auch die wesentliche politische Funktion des deutschen Ostsiedlungs-

³¹² Moritsch, *Der Austroslawismus*, S. 176.

³¹³ Geyer, *Der russische Imperialismus*, S. 44-45.

³¹⁴ Ebd.

bildes in den russischen Veröffentlichungen deutlich: Die deutsche Ostsiedlungsgeschichte diente ihnen als eigentliches propagandistisches Instrument des russischen Panslawismus. Vor allem seit den sechziger Jahren wird der „deutsche Drang nach Osten“ zum beliebtesten Angriffspunkt und steht weit oben auf der Agenda der panslawischen russischen Veröffentlichungen.³¹⁶ Allerdings sollte auch darauf hingewiesen werden, dass das Bild der deutschen Ostsiedlung in der russischen Publizistik gleichzeitig als Objekt der konfessionellen Auseinandersetzungen zwischen Ost und West fungierte, wobei der Kampf gegen die nach Osten expandierenden Deutschen sowie gegen die katholische Kirche aus Sicht der russisch-orthodoxen Panslawisten eigentlich zusammenfiel.

Die Vorstellung eines Zusammenschlusses aller slawischen Völker zu einer großen slawischen Gemeinschaft unter russischer Führung, für die die russischen Panslawisten sich mit ganzer Kraft einsetzten, stammt aber ursprünglich nicht aus russischer Feder, sondern von dem slowakischen Publizisten Ludovít Štur (1815-1856). Nach dem niedergeschlagenen Prager Pfingstaufstand und der anschließenden Errichtung des neoabsolutistischen Systems in Österreich richtete Štur im Jahre 1851 in der Ostsiedlungsdiskussion eine ernsthafte Warnung an die Slawen, dass sie am zunehmenden Germanisierungsdruck zugrunde gehen würden. Um sich aus dieser Notlage zu befreien, hielt Štur den Zusammenschluss aller Slawen unter russischer Führung für dringend erforderlich, denn Böhmen, dieser letzte „Hort des mit dem Deutschthum ringenden und allmählich weichenden Slawenthums“³¹⁷ lasse den Tschechen und Slowaken seinen Schutz nicht mehr angedeihen. Daher könne nur der russische Staat den „alleinigen und kräftigsten Damm gegen das weitere Vordringen der fremden Elemente in unsere Welt“ aufrichten.³¹⁸ Vor allem seien die Russen als Einzige imstande, die slawische Mission zu erfüllen. Sie seien „von den Slawen die Einzigen, die ihre Selbständigkeit bewahrt und dadurch die Ehre des slawischen Namens gerettet“ hätten. „Der Zug aller slawischen Stämme zu Russland ist folglich allgemein, den einen eingegeben von einem inneren Drang der Seele, dem anderen durch die Notwendigkeit der Umstände [...]“. Schließlich seien alle slawischen Völker von einem „unwiderstehlichen Drang“ getrieben, sich Russland anzuschließen.³¹⁹

Das Bild der mittelalterlichen deutschen Ostsiedlungsgeschichte sowie der deutsch-slawischen Verhältnisse in der Vergangenheit, das Štur und die anderen

³¹⁵ Ebd., S. 47.

³¹⁶ Higounet, *Ostsiedlung im Mittelalter*, S. 17.

³¹⁷ Štur, Ludovít, *Das Slawenthum und die Welt der Zukunft*, hrsg. von Josef Jirásek, Bratislava 1931, S. 29-58. Zitiert nach: Wippermann, *Drang nach Osten*, S. 52.

³¹⁸ Ebd.

³¹⁹ Ebd.

zitierten allslawisch gesinnten Gelehrten als einen dauerhaften Kampf beschrieben, wurde maßgeblich auch für die russische Geschichtswissenschaft.

Aus dieser negativen Perspektive beurteilte 1855 zunächst auch der russische Slawist A. F. Gilferding (1831-1872) die Siedlung der Deutschen im Osten. Der Angriff des germanisch-romanischen Westens auf die Slawen habe offenbar das Ziel gehabt, sich die slawischen Völker untertan zu machen.³²⁰ Weiterhin unterstrich er, dass diese Expansion den Deutschen sogar wichtiger als die Verbreitung von Christentum und Feudalismus gewesen sei.³²¹

Eine ähnliche These vertrat auch Juri Samarin (1819-1876) in seinem Buch *Okraini Rossii* (Die Grenzmarken Russlands) von 1868. Der russische Slawophile beklagte Gewalt und Tyrannei, mit der die Deutschen seit ihrem Eindringen im Mittelalter über die slawischen Stämme in der russischen Ostseeregion sowie Esten und Letten geherrscht hätten, mit der Folge, dass Esten und Letten noch immer in Knechtschaft lebten. Mit dem Gedanken der Absicherung des russischen Territoriums rief er zu energischen Maßnahmen der russischen Regierung gegen den deutsch-baltischen Adel auf – die angeblichen Nachfahren des mittelalterlichen deutschen Rittertums – um so die einheimischen bäuerlichen Unterschichten für das Zarenreich zu gewinnen und gleichzeitig die „germanisierende Tendenz“ im „russisch-baltischen Küstenstrich“ und ein mögliches deutsches Bollwerk innerhalb der russischen Reichsgrenzen zu verhindern.³²²

Am weitesten gingen die Vorwürfe gegen den gewalttätigen Charakter der Deutschen im 1871 erschienenen Werk *Rossia i Evropa* (Russland und Europa) von Nikolaj J. Danilevskij (1822-1885). Dieser behauptete, dass der „Nationalcharakter der germanisch-romanischen Völker“ durch „Gewaltsamkeit und Unduldsamkeit“ gekennzeichnet sei und die eigene „Denkart“ anderen Menschen aufzwingen wolle. Im Christianisierungs- und Germanisierungsprozess der „nordwestlichen slawischen Stämme“ sowie der Litauer und Esten sei dieser aggressive deutsche Charakter klar sichtbar geworden. Ganz im Gegensatz zu den Deutschen seien die Slawen friedliebend und „schon durch ihre Natur von jeder Gewaltsamkeit des Charakters ausgenommen“. Vor allem die Russen besäßen „die slawische Gutmütigkeit“. Diese nannte er den „hervorstechendsten Charakterzug Russlands“ überhaupt.³²³ Danilevskijs Werk zeigt hier einen stolzen russisch-orthodoxen Unterton und hofft auf den russischen Staat als künftigen Führer aller slawischen

³²⁰ Gilferding, A., *Istorija Bałtijskich slavjan*, in: *Sobranie sočinenii*, Tom 4, St. Petersburg 1874, S. 258. Zitiert nach: Nolte, *Drang nach Osten*, S. 60.

³²¹ Ebd.

³²² Thaden, Edward C., *Conservative Nationalism in Nineteenth-Century Russia*, Seattle 1964, S. 134; Geyer, *Der russische Imperialismus*, S. 47.

³²³ Danilevskij, Nikolaj J., *Rossia i Evropa*, St. Petersburg: 1871, S. 108 und 113. Zitiert nach: Wippermann, *Drang nach Osten*, S. 56.

Völker, um sich gegen die nach Osten drängenden Deutschen, gegen den Westen sowie gegen die römische Kirche zu behaupten.³²⁴

Während die russischen Panslawisten in der deutschen Ostsiedlung ausschließlich eine Manifestation der deutschen Aggressivität sehen wollten, diente Šturs Ziel, die Errichtung einer politischen und kulturellen Gemeinschaft aller slawischen Völker unter russischer Führung, dem Widerstand gegen die vordringenden Deutschen und war zweifellos in der Propagandakampagne für die politischen Ziele des Panslawismus eine willkommene Argumentationshilfe. Diese erweiterte panslawistische Perspektive erlangte innerhalb der russischen Regierung vor allem in der Gründungsepoche des Deutschen Kaiserreiches eine große Bedeutung.

So vertrat der Professor der Moskauer Universität, Michail Petrovič Pogodin (1800-1875), im Jahr 1870 diese Zielstellung mit Nachdruck:

Wenn die Deutschen gewaltsam, mit Feuer und Schwert, nach Verwirklichung der Idee des Pangermanismus trachten, warum muss dann Russland der Idee des Panslawismus widerstehen, und noch dazu welches Panslawismus ? – Eines freien Bundes der slawischen Stämme.³²⁵

Eine deutliche Expansionstendenz zeigt sich vor allem auch bei Josif Pervol'f, der gleichzeitig die deutsche Ostsiedlungsgeschichte als propagandistisches Instrument eines russischen Panslawismus verwendet. In Sorge um die Sogwirkung des deutschen Nationalgefühls in den russischen Ostseeprovinzen seit der Gründung des preußisch-deutschen Staates erschien 1876 das Werk *Germanizacija Baltijskich slavjan* (Die Germanisierung der baltischen Slawen) von dem Petersburger Slawenkomitee in dem die Eroberung Nordosteuropas durch die Deutschen und die anschließende Germanisierung der Ostseeslawen behandelt werden. In diesem Buch ist Mitteleuropa die Bühne, auf der Deutsche und Slawen im vorangegangenen Jahrtausend einen heftigen und ausdauernden Kampf geführt hätten. Die Deutschen drängten auf Kosten der Slawen nach Osten, und die Ostseeslawen seien, vor allem aufgrund ihrer politischen Zersplitterung, davon schwer betroffen: „Auf ihren Gräbern richten die deutschen Sieger ihr Kreuz auf und zusammen mit ihm ihre Fahne – die Fahne deutschen Volkstums“.³²⁶ Aus voller panslawistischer Überzeugung eines Russen betonte er jedoch, dass die Deutschen trotz großer Bemühungen ihr Ziel nicht vollkommen erreicht hätten. „So blieben die lachischen Stämme, die an den östlichen

³²⁴ Ebd.

³²⁵ Pogodin, M. P., *K istoriografu Bogenmii Palackomu*, St. Petersburg 1870, S. 91. Zitiert nach: Picht, M. P. Pogodin, S. 86.

Grenzen Deutschlands leben, die Kaschuben, Pommern, Masuren, Poljanen, Schlesier, dem jahrhundertelangen deutschen Druck ausgeliefert. Ihre Führer und Vorsteher, erschöpft im ungleichen Kampf, blicken immer mehr nach Osten, auf das große slawische Reich.“³²⁷ Der Autor erbittet bei den slawischen Brüdern und indirekt auch beim Zarenreich Hilfe und der Schlusssatz des Buches – „Ave Caesar, morituri te salutant.“ – bringt seine politische Zielsetzung, den Zusammenschluss aller slawischen Völker unter russischer Führung, deutlich zum Ausdruck.³²⁸

Allgemein muss man feststellen, dass die Geschichte der mittelalterlichen deutschen Ostsiedlung seit der Mitte des 19. Jahrhunderts im Brennpunkt der heftigen nationalen Auseinandersetzungen zwischen Deutschen und Slawen stand. Beide Seiten beriefen sich je nach Bedarf auf die Geschichte, um ihre politischen Ziele zu erreichen.

Für die Polen diente die Ostsiedlungsgeschichte als stichhaltiger Beweis des aggressiven „deutschen Drangs nach Osten“. Sie beklagten am mittelalterlichen deutschen Ordensstaat sowie der hohenzollernschen preußischen Monarchie, dass die Deutschen durch ihre ununterbrochene Ostexpansion Polen für ewig in Besitz nehmen und germanisieren wollten. Mit dieser Klage appellierten sie zugleich an ihre Landsleute, sich auch weiterhin mit großem Elan für die Wiederherstellung Polens einzusetzen, damit die stetig nach Osten drängenden Deutschen endlich geschlagen würden, wie im Fall des schließlich untergegangenen deutschen Ordensstaates. Für die kleindeutschen Befürworter der Ostsiedlung bot die Geschichte ebenfalls genügend Argumente dafür, dass die Deutschen den Polen in kultureller Hinsicht überlegen seien. Deswegen argumentierten sie mit der seit Anfang des 19. Jahrhunderts entwickelten „Kulturträgertheorie“ und der „Urgermanentheorie“, um die Fortsetzung der Germanisierungspolitik in den ehemals westlichen polnischen Landesteilen zu rechtfertigen.

Auf tschechischer Seite wurde die deutsche Ostsiedlungsgeschichte ebenfalls verteufelt. Während von deutscher Seite immer wieder auf die glanzvollen deutschen Kulturleistungen in Böhmen hingewiesen wurde und die Deutschböhmern als Nachfahren der zurückgebliebenen germanischen Stämme sowie als Verteidiger des deutschen Führungsanspruchs galten, wurde auf tschechischer Seite das Existenzrecht der Deutschen in Böhmen in Zweifel gezogen, weil sie erst im Mittelalter als Gäste nach Böhmen gekommen seien, um sich später als Herren aufzuspielen. Darin wird die politische Absicht der Tschechen deutlich, die politische Vorherrschaft der Deutschen in Böhmen zu brechen.

³²⁶ Nolte, *Drang nach Osten*, S. 60-61.

³²⁷ Ebd.

³²⁸ Ebd.

In der russischen Geschichtswissenschaft und den panslawistischen Veröffentlichungen verkörpert die deutsche Ostsiedlung die aggressive germanisch-romanische Kraft und den expansionswilligen westlichen Katholizismus. Um dem zunehmenden Druck des „deutschen Drangs nach Osten“ standzuhalten, solle Russland aus panslawistischer russischer Sicht in der slawischen Welt den Führungsanspruch erheben. Durch die Warnung vor der germanisch-romanischen sowie der katholischen Gefahr wollten die russischen Panslawisten die Außenpolitik des Zarenreichs beeinflussen. Derartige Bestrebungen gewannen seit den sechziger Jahren mehr und mehr Einfluss auf die russische Regierung. Seitdem nutzte das Zarenreich die Siedlungsgeschichte und das Schlagwort vom „deutschen Drang nach Osten“ als Instrument, um von seinen inneren Probleme abzulenken und seine militärische Vormachtstellung auszubauen sowie eine Vormachtstellung in der slawischen Welt zu erreichen.

Es wurde gezeigt, wie die deutsche Ostsiedlungsgeschichte in den deutsch-slawischen nationalen Auseinandersetzungen auf breiter Front als ideologisches Instrument verwendet wurde. Im imperialistischen Zeitalter schließlich wird die ideologisierte Ostsiedlungsgeschichte von nationalistischen Fanatikern und imperialistischen Agitatoren für ihre politischen Ziele eingesetzt. Darauf werden wir im folgenden Kapitel näher eingehen.

5 Die ideologisierte deutsche Ostsiedlungsgeschichte im Zeitalter des Imperialismus

Das ideologisierte mittelalterliche Ostsiedlungsbild war, wie die bisherigen Analysen gezeigt haben, eng verbunden mit einer innenpolitischen Zielsetzung. Es diente zur Rechtfertigung für die zeitgenössische Assimilierungs- bzw. Germanisierungspolitik und zur Befestigung der deutschen Vorherrschaft, so z. B. in den Ostprovinzen des hohenzollernschen preußisch-deutschen Staates und im habsburgischen Böhmen. Obwohl einige Zeitungsartikel und Veröffentlichungen aus den vierziger und fünfziger Jahren des 19. Jahrhunderts eindeutig zu einem neuen „deutschen Zug nach Osten“ aufriefen, war dies allenfalls eine politische Parole, und in der kleindeutsch-großdeutschen Konkurrenz ein nützliches Propagandainstrument für die Befürworter einer großdeutschen Lösung. Ohne konkrete Kolonisations- und Expansionspläne sind solche Aussagen jedoch kein überzeugender Beweis für eine neue deutsche Ostexpansion.

Gegen Ende des 19. Jahrhunderts bahnt sich hier jedoch eine Veränderung an. Neben seiner vornehmlich innenpolitischen Funktion wird das Ostsiedlungsbild im Deutschen Kaiserreich nun zunehmend auch mit außenpolitischer Zielsetzung gebraucht. Ein wesentlicher Grund für diesen Wandel war der veränderte politische Zustand Europas. Beinahe alle Großmächte begannen im letzten Viertel des Jahrhunderts, die noch nicht verteilten Landflächen der Erde zu kolonisieren. Dies war Ausdruck einer neuen Machtpolitik, des Prestigedenkens der Nationalstaaten sowie eines explodierenden Wirtschaftswachstums und der Kalkulation mit neuen Märkten. In dieser Phase des Imperialismus entwickeln sich auch im „verspäteten Nationalstaat“ Deutschland unter dem Einfluss der Nachbarstaaten allmählich neuartige dynamische und aggressive Nationalbewegungen, die sich auf den industriellen Aufschwung und ein neues reichsdeutsches Staatsbewusstsein stützen konnten. Seit den 1890er Jahren verfolgte das „zweite Reich“ intensiv den Traum von der weltweiten Sendung der Deutschen und machte eine deutsche Weltpolitik. Vor diesem Hintergrund kommt der Geschichte der mittelalterlichen deutschen Ostsiedlung bei den nationalistisch-imperialistischen Agitatoren eine zentrale Bedeutung zu, weil diese „glorreiche“ Epoche der deutschen Vergangenheit ihrem Sendungsbewusstsein vollständig entsprach. Durch die ideologisierte Darstellung der Ostsiedlungsgeschichte konnten nationalistische Emotionen und imperialistisches Expansionsdenken kanalisiert und auf die Gegenwart bezogen werden, was die damalige deutsche

Außenpolitik tief beeinflusst hat. Der deutsche Ostimperialismus, der unter dem unmittelbaren Einfluss einer verzerrten Wahrnehmung der deutschen Ostsiedlungsgeschichte stand, zeigte sich besonders eindeutig während des Ersten Weltkrieges in der deutschen Kriegspolitik und den Kriegszielen der Deutschen im Osten.

Den ersten Schwerpunkt des Kapitels bildet die innenpolitisch ausgerichtete Ideologisierung der Ostsiedlungsgeschichte im deutschen Kaiserreich und in der Donaumonarchie seit den 1890er Jahren. Die nationalisierte und politisierte Geschichte als Instrument im Kampf zwischen Deutschen und Slawen um die Jahrhundertwende soll hier näher dargestellt werden. Im Mittelpunkt des zweiten Teil wird dann die Ostsiedlungsgeschichte mit einer ostimperialistischen Zielsetzung stehen. Dabei werden die russischen Gegenentwürfe zum Vergleich mit herangezogen.

5.1 Das ideologisierte Ostsiedlungsbild in der Epoche des Nationalitätenkampfs vom Ende 19. Jahrhundert bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts

Seit der Gründungsepoche des Deutschen Kaiserreich und der Wiedererrichtung des habsburgischen Zentralstaates wurde die Geschichte der mittelalterlichen deutschen Ostsiedlung in der Germanisierungspolitik und zur Festigung der deutschen Vorherrschaft genutzt. Erfolgreich war diese, mit dem Verweis auf vergangenes Geschehen legitimierte Politik, wie oben gesehen, jedoch nicht. Vielmehr stachelte sie den Widerstand der polnischen und tschechischen nationalen Freiheitskämpfer an und verhalf damit diesen Nationalbewegungen zu einem großen Aufschwung. Zwischen Deutschen und Slawen kam es angesichts der ganz unterschiedlichen nationalen Konzepte seit der Mitte des 19. Jahrhunderts zu verstärkten Konfrontationen, die sich um in die Jahrhundertwende unter dem Einfluss der vorherrschenden Rassentheorie und auch wegen des Integrationsdrucks durch den deutschen Staat schließlich bis zur unversöhnlichen Feindseligkeit steigerten. Im Zeitalter des Nationalitätenkampfs wird die zuvor bereits national verstandene deutsche Ostsiedlungsgeschichte zwangsläufig immer extremer interpretiert.

5.1.1 Die Verwendung der ideologisierten Ostsiedlungsgeschichte in der Nationalitätenpolitik im Deutschen Kaiserreich und polnische Antwort

Beim Plädoyer für eine Germanisierungspolitik im preußisch-deutschen Staat stand die ideologisierte deutsche Ostsiedlungsgeschichte im wissenschaftlichen Bereich sowie bei deutschen Regierungsbehörden im Laufe des 19. Jahrhunderts nach wie vor im Mittelpunkt, wobei sie ausschließlich im innenpolitischen Bereich zur Integration der polnischen Untertanen genutzt wurde. Jedoch waren die Ergebnisse der vom „Eisernen Kanzler“ mit unermüdlichem Eifer betriebenen Polenpolitik eher negativ. Das polnische Nationalgefühl wurde durch diese offen diskriminierende Politik auf breiter Basis gefestigt. Dennoch wollte Bismarck von dieser Politik nicht abrücken und die antipolnischen Maßnahmen wurden eher noch verschärft. Er war nach wie vor davon überzeugt, dass die Germanisierung der slawischen Landesteile möglich sei, wenn man die repressive Assimilierungspolitik weiterführte. Die mit Verweis auf die mittelalterliche deutsche Ostsiedlung und die friderizianische Peuplierungspolitik legitimierte Ansiedlungspolitik von 1886 spiegelt in diesem Zusammenhang seine starre antipolnische Grundeinstellung besonders deutlich wider.

Erst nach der Entlassung Bismarcks Ende 1890 und mit dem Amtsantritt des Generals Georg Leo Graf von Caprivi (1831-1899) kam es zu einer gewissen Abschwächung des antipolnischen Drucks. Maßgeblich für diesen Kurswechsel in der preußisch-deutschen Polenpolitik waren dabei außen- sowie innenpolitische Gründe. In der Außenpolitik näherten sich Frankreich und Russland nach der Nichterneuerung des deutsch-russischen Rückversicherungsvertrages von 1890 einander immer mehr an. Eine politische Allianz oder sogar ein Militärbündnis zwischen den beiden europäischen Flankenmächten schien nur noch eine Frage der Zeit zu sein. Vor einem möglichen Krieg gegen das Zarenreich machte die Regierung Caprivi an die polnische Bevölkerung einige Zugeständnisse, um so ihre Loyalität für den kommenden deutsch-russischen Konflikt zu gewinnen. Noch wichtiger und entscheidender war, dass Caprivi versuchte, die Unterstützung der polnischen Abgeordneten im Deutschen Reichstag zu erhalten,³²⁹ was nur durch eine Versöhnungspolitik möglich schien.

Dieses entgegenkommende Verhalten verärgerte patriotische und nationalistische Kreise, vor allem das deutsche Kleinbürgertum in den preußischen Ostgebieten. Da sie aufgrund des immer ungünstigeren Verhältnisses der Bevölkerungsgruppen im Osten unter zunehmendem Druck standen, fühlten sie besonders die Gefahr einer slawischen „Überschwemmung“ und waren treue Anhänger einer rigiden

³²⁹ Grabowski, *Deutscher und Polnischer Nationalismus*, S. 24.

Nationalitätenpolitik. Während sie die repressiven Germanisierungsmaßnahmen Bismarcks gegenüber der polnischen Bevölkerung tatkräftig und vorbehaltlos unterstützten, sahen sie in der nachgiebigen Polenpolitik der Regierung Caprivi eine Vernachlässigung der deutschen Interessen in den Ostprovinzen. Aus Furcht vor der „Polonisierung der Ostmarken“ mobilisierten sie die bürgerliche Presse. Gleichzeitig versuchten die Grenzdeutschen auf die Regierung Druck auszuüben um zu einem harten Kurs in der Nationalitätenpolitik zurückzukehren. Ziel war dabei den polnischen Bevölkerungsanteil zurückzudrängen und eine deutsche Mehrheit in den Ostmarken zu erreichen.

Die antipolnische grenzdeutsche Stimmung fand innerhalb des Deutschen Reichs einen beträchtlichen Widerhall. Unterstützt wurde sie nicht nur von den radikalen Nationalisten und den Nationalliberalen, die immer zu den konsequent antipolnischen Kräften des Kaiserreichs gezählt hatten, sondern auch von den Konservativen, weil die Annahme eines Handelsvertrages mit Rumänien und Russland im Jahre 1894 mit den polnischen Stimmen im Reichstag den Interessen der konservativen Agrarier eindeutig zuwiderlief.³³⁰ Es kam somit zu einer Bündelung aller antipolnischen Kräfte gegen die Regierung Caprivi und die polnische Minderheit.³³¹ In diesem Zusammenhang war die Annäherung Wilhelms II. an Bismarck für die radikalen nationalistischen Agitatoren ein Signal zum Angriff und schon bald formierten sie sich hinter dem Kaiser und dem Altkanzler. Die Wallfahrten zu Bismarck nach Varzin und Friedrichsruh im Jahre 1894/1895, bei der der Eiserne Kanzler vor der zu ihm entsandten Delegation Capravis versöhnliche Polenpolitik mit schönungsloser Härte kritisierte, beflügelten die nationalistischen Agitatoren in ihrem Kampf gegen die Polenpolitik Capravis und gegen die polnischen Bevölkerungsteile.

Es wäre sicherlich zu einfach und verkürzend, wenn man die Entstehung des antipolnischen Milieus allein auf die rücksichtslose Hetze der nationalistischen deutschen Agitatoren zurückführen wollte. Die Zuspitzung des Antipolonismus im Kaiserreich wurde jedoch – neben den innenpolitischen Motiven – vor allem durch einen zunehmend radikaleren deutschen Nationalismus vorangetrieben. Zunächst werden wir nun die geistesgeschichtlichen Grundlagen für diese Entwicklung kurz darstellen.

Nach der Gründung des Deutschen Reichs im Jahre 1871 war das Ziel der deutschen Nationalbewegung – ein Deutscher Nationalstaat – zwar erreicht, die innere „Reichgründung“ verlief jedoch wenig erfolgreich. Die territoriale, konfessionelle und soziale Vielfalt im neu gegründeten deutschen Nationalstaat war beträcht-

³³⁰ Ebd., S. 46.

³³¹ Galos u. a., *Die Hakatisten*, S. 33.

lich und der Versuch, diese Verhältnisse auszugleichen, brachte nur geringe Fortschritte. Eher wurde die Situation durch die beginnende Industrialisierung und Modernisierung des Kaiserreichs um die Jahrhundertwende noch verschärft. Die Gegensätze zwischen Moderne und Tradition, Großunternehmen und Arbeitern, Adel und Bürgertum konnten in diesem dynamischen Prozess nicht beigelegt werden. Die Differenzen schlugen sich selbstverständlich auch im politischen System nieder, wo jede Partei im Reichstag bestimmte Interessengruppen und Verbände vertrat. Kompromisse waren schwierig, und so entwickelte sich im politischen und sozialen System des Deutschen Reichs allmählich ein Kampf von allen gegen alle.³³²

Das einzig Verbindende in dieser Zeit war ein gemeinsamer reichsdeutscher Nationalismus. Durch drei erfolgreiche Kriege und die Gründung des vereinigten deutschen Nationalstaats sowie die erfolgreiche Schiedsrichterrolle auf dem Berliner Kongress 1878 wurde der nationale Stolz der Deutschen beflügelt, der alle sozialen Schichten des Reiches vom Adeligen bis zum Arbeiter vereinte.³³³ Die nationalistischen agitatorischen Parteien, Massenorganisationen und Interessenverbände konnten dies für ihre politischen Ziele ausnutzen. Der deutsche Nationalismus entfaltete sich seit der späten Bismarckzeit und während der wilhelminischen Epoche jedoch anders als zuvor. Nicht mehr die Dynastie sondern das Volk galt den Nationalisten nun als Basis des Staates. Die Interessen des Volkes mussten deshalb als Maßstab aller administrativen Maßnahmen der Regierung gelten, und davon durfte keinesfalls abgewichen werden.³³⁴

Um die völkischen Belange vollständig zu wahren und eine Verletzung der deutschnationalen Interessen durch die Politik der Regierung zu verhindern, entstanden in diesem Zeitraum radikale nationale Organisationen und Verbände, die für sich in Anspruch nahmen, die eigentlichen Repräsentanten des deutschen Volkes zu sein.³³⁵ Dieser völkische deutsche Nationalismus stützte sich vor allem auf rassistische Vorstellungen. Die sozialdarwinistische Idee vom „Kampf ums Dasein“ und die Unterscheidung zwischen einer hochwertigen germanischen und minderwertigen slawischen bzw. jüdischen Rassen, welche Graf Gobineau (1816-1882) und Houston Stewart Chamberlain (1855-1927) in ihren Schriften verkündeten, beherrschte die zeitgenössische Diskussion und fand ihren Niederschlag zwangsläufig auch im völkischen deutschen Nationalismus, so dass die biologisch-rassistische Deutung der Konflikte durch die nationalistische Hetze tief im Bewusstsein der deutschen Öffentlichkeit verankert wurde.³³⁶

³³² Schulze, *Staat und Nation*, S. 260-261.

³³³ Ebd.

³³⁴ Hering, *Konstruierte Nation*, S. 12-13.

³³⁵ Ebd.

³³⁶ Nipperdey, *Deutsche Geschichte 1866-1918*, Band II, S. 304.

Dieser völkisch-deutsche Nationalismus kam in der imperialistischen Epoche in sehr aggressiver Form zum Ausdruck. Spätestens seit den 1890er Jahren nahm er in Deutschland einen stürmischen Aufschwung, wobei sowohl außenpolitische als auch innenpolitische Ziele durch dieses Argumentationsmuster gestützt wurden. So verlangten die Nationalaktivisten die Verwirklichung ihres Traums von der weltweiten Sendung der Deutschen und damit eine deutsche Weltpolitik.³³⁷ Angesichts einer explodierenden Wirtschaftskraft sowie einer enormen politischen Dynamik konnte das kleine Mitteleuropa die Ambitionen dieses verspäteten Nationalstaates offensichtlich nicht mehr befriedigen. Um die Empfindung der nationalen Frustration, die die Deutschen vor allem im Vergleich zu den Nachbarstaaten fühlten, entscheidend zu kompensieren, musste sich auch das Deutsche Reich einen „Platz an der Sonne“ erkämpfen. Das Streben nach Weltgeltung, Prestige und Einflusssphären konnte nur durch imperialistische Abenteuer befriedigt werden, und so setzte auch Deutschland alle Kräfte für die Expansion in Übersee und die Errichtung eines imperialistischen Kolonialreiches ein.

Neben der außenpolitischen hatte der völkisch-deutsche Nationalismus jedoch auch eine innenpolitische Zielsetzung. Um gegen die äußeren Feinde zu bestehen, musste das deutsche Kaiserreich innere Stabilität finden. Die nationalistisch-imperialistischen Agitatoren forderten deshalb, dass alle Staatsangehörigen vorbehaltlos in eine enge Volksgemeinschaft eingegliedert werden sollten, was bis dato noch nicht geschehen war. Die Schuld dafür wurde den inneren Feinden gegeben, wie zum Beispiel den als „illoyal“ gebrandmarkten Sozialdemokraten und Katholiken sowie den in Deutschland lebenden nationalen Minderheiten.³³⁸ Um so rasch wie möglich eine deutsche Volksgemeinschaft zu verwirklichen, wurde gefordert, alle inneren Feinde des Deutschen Reiches zu bekämpfen. Insbesondere die Polen als die größte Minderheitsnation des Deutschen Reiches wurden umgehend von den nationalistisch-imperialistischen Agitatoren ins Visier genommen. Die stetige Zunahme der polnischen Bevölkerungszahl in den Ostgebieten des Deutschen Reiches galt ihnen als „Polonisierungsgefahr“.

In dieser Zeit entstanden in Deutschland mehrere extreme polenfeindliche Organisationen und dabei taten sich der Alldeutsche Verband und der Deutsche Ostmarkenverein besonders hervor. Diese beiden radikalen nationalistischen Organisationen gehörten zu den konsequenten und größten antipolnischen Agitationsvereinen des Deutschen Kaiserreichs. Seit ihrer Gründung zielten sie darauf ab, die deutsche Öffentlichkeit auf breiter Front gegen die Polen aufzubringen. Um die „slawische Flut“ in den deutschen Ostmarken so rasch wie möglich aufzuhal-

³³⁷ Schulze, *Staat und Nation*, S. 262.

³³⁸ Hering, *Konstruierte Nation*, S. 14.

ten, müsse der harte bismarcksche Kurs wieder aufgenommen³³⁹ und das einmal begonnene staatliche Ansiedlungsprogramm erneut energisch vorangetrieben werden.³⁴⁰

Von großem propagandistischen Wert waren dabei die „Kulturträgertheorie“ und die „Urgermanentheorie“, die von deutschen Geschichts- und Literaturwissenschaftlern sowie Publizisten im Laufe des 19. Jahrhunderts im Hinblick auf die Geschichte der mittelalterlichen deutschen Ostsiedlung entwickelt worden waren. Die beiden Propagandaorganisationen sahen die Ostmarken als Produkt der deutschen Ostsiedlung vom Mittelalter bis zur Gegenwart und gleichzeitig als urgermanisches Siedlungsgebiet an.³⁴¹ Der Zuzug der deutschen Siedler vom Mittelalter bis zur Gegenwart habe den Polen zu Kultur und Zivilisation verholfen. Nur dank dieser kulturellen Vermittlung gehörte Polen dem westlichen und nicht dem östlichen Kulturkreis an. Diese Ansichten verbreiteten die beiden antipolnischen Organisationen in ihren Veröffentlichungen unermüdlich. Aus dieser Perspektive beurteilten sie die Bestrebungen der Polen nach nationaler Selbständigkeit als bloße Undankbarkeit. Man müsse sich nun umgehend formieren, um den Kampf, der den Grenzdeutschen von den Polen aufgezwungen werde mit allen Kräften zu unterstützen und die „heiligsten deutschen nationalen Güter“ im Osten zu verteidigen. In der Propaganda um diesen sogenannten „Kampf um die Ostmarken“ nutzten der Alldeutsche Verband und der Deutsche Ostmarkenverein vor allem die bereits von Heinrich von Treitschke verwendeten rassenideologischen Vorstellungen. Die Bedrohung der kulturtragenden „germanischen Rassen“ in den Ostmarken durch die „minderwertigen Rassen“ und „mongolisierten Slaven“ sollte besonders hervorgehoben werden,³⁴² um so die deutsche Öffentlichkeit für sich zu gewinnen und massiven Druck auf die Regierung auszuüben, damit sie durchgreifende politische und administrative Maßnahmen gegen die polnische Bevölkerung ergreifen würde.

Das Reden von „slawischer Überschwemmung“ und „Polonisierung“ in den deutschen Ostmarken war nicht nur hetzerische antipolnische Propaganda, sondern basierte auch auf bestimmten politischen Tatsachen. Als die Caprivische Regierung einige Zugeständnisse an die polnische Bevölkerung machte und die unter Bismarck 1885/86 eingeführte Grenzsperrung gegen die polnischen Landarbeiter abschaffte,

³³⁹ Artikel: Der preußische Staat als Polonisator und Herr Professor Delbrück, in: *Alldeutsche Blätter* vom 15. April 1894. Auch in: *Die deutsche Ostmark, Aktenstücke und Beiträge zur Polenfrage*, hrsg. vom All-Deutschen Verbands, Berlin 1894 (Flugschrift des All-Deutschen Verbandes Nr.1), S. 36-37.

³⁴⁰ Artikel: Nach den Tagen von Marienburg und Thorn: Eine neue Polenpolitik?!, in: *Alldeutsche Blätter* vom 14. Oktober 1894. Auch in: *Die deutsche Ostmark, Aktenstücke und Beiträge zur Polenfrage*, S. 78-95.

³⁴¹ Schulze, *Staat und Nation*, S. 200.

³⁴² *Die Ostmark* vom November 1902, S. 70.

nahm die Zahl der polnischen Landarbeiter wegen des niedrigen Geldlohns im deutschen Osten drastisch zu. Deutsche Landarbeiter wurden verdrängt und die Arbeitsverfassung in den preußischen Ostprovinzen änderte sich grundsätzlich. Vor diesem Hintergrund zog Max Weber (1864-1920) für die nationalen Interessen und gegen die polnischen Landarbeiter zu Feld.

Im Jahre 1893 stellte der Nationalökonom zum ersten Mal seine antipolnischen Thesen auf der Generalversammlung des Vereins für Sozialpolitik in Berlin vor. In seinem Vortrag „Die ländliche Arbeitsverfassung“ ging es um das Problem der ostelbischen Landarbeiter, wobei Weber den kontinuierlichen Abfluß der deutschen Arbeiter und den unaufhaltsamen Zufluß der polnischen Arbeiter beklagte:

Wir werden im Osten denationalisiert, und das ist keineswegs eine bloße Nationalitätensorge, sondern das bedeutet: es wird unser Kulturniveau, der Nahrungsstand der Landbevölkerung und ihre Bedürfnisse herabdrückt auf das Niveau einer tieferen, östlicheren Kulturstufe.³⁴³

Zwei Jahre später machte Weber die zivilisatorische Rückständigkeit der Polen in seiner Freiburger Antrittsrede mit dem Titel *Die Nationalität in der Volkswirtschaft* wiederum zum Thema:

Der polnische Kleinbauer gewinnt an Boden, weil er gewissermaßen das Gras vom Boden frißt, nicht trotz, sondern wegen seinen tiefstehenden physischen und geistigen Lebensgewohnheiten. [...]

Die Menschengeschichte kennt den Sieg von niedriger entwickelten Typen der Menschlichkeit und das Absterben hoher Blüten des Geistes- und Gemütslebens, wenn die menschliche Gemeinschaft, welche deren Träger war, die Anpassungsfähigkeit an ihre Lebensbedingungen verlor, es sei ihrer sozialen Organisation oder ihrer Rassenqualitäten wegen.³⁴⁴

Die kapitalistische Umgestaltung der ostelbischen Großbetriebe, die das preußische Jukertum aus eigenem wirtschaftlichen Interesse betreibe, beeinträchtige jedoch nicht allein die Interessen der deutschen Landarbeiter, sondern das gesamte deutsche Nationalinteresse im Osten, das im Denken Webers im Vordergrund stand.³⁴⁵ Aus diesem Grund forderte er, die Anstellung der polnischen Landarbeiter im ostelbischen Deutschland umgehend zu stoppen oder wenigstens stärker zu beeinschränken,

³⁴³ Weber, Max, Die ländliche Arbeitsverfassung, in: Mommsen, Wolfgang J. (Hrsg.), *Max Weber-Gesamtausgabe 1/4: Landarbeiterfrage, Nationalstaat und Volkswirtschaftspolitik. Schriften und Reden 1892-1899*, Tübingen 1993, S. 176.

³⁴⁴ Weber, Max, Der Nationalstaat und die Volkswirtschaftspolitik, in: *Max Weber-Gesamtausgabe 1/4*, S. 553-554.

³⁴⁵ Flemming, Jens, *Landwirtschaftliche Interessen und Demokratie: Ländliche Gesellschaft, Agrarverbände und Staat 1890-1925*. Bonn 1978, S.57-58.

um Bevölkerungsumschiebungen in den preussischen Ostprovinzen zu Lasten des deutschen Elements zu verhindern. In seinem Plädoyer für eine umfassende Reform der ostelbischen Agrarverfassung hielt er die vollständige Sperrung der Ostgrenze für auslandspolnische Landarbeiter für unentbehrlich. Dann könnten die auf schlechtem Boden nicht mehr haltbaren Güter im ostelbischen Deutschland durch den Staat aufgekauft und in Domänen umgewandelt werden, um so die Ansiedlung von deutschen Bauern energisch voranzutreiben.³⁴⁶

Webers Studien über die ostelbische Landwirtschaft bereiteten ein wissenschaftliches Fundament, auf das sich später die vom Alldeutschen Verband und dem Deutschen Ostmarkverein eingeleitete antipolnische demagogische Kampagne stützen konnte.³⁴⁷

Der im Jahre 1891 gegründete Allgemeine Deutsche Verband, dessen Name 1894 in „Alldeutscher Verband“ geändert wurde, hatte im Kampf gegen die caprivische Versöhnungspolitik zunächst starken Zulauf.³⁴⁸ Gerade während der Umstrukturierung des Verbandes 1894 fand die Führungsschicht in der polnischen Frage einen guten Ausweg aus der Verbandskrise indem sie eine großangelegte antipolnische Hetzkampagne führte.

Eine Reihe von Flugschriften des Verbandes aus dem Jahr 1894 beschäftigte sich mit dem Nationalitätenkampf in den deutschen Ostmarken. Darin versuchte der Alldeutsche Verband die Polenfrage mit der „Daseinsfrage des Deutschtums“ im Osten in Verbindung zu bringen. Der neu gewählte Verbandsvorsitzende, der Leipziger Professor Ernst Hasse (1846-1908), appellierte angesichts des wachsenden Anteils der polnischen Bevölkerung in den preußischen Ostprovinzen an tiefliegende Ängste:

³⁴⁶ Weber, Max, Zur Polenfrage, Bericht in der Flugschrift des Alldeutschen Verbandes, in: *Max Weber-Gesamtausgabe* I/4, S. 719.

³⁴⁷ Das negative Polenbild von Max Weber hat sich nach der russischen Revolution von 1905/06 jedoch in einer merkwürdigen Weise verändert. Seitdem trat er als Befürworter der polnischen „Kultur selbständigkeit“ im Deutschen Reich auf. Im Jahre 1908 hob er sogar die Sinnlosigkeit des deutschen Sprachenzwanges in Bezug auf die polnische Bevölkerung hervor, wie er im Artikel 12 des Reichsvereinsgesetzes von 1908 zum Ausdruck kam. Webers revidierte Haltung gegenüber den Polen war nicht unbegründet. Aus Furcht vor der nahen russischen Gefahr setzte er stärker auf eine Verständigung zwischen dem Deutschen Reich und den Polen in Preussen und in Russland, um der Idee einer antideutschen Koalition zwischen Russen und Polen zu beseitigen. Aus dem gleichen Grund regte er seit 1916 an, die deutsch-polnische Freundschaft den Boden zu entziehen. Vom Wandel einer antipolnischen zu einer propolnischen Haltung kann man aber nicht reden sein. Weber war von Grund auf der Überzeugung, dass die bürgerlich-deutsche Zivilisation gegenüber der polnischen, und die westliche europäische Kultur der östlichen durchaus überlegen sei. Aus diesem Grund scheint die Veränderung seiner Einstellung gegenüber den Polen eher eine provisorische Strategie zu sein. Siehe Konno, Hajime, *Max Weber und die polnische Frage (1892-1920) – Eine Betrachtung zum liberalen Nationalismus im wilhelmschen Deutschland*, Baden-Baden 2004, S. 195-201.

³⁴⁸ Grabowski, *Deutscher und Polnischer Nationalismus*, S. 52.

Vollzieht sich denn nicht vor unseren Augen ununterbrochen eine Verschiebung der Volksgrenzen zu Ungunsten des deutschen Volkstums? Sollen wir da ruhig zusehen, daß dies auch da vor sich geht, wo wir die Herren im Hause sind?³⁴⁹

Hasse stellte den Alldutschen Verband dar als die konsequenteste Organisation „zur Wahrung der deutschnationalen Interessen gegen das immer übermütiger werdende Slawentum und seine Unkultur, zur Aufklärung und Warnung der Regierung, aber auch zur energischen Bekämpfung aller unberechtigten polnischen Bestrebungen und Forderungen“.³⁵⁰ Durch diese übertriebenen Äußerungen sollte offensichtlich eine nationale Bedrohung der Deutschen suggeriert werden, um den radikalen Forderungen des Verbandes im gesamten Reich Gehör zu verschaffen. Der Verband reklamierte durch diese Instrumentalisierung der Ostsiedlungsgeschichte die Ostmarken für die Deutschen, und natürlich dienten die „Urgermanentheorie“ und „deutsche Kulturträgertheorie“ der historischen Untermauerung. Den Begriff vom „polnischen Boden“, der von Zeitgenossen häufig gebraucht wurde, lehnte Hasse strikt ab, da die deutschen Ostmarken zu den Siedlungsplätzen der alten Ostgermanen gehört hätten und schon vor der Völkerwanderung deutscher „Volksboden“ gewesen seien. Spätestens „vor der Schlacht von Tannenberg“ seien sie „preußisches Staatsgebiet“ geworden.³⁵¹

Dass die deutschen Ostmarken im Mittelalter erst durch die Deutschen im Schweiß ihres Angesichts erschlossen worden seien und daher für immer und ewig deutscher Besitz seien – diese bereits von Freytag und von Treitschke sowie anderen nationalen Geschichtswissenschaftler und Publizisten vertretene Ansicht wurde zum Angelpunkt seines Geschichtsbildes:

In einem tausendjährigen Ringen hat sich das deutsche Volk seine heutigen Wohnsitze geschaffen. Der größere Teil des Volksgebietes der Deutschen in Mitteleuropa mußte dabei den Slawen abgerungen werden. [...] [Daran] waren alle Hauptkräfte des deutschen Volkes seit dem Jahre 700 beteiligt, nach einander und zusammen wirkend. Das deutsche Königtum und das Rittertum durch die Eroberung des Ostens, die Kirche, das Städtetum (Hansa) und das Bauerntum durch die Festhaltung und Besiedelung des Ostens. Und als die große Germanenflut nach dem Osten um 1400 zum Stillstand gekommen war, da haben die größten Fürsten aus dem hohenzollernschen Hause, [...] die Arbeit wieder aufgenommen [...].³⁵²

³⁴⁹ Hasse, Ernst, Die Polenfrage, eine Daseinsfrage des Deutschtums, in: *Die deutsche Ostmark: Aktenstücke und Beiträge zur Polenfrage*, S. 9.

³⁵⁰ Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde (BArch B), R 8048/3, Vertrauliches Schreiben von Prof. Ernst Hasse im Namen des Präsidiums des Alldutschen Verbandes, 27. Mai 1894, Bl. 125.

³⁵¹ Hasse, Die Polenfrage, S. 9.

³⁵² Ebd., S. 9-10.

Seine Auffassung, dass es in der deutschen Geschichte im Osten eine ungebrochene Entwicklungslinie gebe, die von den mittelalterlichen Kaisern, den Fürsten und Hochmeistern, dem Bauerntum sowie der Hanse, über Friedrich den Großen und Bismarck bis hin zu Kaiser Wilhelm II. reiche, wirft auch ein bezeichnendes Licht auf die damalige gesamtdeutsche Geschichtsauffassung. Die Vorstellung von einer ungebrochenen Kontinuität wurde innerhalb der deutschen Historiographie und Publizistik bereits im 19. Jahrhundert als grundlegendes Prinzip angesehen und insbesondere der Alldeutsche Verband und die anderen nationalen Agitationsorganisationen vertraten mit Nachdruck diese Auffassung.

Allerdings beförderte die Berufung auf die mittelalterliche deutsche Ostsiedlungsgeschichte und die Annahme einer ungebrochenen Kontinuität in der ostdeutschen Geschichte vom Mittelalter bis zur Neuzeit nicht nur seine antipolnische Haltung, sondern auch das stark rassistische Denken des Verbandes. Der Alldeutsche Verband war zwar nicht der Initiator der rassistischen Ideologeme in Deutschland – dabei spielte der Nationalliberale Heinrich von Treitschke eine wichtige Rolle – verbreitet wurde der sehr aggressive und gewaltsame Rassismus allerdings durch den Alldeutschen Verband und andere nationale Organisationen. Die Rückprojizierung des Nationalitätenkampfes in die mittelalterlichen deutsch-polnischen Auseinandersetzungen und auch die Bezeichnung des pränationalen Ressentiments zwischen den beiden Völkern als „politisch-nationaler Gegensatz“ und „Rassenkampf“, die bereits von Treitschkes vorgenommen hatte, wurden nun vom Alldeutschen Verband übernommen. Während aber die Funktion des Rassenkampfes und die Forderung einer amtlichen Germanisierungspolitik gegenüber der polnischen Bevölkerung bei von Treitschke auf der Überlegung einer nationalen Integration basierte, gab der Alldeutsche Verband dem Rassismus eine noch radikalere und extremere Bedeutung und proklamierte einen prinzipiellen Unterschied zwischen Deutschen und Polen sowie die Hochwertigkeit der germanischen und die Minderwertigkeit der slawischen Rasse.

Besonders deutlich geht das aus den Beschlüssen einer Verbandstagung hervor, die 1903 in Plauen veröffentlicht wurden. In der Satzung heißt es:

Der Alldeutsche Verband erstrebt Belebung der deutschnationalen Gesinnung, insbesondere Weckung und Pflege des Bewußtseins der rassenmäßigen und kulturellen Zusammengehörigkeit aller deutschen Volksteile.³⁵³

³⁵³ Handbuch des Alldeutschen Verbandes, 22. Aufl. 1918, S. 60-69. Zitiert nach: Hering, *Konstruierte Nation*, S. 124.

Durch die Aufnahme der Rassenideologie in die Verbandsprogrammatik wird hier auch das endgültige Ziel des Verbandes deutlich, kurzgefasst in der Parole: „das Deutsche Reich muss ein deutsches werden“.³⁵⁴ Propagiert wurde die rassistische Idee vor allem auch durch die Schrift Hasses *Die Zukunft des Deutschen Volkstums*, in der er den Rassismus in den Mittelpunkt stellte. Hier erscheint die Rasse als ein Definitionsmerkmal des deutschen Volkes an sich. Mit Äußerungen wie: „unsere Zukunft liegt im Blute“³⁵⁵ forderte er eine Sonderstellung des deutschen Volkes im Deutschen Reich. Diese Rassenideologie vertrat auch Heinrich Claß (1868-1953), der als Nachfolger von Ernst Hasse ab 1908 Vorsitzender des Alldeutschen Verbandes war. Schon seit 1901 Mitglied der Verbandshauptleitung zählte er zu den Aktivisten des radikalen Flügels. Unter seinem Einfluss wurde die rassistische Idee schließlich in das Verbandsprogramm aufgenommen. Wie umfassend der Rassengedanke die politische Haltung des Alldeutschen Verbandes unter der Führung von Claß beherrschte, zeigt sich beispielsweise in der Diskussion um das Staatsangehörigkeitsrecht im Jahre 1912, in welcher der Alldeutsche Verband den Reichstag aufforderte, ein Gesetz über die Rassentrennung zu verabschieden.³⁵⁶

Unter diesen rassistischen Vorzeichen entfachte der Alldeutsche Verband eine verschärfende Propagandakampagne gegen die polnische Bevölkerung. Im Verbandsprogramm des Jahres 1903 wurde gefordert, die im Deutschen Reich lebenden Polen seien unbedingt zu bekämpfen. Damit erreichte die Propaganda des Alldeutschen Verbandes gegen die Polen nun ihre gewaltsame Phase. Während sein Ziel zu Anfang noch die „Zurückdrängung der polnischen Hochflut“³⁵⁷ und die „Verhinderung der Polonisierung“³⁵⁸ des deutschen Volkes im Osten war, schlug diese Haltung um die Jahrhundertwende in einen aggressiven Antipolonismus um. Damit erhob der Verband auch die Forderung nach Auswanderung bzw. Ausweisung oder vollständiger Germanisierung der polnischen Bevölkerung.³⁵⁹ So verfolgte Hasse beispielsweise das Ziel „möglichst viele fremde Volksbestandteile durch Auswanderung auszuscheiden“.³⁶⁰ Da diese Forderung nicht zu verwirklichen war, sollten zumindest die Rechte der polnischen Bevölkerung in allen Gebieten eingeschränkt werden. Die Forderung von repressiven Maßnahmen gegen die Polen wie z. B. die Zwangsenteignung polnischer Grundbesitzer wurde in diesem Zeitraum zu einem Schwerpunkt der Propagandaarbeit des Verbandes. Gleichzeitig hielt der

³⁵⁴ Hering, *Konstruierte Nation*, S. 124-125.

³⁵⁵ Hasse, Ernst, *Die Zukunft des deutschen Volkstums*, München 1907, S. 46.

³⁵⁶ Hering, *Konstruierte Nation*, S. 126.

³⁵⁷ Artikel: Unsere Forderungen in der Polenfrage, Beschlüsse des Alldeutschen Verbandstages vom 9. September 1894, in: *Die Deutsche Ostmark*, S. 43.

³⁵⁸ Ebd.

³⁵⁹ Hering, *Konstruierte Nation*, S. 127.

³⁶⁰ Hasse, *Die Zukunft des deutschen Volkstums*, S. 59.

Alldeutscher Verband die Ansiedlung des angeblich leistungsfähigeren deutschen Bauernstandes in den Ostmarken für dringend erforderlich. Schließlich wurde gefordert, die Germanisierungsmaßnahmen in den Gebieten der Ostmarken mit mehrheitlich polnischer Bevölkerung auf allen gesellschaftlichen Ebenen und vor allem im Schulwesen vollständig umzusetzen.³⁶¹

In dieser Phase des forcierten antipolnischen Kampfes erschien die mittelalterliche deutsche Ostsiedlungsgeschichte für die Propaganda des Alldeutschen Verbandes nun nicht allein als eine Lehre aus der deutschen Vergangenheit, sondern im Sinne der antipolnischen Propaganda als unmittelbar praxistauglich. Beständig wies der Verband auf die Erschließung Preußens durch die vom Orden gerufenen deutschen Bauern hin, und unterstrich so seine Argumentation, wonach die deutsche Regierung auf gleiche Weise „die polnische Gefahr“ in den deutschen Ostmarken beseitigen könne. In der historischen Monographie *Die deutsche Geschichte*, die Heinrich Claß 1909 veröffentlichte, fand diese Auffassung einen deutlichen Niederschlag. Die Geschichte der deutschen Ostsiedlung wurde als die „große Tat [...] der mittelalterlichen Geschichte“ schlechthin beschrieben.³⁶² Die Deutschen hätten im Osten ihre kulturelle Reife unter Beweis gestellt und diese historische Erfahrung sei die beste Voraussetzung für ein Ansiedlungsprogramm deutscher Bauern. Würde man zugleich gewaltsame Germanisierungsmaßnahmen in die Ostmarken des Deutschen Reiches durchsetzen, könnte die dortige Landnot allmählich gemildert werden.³⁶³

Im Vergleich zum Alldeutschen Verband, dessen Programm neben der Bekämpfung der polnischen Minderheit im Deutschen Reich auch die deutschen Expansionsbestrebungen in der Welt befürwortete, trat der Deutsche Ostmarkenverein vor dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs lediglich für die vollständige Germanisierung der polnischen Bevölkerung in den Ostprovinzen des Deutschen Reichs ein.

Im Jahre 1894 wurde der „Verein zur Förderung des Deutschthums in den Ostmarken“ aus Protest gegen den versöhnlicheren Polenkurs ins Leben gerufen, beflügelt durch den Kampfruf Bismarcks zur Beendigung der caprivischen Polenpolitik in Posen. Wenige Jahre später nannte man sich dann „Deutscher Ostmarken-Verein“. Auf polnischer Seite wurde dieser Verein fast ausnahmslos mit dem als pejorativ empfundenen Begriff „Hakatisten“ bezeichnet, was sich auf die Anfangsbuchstaben der Familiennamen der drei Vereinsgründer bezog: Ferdinand

³⁶¹ Hering, *Konstruierte Nation*, S. 127.

³⁶² Claß, Heinrich, *Deutsche Geschichte*, Leipzig 1914, S. 66.

³⁶³ Wippermann, Wolfgang, *Ostsiedlung*, S. 65.

von Hansemann, Hermann Kennemann und Heinrich von Tiedemann.³⁶⁴ In der Gründungsphase setzte sich der Ostmarkenverein „die Kräftigung und Sammlung des Deutschthums in den mit polnischer Bevölkerung durchsetzten Ostmarken des Reichs durch Hebung und Befestigung deutschnationalen Empfindens sowie durch Vermehrung und wirtschaftliche Stärkung der deutschen Bevölkerung“³⁶⁵ zum Ziel. Schwerpunktmäßig beobachtete der Ostmarkenverein die Nationalitätenpolitik der Regierung in den östlichen Provinzen. Hier stellte er sich als einzig wahren Vertreter der grenzdeutschen nationalen Interessen dar und versuchte, für die angeblich bedrohliche Lage des Deutschthums im Osten in der Öffentlichkeit Interesse zu wecken. In seiner Pressearbeit propagierte er den Erwerb von ländlichem und städtischem Grundbesitzes durch Deutsche und die Ansiedlung von Gewerbetreibenden sowie die Kräftigung des deutschen Mittelstands im Osten als Gegenmaßnahmen.³⁶⁶

Obwohl der Ostmarkenverein aus der Sicht seiner Führung „ein Verein für das Deutschthum, nicht gegen das Polenthum“ sein sollte,³⁶⁷ können solche defensiven Äußerungen den aggressiven Charakter seiner polenfeindlichen Stellungnahmen nicht überdecken. Bereits in seiner Gründungsphase vertrat der Ostmarkenverein massiv antipolnische Positionen:

Pflege der idealen Gesinnung des Ostmärkers die Fürsorge für sein wirtschaftliches Fortkommen und die Gewinnung der Teilnahme von ganz Deutschland für den Kampf seiner Vorhut gegen den Ansturm der Slaven.³⁶⁸

Vor dem Hintergrund eines wachsenden polnischen Bevölkerungsanteils und der verstärkten Mobilisierung des polnischen Nationalismus in den Ostprovinzen wurden die Positionen des Vereins zunehmend radikaler. Um die Öffentlichkeit auf seine Seite zu ziehen und die nationalen Interessen der Grenzdeutschen in den östlichen Provinzen reichsweit publik zu machen, verbreitete der Deutsche Ostmarkenverein in seinen Publikationen und auf Massenkundgebungen wiederholt das allseits bekannte Negativbild von den Polen. Diese wurden dabei als Inbegriff aller Scheußlichkeiten und als anmaßend dargestellt, was zu „unerträglichen Zuständen in der Provinz“ führe, wo der slawische Übermut sich „bis zur Frechheit“ steigere. Auch schilderte man dort die „schrecklichen Leiden der Deutschen, die in ihrer Hilflosigkeit

³⁶⁴ Grabowski, *Deutscher und Polnischer Nationalismus*, S. 210.

³⁶⁵ Satzung des Deutschen Ostmarkenvereines vom 8. Mai 1904, in: Geheimes Staatsarchiv Preussischer Kulturbesitz Berlin (GStA PK), Hauptabteilung I, Repositur 195, Nr. 2, Vol. I, Bl. 24.

³⁶⁶ Oldenburg, Jens, *Der Deutsche Ostmarkenverein 1894 - 1934*, Berlin 2002, S. 58.

³⁶⁷ Formulierung aus mehreren Schreiben des Ostmarkenvereins an preußisch-deutsche Ostmarkpolitiker. in: GStA PK, Hauptabteilung I, Repositur 195, Nr. 90, Bl. 1 und 2.

³⁶⁸ Festschrift zum 10jährigen Stiftungsfest. In: GStA PK, Hauptabteilung I, Repositur 195, Nr. 71, Bl. 4.

keit zu Unterthanen eines polnischen Großherzogthums gepreßt zu werden Gefahr liefen“.³⁶⁹

Die Geschichte der mittelalterlichen deutschen Ostsiedlung als „beste Lehre“ aus der deutschen Vergangenheit wurde in den Dienst der ideologisch-propagandistischen Kampagne des Ostmarkenvereins gegen die Polen gestellt. Mit dem „deutschen Pflug“ und mit „harter und unermüdlicher Arbeit“ hätten die im Mittelalter und in der Neuzeit nach Osten eingewanderten Deutschen blühende deutsche „Kulturwerke und Kulturwerte“ in den altgermanischen Siedlungen geschaffen. Die Gründung des mittelalterlichen Deutschordensstaates im Nordosten galt aus dieser Sicht vor allem als Beispiel für die hervorragenden kulturellen Errungenschaften der Deutschen im Osten. Die unzähligen Publikationen und Veröffentlichungen des Vereins betrachteten die Geschichte des Ordensstaates als ehrenvoll für die gesamtdeutsche Geschichte an sich.³⁷⁰

Die deutschen Ostmarken seien mit deutschem „Gut und Blut“ und mit deutschen „Schwert und Pflug“³⁷¹ zu Deutschland gekommen. In dem Eroberungs- und anschließenden Erschließungsprozess durch den deutschen Orden und die eingewanderten Deutschen seien die Ostmarken „mit deutschem Blute, mit deutschem Pflug und deutschem Schwert“³⁷² schließlich „zu einem kostbar edlen Gute“³⁷³ geworden. Diese These vertrat der berühmte Schriftsteller Felix Dahn in seinem, dem Ostmarkenverein gewidmeten *Deutschen Ostmarken-Lied* besonders prononciert. Begleitet wurde die Glorifizierung der kulturellen deutschen Errungenschaften des Mittelalters durch polenfeindliche Äußerungen. Obwohl die Ostmarken durch den unermüdlichen Fleiß der mittelalterlichen deutschen Siedler von einer Wildnis in Kulturland verwandelt worden seien, würden sie noch immer durch die rachsüchtigen und undankbaren Polen bedroht. Schließlich sei der zivilisatorische Ordensstaat jedoch den rohen und barbarischen Polen in der Schlacht bei Tannenberg unterlegen, was aber nicht auf militärische Unterlegenheit zurückzuführen sei, sondern auf „Volksverräter“ innerhalb des Ordensstaates.³⁷⁴ Der Untergang des deutschen Kreuzrittertums im Osten müsse daher unbedingt als mahnendes Ereignis im Gedächtnis aller Deutschen bewahrt bleiben. Deshalb solle die deutsche Regierung ihrer Pflicht zur Bewahrung der Ostmarken nachkommen und das Deutschtum im Osten keinesfalls im Stich lassen.³⁷⁵

³⁶⁹ *Die Ostmark* vom Januar 1899, S. 5.

³⁷⁰ *Die Ostmark* vom April 1897, S. 27-28.

³⁷¹ Holz, Ernst, Wacht im Osten, in: *Die Ostmark* vom Mai und Juni 1902, S. 33.

³⁷² Dahn, Felix, Deutsches Ostmarken-Lied, in: *Die Ostmark* vom April 1902, S. 25.

³⁷³ Ebd.

³⁷⁴ *Die Ostmark* vom Mai und Juni 1902, S. 32.

So lange das gesamte deutsche Volk die edelsten seiner Söhne nach dem Osten schickte, um den deutschen Orden im Kampfe gegen die slavische Unkultur zu unterstützen, so lange war der deutsche Ordensstaat vielleicht die schönste und leuchtendste Blüte, die der Lebensbaum des deutschen Volkes je gezeigt hat. Als dann aber diese Züge begeisterter deutscher Ritter, zäher Bauern und tüchtiger Handwerker nach dem Osten nachließen, als die Macht des deutschen Kaiserreiches verblasste, und das deutsche Volk die Ordensritter im Stiche ließ, da war das Schicksal dieses deutschen Musterstaates im östlichen Siedlungsgebiet besiegelt. Der tragische Untergang des deutschen Ordens muß dem deutschen Volke auch heute noch eine ernste Mahnung sein, daß es schon aus Gründen der eigenen Selbsterhaltung die bedrängten deutschen Brüder im Osten nicht verlassen darf.³⁷⁶

Die Redaktion der *Ostmark* weist hier ebenfalls auf das Schicksal des an Polen gefallenen ehemaligen Ordenslandes hin und bemüht vor allem das Thorner Blutgericht von 1724 als Mahnung für eine antipolnische Mobilisierung, ganz im Sinne der Position Dahns.³⁷⁷ In der Beurteilung dieses Religionskonfliktes kommt hier nicht allein ein heftiger Vorwurf gegen die Engstirnigkeit und Intoleranz der polnischen Jesuiten zum Ausdruck, sondern vielmehr auch gegen die polnische Adelrepublik mit ihren Missständen, die als eine Ansammlung von Fanatikern gesehen wird. Die Thorner Bürger hätten ein mangelndes „Deutschbewusstsein“ besessen, und deshalb dieses traurige Schicksal erlitten:

Das schwerwiegende, traurige Schicksal zeigt sich dem zurückschauenden Blick als Folge des unseligen, durch Streitigkeiten und Mangel an Deutschbewusstsein wegen wirtschaftlicher Vortheile herbeigeführten Abfalls an die Polen im Jahre 1454. Damit kamen die Händel, polnisches Bestechungswesen und Zerrüttung der Wohlhabenheit des Gemeindewesens in die deutsche Verwaltung. Der Einbruch der Jesuiten brachte die unausgesetzten Kämpfe in religiöser Beziehung; der Untergang des Deutschthums, sowie die Beraubung der evangelischen Kirche war die unausbleibliche Folge der Verbindung der Jesuiten mit den Polen.³⁷⁸

„Der scheinbare Sieg der Jesuiten“ über den deutschen Protestantismus – bei voller Unterstützung durch die Polen – führe jedoch gleichzeitig den späteren „Untergang des polnischen Reiches“ herbei,³⁷⁹ denn nun zeige sich der Öffentlichkeit, was der religiöse Fanatismus und die adlige Anarchie sowie die bäuerliche und bürgerliche Knechtschaft aus der polnischen Adelrepublik gemacht hätten. Aus diesen Gründen sei die spätere Teilung Polens unausweichlich gewesen und „die Weltge-

³⁷⁵ Wippermann, *Ordensstaat*, S. 189 und 194.

³⁷⁶ *Die Ostmark* vom Juli und August 1902, S. 42.

³⁷⁷ *Die Ostmark* vom April 1897, S. 27-30; sowie vom Mai 1897, S. 35-39.

³⁷⁸ *Die Ostmark* vom Mai 1897, S. 39.

³⁷⁹ Ebd.

schichte“ hätte „dem Thorner Blutgericht gewissermaßen eine Sühne gewährt“.³⁸⁰ Obwohl das „Gesetz“ der Weltgeschichte die Desintegration des polnischen Staates verurteile, dürften alle Deutschen das eigene Nationalbewusstsein nicht wieder aus dem Gedächtnis verlieren, sonst bedrohe „die polnische Gefahr“ und die polnische Tyrannei das Deutschtum im Osten erneut: „Gedenke, daß Du ein Deutscher bist.“,³⁸¹ so beendet die Redaktion der *Ostmark* eine ihrer Publikationen.

Wurde hier noch das „Deutschbewusstsein“ vorgeschoben, so war doch das rassistische Denken bereits tief verwurzelt, und die rassistische Ideologie wurde in den antipolnischen Kampagnen gerne genutzt. Diese Tendenz verstärkte sich später noch, wie man dem Vereinsorgan des Ostmarkenvereins entnehmen kann.

Da die von Deutschen geschaffenen Kulturwerke im Osten schon einmal in die Hände der raublustigen und rachsüchtigen Polen gefallen seien und dann unter der polnischen Willkürherrschaft gelitten hätten, müsse das Deutsche Kaiserreich die Lehre aus dieser schmerzhaften Vergangenheit nun unbedingt ziehen und die erworbenen ehemals polnischen Staatsgebiete um jeden Preis in Besitz nehmen, denn auf diese Inbesitznahme baue die moralische und geistliche Eroberung auf. Aus dieser Perspektive verbreiteten die Führungsschicht des Vereins und ihre Vertreter wie der Historiker Karl Lamprecht (1856-1915) die These eines rassistischen Heldenkults. Dabei wurden die Deutschen als Herrenvolk und höhere germanische Rasse und die Polen als unterworfenen und niedere slawische Rasse angesehen:

Aber wenn wir jetzt die südöstliche und die nordöstliche Kolonisation mit Rücksicht auf den Charakter der in dem Lande von den Deutschen schon vorgefundenen Bevölkerung vergleichen, so ergibt sich doch ein Resultat. Was überall einzog von Deutschen, das waren Aristokraten, gegenüber den Slaven Herren. [...] da der Impuls (gemeint ist die deutsche Vorherrschaft im Osten) von der aristokratischen Seite her ausgeht, aus den Kreisen der sozial führenden Deutschen, die im Osten leben, so muß vor allen Dingen dieser Impuls fort dauern.³⁸²

Da die „Urgermanentheorie“ und „deutsche Kulturträgertheorie“ für die Deutschen vor dem Hintergrund der immer ungünstigeren Lage in den Ostmarken allmählich nicht mehr stichhaltig erschienen, stand auf deutscher Seite nun begreiflicherweise die These von der hochwertigen germanischen und der minderwertigen slawischen Rasse im Zentrum der Aufmerksamkeit, weil sie den Deutschen im Kampf um die Ostmarken ein noch schlagkräftigeres Argument an die Hand gab.

³⁸⁰ Ebd.

³⁸¹ Ebd.

³⁸² Lamprecht, Karl, Die Lehren der Kolonisation Ostdeutschlands für die Politik der Gegenwart, Teil 2, in: *Die Ostmark* vom August 1898, S. 92.

Die mit der erstarkten antipolnischen Haltung eng verbundene ideologische Geschichtsauffassung der mittelalterlichen deutschen Ostsiedlung spiegelt sich in der tagtäglichen praktischen Vereinsarbeit der beiden polenfeindlichen Organisationen wider. Bei allen geforderten repressiven Maßnahmen gegen die polnische Bevölkerung, insbesondere bei der Ansiedlung von Deutschen in den östlichen Provinzen, beim vollständigen Verbot der polnischen Sprache im Religionsunterricht und bei Massenkundgebungen sowie schließlich auch bei der Zwangsenteignung polnischer Güter tritt diese Denkweise sehr deutlich in Erscheinung.³⁸³ Diese Forderungen übten in den folgenden Jahren tatsächlich einen massiven Einfluss auf der Polenpolitik der deutschen Regierung und vor allem auf die Ostmarkenpolitik der preußischen Provinzialverwaltung aus.

Die erfolgreiche Beeinflussung von Verwaltungsmaßnahmen wurde durch einflussreiche Gönner unterstützt, die sich mit der Forderung der beiden Organisationen nach einem harten Polenkurs solidarisierten. Zu diesen zählt vor allem der Vorsitzende des Direktoriums der Friedrich Krupp AG und Pressegegigant Alfred Hugenberg (1865-1951).

Hugenberg war Mitbegründer des Alldeutschen Verbandes gewesen. Zwischen 1894 und 1899 arbeitete er als Mitarbeiter der Ansiedlungskommission und seit 1900 war er in der Geschäftsführung der wichtigsten Genossenschaftsverbände in Posen tätig. Während dieser Zeit war er mit einigen einflussreichen Mitgliedern des Deutschen Ostmarkenvereins freundschaftlich verbunden. Er übernahm einige der Forderungen des Ostmarkenvereins und setzte sie in antipolnische Maßnahmen um. So war er eine Klammer zwischen den beiden Organisationen und koordinierte die antipolnische Kampfstrategie.³⁸⁴

Bereits in seiner Doktorarbeit *Innere Kolonisation im Nordwesten Deutschlands* von 1888 zeichnete Hugenberg die Vorstellung der nationalpolitischen Auf-

³⁸³ Deutscher Ostmarken-Verein, *Rückblicke auf die preussische Ostmarkenpolitik*, Berlin 1912, S. 1-24.

³⁸⁴ Der letzte Paragraph des Gründungsstatutes des Ostmarkenvereins lautet, dass dem Vorstand eine Ermächtigung erteilt wird, „mit dem Alldeutschen Verbands Abmachungen zum Zwecke eines einträchtigen Zusammenwirkens beider Vereine zu treffen“. Dieselbe Haltung wurde auch vom Alldeutschen Verband vertreten (siehe § 14 der Satzung vom 3. November 1894). In der Praxis blieben jedoch die Beziehungen zwischen den beiden antipolnischen Organisationen wenig freundschaftlich. Der Hauptvorstand des Ostmarkenvereins, Tiedemann, nannte sogar schon 1894 in leicht kritischem Ton den damaligen Posener Vertreter des Alldeutschen Verbandes, Hugenberg, einen „schwärmerischen Idealisten“ und bemerkte: „Unklarheit u. Kraftlosigkeit ist die Signatur der Alldeutschen. Wir stehen ihnen freundlich gegenüber, weil sie Deutsche sind.“ (siehe Heinrich von Tiedemann an Max von Binzer, 29. Dezember 1894, GStA PK, I. HA Rep. 195; Deutscher Ostmarken-Verein, Nr. 90 Bl. 18-19 (M), hier Bl. 18). Obwohl von einer Zusammenarbeit zwischen den beiden Organisationen im antipolnischen Kampf also keine Rede sein kann, unterhielten die Ortsgruppen der beiden Organisationen oft enge Kontakte. Vor allen Dingen gab es viele prominente Mitglieder wie Dietrich Schäfer und Max Weber, die sich in beiden Organisationen stark

gabe vor, mit den Worten: „Unsere wirtschaftliche Selbständigkeit können wir uns nur durch die Sicherung und kapitalistische Erschließung politisch von uns abhängiger, tropischer Kolonien bewahren.“³⁸⁵ Mit dieser Ambition wandte er sich wenige Jahre später der kolonisatorischen Tätigkeit in den Ostprovinzen zu. Die Organisation des deutschen Siedlerzuzuges und die vollständige Germanisierung der Ostmarken waren dabei seine Hauptaufgabe in der Ansiedlungskommission.

Nach seiner Auffassung sollte man auf deutscher Seite unbedingt eigene private Genossenschaften in den Ostmarken einrichten, damit die deutschen Neusiedler im Osten endlich selbständig werden und zum entscheidenden Abwehrbollwerk gegen die „slawische Flut“ werden könnten. Mit diesem Leitgedanken organisierte Hugenberg das Vorgehen und die Taktik der Ansiedlungskommission völlig neu. Besonders durch die Errichtung der privaten ländlichen Genossenschaften in der Provinz Posen, worum er sich mit vollem Einsatz bemühte, verbesserte die Kommission in kurzer Zeit ihre Wirtschaftlichkeit, was die eigene Position stärkte.³⁸⁶

Obwohl die „Beförderung deutscher Ansiedlungen“ durch die Ansiedlungskommission unter seiner Leitung scheinbar einen großen Schritt nach vorne machte, wechselte er 1900 auf den Posten des Direktors der Raiffeisengenossenschaften. In den folgenden Jahren setzten er und einige seiner Freunde, darunter vor allem Leo Wegener, der Leiter der Geschäftsstelle des Deutschen Ostmarkenvereins in Posen war und durch „die gleichen Anschauungen über die Gefährdung des Deutschtums im Posener Lande und die Aufgaben des Genossenschaftswesens“ mit Hugenberg verbunden, sich intensiv für den planmäßigen Ausbau des deutschen Bank- und Kreditgenossenschaftswesens in den Ostmarken ein. Offensichtlich wollte er das private deutsche Genossenschaftswesen in den preußischen Ostprovinzen verbreiten, damit die Ansiedlungskommission durch die stetige finanzielle Unterstützung des Genossenschaftsverbandsnetzes die deutsche Siedlungstätigkeit befördern konnte. Je wirkungsvoller die kolonisatorischen Aufgaben der Ansiedlungskommission in der Ostmark wahrgenommen wurden, desto mehr Einfluss gewann die Ansiedlungskommission in der polnischen Frage auf die Regierungspolitik und desto unverzichtbarer wurde Hugenberg für die Sache des ostmärkischen Nationalitätenkampfes.³⁸⁷ Aus diesen beiden, von Hugenberg und seinem Freundeskreis beeinflussten oder sogar gesteuerten Organisationen, der Ansiedlungskommission und der Raiffeisengenossenschaft in Posen und Westpreußen, bestand das

engagierten. Durch diese Doppelmitgliedschaften gab es auch zwischen den Forderungen beider Vereine etliche Gemeinsamkeiten.

³⁸⁵ Hugenberg, Alfred, *Innere Kolonisation im Nordwesten Deutschlands*, Straßburg 1891, S. 451.

³⁸⁶ Guratzsch, Dankwart, *Macht durch Organisation. Die Grundlegung des hugenbergschen Pressimperiums*, Düsseldorf 1974, S. 26-27.

³⁸⁷ Ebd.

sogenannte „Kampfinstitut“ des östlichen Nationalitätenkampfes, das in den folgenden Jahren die Ansiedlungspolitik der Deutschen Regierung entscheidend beeinflusste.³⁸⁸

Nach der hervorragenden Organisation des Genossenschaftsverbandsnetzes trat er 1903 als Vortragender Rat in das preußische Finanzministerium ein. Seine Verdienste um die Germanisierung in den Ostprovinzen waren bekannt und offenkundig versuchte er nun, den Polenkurs der Regierung weiter in dieser Richtung zu beeinflussen. Seine Taktik bestand darin, die endgültige Germanisierung der Ostmarken durch die Doppelstrategie von amtlicher Verwaltungs- sowie privater Genossenschaftstätigkeit zu erreichen. In diesem antipolnischen Propagandakampf orientierte er sich auch an der Geschichte der deutschen Ostsiedlung:

Die deutsche Kolonialbevölkerung wie im Mittelalter unter ein eigenes Recht zu stellen –, nur ihr die Staatsaufwendungen zur Hebung der Provinz zufließen zu lassen usw. usw. –, so würde das Polentum der jetzigen Provinzen Posen und Westpreußen, mit ihrer anfangs so geringen Bevölkerungsdichtigkeit, längst im Deutschtum aufgegangen sein.³⁸⁹

Vor dem Hintergrund des zeitgenössischen rasseideologischen Milieus schlägt Hugenberg hier jedoch eine neue aggressiv-nationalistische Tonart an. Die seit dem 19. Jahrhundert in der deutschen Geschichtswissenschaft und Publizistik weit verbreitete „Kulturträgertheorie“ und die „Urgermanentheorie“ kommen nicht mehr vor. Stattdessen postuliert er aus rasseideologischer Perspektive den Sieg der Stärkeren über die Schwächeren:

Die Geschichtsvorstellung, als wenn in früheren Jahrhunderten der deutsche den Slawischen Boden mit Bildung und Kapital, mit der Übermacht der höheren Kultur erworben hätte, ist eine falsche: letztere liegt nur da, wo sie sich mit den entsprechenden Machtmitteln ausrüstet, wo sie für sich zugleich die Rechte des Stärkeren in Anspruch nimmt – wie es im Mittelalter die deutsche Kolonisation stets getan hat, sei es, daß sie mit dem Schwert in der Hand auszog, sei es, daß der slawische Machthaber, der sie herbeirief, sie mit dem Schwert in der Hand schützte.³⁹⁰

Die Vorstellung der „mit dem Schwert“ nach Osten drängenden deutschen Kolonisatoren des Mittelalters zeigt auch die Stoßrichtung seiner antipolnischen Forderungen. Aus seiner Sicht sollte die deutsche Regierung neben den wirtschaftlichen Hilfen für die deutschen Neusiedler auch mit repressiven Verwaltungsmaßnah-

³⁸⁸ Ebd., S. 39.

³⁸⁹ Hugenberg, Alfred, 50. Brief an Herrn Professor Dr. Hasse, M. d. R., in: ders., *Streiflichter aus Vergangenheit und Gegenwart*, Berlin 1927, S. 280-281.

³⁹⁰ Ebd., S. 283-284.

men gegen ihre polnischen Untertanen vorgehen, damit „das Deutschtum der Ostmarken seinen ausreichenden Jungbrunnen frischer Kraft“ erhalten³⁹¹ und „eine vordringende polnische Flut“ endgültig zurückgedrängt werden könne.³⁹²

Weil die von Hugenberg und dem Alldutschen Verband als Nationalfeinde angesehenen Polen die eigene nationale Identität bewahren und nicht völlig im Deutschen Reich aufgehen und schon gar nicht germanisiert werden wollten, sollten sie außerhalb der bestehenden Rechtsordnung des Deutschen Reiches stehen. Die in der deutschen Verfassung garantierte Gleichberechtigung aller Staatsbürger sollte für den polnischen Bevölkerungsteil nicht mehr gelten.³⁹³ Die folgenden Äußerungen Hugenbergs verdeutlichen diese radikal antipolnische Denkweise:

Zu letzteren gehört für Gebiete, wie die vom Polentum unterminierte Ostmark, der Kautschukparagraph der Verfassung von der Gleichberechtigung der Staatsbürger, unter dessen Schutz heute so mancher Staatsbürger glaubt, dem Staat zu Leibe gehen zu können. Entweder dieser Paragraph ist hier eine Phrase oder der Schutz des Deutschtums. Letzterer bedeutet, daß man dem Polen offen sagt: was die jeweiligen Gesetze, die wir jederzeit zu ändern in der Lage find, strikte vorschreiben, ist dein Recht. Darüber hinaus gibt es für dich nichts – keine Rücksicht, keine Vergünstigung.³⁹⁴

Die Forderung nach repressiven Maßnahme gegen die Polen, die Hugenberg und sein ostmärkisches Kampfinstitut mit dem Verweis auf die mittelalterlichen Großtaten der Deutschen erhob und auch außerhalb der bestehenden Reichsverfassung durchsetzen wollte, erzeugte immer mehr Druck auf die Ostmarkenpolitik der deutschen Regierung. Unter dem Reichskanzlers Bernhard Fürst von Bülow (1849-1929) von 1900-1909 wurde die Polenpolitik verschärft und zeigt deutliche Übereinstimmung mit den politischen Zielsetzungen Hugenbergs. So schreibt von Bülow in seinem 1916 erschienenen Buch *Deutsche Politik*:

Das Ansiedlungswerk ist das Kernstück der preußischen Ostmarkenpolitik, denn es setzt deutsche Menschen in den östlichen Gebieten an.³⁹⁵

³⁹¹ Ebd., S. 286.

³⁹² Ebd., S. 284.

³⁹³ Broszat, *Zweihundert Jahre deutsche Polenpolitik*, S. 121-122.

³⁹⁴ Hugenberg, *Streiflichter*, S. 292.

³⁹⁵ Bülow, Bernhard Fürst von, *Deutsche Politik*, Berlin 1916, S. 279. Allerdings hat sich die Stellungnahme Bülows gegenüber den Polen nach seiner Entlassung aus dem Amt des Reichskanzlers etwas geändert zu haben. Vor allem trat er nach dem Ausbruch des Krieges als Befürworter einer Mitteleuropa-Konzeption hervor. Aus seiner Sicht sollte Polen künftig in einem engen Bündnis mit einem unter Vorherrschaft der Deutschen stehenden mitteleuropäischen Staatenbund sein. Dieser wiedererrichtete polnische Staat schien für ihn ein Vasallenstaat von Zentralmächten zu sein. So behauptete er folgendes: „Kongresspolen muss ein autonomer Staat werden, der auf das engste an die Zentralmächte angeschlossen, mit ihnen in ein festes Bündnis treten wird. Militärisch muss es so fest an uns gekettet werden, daß seine Heere nach preußischem Muster gebildet werden und zur

Das Feuerstättengesetz von 1904 und das Zwangsenteignungsgesetz von 1908 sind anschauliche Beispiele für die antipolnischen Maßnahmen von Bülow. Mit dem Feuerstättengesetz wurde die Neusiedlung polnischer Kolonisten selbst in mehrheitlich polnisch besiedelten Gebieten in Posen und Westpreußen entscheidend erschwert. Die Entrüstung der Polen richtete sich besonders auf das gegen den polnischen Grundbesitz gerichtete Enteignungsgesetz. Dieses weit über rechtstaatliche Grenzen hinausgehende Gesetz wurde aufgrund des erbitterten polnischen Widerstandes und scharfer internationaler Proteste zwar nur einmal im Jahre 1912 angewendet,³⁹⁶ doch zeigt sich hier deutlich der Einfluss Hugenbergs und seines ostmärkischen Kampfinstituts auf die Polenpolitik der Regierung.³⁹⁷ Dies lässt sich vor allem in einem Brief von Claß an Hugenberg im Jahre 1908 beweisen:

Nicht alles ist damit erreicht, was wir seit Jahren in der Polenpolitik angestrebt haben, aber doch das Wesentlichste; der Grundsatz, daß wir, wo es die Sicherheit des deutschen Volkes in unseren Ostmarken gilt, auch vor dem Mittel der Enteignung nicht zurückschrecken dürfen, hat die Zustimmung der gesetzgebenden Körperschaft in Preußen gefunden. [...] Seit der Gründung des Alldeutschen Verbandes haben Sie im Geschäftsführenden Ausschuß der Polenfrage Ihre besondere Aufmerksamkeit geschenkt und uns auf diesem Gebiete beraten. In der Zeit, als unter Caprivi die ganze Ansiedlungspolitik stockte, haben Sie auf die Gefahren hingewiesen, die aus der Tätigkeit der Generalkommission für unsere nationale Politik in den Ostmarken erwachsen. In allen Stellungen, die Sie inne hatten, bei der Ansiedlungs-Kommission, als Leiter des Raiffeisen-Verbandes in Posen, als vortragender Rat im Finanzministerium haben Sie Ihre Sachkunde und Ihre ganze Arbeitskraft in den Dienst dieses Gedankens gestellt; überall sind Sie die treibende Kraft gewesen, die zu einer wirksamen Vertretung deutscher Belange in der Ostmark drängte. So dürfen Sie mit besonderer Befriedigung auf den jetzt errungenen Erfolg blicken, der mit eine Frucht Ihrer unablässigen, jahrlangen Arbeit ist.³⁹⁸

Wie breit die antipolnische Agitation, die von radikalen deutschen Nationalisten mit der mittelalterlichen deutschen Ostsiedlungsgeschichte eng verbunden wurde, die

Verfügung des Deutschen Kaisers stehen. Wirtschaftlich muss das Verhältnis dieses neuen Staates zu den Zentralmächten so gestaltet werden, daß die Polen selbst das dringendste Interesse daran haben, auch politisch zum Westen und nicht zum Osten zu gehören“, siehe Bundesarchiv Koblenz (BArch KO), N1016/50, Bernhard Fürsten von Bülow, Schreiben verschiedener Persönlichkeiten, Bl.194.

³⁹⁶ 1912 wurde das Enteignungsgesetz unter dem Druck der nationalistischen deutschen Kreise zum ersten Mal angewendet und zwar in vier Fällen mit nur geringfügigen Flächen. Aber wegen der heftigen polnischen Protest und internationaler Kritik erlitt die deutsche Regierung einen Prestigeverlust, so dass die Anwendung des Enteignungsgesetzes in weiteren Fällen faktisch unmöglich wurde. Vgl. Rhode, *Das Bild des Deutschen*, S. 422-423.

³⁹⁷ Guratzsch, *Macht durch Organisation*, S. 36.

³⁹⁸ Bundesarchiv Koblenz (BArch KO), N1231/1, Claß an Hugenberg, 4. März 1908, Bl. 277-278.

zeitgenössische deutsche Ostmarkenpolitik prägte, lässt sich auch in der gewaltbereiten Haltung Kaiser Wilhelms II. zu seinen polnischen Untertanen erkennen.

Die Geschichte der deutschen Ostsiedlung zählte zu den großen Interessen Wilhelms, insbesondere der florierende mittelalterliche Ordensstaat, weil er den politischen Zielen dienstbar gemacht werden konnte. Dass der preußisch-deutsche Staat den zeitgenössischen deutsch-nationalen Politikern, Historikern und Literaten als Nachfolger des Ordensstaates galt, kam Wilhelm II. entgegen, denn er wollte ein machtvoller Herrscher sein und die Parallelen zum Hochmeister des Deutschen Ordens, die von den Zeitgenossen gezogen wurden, waren ihm dabei wohl durchaus willkommen.³⁹⁹

Konkret aufgenommen wurden diese Assoziationen, als Marienburg vom Kaiser als einer der Orte genannt wurde, „auf die sich sein Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft verknüpfender Enthusiasmus konzentrierte.“⁴⁰⁰ Diese Apostrophierung Marienburgs zeigt nicht nur den Wunsch nach einem imperialen deutschen Nationalismus, sondern rechtfertigte auch die Verschärfung der antipolnischen Kampagne. So hielt der Kaiser Anfang 1902 bei einem Festzug in der ehemaligen Hochmeisterresidenz, vor den in Deutschordensmäntel gekleideten preußischen Johannitern eine markige und emotionale Rede auf die polnische Nationalbewegung:

Ich habe schon einmal Gelegenheit genommen, in dieser Burg und an dieser Stelle zu betonen, wie die alte Marienburg, dies einstige Bollwerk im Osten, der Ausgangspunkt der Kultur der Länder östlich der Weichsel, stets ein Wahrzeichen für deutsche Aufgaben bleiben soll. Jetzt ist es wieder so weit! Polnischer Uebermut will dem Deutschtum zu nahe treten. Ich bin gezwungen, mein Volk aufzurufen zur Wahrung seiner nationalen Güter und hier in der Marienburg spreche Ich die Erwartung aus, daß alle Brüder des Ordens St. Johann immer zu Diensten stehen werden, wenn Ich sie rufe, deutsche Art und Sitte zu wahren.⁴⁰¹

Die Geschichte des Deutschen Ordens wurde von Wilhelm II. nicht nur verbal wachgehalten, sondern auch in staatliche Maßnahmen umgesetzt. Ein Beweis dafür ist die Verleihung von Deutschordensnamen an das Reichsheer. In der Zeremonie zur Namensgebung vor seinen Regimentern äußerte der Kaiser pathetisch, dass dies geschehe um „die Erinnerung an die ruhmreiche Geschichte des deutschen Ordens zu neuem Leben zu erwecken und am Leben zu erhalten“.⁴⁰²

Die von Wilhelm II. betriebene Glorifizierung der Geschichte des mittelalterlichen Deutschordensstaates und die Stilisierung des Kaiserreiches zum Nachfolger des einstigen Kreuzrittertums lösten in dieser politischen Situation begreiflicherweise

³⁹⁹ Wippermann, *Ordensstaat*, S. 190-191.

⁴⁰⁰ Zitiert nach: Boockmann, *Deutsche Geschichte*, S. 244.

⁴⁰¹ *Die Ostmark* vom Juli und August 1902, S. 41.

eine ungeheure Entrüstung aus. Auf polnischer Seite wurde der Jahrestag der Schlacht bei Grunwald in den Jahren 1902 und 1910, dem 500. Jahrestag, in großem Rahmen gefeiert. Auf diese Weise zeigte sich der Geist des polnischen Widerstands gegen die Willkür der preußisch-deutschen Verwaltung.⁴⁰³

Die radikalen deutschen Nationalisten und Ostmarkenpolitiker hatten den hetzerischen Reden Wilhelms begeistert zugejubelt gingen gestärkt in ihren antipolnischen Kampf. Die polnischen Grunwald-Gedenkfeiern können so auch der antipolnischen Propaganda in der öffentlichen Meinung Auftrieb gegeben haben sowie ihren Versuchen, mit politischen Forderung die amtliche Ostmarkenpolitik zu beeinflussen. So wurde z. B. behauptet, dass Tannenberg das deutsche Bollwerk im Osten sei und sich gegen „Angriffe der bluts- und wesenfremden Rasse“ wehren müsse.⁴⁰⁴ Die Niederlage bei Tannenberg sei der „Sieg der Barbarei über Ordnung und Kultur“⁴⁰⁵ gewesen und die Ursache dafür sei nicht das „polnische Schwert“, sondern die „deutsche Zwietracht“. Ein „zweites Tannenberg“ müsse unbedingt verhindert werden.

Die hier mit Verweis auf die mittelalterliche deutsche Ostsiedlungs- bzw. Ordensstaatsgeschichte legitimierten Germanisierungsbestrebungen in den Ostprovinzen des Deutschen Kaiserreichs, der sogenannte „Kampf um die Ostmark“, konnten schließlich die Ostmarkenpolitik der deutschen Regierung auf einen radikalen antipolnischen Kurs bringen. Nach Inkrafttreten einer Reihe antipolnischer Maßnahmen unter der Kanzlerschaft von Bülow wie zum Beispiel dem Verbot der Anwendung der polnischen Sprache in der Schule und bei Massenkundgebungen sowie der Beschränkung polnischer Kulturveranstaltungen, war die polnische Bevölkerung des Deutschen Reiches in jeder Hinsicht benachteiligt schließlich zu Staatsbürgern zweiter Klasse geworden.⁴⁰⁶

Doch alle staatlichen und privaten Bemühungen um die Germanisierung der polnischen Bevölkerung des Deutschen Reiches waren am Ende vergeblich. Eine merkliche Steigerung der deutschen Bevölkerungszahl in den Ostmarken gab es nicht. Das Nationalitätenverhältnis in den Ostprovinzen verschob sich aufgrund der hohen polnischen Zuwachsraten immer mehr zugunsten der polnischen Seite. Noch prekärer für die deutsche Regierung und die deutschen Nationalisten war jedoch der polnische Nationalismus, der aufgrund der restriktiven antipolnischen Maßnahmen in allen Bereichen einen erheblichen Aufschwung nahm.

⁴⁰² Oehler, Max, *Geschichte des Deutschen Ritter-Ordens*, Band 1, Elbing 1908, S. 3.

⁴⁰³ Vietig, Die polnischen Grunwaldfeiern, S. 237-262.

⁴⁰⁴ Braun, Fritz, *Die Unterwerfung des deutschen Ordenslandes durch die Polen im 15. Jahrhundert.. Zum 500. Gedanktage der Schlacht bei Tannenberg (15. Juli 1410)*, Berlin 1910, S. 4.

⁴⁰⁵ *Die Ostmark* vom November 1910, S. 59.

⁴⁰⁶ Wippermann, *Ostsiedlung*, S. 67.

Die seit der Epoche Bismarcks und des Kulturkampfes bereits stark politisierte polnische Nationalbewegung konnte im wilhelminischen Zeitalter ebenfalls die Massen mobilisieren. Wenn die Wiederbelebung eines unabhängigen polnischen Nationalstaates in dem bestehenden internationalen System und unter der Besatzung durch die drei Teilungsmächte auch vollkommen unrealistisch war, so mussten doch das kulturelle Erbe sowie die polnische Sprache und Identität bewahrt werden, damit die Entwicklung einer polnischen Nation gelingen konnte und die nationale Selbständigkeit in der Zukunft möglich blieb.

Der massive Germanisierungsdruck, der in der wilhelminischen Epoche sowohl von den preußisch-deutschen Behörden als auch von den antipolnischen gesellschaftlichen Verbänden ausging,⁴⁰⁷ stieß auf heftigen Widerstand in der polnischen Bevölkerung und zwar in einem breiten sozialen Rahmen. Nach dem Sturz von Caprivi gelangte die Versöhnungspolitik gegenüber den Polen an ihr Ende. Dies bedeutete gleichzeitig eine Umorganisation des polnischen Widerstandes. Die polnischen Adligen, die die nationalen Interessen des Polentums im Reichstag repräsentiert hatten, mussten ihre Führungsrolle in der Folgezeit an die bürgerlichen Schichten und an bäuerliche Volksbewegungen abgeben.⁴⁰⁸ Die polnische Nationalbewegung erfasste allmählich alle gesellschaftlichen Bereiche, beispielsweise die Gewerkvereine, die Bauernverbände und bürgerlichen Genossenschaften sowie die Presse. Durch die enge gegenseitige Zusammenarbeit bildete sich um die Jahrhundertwende ein nationalpolnisches Netzwerk heraus, das sich in den folgenden Jahren den antipolnischen Maßnahmen bzw. der Germanisierungspolitik der deutschen Regierung entgegenstellte.

Wie effizient der organisierte bürgerliche und bäuerliche polnische Widerstand gegen die preußisch-deutsche Staatsgewalt war, kann man am Wreschner Schulstreik von 1901 und den erbitterten Protesten gegen das Feuerstättengesetz von 1904 zeigen. Als die polnische Sprache im Religionsunterricht in der mehrheitlichen polnisch sprechenden Stadt Wreschen in Posen endgültig durch die deutsche ersetzt wurde und polnisch sprechende Kinder gezüchtigt wurden, kam es zu heftigen Protesten der polnischen Bevölkerung. In diesem Schulstreik und in der Folgephase wurden die preußischen Beamten und auch die deutsche Regierung in der polnischen Presse scharf angegriffen, und noch 1906 gab es eine große Welle polnischer Protestdemonstrationen gegen die Sprachpolitik in der gesamten Provinz Posen, in Westpreußen und in Oberschlesien.⁴⁰⁹ Trotz der harten Unterdrückung durch den

⁴⁰⁷ Biskup, Preußen und Polen, S. 20.

⁴⁰⁸ Rhode, Das Bild des Deutschen, S. 427.

⁴⁰⁹ Korth, Rudolf, *Die preußische Schulpolitik und die polnischen Schulstreiks. Ein Beitrag zur preußischen Polenpolitik in der Ära Bülow*, Würzburg 1963, S. 129-130.

deutschen Verwaltungsapparat hatte der nationalpolnische Widerstand damit in breiten gesellschaftlichen Kreisen Fuß gefasst.

Vergleichbare Widerstände gab es auch gegen das Feuerstättengesetz von 1904. Nach diesem Gesetz durften die polnischen Bauernkolonisten in Posen und Westpreußen auf ihren neu erworbenen Parzellen ohne Genehmigung der zuständigen preußischen Behörden keine neuen Bauernhäuser errichten, so dass manche polnischen Bauern zu einem Leben im Wohnwagen gezwungen waren. Besonderes Aufsehen in den Ostprovinzen des Deutschen Reiches erregte der in einem „Zigeunerwagen“ lebende Bauer Michał Drzymała, der von vielen polnischen Hilfsorganisationen und Vereinen unterstützt wurde. Der Begriff „wóz Drzymały“ (Wagen des Drzymała) wurde zu einem Sinnbild für die nationalpolnische Widerstandsbewegung gegen die repressive Polenpolitik der deutschen Regierung.⁴¹⁰

In der aufgeheizten antideutschen Stimmung wurde die bereits im 19. Jahrhundert glorifizierte und ideologisierte Geschichte der polnischen Jagiellonen-Dynastie des Mittelalters in der polnischen Öffentlichkeit erneut verherrlicht, denn der endgültige und glanzvolle Sieg des polnischen Königreichs über den Deutschordensstaat bei Grunwald im Jahre 1410 war ohne Zweifel dasjenige nationalhistorische Ereignis, das die polnische Widerstandskraft gegen die Unterdrückungsmaßnahmen der preußisch-deutschen Regierung am meisten beflügelte. Die Geschichte der Jagiellonen-Dynastie nährte den Glauben daran, dass die aggressiven und eroberungslustigen Deutschen wie im Mittelalter endgültig bezwungen werden könnten und dass die nationalstaatliche Eigenständigkeit zurückgewonnen werden könnte. Diese Überzeugung wurde vor allem von polnischen Historikern und Romanciers beschworen.

Wurde das Deutsche Reich aufgrund der rapide sich verschlechternden deutsch-polnischen Verhältnisse seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts in polnischen Veröffentlichungen zunehmend als Erbe des verhassten mittelalterlichen Deutschordensstaates dargestellt, so war diese Sichtweise um die Jahrhundertwende in der polnischen Publizistik zum Allgemeingut geworden. Ausgehend davon setzten die polnischen Autoren nun auch die mittelalterlichen Ordensritter mit den gegenwärtigen Deutschen gleich und stilisierten den Kreuzritter zum Symbol für die Ostmarkenpolitiker des Deutschen Kaiserreiches.⁴¹¹ Diese Sichtweise zeigt sich z. B. bei dem großen polnischen Romanschriftsteller Henryk Sienkiewicz (1846-1916).

In dem zwischen 1897 und 1900 erschienen Roman *Krzyżacy* wurden die deutschen Ordensritter vom späteren Nobelpreisträger als absolut böse beschrieben

⁴¹⁰ Biskup, Preußen und Polen, S. 20-21.

⁴¹¹ Schenk, Tannenberg/Grunwald, S. 442.

und zugleich als Erzfeinde der polnischen Nation hingestellt. Er behauptete, dass die deutschen Kreuzritter seit der Errichtung des Ordensstaates auf polnischem Boden ohne Unterlass grausige Gewalttaten gegen das polnische Volk und den polnischen Staat begangen hätten. „[W]eder Litauen vor seiner Bekehrung zum Christentum noch die Tataren haben das polnische Reich so schwer bedrängt wie diese teuflischen Mönche. [...] Sie sind unersättlich, schlimmer als die Türken und Tataren. Im Grunde ihrer Seele fürchten sie auch den König und uns; trotzdem überfallen sie die Dörfer, morden die Bauern, ersäufen die Fischer und rauben die Kinder.“⁴¹² In diesem verhängnisvollen Zustand sei der tapfere polnische König Jagiełło dem polnischen Volke zur Seite gesprungen und habe seine Landesleuten schließlich zum ruhmvollen Sieg über die deutschen Kreuzritter in der Schlacht von Grunwald geführt.

Die Parallelen zwischen Ordensstaat und Deutschem Kaiserreich sind hier bewusst inszeniert und sollten die polnische Öffentlichkeit beeinflussen. Doch wie sollte es mit der unterdrückten polnischen Nation in Zukunft weitergehen? Auf diese Frage antwortete er mit der Schilderung des Sieges des Königreiches Polen über den Deutschordensstaat. Die Schlacht von Grunwald wird in seinem Werk zum Hoffnungssymbol für die Wiedererlangung der polnischen Nationalstaatlichkeit. Hinweise auf diese Interpretation bietet vor allem seine Schilderung der siegreichen Schlacht von Grunwald:

Und nicht nur der verräterische Kreuzritterorden lag jetzt zu Füßen des Königs, sondern die ganze deutsche Macht, die bisher wie eine Welle die unglücklichen slawischen Länder überflutet hatte, war an diesem Tag der Sühne an der Brust der Polen zerbrochen.⁴¹³

Da der dämonisierte Deutsche Orden hier als Wurzel des nationalpolnischen Elends präsentiert wird, besteht für Sienkiewicz offensichtlich eine vordringliche Aufgabe darin, die polnische Nationalbewegung zu unterstützen und den Kampfgeist der nationalen Freiheitskämpfer zu beflügeln. Wenn Sienkiewicz den glanzvollen Sieg von Grunwald als endgültiges Resultat des erbitterten polnischen Abwehrkampfes gegen die Kreuzritter darstellt, so verknüpft sich damit offensichtlich die Hoffnung, dass die Deutschen der Gegenwart – genau wie ihre Vorgänger in Grunwald – geschlagen werden können, und dass die Wiederbelebung des polnischen Nationalstaates möglich ist.

Während sich das rassistische Denken im Lauf des 19. Jahrhunderts in der deutschen Geschichtswissenschaft und Publizistik allmählich entwickelte und um die

⁴¹² Sienkiewicz, Henryk, *Krzyżacy*, Warszawa 1900, S. 356-357. Zitiert nach: Vietig, Die polnischen Grunwaldfeiern, S. 241.

⁴¹³ Ebd.

Jahrhundertwende schließlich gefestigt war, nahm der Rassismus auch in den polnischen Veröffentlichungen dieser Epoche eine zentrale Position ein. Sienkiewicz gab den Opfern, die im Kampf um die nationale Selbständigkeit gefallen waren, einen Ehrenplatz innerhalb der polnischen Nation und verknüpfte die Jagiellonen-Heere des Mittelalters mit den nationalen Freiheitskämpfern der Gegenwart. Mit durchaus rassistischen Anklängen verkündet er den unsterblichen Ruhm ihres Blutes:

Preis Dir und Ruhm, Du große, heilige Vergangenheit! Preis Dir und Ruhm, Du Opferblut, Du Dünger der Zukunft!⁴¹⁴

Dieses überschwängliche Pathos ist auch der deutschen Geschichtswissenschaft dieser Zeit nicht fremd. Schon von Treitschke und seine Epigonen sowie der Alldeutsche Verband und der Deutsche Ostmarkenverein priesen pathetisch die Geschichte der deutschen Ostsiedlung bzw. des Deutschordensstaates.⁴¹⁵

Es weht ein Zauber über jedem Boden, den das edelste deutsche Blut gedüngt hat im Kampfe für den deutschen Namen und die reinsten Güter der Menschheit.⁴¹⁶

Auf beiden Seiten wurde die stolze nationale Vergangenheit also beschworen, nur dass man auf polnischer Seite die deutsche Beurteilung der Ostsiedlung im Wesentlichen übernommen hatte, wenn auch mit entgegengesetztem Vorzeichen. In der deutsch-polnischen nationalen Auseinandersetzung wurde die Heroisierung der historischen Sternstunden von polnischen Schriftstellern für diese Zwecke eingesetzt.

Der vom zeitgenössischen rassistischen Denken durchsetzte völkische Nationalismus, der in den Dichtungen Sienkiewiczs über die jagiellonische Dynastie und die siegreiche Schlacht bei Grunwald in pathetischer Weise aufscheint, übte einen großen Einfluss auf Polen aus, die zu dieser Zeit den immer repressiveren preußisch-deutschen Unterdrückungsmaßnahmen ausgesetzt waren. Nach dem Wreschener Schulstreik und den emotionalen Hetzreden Kaiser Wilhelms II. wurden Sienkiewiczs Thesen richtungsweisend für den nationalen polnischen Widerstand.

Im Jahre 1902 hat die polnische Seite als Reaktion auf die preußisch-deutschen Diskriminierungsmaßnahmen zum ersten Mal weltliche Feiern zum Gedenken an den polnischen Sieg über den Deutschen Orden bei Grunwald 1410 veranstaltet. Aufgrund des strengen Verbotes durch die ostmärkischen Regierungsbehörden

⁴¹⁴ Sienkiewicz, Henryk, *Die Kreuzritter*, übers. und hrsg. von Adam Kotulski, Berlin 1906, S. 363.

⁴¹⁵ Vgl. auch Schenk, Tannenberg/Grunwald, S. 444.

fanden diese nationalen polnischen Feierlichkeiten im zur Habsburgermonarchie gehörenden Teilungsgebiet Galizien statt, und zwar in Lemberg und Krakau.⁴¹⁷ Im Aufruf zu diesem Fest wurde darauf hingewiesen, dass es nur durch die Solidarität aller Polen einen anhaltenden Anwehrkampf gegen den Hauptfeind – die Deutschen – geben könne. Verglichen wurde die Bedrohung der jagiellonischen Dynastie durch den Deutschen Orden im Mittelalter mit der Bedrohung des polnischen Kulturerbes durch das Deutsche Reich in der Gegenwart:

Die polnischen Kaninchen [...] sollen ausgerottet werden, wenn auch nicht mit Feuer und Schwert, wie damals bei den Raubzügen, welche von der Marienburg aus veranstaltet wurden, so doch durch die Vernichtung der Muttersprache.⁴¹⁸

Obwohl die Feiern zum 492. Jahrestag des Grunwaldsieges als antideutsche Aktion der Polen innerhalb kurzer Zeit organisiert und gewissermaßen spontan stattfanden, nahmen die Polen an dieser nationalen Veranstaltung lebhaften Anteil. Vor allem Bürger und Bauern nahmen in großer Zahl teil. Hierbei zeigt sich, dass die Bewahrung des polnischen Nationalbewusstseins und das Vorgehen der Nationalbewegung nun nicht mehr allein von den oberen Schichten – den Adeligen, Geistlichen und der Intelligenz getragen wurde, vielmehr waren Bürgertum und Bauern nun zu den Hauptträgern der polnischen Nationalbewegung geworden. Damit überschritt der antipreußische und antideutsche Abwehrkampf der Polen die Partei- und Klassengrenzen, auch wenn man sich über die Strategie des Widerstandes und die Konzeption eines künftigen Staates noch nicht einig war. Dennoch geriet die ostmärkische Nationalitätenpolitik der deutschen Regierung durch diese Entwicklung in arge Bedrängnis.

Das von Sienkiewicz geprägte dämonische Deutschordensbild und die polnische Grunwaldfeier von 1902 fand auf polnischer Seite also einen breitem Widerhall und bot eine ideologische Grundlage, die wesentlich auch die Veranstaltung zum Gedenken an den 500. Jahrestages der Grunwaldschlacht im Jahre 1910 bestimmte. Vor allem kam es angesichts der Unterdrückungspolitik der preußisch-deutschen Regierung gegenüber ihren polnischen Untertanen zu einer Einigung aller politischen und gesellschaftlichen Gruppierungen. Das preußisch-deutsche Feindbild schweißte die Organisationen zusammen im gemeinsamen Kampf gegen die Willkür der deutschen Regierung.⁴¹⁹

⁴¹⁶ von Treitschke, Heinrich, Das deutsche Ordensland Preußen, in: *Preußische Jahrbücher*, Berlin 1862, S. 96.

⁴¹⁷ Vietig, Die polnischen Grunwaldfeiern, S. 250.

⁴¹⁸ Ebd., S. 246.

⁴¹⁹ Ebd., S. 253.

Nach dem Schulstreik, dem Verbot der polnischen Sprache in öffentlichen Versammlungen und vor allem nach der Legalisierung von Zwangsenteignungen erreichte die polnische Mobilisierung ihren Höhepunkt, so dass Roman Dmowski (1864-1939), der polnische Nationaltheoretiker und Führer der bürgerlichen Nationaldemokratischen Partei, nach 1905 entschieden zum Ausdruck brachte, dass das Deutsche Reich nun zum ersten Mal noch vor Russland als Hauptfeind des polnischen Volks zu gelten habe.⁴²⁰ Er warnte in seinem 1908 verfassten Werk *Niemcy Rosya i kwestia* (Deutschland, Russland und die polnische Frage) seine Landesleute vor der Festigung der preußischen Machtsstellung im Osten und vor verschärften Unterdrückungsmaßnahmen der deutschen Regierung, und er machte deutlich, dass zwischen Polen und Deutschen eine unversöhnliche Feindschaft herrsche:

Aus dem Niedergang Polens erwuchs die Macht Preußens, um das sich herum das heutige Deutschland gruppierte – die Erneuerung Polens jedoch [...] wäre ein Damm gegen die deutsche Eroberung im Osten und würde die führende Rolle beschneiden, die die Preußen im Deutschen Reich spielen. Infolgedessen ist sich die preußische Politik bewusst, dass es zwischen ihr und den Polen keinen Kompromiss gibt [...].⁴²¹

Wenn Dmowski den preußisch-deutschen Staat als den erbittertsten und gefährlichsten Feind Polens einstuft, dann nicht deshalb, weil deutsche und polnische Nationalinteressen sich widersprachen, sondern weil die Existenz des polnischen Kulturerbes und des polnischen Nationalbewusstseins auf dem Spiel stand. In der Tat galt die damalige Entrüstung der polnischen Öffentlichkeit insbesondere dem umfassenden preußisch-deutschen Angriff auf das polnische Kulturerbe und die nationale Identität. In diesem Geist veröffentlichte auch die polnische Dichterin Maria Konopnicka im Jahre 1908 ihr Gedicht *Rota* (Die Eidesformel):

Wir geben den Boden nicht auf, der unseres Stammes, Wir lassen die Sprache nicht begraben. [...] Wir lassen es nicht zu, daß der Feind uns germanisiert, Wir werden den Geist verteidigen, Bis das kreuzritterliche Ungetüm. Zerfällt in Staub und Asche [...]. Kein Deutscher wird uns ins Gesicht speien, und unsere Kinder germanisieren!⁴²²

Diese pathetische Dichtung klingt zunächst wie eine Kampfansage, die den Widerstand der Landesleute mobilisieren soll. Auch zieht sie eine Parallele zwischen der aktuellen deutschen Diskriminierungspolitik gegenüber den Polen und den brutalen

⁴²⁰ Biskup, Preußen und Polen, S. 23.

⁴²¹ Zitiert nach: Escher, Felix; Jürgen Vietig, *Deutsche und Polen*, Berlin 2002, S. 111.

Einfallen des mittelalterlichen Deutschen Ordens auf das Gebiet der unschuldigen slawischen Stämme. Die nationalen deutschen Agitatoren – der Alldeutsche Verband und der Ostmarkenverein sowie die deutschen Ostmarkenpolitiker – wurden auf diese Art und Weise als „neue Kreuzritter“ hingestellt.⁴²³

In Wirklichkeit spiegelt ihr emotional aufwühlendes Gedicht die weit verbreitete antideutsche Stimmung in allen polnischen Bevölkerungskreisen wider. Die extreme Zuspitzung der deutsch-polnischen nationalen Auseinandersetzung lieferte ihrem Gedicht den Anlass, und es beflügelte die polnischen Massenaufmärsche zum 500. Jahrestag des polnischen Sieges bei Grunwald.

Im Vergleich zu der recht improvisierten Feier von 1902, bei der einige polnische Gruppierungen infolge politischer Rücksichtnahme noch zögerten teilzunehmen, verbesserte die Feier zum 500. Jahrestag der Schlacht bei Grunwald den Zusammenhalt der Polen insgesamt. Grunwald als gesamt nationales Symbol war geeignet, um im Angesicht der gewaltsamen preußisch-deutschen Polenpolitik die Meinungsverschiedenheiten aller gesellschaftlichen und politischen Gruppierung der Polen zu überwinden.

Zum Gedenken an den 500. Jahrestag des glanzvollen Sieges kamen 15.000 enthusiastische Polen in Krakau zusammen. Für die Teilnehmer dieses dreitägigen polnischen Volksfestes gehörte es dabei zum Allgemeingut, dass der polnische Abwehrkampf gegen die strenge preußisch-deutsche Ostmarkenpolitik mit dem jagiellonischen Kampf gegen das Kreuzrittertum eng verknüpft war. In mehreren polnischen Publikationen der damaligen Zeit zeigt sich ein erbitterter Hass gegen den preußisch-deutschen Staat. Die Schlacht von Grunwald wurde deshalb als nationale Ruhmestadt herausgestellt:

Wenn in den polnischen Gebieten an der Ostsee und in den westlichen Grenzgebieten heute noch die schöne polnische Sprache erklinge, wenn sie nicht durch den Lärm der feindlichen deutschen Sprache niedergeworfen wurde [...], dann ist das ein Verdienst derer, die der Kreuzritter-Hydra bei Grunwald so erfolgreich den Kopf abgerissen haben, daß er nie wieder nachwuchs.⁴²⁴

Der Sieg über die Kreuzritter bei Grunwald war eine Kraftquelle des polnischen Abwehrkampfes und der polnischen Nationalbewegung, und dies kam vor allem beim Höhepunkt dieser Feier zum Ausdruck, bei dem ein monumentales Reiterdenk-

⁴²² Konopnica, Marya, *Poezye*, Band 7, Kraków 1915, S. 10. Zitiert nach: Vietig, Die polnischen Grunwaldfeiern, S. 253.

⁴²³ Wippermann, *Ordensstaat*, S. 351.

⁴²⁴ Grunwald. Szkic historyczny. Podarek dla abonentów: „Wiarusa Polskiego“, „Gazety Toruńskiej“, „Gazety Codziennej“, „Przyjaciela“, „Ojczyzny“, Bochum 1910, S. 27. Zitiert nach: Vietig, Die polnischen Grunwaldfeiern, S. 254.

mal für König Władysław II. Jagiełło auf dem Matejko-Platz in Krakau enthüllt wurde. Das Denkmal zeigt den triumphierenden polnischen König über dem erschlagenen Ordenshochmeister Ulrich von Jungingen. „Den Vorfahren zum Ruhm, den Brüdern zur Hoffnung“, so lautete die Inschrift dieses Reiterdenkmals, und auch hier wird das geschichtliche Ereignis einmal mehr als Motivation im Kampf gegen die Deutschen genutzt. Waren die Ordensritter die Heldengestalten in den deutschen Publikationen, so feierte man auf polnischer Seite den Bezwinger der Kreuzritter, den großen Polenkönig Władysław II. Jagiełło. Zweck der Grunwaldfeier war zweifelsohne die Absicht, in allen polnischen Bevölkerungskreisen die nationalen Emotionen zu erwecken und die Siegesgewissheit zu stärken.⁴²⁵

Insgesamt gesehen verstärkte sich die Ideologisierung des polnischen Mittelalters auf polnischer Seite um die Jahrhundertwende. Während die Unterdrückungsmaßnahmen der deutschen Regierung gegenüber den Polen intensiviert wurden, gelang es den Polen, das ideologische Bild der Jagiellonen zu befestigen, so dass das Aufeinandertreffen der von ideologisierten Geschichtsbildern geprägten deutsch-polnischen Nationalbewegungen zu praktisch unlösbaren Problemen führte. Das Auftreten dieser ideologischen Geschichtsbilder als Waffe im Nationalitätenkampf hat die deutsch-polnischen Beziehungen der folgenden Jahrzehnte im Wesentlichen bestimmt.

5.1.2 Das ideologisierte Bild der deutschen Ostsiedlungsgeschichte als Streitpunkt und deutsch-tschechischer Antagonismus in der Habsburgermonarchie

So wie das ideologisierte Bild der deutschen Ostsiedlung als brauchbare Waffe in den deutsch-polnischen Auseinandersetzungen um die Jahrhundertwende verwendet wurde, kam es in ähnlicher Weise auch in den deutsch-tschechischen Auseinandersetzungen in den böhmischen Ländern zum Einsatz. Das seit der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts aufkeimende tschechische Nationalgefühl hatte sich vor dem Hintergrund der Industrialisierung Böhmens gegen Ende des Jahrhunderts auf breiter Front verstärkt und die österreichische Regierung geriet wegen dieser prekären und faktisch unlösbaren deutsch-tschechischen Nationalitätenfrage in große Bedrängnis. Auf der einen Seite forderten die Deutschböhmen eine ethnisch-nationale Zweiteilung der böhmischen Länder und schließlich sogar die Gründung einer deutschböhmischen Provinz. Die tschechischen Nationalisten forderten dagegen die vollständige Gleichberechtigung auf politischer und sprachlicher Ebene in den

⁴²⁵ Vietig, Die polnischen Grunwaldfeiern, S. 262.

unteilbaren böhmischen Ländern sowie letztendlich die Anerkennung der St. Wenzelskrone.

Während sich auf deutschböhmischer Seite das kulturelle Überlegenheitsgefühl gegenüber den Tschechen im Lauf des 19. Jahrhunderts fest etablierte und man die Überlebensfähigkeit der tschechischen Sprache, einer angeblich bäuerlichen Sprache, in der modernen Industriegesellschaft anzweifelte, so dass die österreichische Regierung unter dem Einfluss der Deutschböhmen die Forderungen der tschechischsprachigen Staatsbürger anfangs noch vollständig ablehnte, gerieten die Regierung und die Deutschenböhmen um die Jahrhundertwende infolge der schnell wachsenden tschechischen Mittelklasse und der wohlhabenden Bauernschaft massiv unter Druck. Negativ für die Deutschböhmen war nicht nur die schnell besser werdende soziale und wirtschaftliche Lage der tschechischen Bevölkerung, was die Überzeugung von der kulturellen Überlegenheit gegenüber den Tschechen allmählich unterhöhlte; vielmehr drohte der Verlust der Vormachtsstellung der Deutschböhmen aufgrund der mittlerweile beginnenden Tschechisierungstendenzen in Böhmen.⁴²⁶

Die Entfaltung des Kapitalismus im österreichischen Gesamtstaat in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts führte zu einer enormen Mobilisierung der Bevölkerung in den böhmischen Ländern. Die industrialisierten nordböhmischen Gebiete lockten damals immer mehr tschechische Arbeitskräfte an und innerhalb weniger Jahrzehnte erlebte man dort einen tschechischen Massenansturm, wodurch sich die nationale Zusammensetzung der ursprünglich deutschen Sprachgebiete Nordböhmens gegen Ende des 19. Jahrhunderts mehr und mehr zugunsten der tschechischen Seite veränderte. Vor diesem Hintergrund wurde die von der Zentralregierung bis dahin vertretene Privilegierung der Deutschen zwangsläufig in einem gewissen Maße revidiert. Um die aufgrund der deutsch-tschechischen Konfrontationen bereits weitgehend handlungsunfähige Politik in Böhmens steuern zu können und um den gesamtösterreichischen Staat zu erhalten, blieb dem im Jahre 1879 ernannten Ministerpräsidenten Eduard Graf Taaffe daher nichts anderes übrig, als den österreichischen Staatsbürgern tschechischer Sprache entgegenzukommen. Die 1880 in Kraft getretene „Taaffe-Stremayrschen Sprachenverordnungen“ für Böhmen und Mähren waren das erste Signal, dass die Wiener Reichszentrale die über lange Zeit entfremdeten Tschechen wieder auf die Seite der Zentralregierung zu ziehen versuchte. Diese Verordnungen verlangten, dass beide Sprachen im Verkehr der staatlichen Behörden mit den betreffenden Parteien und der Öffentlichkeit

⁴²⁶ Bosl, Karl, *Handbuch der Geschichte der Bömischen Länder*, Band 1-4, Stuttgart 1966-1974. Hier Band 3: Die Böhmisches Länder im Habsburgerreich 1848-1919 – Bürgerlicher Nationalismus und Ausbildung einer Industriegesellschaft, S. 157.

benutzt werden mussten, wenn auch das Deutsche die Amtssprache innerhalb der Behörden blieb.⁴²⁷

Weitere tschechenfreundliche Maßnahmen des Ministeriums Taaffe waren die Teilung der Prager Universität 1882 und die Einführung einer neuen Landtagswahlordnung in den böhmischen Ländern 1883. Die „Universitas Carolo-Ferdinanda“ in Prag, einer der Bezugspunkte des romantischen tschechischen Nationalstolzes, spielte bei der Hebung des tschechischen Nationalbewusstseins von Anfang an eine zentrale Rolle. Die Forderung nach einer tschechischen Universität wurde daher von tschechischer Seite immer wieder mit aller Entschiedenheit vertreten. Geschaffen wurde sie schließlich durch die Teilung der alten Prager Universität 1882. Auch das Ergebnis der böhmischen Landtagswahl von 1883 hatte zu einer Stärkung der tschechischen Machtstellung in Böhmen und im österreichischen Gesamtreich geführt. Durch die Revision der Wahlordnung stellten die tschechischen Abgeordneten zum ersten Mal die Mehrheit im böhmischen Landtag, was auch der nationalen Zusammensetzung in Böhmen entsprach.

Diese Reihe tschechenfreundlicher Maßnahmen unter Taaffe löste in den folgenden Jahren jedoch einen erbitterten Sprachenstreit und heftige nationale Auseinandersetzungen in den böhmischen Ländern aus. Auf tschechischer Seite wertete man die Umsetzung dieser Maßnahme und vor allem den Erlass der Sprachenordnung als langersehnten Erfolg der nationalen Bestrebungen. Da der größte Teil der tschechischsprachigen Bevölkerung auch das Deutsche beherrschte und die tschechischen Arbeitskräfte gerade unaufhaltsam in die geschlossenen deutschen Sprachgebiete Nordböhmens strömten, schuf die Sprachenordnung gute Bedingungen für die Ausbreitung der tschechischen Sprache in Böhmen.⁴²⁸ Die tschechischen Nationalisten träumten in diesem Zusammenhang begreiflicherweise von einer künftigen Verdrängung der deutschen „Eindringlinge“ und der vollständigen Tschechisierung der böhmischen Länder.

Das Schwinden des deutschen Einflusses in der Wiener Regierungspolitik durch den massiven tschechischen Druck rief auf deutschböhmischer Seite verstärkte Abwehraktion hervor. Insbesondere den Gebrauch der tschechischen Sprache in den geschlossenen deutschen Randgebieten betrachtete man im deutschböhmischen Lager als Missachtung der deutschen Sprache und Kultur und warf den tschechischen Nationalisten vor, die endgültige Entwurzelung des deutschen Elements in Böhmen zu betreiben. Die Tatsache, dass die Tschechen in den böhmischen Ländern in der Mehrheit waren und zugleich ihren sozialökonomischen und kulturellen Entwicklungsstand gegen Ende des 19. Jahrhundert rasant erhöhen konnten, brachte

⁴²⁷ Kann, Robert A., *Das Nationalitätenproblem der Habsburgermonarchie*. S. 194.

⁴²⁸ Prinz, Friedrich, *Böhmen und Mähren*, Berlin 1992, S. 350.

die Deutschböhmen zunehmend in Bedrängnis. Für sie bestand die vordringlichste Aufgabe deshalb darin, Böhmen in seine ethnischen Gebiete aufzuteilen, um den Tschechisierungstendenzen entgegenzuwirken. In diesem Zusammenhang sprachen die deutschböhmischen Nationalisten sogar von der Errichtung einer Provinz Deutschböhmen mit einem eigenen Landtag.⁴²⁹ Diese Zementierung der ethnischsprachlichen Grenzen wurde jedoch von den tschechischen Abgeordneten im Parlament mit Verweis auf die territoriale Einheit unter der St. Wenzelkrone ausdrücklich abgelehnt, was die antitschechische Stimmung unter den Deutschböhmen noch weiter anheizte.

War die Integration der Deutschböhmen bzw. der deutschsprachigen Gebiete in den deutsch-tschechischen Auseinandersetzungen seit der Mitte des 19. Jahrhunderts wegen der zunehmend nationalen Einstellung auf beiden Seiten nicht geglückt, so schien eine Lösung im letzten Viertel des Jahrhunderts immer unwahrscheinlicher, denn in diesem Zeitraum erfreute sich der Rassengedanke und der von sozialdarwinistischen Ideen geprägte Nationalismus großer Beliebtheit.⁴³⁰ Jahrzehntlang hatten die Universitäten und der Turnverband Sokol, der als die Wiege der tschechischen Nationalbewegung gilt, auf die akademische Jugend und die kleinbürgerlichen Schichten eine ungeheuerere geistige Anziehungskraft ausgeübt. Mit wachsendem ökonomischen, kulturellem und politischem Gewicht und unter dem Einfluss der sozialdarwinistischen Zeitströmung verfielen sie jedoch in einen intoleranten und radikalen Nationalismus. Diese aufstrebenden Jungtschechen duldeten nicht mehr das Verhalten der alttschechischen Parteien und ihrer Vertreter, die in den 1880er Jahren den Deutschböhmen noch gewisse Zugeständnisse machen wollten. Im jungtschechischen Kampfprogramm wurde unbeirrbar die böhmische Staatsrechtsideologie verkündet und das deutschböhmische Ansinnen einer nationalen Teilung als „Landeszerreißung“ gebrandmarkt.⁴³¹ Um das böhmische Staatsrecht der St. Wenzelkrone so schnell wie möglich wiederzubeleben und die deutsche Vorherrschaft in den böhmischen Ländern auf allen Ebenen abzubauen, entfachten die Jungtschechen eine massive Agitationskampagne. Gewalttätigkeiten wurden dabei als notwendige Waffe und sogar als Beweis heroischer Aufopferung angesehen.⁴³² Im Ergebnis war die Propagandakampagne äußerst erfolgreich. Im Landtag waren die Jungtschechen seit 1889 zahlenmäßig stärker vertreten als die alttschechische Partei und sie übernahmen die Führungsrolle in der Vertretung des tschechischen Volkes.

⁴²⁹ Ebd., S. 351.

⁴³⁰ Kohn, Hans, *Die Slawen und der Westen*, S. 204-205.

⁴³¹ Bosl, *Handbuch der Geschichte*, S. 166.

⁴³² Kohn, *Die Slawen und der Westen*, S. 204.

Die fortschreitende Radikalisierung griff auch auf das deutschböhmische Lager über, wozu die österreichischen Alldeutschen maßgeblich beitrugen, da die extremen deutschböhmischen Nationalisten die volle Unterstützung dieser radikalen Gruppierung erhielten. Der Führer der österreichischen Alldeutschen Georg von Schönerer (1842-1921) hielt die Donaumonarchie für lebensunfähig. Er blickte schon längst über die Grenzen des habsburgischen Vielvölkerstaates hinaus und war der Auffassung, dass alle österreichischen Deutschen im kaiserlichen Deutschland vereinigt werden sollten.⁴³³ Sein vordringliches Ziel war zunächst die Erweckung einer prodeutschen Euphorie und eines Gefühls der Bedrohung der Deutschen durch eine vermeintliche slawische „Überschwemmung“. Angesichts der Abwehrhaltung, in welche die Deutschböhmen sich getrieben sahen, stand die Aufrechterhaltung deutscher Nationalität in Böhmen natürlich im Vordergrund seines Kampfprogramms. Er verband dies mit aggressivem rassistischem Gedankengut und mit bitterer Feindschaft gegen die tschechische Nationalbewegung. Aus Furcht vor dem wachsenden sozialökonomischen und politischen Gewicht der zahlenmäßig überlegenen Tschechen und wegen der tschechenfreundlichen Regierungspolitik unter Taaffe gewann der von Georg von Schönerer propagierte extreme Nationalismus in der deutschen Bevölkerung in Böhmen schnell an Boden.

Im immer mehr polarisierten deutsch-tschechischen Nationalitätenkampf der 1870er und 80er Jahre kam es auf beiden Seiten zur Gründung zahlreicher Vereine, die sich der Wahrung der jeweiligen nationalen Belange verschrieben hatten. Repräsentativ ist hier beispielsweise *Ústředni matice školská* (Zentraler Schulverein), dem auf deutschböhmischer Seite der *Deutsche Schulverein* entsprach. Durch die großzügige materielle Unterstützung auf beiden Seiten trugen diese einflussreichen Organisationen dazu bei, dass der deutsch-tschechische Nationalitätenkampf sogar in den kleinsten Ortschaften tobte. Faktisch wurden überall in den böhmischen Ländern Kleinkriege zwischen den Volksgruppen ausgetragen.⁴³⁴

Weil die von tschechischer und deutschböhmischer Seite angeschobene Welle der nationalen Agitation das politische, wirtschaftliche und kulturelle Leben Böhmens stark beeinflusste, war eine politische Lösung der deutsch-tschechischen Nationalitätenfrage faktisch nicht mehr möglich, so dass der verzweifelte Ministerpräsident Taaffe Ende 1893 von seinem Amt zurücktrat und die Politik in Böhmen um die Jahrhundertwende in eine Sackgasse geriet. Die Problematik des deutsch-tschechischen Nationalitätenkampfes in Böhmen galt als das heißeste Eisen in der Innenpolitik der Habsburgermonarchie. Alle Ausgleichsbemühungen, für die sich Taaffe und seine Amtsnachfolger mit allen Kräften einsetzten, erlitten wegen

⁴³³ Ebd.

⁴³⁴ Bosl, *Handbuch der Geschichte*, S. 157.

der kompromisslosen und erbitterten Konfrontation immer dasselbe Schicksal: Die Deutschböhmen bestanden auf dem Prinzip einer administrativen nationalen Trennung und die Tschechen auf der Unteilbarkeit der St. Wenzelkrone. Das unlösbare deutsch-tschechische Nationalitätenproblem führte schließlich nach dem Ende des Ersten Weltkriegs zum endgültigen Zusammenbruch des habsburgischen Vielvölkerstaats.

Die nationale Kontroverse wurde in Böhmen in verschärfter Form nun auch in den wissenschaftlichen Veröffentlichungen geführt. Auf tschechischer Seite hinterließ Palackýs Geschichtskonzeption von der deutschen Besiedlung Böhmens eine deutliche Spur in der tschechischen Geschichtsschreibung der Jahrhundertwende. Die These vom friedlichen tschechischen und dem kriegerischen deutschen Volkscharakter sowie der Unterjochung der slawischen Einheimischen durch die eroberungssüchtigen germanischen Eindringlinge, die Palacký in seiner *Geschichte Böhmens* vertreten hatte, wurde zum prinzipiellen Standpunkt vieler tschechischer Historiker und Publizisten. Vor allem verknüpften die Jungtschechen diese Geschichtskonzeption eng mit politischen Forderungen. Da die Tschechen als die eigentlichen Erben Böhmens und die Deutschen nur als Eindringlinge oder Gäste angesehen wurden, konnten nur die Tschechen das Recht haben, Entscheidungen in Böhmen zu treffen. Die Anerkennung des böhmischen Staates und die Unteilbarkeit der böhmischen Länder konnten auf diese Weise gerechtfertigt werden. Mit dieser Überzeugung kämpften die Jungtschechen gegen die deutschböhmen nationalen Verlage und ihre Publikationen an. Ein Beispiel für diese Argumentationsweise liefert der damals führende jungtschechische Politiker Karel Kramář (1860-1937):

Die Böhmen haben ganze Gebiete, große Städte an die Deutschen verloren, aber nichtsdestoweniger hat die böhmische Politik nie etwas anders in Böhmen verlangt, als die volle und stricte Gleichberechtigung für beide Nationalitäten. Und diesem Programm wird man in Böhmen immer treu bleiben. Uebrigens können ja, wie gesagt, die Deutschen selbst Garantien, welche sie fordern, aufstellen und formulieren, und wenn dieselben nicht dem böhmischen Staatsrecht präjudizieren oder die Unteilbarkeit des Landes bedrohen, so werden sie von dem böhmischen Volke ohneweiters angenommen werden.⁴³⁵

Obwohl er sich über das von der tschechischen Allgemeinheit angezweifelte Daseinsrecht der Deutschböhmen in Böhmen nicht klar äußert, zeigt sich hier die tschechische Sichtweise der deutschen Ostsiedlungsgeschichte, nach der die Deutschböhmen, deren Vorfahren sich erst im Mittelalter auf Einladung der böhmischen Könige in Böhmen niedergelassen hatten, nach wie vor nur als Gäste zu

⁴³⁵ Kramář, Karel, *Das böhmische Staatsrecht*, Wien 1896, S. 59.

betrachten seien und sie weder die Vormachtsstellung noch das Recht auf eine Spaltung der böhmischen Länder hätten. Wenn also die Deutschböhmen ein Bestandteil der böhmischen Gesellschaft bleiben wollten, so müssten sie das Prinzip des böhmischen Staatsrechts und der Gleichberechtigung beider Nationalitäten sowie ihren Status als nationale Minderheit akzeptieren.

Doch wie konnten die Deutschböhmen darauf reagieren, dass ihnen die vollständige Autonomie versagt wurde? Mit allem Nachdruck verwiesen sie auf die vielhundertjährige Geschichte ihrer Niederlassungen, was sie zu rechtmäßigen Erben dieses Landes mache. Dank des Zuzuges der deutschen Siedler im Mittelalter habe sich das Niveau von Kultur und Zivilisation in den böhmischen Ländern entscheidend erhöht. Als Träger der Kultur nahmen die Deutschböhmen begreiflicherweise das Recht für sich in Anspruch, ihre Vormachtsstellung in Böhmen zu erhalten oder sogar eine administrative ethnisch-nationale Teilung des Böhmenlandes vorzunehmen. Diese an das Geschichtsbewusstsein gekoppelte nationale Einstellung lässt sich auch in der deutschböhmischen Geschichtswissenschaft und Publizistik der damaligen Zeit ablesen. Als repräsentativ kann hier die historische Monographie *Geschichte Böhmens* gelten, die der deutschböhmische Historiker und Landespolitiker Adolf Bachmann (1849-1914) im Jahre 1899 veröffentlichte. Um die nationalen Forderungen der Tschechen zurückzuweisen, führte Bachmann die bereits etablierte „Urgermanentheorie“ und die „Kulturträgertheorie“ ins Feld:

An den Süd- und Westrändern des slavischen Siedelgebietes aber, wo der Andrang neuen Elementes nachließ und der ansässige Deutsche an den Stammgenossen der gesicherten Striche einen Rückhalt besaß, da gelang es wohl auch der deutschen Bevölkerung, sich gegen oder auch neben der slavischen zu behaupten.⁴³⁶

Hier wollte er offensichtlich der tschechischen These entgegentreten, nach der die im Mittelalter in die böhmischen Länder eingewanderten deutschen Siedler bloße „Eindringe“ oder „Gäste“ seien. Anschließend erläuterte er, wie die mittelalterlichen deutschen Siedler das Land kultiviert hatten:

Die Macht und Bedeutung der deutschen Kolonisation zeigte sich vor allem darin, daß sie sogar vor Schranken nicht stillstand, die ein ihr grundsätzlich entgegengesetztes Gebiet zu verschließen schienen. [...] [S]o erwachte bald auch in dem czechischen Bauer das heiße Verlangen nach Änderung seiner Lage nach dem Muster des deutschen Nachbars, nach freierem Eigen mit Erbrecht, Beseitigung des Druckes der königlichen und gutherrlichen Beamten u. s. w.⁴³⁷

⁴³⁶ Bachmann, Adolf, *Geschichte Böhmens*, Gotha 1899, S. 71.

⁴³⁷ Ebd., S. 494.

Die Verherrlichung der deutschen Vergangenheit zielt hier darauf ab, die deutsche Vormachtsstellung in Böhmen zu rechtfertigen. Daraus ist klar zu ersehen, dass das ideologische Bild der mittelalterlichen deutschen Ostsiedlung in der festgefahrenen deutsch-tschechischen Nationalitätenfrage um die Jahrhundertwende von beiden Seiten immer wieder verwendet wurde. Die Geschichte im Brennpunkt der politischen Tageskämpfe zwischen Deutschböhmen und Tschechen konnte der nationalistischen Perspektive nicht entkommen. Diese Tendenz dauert nach dem Zusammenbruch der Habsburgermonarchie an und erst seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs konnte das ideologische Bild der Ostsiedlung von Deutschen und Tschechen langsam abgebaut werden.

5.2 Das ideologische Bild der deutschen Ostsiedlung in der deutschen Kriegszielpropaganda und seine slawische Antithese

Während die Ostsiedlungsgeschichte als Vorbild für die Germanisierungspolitik gegenüber der polnischen Bevölkerung innerhalb des Deutschen Reiches angesehen wurde, bot sie den nationalistisch-imperialistischen Agitatoren in Deutschland um die Jahrhundertwende auch eine richtungweisende historische Argumentation für die angestrebte Ostexpansion. Der fulminante Aufschwung der deutschen Industrie und ein schnell wachsender reichsdeutscher Nationalstolz entfachten in Deutschland den Traum von einer expansiven Politik – einer deutschen Weltpolitik. Expansionsgelüste sind in der Periode des Imperialismus ein verbreitetes Phänomen doch auch wirtschaftliche und militärstrategische Überlegungen spielten dabei in Deutschland eine Rolle. Um auch in Zukunft industriell konkurrenzfähig zu bleiben, um den eigenen Wohlstand zu sichern und auch um die Ostgrenzen des Deutschen Reichs zu schützen, erschien die Eroberung von neuem Land im Osten den deutschen Nationalisten in der Epoche des Imperialismus geboten.⁴³⁸

Für die nationalistisch-imperialistische Agitation war die Ostsiedlungsgeschichte ein natürliches Objekt der Propaganda. Die Ostexpansion des Deutschen Reiches konnte so direkt mit der Ostpolitik der mittelalterlichen deutschen Kaiser und Fürsten sowie der Ordenshochmeister verknüpft werden. Die Forderung nach territorialen Eroberungen im Osten ist Bestandteil der nationalen Diskussion um

⁴³⁸ Wippermann, *Drang nach Osten*, S. 87-88.

deutsche Kriegsziele, wobei man sich nicht auf die zu Russland gehörenden polnischen Gebiete beschränkte, sondern auch das westliche Territorium des Zarenreiches in die Betrachtungen einbezog. Diese Art von ostimperialistischer Propaganda hat im Laufe der Zeit massiven Druck auf die Regierungspolitik ausgeübt und wurde nach dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges von der Führung der Reichsregierung in den besetzten Ostländern tatsächlich vorangetrieben.⁴³⁹ Auf welche Weise das Bild der deutschen Ostsiedlung in der Geschichte des deutschen Ostimperialismus eine wichtige Rolle spielte, soll nun im Folgenden verdeutlicht werden.

5.2.1 Die ideologisierte deutsche Ostsiedlungsgeschichte als Instrument der Ostexpansion der deutschen Imperialisten

Im Zeitalter der Begeisterung für die weltweite Sendung der Deutschen geriet auf deutscher Seite eine Ostexpansion immer mehr in das Blickfeld. Geistige Wegbereiter eines neuen „deutschen Drangs nach Osten“ waren dabei noch immer die Historiker und Publizisten. Allerdings war der Gedanke eines neuen „deutschen Zugs nach Osten“ bereits um die Mitte des 19. Jahrhunderts zum ersten Mal aufgetaucht. Die großdeutsche Schule verteidigte dieses Ziel in der großdeutsch-kleindeutschen Konkurrenz um den deutschen Nationalstaat hartnäckig und versuchte auch, die deutsche Öffentlichkeit in diesem Sinne zu beeinflussen. Einen konkreten Kolonisations- bzw. Expansionsplan für den Osten gab es allerdings nicht und nach der Errichtung des deutschen Nationalstaats unter preußischer Führung verlor die Idee zunächst an Bedeutung, weil der Reichskanzler Bismarck nach dem Sieg über Frankreich das verbreite Misstrauen der übrigen Großmächte des Kontinents wegen der einseitigen Störung des europäischen Gleichgewichts durch den preußisch-deutschen Staat entkräften wollte. Eine weitere Expansion wurde daher streng abgelehnt.

Seit dem Ende der 1880er Jahre gewann eine Ostexpansion in der deutschen Öffentlichkeit jedoch wieder neue Anhänger. Deutschland sollte nicht nur eine europäischen Großmacht sondern eine Weltmacht werden und konkrete Schritte zum Ausbau und zur Sicherung der deutschen Stellung in der Welt wurden immer populärer. Als effizientestes Mittel zur Verwirklichung solcher Forderungen galt dabei die Annexion.⁴⁴⁰ Kernpunkte der deutschen Weltpolitik waren der Erwerb von Kolonien, die Schaffung eines Flottenstützpunkts in Übersee sowie die Verankerung der Hegemonie des Deutschen Reiches auf dem europäischen Kontinent. Das grundlegende Ziel der deutschen Außenpolitik war zunächst die vollständige Kontrolle

⁴³⁹ Wippermann, *Ordensstaat*, S. 201-202.

Mitteleuropas durch Preußen-Deutschland.⁴⁴¹ Eine deutsche Vorherrschaft in Mitteleuropa war jedoch nur unter der Voraussetzung einer vorhergehenden Ostexpansion möglich.

Die Motive für den deutschen Ostimperialismus sind dabei vielfältig: Im Mittelpunkt des Interesses stand das militärstrategische Kalkül, denn die Ostgrenzen des Deutschen Reiches galten aufgrund der weit in den Westen hineinragenden Grenzen Russisch-Kongresspolens als schwer zu verteidigen. Vor allem lag mit Schlesien eines der wichtigsten deutschen Industriegebiete im östlichen Grenzgebiet und war damit einer potentiellen fremden Invasion nahezu schutzlos ausgeliefert. Man wollte auf deutscher Seite den deutsch-russischen Grenzverlauf daher begreiflicherweise so weit wie möglich nach Osten verschieben. So könnte nicht nur die in den Grenzgebieten vorhandene Industrie besser geschützt werden; auch die kohlereiche westliche Region von Russisch-Kongresspolen würde dann der schlesischen Industrie zur Verfügung stehen.⁴⁴² Aus diesem Grund hielten die nationalistischen deutschen Agitatoren eine Revision der östlichen Reichsgrenzen und die Annexion des polnischen Grenzstreifens sowie der westlichen Grenzgebiete des Zarenreiches für dringend erforderlich.

Ebenfalls relevant waren die Wirtschafts- und Handelsinteressen des Deutschen Reiches im Osten. Im Vergleich mit den riesigen Wirtschaftsräumen des britischen Empires, des Zarenreichs oder der Vereinigten Staaten erschien das Deutsche Reich zu klein. Um die wirtschaftliche Lage Deutschlands gegenüber den anderen Weltmächten zu verbessern und um das Deutsche Reich endgültig zu einem Weltreich auszubauen, sollte ein geschlossener mitteleuropäischer Zoll- bzw. Wirtschaftsverband unter deutscher Kontrolle geschaffen werden. Auch aus diesem Grund stand ganz Ostmitteleuropa bei deutschen Ostimperialisten im Mittelpunkt des Interesses.

Die oben erwähnten Motive des ostwärts gerichteten deutschen Expansionsstrebens trafen zusammen mit einer zunehmenden Russlandfeindlichkeit in der deutschen Öffentlichkeit. Auslöser waren zunächst die immer schlechteren deutsch-russischen Handelsbeziehungen. Bereits seit dem Ende der 1870er Jahren erhöhte die russische Regierung wegen der weltweiten Wirtschafts- und Agrarkrise mehrfach die Zölle, um die heimische Industrie vor ausländischen Produkten zu schützen. Das Zarenreich nutzte seine Industriepolitik für die eigenen Großmachtambitionen, was natürlich mit den wirtschaftlichen Interessen Deutschlands kollidierte. Da Deutschland bis dahin der wichtigste Finanzier der russischen Industrie gewesen war und

⁴⁴⁰ Geiss, Imanuel, *Der polnische Grenzstreifen 1914-1918. Ein Beitrag zur deutschen Kriegszielpolitik im Ersten Weltkrieg*, Lübeck und Hamburg 1960, S. 41.

⁴⁴¹ Fischer, Fritz, *Krieg der Illusionen. Die deutsche Politik von 1911-1914*, Düsseldorf 1964, S. 77.

deutsche Industrieprodukte auf dem russischen Markt einen großen Anteil hatten, bedeuteten die zaristischen Schutzzölle für das Deutsche Reich einen schmerzhaften wirtschaftlichen Verlust. Da man auf deutscher Seite als Vergeltungsaktion ebenfalls die Zölle erhöhte, brach gegen Ende der 1870er Jahre faktisch ein deutsch-russischer Zollkrieg aus. Antirussische Einstellungen erhielten in der deutschen Öffentlichkeit daher immer mehr Zulauf.⁴⁴³

Zur gleichen Zeit gab Frankreich dem Zarenreich finanzielle Anleihen und schürte damit die Angst vor einer potentiellen französisch-russischen Allianz. Obwohl der Eiserne Kanzler die deutsch-russischen Beziehungen durch den Abschluss des Dreikaiserbündnisses von 1881 und 1884 sowie des Rückversicherungsvertrages von 1887 wieder festigen konnte, waren die Bemühungen um eine Erneuerung des Rückversicherungsvertrages im Jahr 1890 schließlich vergeblich. Ein weiterer schwerer Schlag für die deutsch-russischen Beziehungen war die Besiegelung der französisch-russischen Militärkonvention 1892 und des anschließenden Zweibundvertrags von 1894, wodurch eine politische Allianz zwischen Frankreich und dem Zarenreich entstand. Dies bedeutete nicht nur das Ende der Isolation Frankreichs in Europa, wofür Bismarck sich nach der Reichsgründung 1871 mit allen Kräften eingesetzt hatte, sondern brachte das Deutsche Reich in eine schwierige strategische Lage zwischen den beiden kontinentalen Flankenmächten. Um der wachsenden Bedrohung durch das französisch-russische Militärbündnis etwas entgegenzusetzen, entwickelte man im Kaiserreich ein Konzept, wonach die mitteleuropäischen Staaten eine enge Interessengemeinschaft bzw. einen Staatenbund unter deutscher Führung eingehen sollten. Nur ein zollpolitisch, handelspolitisch und militärpolitisch geeintes Mitteleuropa könne gegenüber der Weltmacht des britischen Imperiums und dem französisch-russischen Bündnis bestehen, so die Überzeugung. Damit wurde auch die Mitteleuropaidee wiederbelebt, die bereits während der großdeutsch-kleindeutschen Konkurrenz in der Mitte des 19. Jahrhunderts von großdeutschen Historikern und Publizisten vertreten worden war.⁴⁴⁴

Bei der Zunahme antirussischer Stimmungen spielen daneben auch geistesgeschichtliche Gründe eine Rolle. Zahlreiche baltendeutsche Schriftsteller und Geschichtswissenschaftler waren in den 70er und 80er Jahren aufgrund der massiven Russifizierungspolitik des Zarenreiches in das Deutsche Kaiserreich eingewandert und wurden hier zu Wegbereitern der Russlandfeindschaft. Durch intensive publizistische Tätigkeit versuchten sie, ihr Schicksal in der deutschen Öffentlichkeit

⁴⁴² Geiss, *Der polnische Grenzstreifen*, S. 43.

⁴⁴³ Vogel, Barbara, *Deutsche Russlandpolitik. Das Scheitern der deutschen Weltpolitik unter Bülow 1900-1906*, Hamburg 1973, S. 13-15.

bekanntzumachen. Aus Sicht der baltendeutschen Historiker und Publizisten war Russland das größte Hindernis für die deutschen Expansionspläne auf dem Kontinent. Um die politische Vorherrschaft des Deutschen Reichs in Europa durchsetzen zu können, müsse das Zarenreich entscheidend geschwächt oder sogar geschlagen werden, so ihre Überzeugung. Die baltendeutschen Geschichtswissenschaftler waren dabei vor allem von völkischem Gedankengut beeinflusst.⁴⁴⁵ Deshalb bezeichneten sie das russische Reich als eine barbarische oder halbbarbarische Gesellschaft und sahen eine enge Verbindung der Russen mit dem tatarisch-mongolischen Volkstamm. Einen Präventivkrieg gegen das Zarenreich hielten sie für notwendig, denn der Krieg galt ihnen als Wettbewerb zwischen Zivilisation und Barbarei. Sie waren überzeugt von der kulturellen, wirtschaftlichen und militärischen Überlegenheit der Deutschen, und dieser Krieg sollte die Bedrohung der germanisch-westeuropäischen Kultur durch das slawische Barbarentum endgültig beseitigen und den Anschluss der baltischen Provinzen und Kongress-Polens an das von Deutschland kontrollierte Mitteleuropa ermöglichen.

Auch von den Deutschbalten wurde die in der deutschen Geschichtswissenschaft und Publizistik etablierte nationale und politisch instrumentalisierte Geschichtsdarstellung der mittelalterlichen deutschen Ostsiedlung übernommen und diese Auffassung beherrschte praktisch ausnahmslos alle baltendeutschen Darstellungen der Geschichte des Baltikums. Dabei betonten sie die engen Beziehungen zwischen Deutschland und dem Baltikum im Rahmen der Hanse und nutzten dies zur Begründung der deutschen Herrschaft über Livland in der Vergangenheit. Das von Deutschen im Mittelalter besiedelte und erschlossene Baltikum galt ihnen als „deutsche Wacht an der Grenze des Slawentums“ und die Annexion der russischen Ostseeprovinzen als bloße Wiederherstellung des historischen Rechts der deutschen Nation im Osten. Offenbar waren die baltendeutschen Autoren auch von Constantin Frantz beeinflusst, denn dies entspricht seiner Konzeption von einer baltischen Föderation unter preußischer Führung.

Ein Beispiel für diese Überzeugungen ist Friedrich Bienemann (1838-1903). 1870 veröffentlichte er *Aus baltischer Vorzeit. Sechs Vorträge über die Geschichte der Ostseeprovinzen* und legte darin einen Schwerpunkt auf die mittelalterliche deutsche Besiedlungstätigkeit in Livland. Durch den Zuzug und die Erschließung durch die deutschen Siedler konnte „die Hereinziehung des weiten Hinterlandes in das Gebiet europäischer Cultur“ erreicht werden und dies sei schließlich die

⁴⁴⁴ Ebd., S. 17.

⁴⁴⁵ Fischer, *Krieg der Illusionen*, S. 77.

„welthistorische Aufgabe dieses Küstenlandes und seiner Bewohner“. ⁴⁴⁶ In diesem Zusammenhang stellte der Autor die Errichtung der deutschen Herrschaft als „Vorposten deutscher Macht am baltischen Meer, Missionsplatz europäischer Bildung für den Osten“ dar. ⁴⁴⁷

Zu den wichtigsten baltendeutschen Publizisten, die im Kaiserreich wirkten, zählt wohl Theodor Schiemann (1847-1921). Schiemann stammte aus Reval und im Jahr 1887 zog er als Verfechter der Interessen der Baltendeutschen in den russischen Ostseeprovinzen nach Deutschland. Mit der Unterstützung von Treitschkes begann er in Berlin seine akademische Laufbahn, verbunden mit publizistischen Aktivitäten. ⁴⁴⁸ Da der baltendeutsche Historiker dem Druck der Russifizierung ausgesetzt gewesen war, beschäftigte er sich systematisch mit der baltendeutschen Historiographie und vermittelte die Tradition der Hansezeit und die Verbundenheit mit der deutschen Vergangenheit und Gegenwart. Er schloss sich der Geschichtsauffassung Bienemanns an und war voll des Lobes über die Blütezeit der Hanse und die Begründung der deutschen Herrschaft im Mittelalters. Livland vor der deutschen Besiedlung beschrieb er so:

Es ist ein ewiges hinüber und herüber, vermittelt und hervorgerufen durch die Gemeinsamkeit der Interessen, wie die Zugehörigkeit zum Bunde der Hanseaten sie bedingte. Die auf lübischem oder gotländischem Recht gegründete Freiheit der Städte entwickelte ein Bewußtsein eigener Kraft und stolzen Selbstvertrauens, deren Früchte uns auf allen Gebieten des öffentlichen und privaten Lebens entgegentreten. [...] Zwar griff das Kunstgewerbe, wo es sich um Arbeiten großen Stils handelte, noch mit Vorliebe auf Deutschland und Flandern zurück, aber in den Städten Livlands lässt sich doch überall ein kräftig emporstrebender Handwerkerstand nachweisen, der sich früh zu Gilden und Genossenschaften zusammengethan hatte. ⁴⁴⁹

Die eigentliche Aufgabe der baltendeutschen Geschichtsforschung, für die Schiemann und die übrigen baltendeutschen Gelehrten sich mit großem Elan einsetzten, war offenkundig die Rechtfertigung der Vormachtstellung der Baltendeutschen in den russischen Ostseeprovinzen, ⁴⁵⁰ weil nach ihren historischen Erkenntnissen die Deutschen den Russen in kultureller Hinsicht vollkommen überlegen seien. So charakterisierte Schiemann den „russischen Charakterzug“ als geprägt von der

⁴⁴⁶ Bienemann, Friedrich, *Aus baltischer Vorzeit. Sechs Vorträge über die Geschichte der Ostprovinzen*, Leipzig 1870, S. 6.

⁴⁴⁷ Ebd., S. 33.

⁴⁴⁸ Meyer, Klaus, *Theodor Schiemann als politischer Publizist*, Frankfurt und Hamburg 1956, S. 63.

⁴⁴⁹ Schiemann, Theodor, *Rußland, Polen und Livland bis ins 17. Jahrhundert*, Bd. 2, Berlin 1887, S. 84.

⁴⁵⁰ Rauch, Georg von, (Hrsg.), *Geschichte der Deutschbaltischen Geschichtsschreibung*, Köln und Wien 1986, S. 231-232.

„Gleichgültigkeit gegen die Pflicht“. Dieser nomadische Zug russischer Volksnatur zeige sich vor allen Dingen in ihrer „Unsauberkeit“ und „Unwahrhaftigkeit“. Diese Missstände des Volkscharakters führten zu einer „säkularen Unfähigkeit zu folgerichtiger Arbeit“.⁴⁵¹ Ganz im Gegensatz zu den Russen sei der Volkscharakter der Deutschen geprägt von Kultiviertheit und Ordnungsliebe.

Immer wieder zog Schiemann gegen die Russifizierungspolitik des Zarenreiches in den Ostseeprovinzen zu Felde. In zahlreichen politischen Schriften versuchte er, die öffentliche Meinung in Deutschland in der Richtung zu beeinflussen, dass das Kaiserreich das baltische Deutschtum, den Erben der mittelalterlichen deutschen Hanse und der Ostsiedlung, unter keinen Umständen im Stich lassen dürfe. Um die vom Zarenreich bedrängten Baltendeutschen zu befreien und die Vormachtstellung des Deutschen Reiches in Mitteleuropa zu begründen, rief er dazu auf, die russischen Ostseeprovinzen in einem Präventivkrieg zu annektieren.⁴⁵²

Diese antirussische Grundstimmung zeigt auch der ebenfalls einflussreiche baltendeutsche Geschichtswissenschaftler Johannes Haller (1865-1947), später Historiker in Tübingen. Auch er sah die Deutschen als Kulturträger und pries die kulturellen Errungenschaften der Deutschen im Baltikum. Dabei unterschied er grundsätzlich die hochwertige abendländisch-deutsche Kultur von der „slawisch-mongolischen Halbkultur“.⁴⁵³ Dazu ein Beispiel aus seinen *Erinnerungen*:

Wir hatten das Gefühl, kulturell und moralisch herabzusteigen, wenn wir dem Russentum Zugeständnisse machten. Das mag bei manchen mit einer guten Dosis Überhebung verbunden gewesen sein, aber im Grunde war es doch nur berechtigt. Dass die russische Gesellschaft in die Zivilisation weit hinter der deutschen, auch der baltischen, zurückstand, ließ sich nicht leugnen und war natürlich, hatte doch die westliche Zivilisation dort erst vor kaum 200 Jahren einzudringen begonnen. Eine gebildete bürgerliche Gesellschaft im deutschen Sinne gab es noch nicht.⁴⁵⁴

Russland galt ihm nicht nur als eine barbarische Gesellschaft, sondern auch als Zwangsverband, in dem die unterschiedlichsten Völker nur durch Gewalt zusammengehalten wurden. Die machtpolitische Potenz des moralisch und geistig schwachen russischen Staates werde weit überschätzt, und er behauptete, „dass dem Russen im Allgemeinen der kategorische Imperativ fehlte, der das Rückgrat der deutschen Sittenbegriffe bildet.“⁴⁵⁵ In seiner Auffassung von fehlenden Zivilisations-

⁴⁵¹ Schiemann, Theodor, in: *Neue Preußische (Kreuz-)Zeitung* vom 05.08.1914. Zitiert nach: Meyer, Theodor Schiemann als politischer Publizist, S. 98.

⁴⁵² Fischer, *Krieg der Illusionen*, S. 81.

⁴⁵³ Haller, Johannes, *Erinnerungen. Geschehens, Gehörtes, Gedachtes*, Stuttgart 1960, S. 74.

⁴⁵⁴ Ebd., S. 68-69.

⁴⁵⁵ Ebd., S. 69.

Ordnungs- und Rechtsvorstellungen im russischen Volk und in Russland stimmte er mit Schiemann überein, dass das Zarenreich geschwächt werden müsse, um die deutsche Vorherrschaft in Mittel- und Ostmitteleuropa zu erreichen. Seine Russlandfeindschaft zeigte sich auch während des Ersten Weltkrieges, als er die Annexion der westlichen Gebiete des Zarenreichs nachdrücklich befürwortete.⁴⁵⁶

Das von baltendeutschen Gelehrten verbreitete Russlandfeindbild übte eine nicht zu unterschätzende Wirkung aus. Vor dem Hintergrund sozialdarwinistischen Gedankengutes, des weltweiten deutschen Machtstrebens sowie des deutsch-russischen Handelskrieges war die öffentliche Meinung durch diese antirussische Propaganda weitgehend überzeugt. Unter ihrem Einfluss hielt man auch einen Präventivkrieg gegen das Zarenreich für unausweichlich. Um einen potentiellen Krieg zu rechtfertigen, nutzten die baltendeutschen Wissenschaftler dabei die Geschichte der mittelalterlichen deutschen Eroberungen und Besiedlungen im slawischen Raum für ihre politischen Ziele. Die Idee von einer neuen deutschen Ostkolonisation bzw. Ostexpansion, welche die großdeutsche Schule schon in der Mitte des 19. Jahrhunderts vertreten hatte, erlebte bei den Agitatoren eines deutschen Nationalismus um die Jahrhundertwende eine Renaissance, wobei man sich eng an die baltendeutschen Publikationen anlehnte.

Paul de Lagarde (1827-1891) war zeitlebens einer der einflussreichsten großdeutschen Befürworter einer neuen Ostkolonisation. Während diese schon 1853 vertretene Idee in der preußischen Monarchie noch kein Gehör fand, gewann sie im Zeitalter des deutschen Imperialismus schlagartig an Boden, insbesondere seit dem Beginn der deutschen Kolonialpolitik 1884/85. Die letzten Jahre seines Lebens versuchte Lagarde die deutsche Kolonialpolitik voranzutreiben. Im Jahr 1892, ein Jahr nach seinem Tod, erschien eine Gesamtausgabe *Deutsche Schriften*, die den Kampfgeist der ostimperialistischen Agitatoren beflügelte. Für Lagarde ist die Kolonisation die wichtigste Aufgabe der Deutschen:

Die Arbeit, welche ich uns Deutschen zumuthe, ist gemeinsame Kolonisation. [...] [D]en Schauplatz dieser Kolonisation denke ich mir nicht in fremden Welttheilen, sondern in unserer nächsten Nähe.⁴⁵⁷

Wegen der Abwehr gegen das potenziell westwärts expandierende Zarenreich war die zentrale Stoßrichtung der Kolonisation der Osten. Um den übermäßigen russischen Einfluss auf die übrigen slawischen Völker einzudämmen, müsse man auf

⁴⁵⁶ Fischer, *Krieg der Illusionen*, S. 84.

⁴⁵⁷ Lagarde, Paul de, Ueber die gegenwärtigen Aufgaben der deutschen Politik, in: *Deutsche Schriften*, Göttingen 1920 (zuerst 1885), S. 27.

deutscher Seite unerlässlich ein mitteleuropäisches Wirtschaftsgebiet bzw. einen Staatenbund vorantreiben mit Preußen und Österreich als natürlichen Führungsmächten, da diese der russischen Gefahr zuerst ausgesetzt seien.⁴⁵⁸

Das russische Polen drängt sich wie eine Bastion zwischen Ost- und Westpreußen einer-, Galizien andererseits: ein russisches Heer kann ohne Mühe durch einen Marsch auf Danzig zwei Provinzen vom Leibe des Reiches trennen.⁴⁵⁹

Um diese russische Gefahr zu beseitigen, predigte er in der deutschen Öffentlichkeit unverhohlen einen Präventivkrieg gegen das Zarenreich und forderte die Erwerbung der westlichen Gebiete des Zarenreichs:

Es folgt also, daß russisch Polen im Osten und zwar über die Weichsel hinaus bis an die Pinsker Sümpfe [...] zu Deutschland zu ziehen sein wird. Und wenn außer militärischen Gründen auch die nationale Ehre gebietet letzteres zu verlangen, die Sicherheit Deutschlands erheischt das erstere unbedingt.⁴⁶⁰

Die wichtigste Aufgabe sah Lagarde selbstverständlich darin, die deutsche Öffentlichkeit von seiner Vorstellung der neuen Kolonisation des Ostens und von einem mitteleuropäischen Staatenbund zu überzeugen. Als engagierter Verfechter des großdeutschen Gedankens versuchte er, eine enge Verbindung zwischen der von ihm geforderten staatlichen Kolonisation und der mittelalterlichen deutschen Siedlungstätigkeit herzustellen und knüpfte mit der neuen Kolonisation an die Zeiten der Hanse, des Deutschordensstaates in Preußen und an die Siedlungspolitik Kaiser Karls IV. in Böhmen an. Die deutsche Vergangenheit im Osten wurde ihm zum Vorbild einer neuen Kolonisationsbewegung.⁴⁶¹

Da das Zarenreich für ihn der Hauptfeind von Deutschland und Österreich war, forderte er von der preußisch-deutschen und der österreichischen Regierung, eine gemeinsame deutsche Politik zu betreiben.⁴⁶² Eine staatliche Kolonisation im Osten müsse dabei umgehend gefördert werden:

Die deutsche Auswanderung muß systematisch und nach einem sorgfältig, auch nach strategischen Gesichtspunkten überlegten Plane nach den slovakischen und magyarischen

⁴⁵⁸ Ebd., S. 34.

⁴⁵⁹ Ebd., S. 33.

⁴⁶⁰ Ebd.

⁴⁶¹ Breitling, Richard, *Paul de Lagarde und der großdeutsche Gedanke*, Wien und Leipzig 1927, S. 67.

⁴⁶² Lagarde, Ueber die gegenwärtigen Aufgaben, S. 38.

Theilen Ungarns, nach Böhmen und Galizien, nach den polnischen Strichen Schlesiens und nach Posen gerichtet werden.⁴⁶³

Gleichzeitig war die Kolonisation für ihn eine Überlebensfrage für die deutsche Nation. Weil die Ostgrenzen Preußen-Deutschlands für einen russischen Angriff leicht erreichbar seien, solle man Russisch-Polen unverzüglich erwerben und jeden russischen Einfluss von Polen fernhalten. Die allmähliche Germanisierung des polnischen Grenzstreifens sei eine wesentliche Voraussetzung für die Bildung eines mitteleuropäischen Staatenbundes. Die deutsche Kolonisation der nichtdeutschen Gebiete Österreichs schien Lagarde noch dringlicher. Die vollständige Germanisierung aller Gebiete der Habsburgermonarchie sei die Voraussetzung für die Existenz Österreichs, denn durch die deutsche Kolonisation könne der deutsche Volkscharakter gestärkt und von allen fremden Elementen gereinigt werden.⁴⁶⁴ Sonst bestehe für die Donaumonarchie wegen des immer stärkeren Einflusses des Zarenreichs auf die slawischen Völker unausweichlich die Gefahr des Zerfalls.

Die Kolonisation im Osten und die Schaffung eines mitteleuropäischen Staatenbundes unter deutscher Hegemonie gehörten auch zu den Programmschwerpunkten des Alldeutschen Verbandes. Sein Hauptaugenmerk richtete der Verband nicht nur auf die vollkommene Germanisierung der polnischen Minderheit in den Ostprovinzen Preußens, sondern auch auf die Erwerbung von neuen Territorien im Osten und Südosten Europas. Die Verbandszeitung *Alldeutsche Blätter* brachte am 7. Januar 1894 diese ostimperialistische Zielsetzung des Alldeutschen Verbandes deutlich zum Ausdruck:

Der alte Drang nach Osten soll wieder lebendig werden. Nach Osten und Südosten hin müssen wir Ellenbogenraum gewinnen, um der germanischen Rasse diejenigen Lebensbedingungen zu sichern, deren sie zur vollen Entfaltung ihrer Kräfte bedarf, selbst wenn darüber solch minderwertige Völkerlein wie Tschechen, Slowenen und Slowaken [...] ihr für die Zivilisation nutzloses Dasein einbüßen sollten.⁴⁶⁵

Ähnliches formulierte 1905 der Vorsitzende des Verbandes, der bereits erwähnte Ernst Hasse. In seiner Schrift *Deutsche Politik* bekannte er, dass die Vorherrschaft Deutschlands in Mitteleuropa nur möglich sei, wenn die Grenze des Deutschen Reiches nach Osten verschoben werde. Auch hier wurde die deutsche Ostsiedlungsgeschichte wiederum manipulativ und aggressiv als Leitbild eingesetzt, und auch die „Kulturträgertheorie“ findet sich in seiner Argumentation:

⁴⁶³ Ebd., S. 28-29.

⁴⁶⁴ Ebd., S. 22.

⁴⁶⁵ Kruck, Alfred, *Geschichte des Alldeutschen Verbandes 1890-1939*, Wiesbaden 1954, S. 38.

Niemandem schuldet das russische Reich und das russische Volkstum größeren Dank, als dem Deutschtum. Die baltischen seit 700 Jahren angesessenen Deutschen und die Nachkommen der vor 200 und 100 Jahren in das eigentliche Rußland eingewanderten Deutschen haben jahrhundertlang das Reich zum Vorteile der Zaren und aller Russen als Beamte, Offiziere, Bürger und Landwirte beherrscht.⁴⁶⁶

Deutsche Siedlungstätigkeit im Osten dient auch hier wieder der historischen Rechtfertigung der Ostexpansion. Deshalb befürwortet er auch die Annexion des russischen Polens und die Loslösung der russischen Ostseeprovinzen sowie der anderen westlichen zaristischen Staatsgebiete, falls das Kaiserreich mit Russland eine kriegerische Auseinandersetzung führen sollte. Diese politische Forderung dient jedoch nicht allein der Schwächung des Zarenreiches, sondern soll auch die Vorherrschaft des Deutschen Reiches in Mitteleuropa sichern, wie auch die „Reste des deutschen Volkstums, der deutschen Kultur und des evangelischen Glaubensbekenntnisses in diesen Gebieten.“⁴⁶⁷

Noch radikalere, rassistische Ideen zur Ostexpansion vertrat der bereits genannte Heinrich Claß in seiner Denkschrift. Nach Claß könne die Landnot Deutschlands nur durch den Erwerb neuen Landes im Osten gelöst werden. Man solle daher an die glanzvolle nationale Vergangenheit anknüpfen, diese „größte Tat der mittelalterlichen Geschichte“.⁴⁶⁸ Das kaiserliche Deutschland rief er dazu auf, die seit dem Frühmittelalter im Osten übernommene Besiedlungsaufgabe weiter zu verfolgen:

Er ist der Erbe des deutschen Kaisertums eines Karls des Großen, der mit genialem Instinkt die Besiedlung des deutschen Volksbodens in die Wege leitete, er ist der Erbe der großen Kurfürsten und Könige Preußens, die auf der vorhandenen Grundlage den größten Teil des preußischen Staatsgebietes deutsch besiedelt haben. Als Rechtsnachfolger der deutschen Ordensritter, als König von Preußen und als deutscher Kaiser, kann und wird er, wir wagen dies zu erwarten, an die Ueberlieferung der größten Zeiten preußischer und deutscher Geschichte anknüpfen und das große Werk der Besiedlung des deutschen Volksbodens krönen und vollenden durch die Schaffung deutscher Militärgrenzen.⁴⁶⁹

Wie Hasse forderte er, die russischen Westgebiete vom Zarenreich abzutrennen, falls es zu kriegerischen Auseinandersetzungen mit Russland kommen sollte. Das neu erworbene Land im Ostens solle dann systematisch von Deutschen besiedelt werden.

⁴⁶⁶ Hasse, Ernst, *Deutsche Politik*, Band 1, München 1907, S. 108.

⁴⁶⁷ Ebd., S. 105-111.

⁴⁶⁸ Zitiert nach: Wippermann, *Ostsiedlung*, S. 65.

⁴⁶⁹ Hasse, *Deutsche Politik*, S. 156.

Es sei dann „eine Art völkischer Feldbereinigung“ durchzuführen, wobei die im eroberten Land wohnenden Russen gegen Russlanddeutsche und die ansässigen Polen gegen Polendeutsche ausgetauscht werden müssten. Letztes Ziel dieser Maßnahmen sei allerdings die endgültige und vollständige Eindeutschung aller eroberten russischen Westgebiete.⁴⁷⁰

Aus den angeführten Beispielen lässt sich entnehmen, dass die Verherrlichung der Ostsiedlungsgeschichte und die antirussischen Einstellungen bei den Befürwortern der Ostexpansion zusammengehören. Die Funktion der Ostsiedlungsgeschichte geht bei den Ostimperialisten weit über das hinaus, was sie bei den kleindeutschen Befürwortern einer Germanisierung der polnischen Minderheit im preußisch-deutschen Staat bedeutet hatte. Sie ist nun zur Argumentationshilfe für ihre Expansions- und Annexionsforderungen geworden.

Die Verschlechterung des deutsch-russischen Verhältnisses bot dieser antirussischen Propaganda ohne Zweifel einen guten Nährboden und beeinflusste sicherlich auch die deutsche Regierung. Vor allem die vielfältigen persönlichen Beziehungen der ostimperialistischen Agitatoren zu Regierungskreisen und zum Militär machten die Idee eines Präventivkriegs gegen das Zarenreich auch im Führungskreis der deutschen Regierung populär. Ein gutes Beispiel dafür ist die politische Tätigkeit Schiemanns in der deutschen Reichsführung und der Kriegsakademie sowie der Einfluss der dem Alldeutschen Verband angehörenden hohen Verwaltungsbeamten (wie zum Beispiel Friedrich von Schwerin) auf das Russlandbild des Kaiserreichs.

Der Kavalleriegeneral Friedrich von Bernhardi war von Schiemanns Ideen überzeugt und dem Alldeutschen Verband verbunden. Seine antirussische Haltung kam vermutlich auch durch die enge freundschaftliche Beziehung mit Schiemann an der Kriegsakademie zustande. Um die wachsende Bedrohung durch das französisch-russische Militärbündnis zu beseitigen und den Zustand der Umzingelung des Deutschen Reiches durchzubrechen, rief er energisch zu einem Präventivkrieg gegen die beiden kontinentalen Flankenmächte auf.⁴⁷¹ Dies war der Kernpunkt seines im Jahr 1912 erschienen Buchs *Deutschland und der nächste Krieg*, in dem die Ostsiedlungsgeschichte als historisches Argument zur Rechtfertigung seiner Präventivkriegsvorstellung gegenüber dem Zarenreich herhalten musste:

Dafür sind die Slawen zu einer bedrohlichen Macht herangewachsen. Weite Gebiete, die dem Deutschtum bereits gewonnen waren, stehen heute wieder unter slawischer Herrschaft und schienen uns dauernd verloren zu sein. Die heute russischen Ostseeprovinzen waren einst blühende Stätten deutscher Kultur. In dem uns verbündeten Österreich ist das Deutschtum

⁴⁷⁰ Mann, Bernhard, *Die baltischen Länder in der deutschen Kriegszielpublizistik 1914-1918*, Tübingen 1965, S. 11-19.

⁴⁷¹ Bernhardi, Friedrich von, *Denkwürdigkeiten aus meinem Leben*, Berlin 1927, S. 119.

auf das schwerste durch die Slawen bedrängt [...]. Uns diesem Vorwärtsdrängen des Slawentums entgegenzustemmen, ist jedoch nicht nur eine von den Vätern ererbte Ehrenpflicht, sondern auch eine Pflicht im Interesse der Selbsterhaltung und der europäischen Kultur. [...] Unwahrscheinlich ist es jedoch nicht, daß die Machtfrage zwischen Germanen und Slawen noch einmal mit den Waffen wird entschieden werden müssen [...].⁴⁷²

Von Bernhardi forderte daher eine forcierende Aufrüstung des Deutschen Reichs, um

[...] das slawische Barbarentum endgültig auf sein natürliches Aktionsgebiet, den asiatischen Osten und Südosten zurückzuwerfen und die westeuropäische Kultur vor panslawischer Vergewaltigung zu sichern.⁴⁷³

Das Beispiel von Bernhardis wirft auch ein bezeichnendes Licht auf die antirussische Haltung der militärischen und zivilen Führungskreise des Deutschen Reiches. In der Tat gewann der Gedanke eines Präventivkriegs gegen Russland in Berlin seit dem deutsch-russischen Schutzzollkrieg und der Bildung der französisch-russischen Allianz rasch an Boden. Das Scheitern der deutsch-russischen Bündnispläne 1904/05 und vor allem die Flucht der baltischen Deutschen, welche wegen der Revolution von 1905/06 aus den russischen Ostseeprovinzen nach Deutschland geflohen waren, hatte sich auf die deutsch-russische Gegnerschaft entscheidend ausgewirkt.⁴⁷⁴ Kaiser Wilhelm II. hatte schon 1905 in einem Privatgespräch mit Schiemann zum Ausdruck gebracht, dass eine militärische Auseinandersetzung wahrscheinlich sei:

Falls in Russland demnächst alles drunter und drüber geht, dann lasse ich die baltischen Provinzen unter keinen Umständen in Stich, sondern komme ihnen zu Hilfe, und sie müssen dann dem Deutschen Reich angeliedert werden.⁴⁷⁵

Militärisch griff Deutschland zwar nicht ein; deutlich wird aber, wie tief der Präventivkriegsgedanke in der deutschen Reichsleitung bereits verwurzelt war, ebenso im Militär und in der Öffentlichkeit.

Ein konkretes Annexionsprogramm der deutschen Reichsregierung in Ostmitteleuropa hat es vor dem Ersten Weltkrieg anscheinend jedoch nicht gegeben. Erst nach Kriegsausbruch nahm die Reichsführung die Idee einer Eroberung weiterer zaristischer Gebiete wieder auf. Grund für diesen Umschwung waren allerdings die militärischen Erfolge gegen das Zarenreich und die anschließende

⁴⁷² Bernhardi, Friedrich von, *Deutschland und der nächste Krieg*, Stuttgart und Berlin 1912, S. 81.

⁴⁷³ Bernhardi, Friedrich von, *Videant consules, ne quid res publica detrimenti capiat*, Kassel 1890, S. 36-37.

⁴⁷⁴ Vogel, *Deutsche Russlandpolitik*, S. 25-26.

⁴⁷⁵ Meyer, *Theodor Schiemann als politischer Publizist*, S. 144.

Okkupation im Osten. Erst nach einer Reihe glänzender militärischer Siege an der Ostfront 1914-15 wurde der Expansionsgedanke bzw. die Mitteleuropa-Konzeption, die von Schiemann, Lagarde und dem Alldeutschen Verband sowie anderen nationalistisch-imperialistischen Agitatoren vor 1914 lautstark vertreten wurde, umgehend von der Regierung und den Führungskreisen des Kaiserreiches aufgegriffen und in der deutschen Besatzungs- und Annexionspolitik in Osteuropa umgesetzt.

Nach dem militärischen Triumph der Mittelmächte gegen Russland nahm das Deutsche Reich Kongresspolen, das Baltikum und die westliche Ukraine in Besitz. In Berlin überlegte man angesichts der Größe der eroberten Gebiete, eine Reihe von halb-selbständigen Pufferstaaten unter deutscher Hegemonie auf dem ehemals westlichen russischen Staatsgebiet zu errichten. Das Ziel war natürlich, den Einfluss Russlands in Mittel- und Mitteleuropa zurückzudrängen und die deutsche Machtstellung auf dem Kontinent auszubauen.⁴⁷⁶ Manche Ostmarkenpolitiker und sogar Mitglieder der Reichsregierung sahen im deutschen Vormarsch schon eine Parallele zum Zug der deutschen Siedler im Mittelalter. Der damalige Regierungspräsident von Frankfurt an der Oder, Friedrich von Schwerin, der Mitglied im Alldeutschen Verband war und enge Beziehungen zum Vorsitzenden der Krupp AG, Hugenberg, und zur Führungsriege des Ostmarkenvereins hatte, äußerte in einer 1915 dem Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg (1856-1921) vorgelegten Denkschrift den Gedanken einer neuen deutschen Mission im Osten:

Der gegenwärtige Krieg bietet die Möglichkeit – vielleicht zum letzten Male in der Weltgeschichte –, daß Deutschland seine kolonisatorische Mission nach dem Osten in entschiedener Weise wieder aufnimmt. Wie das neue Deutsche Reich aufgebaut ist, nicht auf den alten deutschen Kulturländern des Südens und Westens Deutschlands, sondern auf den ostelbischen Preußens so kann für spätere Jahrhunderte sehr wohl ein Jungbrunnen für Deutschland quellen auf den weiten Gebieten jenseits unserer jetzigen östlichen Grenzen.⁴⁷⁷

Derartige Forderungen verfehlten auch ihren Einfluss auf den Reichskanzler nicht. Vor allem während der siegreichen Kriegszüge an der Ostfront hielt Hollweg Grenzkorrekturen im Osten des Deutschen Reiches für unabdingbar, obwohl seine Äußerungen recht zurückhaltend klingen und sich sein Annexionsstreben auf den unmittelbaren Grenzstreifen beschränkte:

Politisch und militärisch halte ich es für erwünscht, diese Grenzkorrekturen auf das strategisch unbedingt notwendige Maß zu beschränken. Jeder nennenswerte Zuwachs an polnischer und jüdischer Bevölkerung bedeutet für uns einen nationalen Schaden und die

⁴⁷⁶ Broszat, *Zweihundert Jahre deutsche Polenpolitik*, S. 142.

⁴⁷⁷ Geiss, *Der polnische Grenzstreifen*, S. 78-79.

Abhilfe, die durch Übersiedlung der neuen Grenzbevölkerung nach Kongreßpolen geschaffen werden muß, wird sich praktisch immer in bescheidenen Grenzen halten.⁴⁷⁸

Unterstützt wurde das Annexionsstreben des Deutschen Reiches im Osten vom ehemaligen Reichskanzler von Bülow. Er legitimierte in seiner 1916 erschienen Schrift *Deutsche Politik* die deutsche Ostpolitik unmittelbar mit dem Verweis auf die Ostsiedlungsgeschichte:

Das Kolonisationswerk im deutschen Osten, das, vor beinahe einem Jahrtausend begonnen, heute noch nicht nur das größte, es ist das einzige, das uns Deutschen bisher gelungen ist.⁴⁷⁹

Die Ostsiedlung des Mittelalters und die erfolgreichen militärischen Unternehmen der Gegenwart werden dabei als kontinuierlicher Vorgang betrachtet:

Dies Neuland im Osten, erobernd betreten in der Zeit höchster deutscher Reichsmacht, mußte uns bald staatlich und vor allem national Ersatz werden für verlorenes altes Land im Westen.
[...]

Die gewaltige östliche Kolonisationsarbeit ist das beste, das dauerndste Ergebnis unserer glanzvollen mittelalterlichen Geschichte.⁴⁸⁰

Energisch gefordert wurde die Ostexpansion vor allem von deutschen Militärs in den besetzten Gebieten, wobei sogar eine unmittelbare Annexion der eroberten Gebiete ernsthaft in die Überlegungen einbezogen wurde.⁴⁸¹

Für ihre Kriegszielpropaganda und zur Rechtfertigung der Annexionspolitik berief sich die militärische Leitung an der Ostfront auch auf die deutsche Eroberung und Besiedlung der slawischen Gebiete. Die Ostsiedlungsgeschichte wurde für die Militärführung so zum historischen Leitbild. Bereits zu Kriegsbeginn bemühten sich die deutschen Militärs, eine enge Verbindung zwischen dem Krieg und dem mittelalterlichen Kampf zwischen Ordensrittern und Jagiellonen um die Vorherrschaft im Ostseeraum herzustellen.

Ein Beispiel ist die Benennung der sogenannten „Zweiten Schlacht bei Tannenberg“ 1914. Nachdem die achte deutsche Armee unter der Führung von Generalfeldmarschall Paul von Hindenburg (1847-1934) und General Erich Ludendorff (1865-1937) die russische Narewarmee im August 1914 in den westlichen

⁴⁷⁸ Ebd., S. 95.

⁴⁷⁹ Bülow, *Deutsche Politik*, S. 218.

⁴⁸⁰ Ebd., S. 220-221.

⁴⁸¹ Lenz, Wilhelm, Deutsche Siedlungspläne im Baltikum während des Ersten Weltkrieges, in: *Zwischen Lübeck und Novgorod. Wirtschaft, Politik und Kultur im Ostseeraum vom frühen Mittelalter bis ins 20. Jahrhundert*, hrsg. von Ortwin Pelc und Gertrud Pickhan, Lüneburg 1996, S. 401.

Masuren in Ostpreußen vernichtend geschlagen hatte, ergriff man die Gelegenheit und stilisierte diesen Sieg zur Revanche für die Niederlage des Deutschen Ordens in der Schlacht bei Tannenberg 500 Jahre zuvor. Obwohl die Gegner diesmal nicht Polen sondern Russen waren, wollte die deutsche Militärführung wohl die „schmerzlichen Erinnerungen an deutsche Ohnmacht“ und den „Jubelruf slawischen Triumphes“⁴⁸² aus dem historischen Gedächtnis des deutschen Volkes auslöschen und bei den Deutschen nationale Begeisterung entfesseln. Die Namensgebung durch Ludendorff zeigt, wie sehr er dem ideologischen Bild der Geschichte des mittelalterlichen Deutschordensstaates verhaftet war:

Die Schlacht wurde auf meinem Vorschlag die Schlacht von Tannenberg benannt, als Erinnerung an jenen Kampf, in dem der Deutsche Ritterorden den vereinigten litauischen und polnischen Armeen unterlag. Wird der Deutsche es jetzt wie damals zulassen, daß Litauer und namentlich der Pole aus unserer Ohnmacht Nutzen ziehen und uns vergewaltigen? Soll Jahrhunderte alte deutsche Kultur verloren gehen?⁴⁸³

Man sieht hier, wie die deutsche Ostsiedlungs- bzw. Ordensstaatsgeschichte von der deutschen Militärführung im Krieg an der Ostfront nutzbar gemacht wurde, vor allem in den in der Folgezeit von der deutschen Armee eroberten westrussischen Gebieten. Ein weiteres Beispiel sind die Siedlungspläne für die militärischen Verwaltungsgebiete des Oberbefehlshabers Ost, der mit dem Chef des Generalstabes bei Oberbefehlshaber Ludendorff eng verbunden war. Nach der erfolgreichen militärischen Besetzung der ehemals zaristischen Gebiete versuchte die deutsche Militärführung, diese neuerworbenen Länder teilweise oder sogar vollständig in das Deutsche Reich einzugliedern. Zudem sollte die Ansiedlung deutscher Bevölkerung gefördert werden.⁴⁸⁴ Solche Siedlungspläne wurden seit dem Sommer 1915 vom Leitungskreis der militärischen Verwaltungsgebiete intensiv diskutiert.

Damit folgten sie selbstverständlich auch dem Leitbild der Ostsiedlungsgeschichte. Ein Gesamtbericht der militärischen Verwaltungsgebiete vom Herbst 1916 drückt es direkt aus. Deutschland habe es in der Hand, „an die groß angelegten Siedlungsbestrebungen des Deutschen Ordens wieder anzuknüpfen und das seinerzeit begonnene Werk nach jahrhundertelanger Unterbrechung zum Ziele zu führen.“⁴⁸⁵ Schließlich sollten die im Kriegsverlauf eroberten Gebiete im Osten nach Ansicht des Chefs der Militärverwaltung den Bedürfnissen Deutschlands dienen:

⁴⁸² Hindenburg, Paul von, *Aus meinem Leben*, Leipzig 1920, S. 85.

⁴⁸³ Ludendorff, Erich, *Meine Kriegserinnerungen 1914-1918*, Berlin 1919, S. 44.

⁴⁸⁴ Lenz, Deutsche Siedlungspläne, S. 401.

⁴⁸⁵ Stupperich, Robert, Siedlungspläne im Gebiete des Oberbefehlshabers Ost (Militärverwaltung Litauen und Kurland) während des Weltkrieges, in: *Jomsburg* 5 (1941), S. 356-357. Zitiert nach: Lenz, Deutsche Siedlungspläne, S. 402.

Allein das Deutschtum, das seit dem Mittelalter seine staatsbildende Befähigung bewiesen hat, findet hier sein Feld und seine natürliche Mission und dies um so mehr, als dem Bedürfnis Deutschlands nach einer Siedlungsfläche entsprochen wird, welche die überschüssige Kraft dem Vaterlande erhält.⁴⁸⁶

Die Siedlungspläne der Militärführung wurden kurz vor dem Zusammenbruch des Deutschen Reiches im Baltikum tatsächlich realisiert.⁴⁸⁷ Das mit dem Verweis auf die mittelalterliche Ostsiedlungsgeschichte legitimierte Siedlungsunternehmen kam aber nach Kriegsende und der Auflösung der deutschen Militärverwaltung im Dezembers 1918 an sein Ende.

Insgesamt gesehen wurde die Ostsiedlungsgeschichte im wilhelminischen Deutschland von den deutschen nationalistisch-imperialistischen Agitatoren als richtungweisendes Argument für ihre ostexpansive Propaganda verwendet. Nach dem Ausbruch des Krieges wurde auch die deutsche Reichsregierung dadurch beeinflusst, ausgelöst durch die deutschen Erfolge gegen Russland. In dieser günstigen Situation griffen deutsche Militärs, Ostmarkenpolitiker und sogar Führungsmitglieder der Reichsregierung das bereits etablierte Konzept einer Ostexpansion sowie die Mitteleuropa-Konzeption auf und verwirklichten sie umgehend in ihrer Kriegszielpolitik. Vor allem setzten die deutschen Militärs die Ostsiedlungsgeschichte als historisches Leitbild für ihre Besatzungs- und Annexionspolitik durch und begannen auch mit Siedlungsmaßnahmen im eroberten Osten.

5.2.2 Die deutsche Ostsiedlungsgeschichte als Feindbild des russischen Panslawismus und Imperialismus

So wie die deutschen Nationalisten und die Anhänger der Ostexpansion sich für einen Präventivkrieg gegen Russland begeisterten und antirussische Stimmungen hegten, so kamen antideutsche Emotion auch bei den russischen Panslawisten und Imperialisten zum Vorschein. Nach der Errichtung des Deutschen Reiches 1871 überdauerten zwar die traditionellen dynastischen Beziehungen zwischen den Hohenzollern und den Romanows, jedoch lockerten sich die russisch-deutschen Bindungen aufgrund der großen Sorge des Zarenreichs vor einer Neuordnung der Machtverhältnisse in Mitteleuropa merklich. Obwohl Bismarck die zerbrechlichen Beziehungen durch das Dreikaiserbündnis von 1881/84 und den Rückversicherungs-

⁴⁸⁶ Ebd.

⁴⁸⁷ Ebd., S. 405-406.

vertrag von 1887 weiter aufrechterhalten konnte, wuchs das Misstrauen auf beiden Seiten.

Die zunehmende russisch-österreichische Rivalität auf dem Balken und das von den russischen Panslawisten intensiv propagierte russisch-deutsche Feindbild führten zu einer rapiden Steigerung des Deutschland- und Deutschenfeindbildes in Russland. Erstes spürbares Zeichen für die antideutsche Strömung im Zarenreich war die bereits erwähnte Russifizierungspolitik in den Ostseeprovinzen in den 70er Jahren, wobei die russische Regierung das durch die Gründung des deutschen Nationalstaates beflügelte deutschbaltische Nationalgefühl mit harter Hand unterdrückte. Diese Russifizierungstendenzen kamen seit den 80er Jahren noch stärker zum Tragen.

Die brutale Ermordung von Zar Aleksandr II. im Jahre 1881 beendete ein fast drei Jahrzehnte währendes, aber wenig erfolgreiches Reformzeitalter. Aufgrund der schweren politischen Erschütterung und wegen des unruhigen inneren Zustandes Russlands hielt der neue Kaiser Aleksandr III. (1881-1894) die durchgeführten Reformmaßnahmen für einen Fehler und verfolgte daher einen härteren Kurs. Die ursprünglichen Fundamente des Staates, die orthodoxe Kirche, Autokratie und Russentum, sollten im Zarenreich wieder gestärkt werden. Der Zar wollte mit seinem harten Vorgehen die Zentralgewalt stärken. Dieser Kurswechsel bedeutete jedoch gleichzeitig einen schweren Schlag für die nationalen Minderheiten in Russland, weil sie nun unter starken Russifizierungsdruck gerieten.

Vor diesem Hintergrund verschlechterte sich die Lage der Baltendeutschen rapide. Mit der Durchsetzung der russischen Amts- und Unterrichtssprache, der weitgehenden Einführung des russischen Polizei- und Gerichtswesens und dem massenhaften Einströmen russischer Beamter wurden das privilegierte deutsche Landesrecht und der deutsche Sprachgebrauch sowie die evangelische Kirche in den Ostseeprovinzen stark beschränkt. Diese Russifizierungspolitik zwang viele Baltendeutsche, nach Deutschland zu ziehen und beförderte ein antirussisches Milieu in der deutschen Öffentlichkeit. Dagegen wurden die deutschfeindlichen russischen Nationalisten und Panslawisten erheblich gestärkt. Vor allem nach einer empfindlichen diplomatischen Niederlage des Zarenreichs auf dem Berliner Kongress von 1878, auf dem Russland wegen der ablehnenden Haltung Deutschlands seine politischen Ansprüche nicht umsetzen konnte, griff auch in Russland eine antideutsche Stimmung um sich. Dies lässt sich insbesondere seit den 80er Jahren erkennen, als in der russischen Öffentlichkeit zunehmend vor einem spezifisch deutschen „Drang nach Osten“ gewarnt wurde.⁴⁸⁸

⁴⁸⁸ Wippermann, *Drang nach Osten*, S. 56.

Und die Beziehungen verschlechterten sich weiter. Dabei spielte seit den 80er Jahren der Handelskonflikt und die russisch-französische Allianz seit den 90er Jahren eine wichtige Rolle. Das Bagdadbahnprojekt von 1899, mit dem das Deutsche Reich durch eine Eisenbahnverbindung zwischen Berlin und Bagdad der russischen Ausdehnungspolitik auf dem Balkan sowie im Orient entgegentreten wollte, bescherte dem Antigermanismus im russischen Reich weitere Anhänger, so dass die deutsche Minderheit immer mehr zum Sündenbock gemacht wurde. Etliche russische Publikationen verunglimpften nicht nur die Baltendeutschen, sondern auch die Wolgadeutschen und die anderen deutschen Kolonisten in Russland als Vertreter eines „deutschen Drangs nach Osten“ und der „deutschen Expansion in den Westgebieten“ des Zarenreichs. 1910 bezeichneten russische Abgeordnete in einer Duma-Debatte die Russlanddeutschen sogar als „Stoßtrupp der offensiven deutschen Ostbewegung“.⁴⁸⁹

Obwohl sich das antideutsche Milieu innerhalb des russischen Reiches durch diese Konfrontationen also immer mehr verdichtete, konnte sich das Zarenreich zu Beginn des 20. Jahrhunderts aufgrund seiner militärischen, wirtschaftlichen und innenpolitischen Schwäche nicht auf einen Krieg mit dem militärischen weit überlegenen Deutschen Reich einlassen. Zu dieser Zeit konkurrierte Russland in Persien sowie in Zentral- und Ostasien noch mit den anderen Großmächten und musste sich deshalb Zurückhaltung auferlegen. Deutlich wurde diese Zurückhaltung auch im russisch-japanischen Krieg 1904/05. Nach der schweren Niederlage gegen die aufsteigende Großmacht im Fernen Osten war das in einer Finanzkrise befindliche und durch innere Unruhen erschütterte Zarenreich zwischenzeitlich nicht imstande, seine expansive auswärtige Politik weiter zu betreiben und vertraute die „Wahrung der Ehre und Würde“ des russischen Imperiums zunächst der Kunst der Diplomatie an.⁴⁹⁰ Aus diesem Grund war die russische Regierung unter Außenminister Aleksandr Izvoľskij in dieser Zeit an einem Ausgleich der russisch-deutschen Gegensätze interessiert.

Die Balkankrise verschlechterte jedoch die russisch-deutschen Verhältnisse entscheidend und führte schließlich zu einer russisch-deutschen Feindschaft. Nach der Niederlage in Ostasien hatte sich das Zarenreich wieder Südosteuropa und dem Nahen Osten zugewandt und seit 1908 rivalisierte man dort von neuem mit der Habsburgischen Monarchie auf dem zuvor jahrzehntelang relativ ruhigen Balkan. Den südslawischen Ambitionen der Donaumonarchie stellte das Zarenreich seine „Mission Russlands“ entgegen, nämlich das „historische Recht“ des russischen Imperiums auf die Kontrolle der Meerengen und seine Rolle als Schützer aller

⁴⁸⁹ Ebd.

⁴⁹⁰ Geyer, *Der russische Imperialismus*, S. 207.

slawischen Brüder auf dem Balkan.⁴⁹¹ Während Österreich-Ungarn mit voller Unterstützung Deutschlands durch den Annexionsplan auf dem Balkan die „zersetzenden Kräfte des Panslawismus“ beseitigen wollte, sahen die Russen und die übrigen Slawen ihrerseits ein solches Unternehmen als den Inbegriff des alldeutschen „Drangs nach Osten“ und als Versuch der Unterjochung ganz Mitteleuropas an, und so rechtfertigte das Zarenreich seine Expansionsziele in Südosteuropa als Gegenwehr.⁴⁹² In der österreichisch-russischen Rivalität auf dem Balkan schlug das Deutsche Reich sich als einziger Bundesgenosse eindeutig auf die Seite Österreich-Ungarns aber gleichzeitig wurde auch die russisch-französisch-englische Entente innerlich gestärkt. Die österreichisch-deutsche Politik auf dem Balkan wurde hier immer mehr als Pangermanismus interpretiert. Die Balkankrise 1908/09 und die Balkankriege 1912/13 ließen das Zarenreich schließlich erkennen, dass militärische Auseinandersetzungen mit Deutschland und Österreich, also ein deutsch-slawischer „Entscheidungskampf“ unvermeidbar sei. Die unversöhnliche Feindschaft des Zarenreichs gegenüber den Mittelmächten förderte letztendlich die militärischen Auseinandersetzungen. Als die Habsburgermonarchie wegen der Ermordung ihres Thronfolgers durch einen großserbischen Nationalisten im Juli 1914 den Unruheherd Serbien, der längst mit seinen südslawischen Ambitionen das zerbrechliche innere Gleichgewicht des österreichischen Vielvölkerstaats gefährdete, unbedingt beseitigen wollte, stärkte Russland mit seiner Abwehr gegen den „deutschen Drang nach Osten“ Serbien entschieden den Rücken, und so brach der Krieg schließlich aus.

Während die russische Regierung erst kurz vor dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges eine deutschfeindliche Haltung annahm, waren antideutsche Strömungen längst in der russischen Öffentlichkeit präsent. Geistige Vorläufer des Antigermanismus im Zarenreich waren dabei die russischen Panslawisten und Nationalisten. Im vorigen Kapitel haben wir gesehen, wie sehr die deutsche Ostsiedlungsgeschichte in der russischen Geschichtswissenschaft und Publizistik instrumentalisiert worden ist. Diese Tendenz wird um Jahrhundertwende von russischen Autoren weiter vorangetrieben. Die These vom deutschen „Drang nach Osten“ als grundlegendem Element der mittelalterlichen deutschen Ostsiedlungsgeschichte, die seit der Mitte des 19. Jahrhunderts in den panslawistischen Schriften Fuß gefasst hatte, dominierte die russische Geschichtswissenschaft nun vollständig. Repräsentativ ist hier der aufsehenerregende Vortrag des russischen Generals Michail Dmitriewiĭ Skobelev (1843-1882), gehalten im Jahre 1882 bei einer serbi-

⁴⁹¹ Ebd.

⁴⁹² Meyer, Henry Cord, Das Zeitalter des Imperialismus, in: Mann, Golo (Hrsg.), *Propyläen Weltgeschichte*, Band 9: Das zwanzigste Jahrhundert 1, Frankfurt/M. und Berlin 1976, S. 45.

schen Studentenversammlung in Paris, in dem er die Deutschen als den Urfeind aller Russen und Slawen ausmachte:

Das ist der Urheber des „Dranges nach Osten“ – Sie kennen ihn alle – das ist der Deutsche! Der Kampf ist unvermeidlich zwischen dem Slawen und dem Teutonen. [...] Er ist vielleicht schon sehr nahe. [...] Er wird lange dauern, blutig und schrecklich sein; aber was mich betrifft, ich glaube daran, daß er mit dem Sieg der Slawen enden wird.⁴⁹³

Skobelev war der Meinung, dass der Drei-Kaiser-Vertrag zwischen dem Zarenreich, dem Deutschen Reich und der Habsburgermonarchie nicht allein den russischen und slawischen Interessen eindeutig zuwiderlaufe, sondern die deutsche Expansionsgier auf Russland und die übrigen slawischen Länder ausgelöst habe.⁴⁹⁴ In der Tat wurde diese Warnung auch in der russischen Öffentlichkeit aufgenommen. Die Deutschstämmigen in Russland mussten einmal mehr als Sündenbock herhalten und man warf ihnen vor, sie würden gemeinsam mit dem Deutschen Reich und der Donaumonarchie das Zarenreich in die Zange nehmen.⁴⁹⁵

Skobelevs Überzeugung vom künftigen Sieg der Slawen wurde auch von den übrigen russischen Historikern und Schriftstellern geteilt. In diesem Zusammenhang berief man sich gern auf die Ereignisse der Vergangenheit – die Schlacht bei Grunwald/Tannenberg von 1410 und die Schlacht auf dem Eis des Peipus-Sees 1242, bei der die Slawen einen triumphalen Sieg gefeiert hatten. Während der Feiern zum 492. Jahrestag der Schlacht von Grunwald 1902 in Polen, berichteten auch mehrere russische Publikationen über die Beteiligung der Smolensker Truppen und betonten, dass die Russen bei diesem gesamtshawischen Triumph einen unschätzbaren Beitrag geleistet hätten.⁴⁹⁶ Diese patriotische Geschichtsdarstellung verlor nach den russischen Niederlagen in den Masuren in Ostpreußen 1914 jedoch nicht nur an propagandistische Bedeutung, vielmehr erlitt das Zarenreich einen erheblichen Prestigeverlust, weil diese Niederlage von deutscher Seite zur zweiten Schlacht bei Tannenberg und damit zu einer Revanche stilisiert wurde.

In dieser Situation benötigte das Zarenreich dringend ein historisches Ruhmesblatt, um den kollektiven russischen Kampfgeist zu beflügeln. Die Schlacht auf dem Peipus-See, wo der russische „Heilige Aleksandr Nevskij“ im Jahre 1242 den Deutschen Orden bezwang, diente so als vorbildgebendes antideutsches Symbol zur Steigerung der Kampfesmoral der russischen Soldaten im weiteren Kriegsverlauf.

⁴⁹³ Rutkowski, Ernst von, General Dmitrievič Skobelev, Die Krise des Jahres 1882 und die Anfänge der militärischen Vereinbarungen zwischen Österreich-Ungarn und Deutschland, in: *Ostdeutsche Wissenschaft* 10, Berlin 1963, S. 112.

⁴⁹⁴ Wippermann, *Drang nach Osten*, S. 56.

⁴⁹⁵ Ebd.

⁴⁹⁶ Vietig, Die polnischen Grunwaldfeiern, S. 246-247.

Das Konterfei Aleksandr Nevskijs zierte bis zum Ende des Weltkrieges zahlreiche patriotische Postkarten und viele Schriftsteller widmeten ihm ihre Bücher. Die russischen Autoren mit nationaler Gesinnung zogen eine historische Verbindungslinie zwischen den Ereignissen des Jahres 1242 und dem Krieg sowie zwischen den mittelalterlichen deutschen Ordensrittern und der deutschen Armee.⁴⁹⁷ Der Schriftsteller N. Novinskij beispielsweise vertrat in seinem 1914 erschienenen Buch die These, dass die „herrsüchtigen“ Deutschen seit dem 13. Jahrhundert unter der christlichen Fahne Russland erobern wollten und die russisch-deutsche Erbfeindschaft folglich bis zur Gegenwart andauere:

[Die Deutschen] haben uns erneut den Krieg erklärt. Aber sie verstecken sich schon nicht mehr hinter der Fahne der Religion. Sie haben ihre teutonischen Heere gegen uns geführt und sind in den Kampf für ihre deutsche ‚Kultur‘ getreten, der es in ihrem Land zu eng geworden ist. Die Deutschen haben in uns schon immer als [sic!] ihre Erbfeinde gesehen. Heute ist dieser Jahrhunderte alte Haß wieder erwacht. In diesem Krieg sind die Deutschen genauso brutal, prahlerisch und listig wie ihre Vorfahren, die Ritter des Deutschen Ordens, die Aleksandr Nevskij auf dem Eis des Peipus-Sees bezwang. In diesen Tagen der schweren Prüfung, die das Schicksal Rußland auferlegt hat, besteht der Wunsch, die Worte Aleksandr Nevskijs zu wiederholen: Gott, schlichte Du unseren Streit mit diesem hochmütigen Volk.⁴⁹⁸

Der zarentreue Autor unternimmt hier also den Versuch, das Herzogtum Nowgorod mit dem Zarenreich zu identifizieren. Die Verbindung von Nowgorod und Zarenreich, von Aleksandr Nevskij und Nikolaus II., ist natürlich auch ein Aufruf an die Leser, sich gegen die nach Osten drängenden Deutschen zur Wehr zu setzen wie damals auf dem Peipus-See. Jedoch konnte diese nationale Propaganda den endgültigen Zusammenbruch des Zarenreichs nicht verhindern. Dennoch lässt sich konstatieren, dass während des Ersten Weltkrieges das ideologische Bild von Aleksandr Nevskij bzw. der russisch-deutschen Verhältnisse des Mittelalters in der antideutschen Propaganda des Zarenreichs eingesetzt worden ist. Auch die sowjetisch-russische Geschichtswissenschaft befreite sich nicht von dieser Ideologie, vielmehr erreichte sie in der sowjetischen Propaganda einen neuen Höhepunkt. Es ist daher auch nicht verwunderlich, dass diese tief ideologische Geschichtsauffassung nach dem Ende des „Großen Vaterländischen Krieges“ in der Sowjetunion in allen Publikationen während des Kalten Krieges geradezu axiomatisch weiter galt.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass die Instrumentalisierung des deutschen Ostsiedlungsbilds in der imperialistischen Epoche in eine neue Phase eintrat.

⁴⁹⁷ Schenk, Frithjof Benjamin, *Aleksandr Nevskij, Heiliger – Fürst – Nationalheld. Eine Erinnerungsfigur im russischen kulturellen Gedächtnis (1263-2000)*, Köln, Weimar und Wien 2000, S. 223.

⁴⁹⁸ Novinskij, N., *Ledovoe poboišče. Sraženie s nemcami v 1242 godu*, Jaroslavl 1914, S. 15. Zitiert nach: Schenk, *Aleksandr Nevskij*, S. 224.

Vor 1880 wurde die Ostsiedlung im Deutschen Reich als historisches Leitbild zur Rechtfertigung der Germanisierungspolitik und in der Habsburgermonarchie zur Festigung der Vorherrschaft verwendet. Zwar wurde um die Mitte des 19. Jahrhunderts mit Bezug auf das mittelalterliche Ostsiedlungsbild von einzelnen großdeutschen Autoren ein neuer „deutscher Zug nach Osten“ gefordert, jedoch fanden derartige propagandistische Parolen weder im preußisch-deutschen Staat noch in der Donaumonarchie Gehör.

Um die Jahrhundertwende scheint das Ostsiedlungsbild neben der inneren Integration auch noch eine nach außen gerichtete Bedeutung gehabt zu haben. Im innenpolitischen Bereich sahen die radikalen deutschen Nationalisten die vollständige Eingliederung aller Staatsangehörigen des Kaiserreichs als Voraussetzung für die künftige weltweite Sendung Deutschlands. Ziel der Assimilierungsversuche waren selbstverständlich die Polen, die als größte nationale Minderheit im Deutschen Reich sich einer Germanisierung immer widersetzt hatten. Noch massiver ideologisch eingesetzt wurde die Ostsiedlungsgeschichte in den antipolischen Kampagnen der polenfeindlichen Organisationen in Deutschland wie dem Alldeutschen Verband und dem Deutschen Ostmarkenverein. Diese verbanden die nationale Interpretation der Ostsiedlungsgeschichte mit rassistischem Gedankengut um die Unterwerfung der slawischen Länder durch die Kreuzritter und Ordensritter im Mittelalter mit der Unterdrückung der angeblich minderwertigen Polen durch die Deutschen in der Gegenwart gleichsetzen zu können. Solche Ideologien hatten auch Einfluss auf die Regierungspolitik und so wurde die polnische Bevölkerung in jeder Hinsicht diskriminiert. Die national denkenden polnischen Schriftsteller setzten dem eine ebenfalls rassistische Interpretation der Jagiellonenzeit entgegen. Sie zogen eine Parallele zwischen dem dämonischen Bild des Ordensstaates und dem preußisch-deutschen Staat, und der Sieg des großen polnischen Königs Jagiello über den Deutschen Orden in der Schlacht von Grunwald sollte erneuert werden durch die Errichtung eines polnischen Nationalstaates in der Zukunft.

Etwas anders war die ideologische Funktion der Ostsiedlungsgeschichte bei den Deutschböhmen. Aufgrund der Zunahme des tschechischen Bevölkerungsanteils und des rasch wachsenden politischen und wirtschaftlichen Gewichts der Tschechen wurden die Deutschböhmen in die Defensive gedrängt. Um den Gebrauch der tschechischen Sprache und die vermeintliche Tschechisierung in den deutschen Randgebieten Böhmens aufrechtzuerhalten, verlangten die Deutschböhmen die Aufteilung der böhmischen Länder in einen deutschen und einen tschechischen Teil sowie die Errichtung einer deutschböhmischen Provinz im habsburgischen Gesamtstaat. Um ihre politischen Ansprüche zu rechtfertigen, beriefen sie sich auf die deutsche Siedlungstätigkeit in den böhmischen Ländern seit dem Mittelalter. Das

deutschböhmisches Verlangen nach einer ethnisch-nationalen Teilung Böhmens löste bei den Tschechen wegen der Verletzung der historischen Einheit des böhmischen Staates unter der St. Wenzelskrone allgemeine Empörung aus. Die Bezeichnung der Deutschböhmen als „Eindringlinge“, die Palacký für die mittelalterliche Siedlungsbewegung in Böhmen gebrauchte, wurde auch in der tschechischen Politik und Geschichtswissenschaft aufgegriffen, wo man das Existenzrecht der Deutschen in Böhmen bestritt. Deshalb forderten die Tschechen von den Deutschböhmen, das Prinzip des böhmischen Staatsrechts anzuerkennen und die vollständige Gleichberechtigung beider Nationalitäten zu akzeptieren.

In der imperialistischen Epoche diente die mittelalterliche deutsche Ostsiedlung den nationalistischen deutschen Agitatoren schließlich auch der Rechtfertigung einer Expansionspolitik. Die Grundlage für die Erfüllung einer weltweiten deutschen Sendung sollte die vollständige Kontrolle Mitteleuropas durch das Deutsche Reich sein. Vor allem das weit nach Westen ausgreifende Russisch-Kongresspolen und das französisch-russische Militärbündnis waren den deutschen Ostimperialisten dabei ein Dorn im Auge. Als präventive Maßnahme forderten sie eine Expansion im Osten und die Annexion der westlichen Grenzgebiete des Zarenreiches, um die deutsche Vorherrschaft in Mitteleuropa zu erringen.

Die deutsche Ostsiedlungsgeschichte war dabei von zentraler und richtungsweisender Bedeutung. Die mittelalterlichen deutschen Siedler und Kreuzritter wurden von den Ostimperialisten zu heroischen Vorkämpfern des Deutschtums hochstilisiert. Unter dem Einfluss rassistischer Ideen strebten einige Verfechter der Expansion nicht mehr die Germanisierung der slawischen Untertanen an, sondern eine Art „völkischer Feldbereinigung“. Gemeint war damit der Austausch der slawischen Bevölkerung durch Russlanddeutsche, um die eroberten russischen Westgebiete dem deutschen Staat einzuverleiben. Diese rassistische Kriegszielpropaganda beeinflusste nach dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs sogar die Regierungspolitik. So befürwortete der Reichskanzler Hollweg eine Verschiebung der deutschen Grenzen nach Osten und deutsche Militärbefehlshaber, wie z. B. Ludendorff, setzten in einigen besetzten Ostgebieten Siedlungspläne um.

Gegen die deutsche Interpretation der Ostsiedlungsgeschichte wandten sich die russischen Panslawisten und Nationalisten mit dem Hinweis auf den aggressiven „deutschen Drang nach Osten“. Diese These wurde abgeleitet aus der mittelalterlichen deutschen Eroberungs- und Siedlungstätigkeit in den slawischen Ländern und der Geschichte der slawisch-deutschen Verhältnisse im Allgemeinen. Die Triumphe gegen den deutschen Orden bei Tannenberg und auf dem Peipus-See erhielten eine herausragende Stellung in der nationalen Geschichte und sollten Ansporn sein für einen künftigen slawisch-deutschen „Entscheidungskampf“. In Russland schließlich

wurde während des ersten Weltkriegs das mittelalterliche Herzogtum Nowgorod mit dem gegenwärtigen Zarenreich identifiziert und der Herzog Aleksandr Nevskij zum Nationalhelden stilisiert. Das ideologische Bild der Heldengestalt Nevskij wurde so zum Symbol des Verteidigungskampfes des Zarenreiches.

6 Schlussbetrachtung

Auch wenn die mittelalterliche deutsche Ostsiedlungsgeschichte in den letzten drei Jahrzehnten in gewissem Maße einvernehmlich im Rahmen der gesamteuropäischen mediävalen Wander- und Landausbaubewegung betrachtet worden ist, so beherrschten doch über mehr als eineinhalb Jahrhunderte sehr gegensätzliche Perspektiven die Sicht auf diese Epoche. Im Laufe des 19. Jahrhunderts trafen zwei völlig unterschiedliche Bewertungen der deutschen Ostsiedlung aufeinander, worin sich die unversöhnliche nationale Konfrontation zwischen Deutschen und Slawen widerspiegelt. Auf der einen Seite stellten die deutschen Geschichtswissenschaftler die deutsche Besiedlungstätigkeit in den slawischen Gebieten als Folge eines epocheübergreifenden kulturellen West-Ost-Gefälles in der abendländischen Geschichte dar und betrachteten die mittelalterlichen deutschen Siedler als kulturell überlegen. Aus dieser Überzeugung heraus entwickelte sich innerhalb der deutschen Geschichtswissenschaft und Publizistik die sogenannte „deutsche Kulturträgertheorie“ und die „Urgermanentheorie“.

Kulturträgertheorie bedeutet, dass den primitiven Slawen erst durch die deutsche Einwanderung im Mittelalter eine Kultur vermittelt worden wäre und die Kolonisation der slawischen Länder durch die zivilisierten und kulturvollen Deutschen eine segensreiche Tat sei. Zur Rechtfertigung der Inbesitznahme der ehemals slawischen Gebiete diene daneben auch die „Urgermanentheorie“, wonach die deutsche Ostsiedlungsbewegung einer ungebrochenen historischen Kontinuität entspreche. Der Beginn dieser Wanderungsbewegung sei die Einwanderung der alten Ostgermanen im Osten, später sei sie durch die expansive Ostpolitik der mittelalterlichen deutschen Kaiser, Fürsten und Hochmeister weitergeführt worden, dann erfolgte die Kolonisationstätigkeit der deutschen Siedler und schließlich erreichte sie in der Germanisierungspolitik der preußischen Könige und deutschen Kaiser ihren Höhepunkt.

Die Slawen wurden von den deutschen Historikern und Publizisten als kulturlose und barbarische Völker betrachtet, was die Slawen begreiflicherweise in ihrem Nationalgefühl und historischem Empfinden tief verletzte. Als Gegenreaktion radikalisierte sich auch hier die politische Haltung und zu den Thesen deutscher Historiker wurden entsprechende Gegenvorstellungen entwickelt. Dabei wurde die Behauptung von der Kontinuität der deutschen Besiedlung im Osten aufgegriffen, allerdings mit entgegengesetztem Vorzeichen. Nach dieser Geschichtsauffassung hat

es innerhalb der letzten tausend Jahre deutscher Geschichte eine Politik der kontinuierlichen deutschen Ostexpansion gegeben, wobei die mittelalterlichen deutschen Kaiser, Fürsten, Ordenshochmeister wie auch die späteren preußischen Könige und deutschen Kaiser einem teuflischen und räuberischen „deutschen Drang nach Osten“ folgten. In diesem Begriff wurde die komplexe Geschichtsauffassung von der deutschen Ostsiedlung schlagwortartig zusammengefasst.⁴⁹⁹

Beide Seiten betrachteten das mittelalterliche Geschehen offensichtlich aus einer unzeitgemäßen nationalen Perspektive, und so konnten die Bilder von den deutschen Helden einerseits und von den dämonischen Deutschen andererseits in die Vergangenheit projiziert werden. Die Geschichte erhielt dabei eine starke politische und nationale Färbung. Dieses ideologische Bild der deutschen Ostsiedlungsgeschichte dominiert spätestens seit der Mitte des 19. Jahrhunderts die Geschichtsauffassung auf beiden Seiten geradezu axiomatisch.

Bei der Suche nach Gründen für die Entstehung und den Entwicklungsprozess der ideologischen Betrachtung der deutschen Ostsiedlung sind wir zunächst auf die „Entdeckung“ der Geschichte der Ostsiedlung eingegangen. Heute betrachtet man die deutsche Ostsiedlungsgeschichte im Rahmen der gesamteuropäischen Geschichte und misst ihr eine vergleichbare Bedeutung zu wie der spanischen Reconquista oder den Kreuzzügen in das Heilige Land. Allerdings fand sie bis zum 18. Jahrhundert in der deutschen und slawischen Historiographie nur geringe Betrachtung. Einzelne Urkunden- und Quellenzeugnisse schilderten zwar den Siedlungsprozess im Lande östlich von Elbe und Saale; jedoch wurden solche Berichte in den alten Chroniken und Geschichtserzählungen allenfalls am Rande abgehandelt. In den wenigen überlieferten Urkunden wird auch über einige Konfliktfälle zwischen eingewanderten Deutschen und einheimischen Slawen berichtet, jedoch lassen sich hier die anti-deutschen oder anti-slawischen Äußerungen durch bestimmte religiöse, wirtschaftliche, soziale oder politische Motive begründen. Sie können allenfalls als eine Art von Xenophobie verstanden werden und müssen von der modernen, nationalstaatlich geprägten Sichtweise von einem Nationalitätenkampf unterschieden werden. Obwohl es frühnationale Ressentiments zwischen Deutschen und Slawen im Mittelalter gab, findet sich die Vorstellung einer deutschen Siedlungsbewegung in den alten deutschen bzw. slawischen Quellenzeugnissen nicht.

Die Eroberung und Besiedlung durch den Deutschordensstaat in Preußen bildet wohl die einzige Ausnahme, denn über die anhaltenden Auseinandersetzungen um den Besitz von Preußen wird verhältnismäßig häufig berichtet. Dabei wurde die Geschichte des Deutschordensstaates in den zeitgenössischen Beschreibungen wegen

⁴⁹⁹ Wolfgang, *Drang nach Osten*, S. 133.

der grausamen Unterdrückung der einheimischen Pruzen und der tyrannischen Herrschaft des Ordens zumeist negativ bewertet. Im vernunftgeprägten Zeitalter der Aufklärung erschien die gewaltsame Eroberung Preußens durch den Deutschen Orden als Scheußlichkeit einer fernen Zeit. Merkwürdigerweise findet man bei einigen deutschen Historikern des 18. Jahrhunderts neben scharfen Vorwürfen gegen den Deutschen Orden aber auch eine positive Bewertung der Rolle der deutschen Siedler als Kulturbringer, auch wenn dieser Aspekt damals noch nicht im Mittelpunkt stand. Obwohl die Geschichte des preußischen Deutschordensstaates häufiger behandelt wurde als andere deutsche Siedlungsvorgänge, kam niemand auf den Gedanken, dass die Eroberungs- und Besiedlungstätigkeit Preußens ein Teil im größeren Rahmen einer deutschen Ostsiedlungsbewegung sein könnte.

Erst um die Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert wurde die Ostsiedlung von der deutschen Geschichtswissenschaft als solche wahrgenommen. Ein Grund war, dass einige deutsche Historiker sich wegen der Peuplierungspolitik des preußischen Königs Friedrich II. in Westpreußen und Schlesien nun auch der deutschen Siedlungstätigkeit des Mittelalters annahmen. Allerdings richteten sie ihr Augenmerk ausschließlich auf bestimmte Ostgebiete und die Gesamtvorstellung von einer mittelalterlichen deutschen Ostsiedlungsgeschichte war noch nicht zu erkennen. Zum anderen gewann das deutsche Mittelalter in der deutschen Öffentlichkeit aufgrund der romantischen Forderung nach Rückbesinnung auf die eigene nationale Vergangenheit allmählich an Beachtung, und so wurde die Ostsiedlung schnell zu einem wichtigen Forschungsgegenstand.

Schon 1805 veröffentlichte der preußische Historiker Johann Friedrich Reitemeier seine in diesem neuen Geist verfasste Monographie *Geschichte der preußischen Staaten*, in der die deutsche Siedlungstätigkeit in den verschiedenen ostmitteleuropäischen Gebieten zum ersten Mal umfangreich behandelt wurde. Während Preußen in den annektierten, ehemals polnischen Staatsgebieten neue Verwaltungsregelungen einführte, suggerierte Reitemeier, dass die mittelalterliche Ostsiedlung ein geeignetes historisches Leitbild für diese Umstrukturierung sei. Zur Rechtfertigung der Annexion durch Preußen wies er auf die kulturellen Errungenschaften hin, welche der Osten den Deutschen zu verdanken habe, und begründete die sogenannte „Kulturträgertheorie“, wonach die Slawen erst durch die Ansiedlung der Deutschen im Mittelalter eine Kultur erhalten hätten, sowie die „Urgermanentheorie“, wonach viele slawische Gebiete zu den alten germanischen Siedlungsplätzen gehören würden. Aus dieser Überzeugung heraus betonte er die Notwendigkeit von preußischen Germanisierungsmaßnahmen gegenüber den polnischen Untertanen, da sie einem historischen Recht der Deutschen entsprächen.

Der Historiker Wolfgang Wippermann sieht in Reitemeier nicht nur den ersten deutschen Autor, der die Ostsiedlung der Deutschen als einheitlichen Siedlungsvorgang betrachtete. Vielmehr habe er mit seinen Thesen, der Kulturträgertheorie und der Urgermanentheorie, ein positives Bild der deutschen Ostsiedlung gezeichnet und die deutsche Besiedlung des Mittelalters als unmittelbaren Vorläufer der preußischen Verwaltungsnahmen in den erworbenen polnischen Gebieten dargestellt.⁵⁰⁰ Auf diese Weise wurde die Ostsiedlungsgeschichte bereits zum Zeitpunkt ihrer Entdeckung durch die Geschichtswissenschaft zu Beginn des 19. Jahrhunderts nationalisiert und ideologisiert.

Größere Wirkung entfaltete das ideologisierte Ostsiedlungsbild allerdings erst mit den Befreiungskriegen, die bei den Deutschen eine stürmische nationale Begeisterung entfachten, sowie durch die immer schärfer werdenden deutsch-polnischen nationalen Konfrontationen im Laufe des 19. Jahrhunderts. Weil die deutsche Öffentlichkeit sich durch den romantischen Zeitgeist und den nationalen Freiheitskampf der eigenen Vergangenheit schlagartig bewusst wurde, konnte die einstige Größe und ruhmreiche Vergangenheit der Deutschen nun zur Kraftquelle und zum Wegweiser der nationalen Leidenschaften werden. Dabei standen die mittelalterliche Besiedlung der slawischen Räume und die kulturellen Errungenschaften der Deutschen im Osten im Mittelpunkt. So zogen die Zeitgenossen eine Parallele zwischen der hohenzollernschen Monarchie, die in den Befreiungskriegen eindrucksvolle Siege errang, und dem ruhmvollen Deutschordensstaat und sahen den preußischen Staat dabei gerne als Nachfolger des mittelalterlichen Kreuzrittertums an. Die preußische Regierung und die Beamten-schaft begrüßten derartige Assoziationen und gaben sich alle Mühe, diese unhistorischen Vergleiche zu fördern, um so den Erwerb der ehemals polnischen Staatsgebiete zu rechtfertigen und die Assimilierungs- bzw. Germanisierungspolitik in den polnischen Provinzen zu legitimieren.

Diese Bestrebungen lösten bei den Polen heftige Abwehrreaktionen aus, auch weil der erbitterte und langandauernde Kampf gegen den Deutschen Orden sich ihnen tief im historischen Bewusstsein eingeprägt hatte. Während der preußische Staat auf deutscher Seite als Nachfolger des Deutschordensstaates angesprochen wurde, erschien die Assimilierungspolitik Preußens gegenüber der polnischen Bevölkerung auf der anderen Seite als Wiederbelebung des räuberischen und expansionsgierigen mittelalterlichen Kreuzrittertums, und der Bezwingen des Deutschen Orden, die Dynastie der Jagiellonen wurde im historischen Rückblick zum Garanten der polnischen Hoffnungen. Auf polnischer Seite wurde die Zugehörigkeit von Posen, Westpreußen und sogar von Ostpreußen zum unteilbaren polnischen

⁵⁰⁰ Ebd., S. 134-135.

Staatsgebiet zum allerhöchsten Prinzip. Mit dieser historischen Rechtfertigung stellten sich die Polen gegen die Kulturträger- und Urgermanentheorie.

Die von den Polen hervorgehobene Unterdrückung und Unterjochung der westslawischen Stämme durch die deutschen Kreuzritter übertrug sich im Prozess der Herausbildung eines gesamtslawischen Nationalgefühls innerhalb der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts auch auf die anderen slawischen Völker, so dass die deutsche Ostsiedlungsgeschichte auch dort als Beleg für die Aggressivität der Deutschen gebraucht wurde. Schließlich taucht in der Mitte des 19. Jahrhunderts das politische Schlagwort vom „deutschen Drang nach Osten“ auf, wobei das kontinuierliche Vordringen der Deutschen über eintausend Jahre als Beweis für die naturwüchsige deutsche Aggressivität gedeutet wurde. Diese Perspektive wurde zum Angelpunkt der Geschichtsauffassung über die mittelalterliche deutsche Ostsiedlungsgeschichte in der gesamten slawischen Historiographie.

Allgemein kann man hier feststellen, dass die Geschichte der deutschen Ostsiedlung vor dem Hintergrund der wachsenden deutsch-slawischen Spannungen im Laufe des 19. Jahrhunderts eine erhebliche politische und ideologische Wirkung entfaltete. Diese Tendenz verstärkte sich im nationalistischen und imperialistischen Zeitalter weiter und führte zu einer aggressiven und demagogischen Stimmung auf beiden Seiten.

Jede Seite bediente sich der deutschen Ostsiedlungsgeschichte für ihre eigenen nationalen Zielsetzungen. Auf deutscher Seite lieferte sie den Beweis für die kulturelle Überlegenheit der mittelalterlichen deutschen Siedler gegenüber den einheimischen Slawen, denn wie sonst hätten sie innerhalb weniger Jahrhunderte germanisiert werden können. Gleichzeitig wurde der Germanisierungsprozess nicht als Expansion, sondern lediglich als Rückeroberung alten germanischen Bodens dargestellt.

Die von deutschen Historikern und Publizisten in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts aus der Ostsiedlungsgeschichte hergeleitete „deutsche Kulturträgertheorie“ und die „Urgermanentheorie“ waren die ideologische Grundlage für die repressive preußisch-deutsche Polenpolitik der zweiten Jahrhunderthälfte, auf die sich vor allem der „Eiserne Kanzler“ Otto von Bismarck stützen konnte. Da er die deutsche Besiedlung im Mittelalter als eine segenreiche Tat für die Polen ansah, sollte die preußisch-deutsche Polenpolitik selbstverständlich an diese historische deutsche Großtat anknüpfen. Deshalb entfesselte er ohne zu zögern einen Kulturkampf gegen die Polen. Die Bekämpfung der polnischen Sprache, des katholischen Glaubens und vor allem der nationalen Identität hielt er für notwendig, um die polnischen Untertanen an die moderne und vermeintlich höherwertige deutsche

Kultur heranzuführen. Gemeint war damit jedoch insbesondere die endgültige Germanisierung der polnischen Landesteile Preußens.

Die zunächst nur für innenpolitische Zielsetzungen des preußisch-deutschen Staats funktionalisierte Ostsiedlungsgeschichte hat um die Jahrhundertwende jedoch auch im außenpolitischen Bereich eine Rolle gespielt. Im Zeitalter des Imperialismus nahmen sich die nationalistisch-imperialistischen Agitatoren, darunter der Alldeutsche Verband und die deutschen Ostmarkenpolitiker, die Ostsiedlungsgeschichte zum Vorbild für einen neuen „deutschen Zug nach Osten“, um so die Ostgrenzen Preußen-Deutschlands zu sichern und die deutsche Machtposition in Mitteleuropa auszubauen. Die mit der deutschen Eroberungs- und Kolonisationstätigkeit im Mittelalter legitimierte Ostexpansion gewann in der Öffentlichkeit des Kaiserreichs, gerade aufgrund des schwelenden deutsch-russischen Handelskrieges und der Schaffung des französisch-russischen Militärbündnisses, stetig an Boden. Allerdings fehlte damals noch ein konkretes Annexionsprogramm der deutschen Reichsregierung, was sich allerdings nach dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs änderte. Nach einer Reihe militärischer Triumphe über das Zarenreich hielt der Reichskanzler Bethmann Hollweg die Annexion des östlichen Grenzstreifens durch das Kaiserreich für unbedingt notwendig. Insbesondere die deutsche Militärführung benutzte die Ostsiedlungsgeschichte zur Rechtfertigung der Annexionspolitik in den besetzten Ostgebieten, und im Gebiet des Oberbefehlshabers Ost wurden schon bald Siedlungspläne tatsächlich in die Tat umgesetzt.

Für die Slawen war die Eroberung und Besiedlung der slawischen Gebiete jedoch ein unwiderlegbarer Beweis für den tausendjährigen raubsüchtigen und aggressiven „deutschen Drang nach Osten“, wobei sich die ideologische Funktion der deutschen Ostsiedlung bei den verschiedenen slawischen Völkern jedoch im Detail unterschiedlich darstellt.

Getragen von einer stark antideutschen Stimmung sahen die Polen den mittelalterlichen Deutschordensstaat und die hohenzollernsche preußische Monarchie quasi als Synonyme an und verurteilten die tausendjährige Geschichte der Ostexpansion als den Versuch, die polnischen Länder für immer und ewig in Besitz zu nehmen und zu germanisieren. Gleichzeitig war dies ein Appell an das polnische Volk, der repressiven Germanisierungspolitik des preußisch-deutschen Staates einen massiven und ausdauernden Widerstand entgegenzusetzen und sich mit großem Elan für die Wiedererlangung der nationalen Selbständigkeit einzusetzen. Die deutsche Expansionsgier müsse endgültig ausgeschaltet werden, wie im Fall der Unterwerfung des Deutschordensstaates durch die Dynastie der Jagiellonen im Mittelalter.

Während die Deutschböhmen sich mit Hilfe von Kulturträger- und Urgermanentheorie als rechtmäßige Erben der böhmischen Länder darstellten und

den deutschen Führungsanspruch in Böhmen zu verteidigen suchten, bezeichnete man die Deutschböhmern auf tschechischer Seite als Gäste oder sogar als Eindringlinge, da ihre Vorfahren erst im Mittelalter nach Böhmen gekommen seien, sich aber später als Herren aufgespielt hätten. Vielfach zweifelten die Tschechen sogar das Existenzrecht der Deutschböhmern in den böhmischen Ländern an und betrachteten sich selbst als die eigentlichen Erben Böhmens. Die Ostsiedlungsgeschichte hatte für sie die Funktion, die politische Vorherrschaft der Deutschen zu brechen und die volle Gleichberechtigung von Tschechen und Deutschen in den unteilbaren böhmischen Ländern durchzusetzen sowie schließlich die vollständige Anerkennung des böhmischen Staatsrechts der St. Wenzelskrone zu erreichen.

In der russischen Geschichtswissenschaft und den panslawischen Veröffentlichungen wurde die mittelalterliche deutsche Ostsiedlung häufig eingebettet in den weltanschaulichen Streit zwischen östlichem Orthodoxismus und westlichem Katholizismus, in dem die „nach Osten drängenden Deutschen“ die aggressive germanisch-romanische Kraft und den Expansionswillen der römischen Kirche verkörperten. In Russland sah man die slawischen Kulturen als Verbündete der russischen Orthodoxie, deren Zukunft völlig von der einzigen slawischen Großmacht Russland abhängen werde. Der russische Führungsanspruch in der slawischen Welt sollte auch dazu dienen, dem zunehmenden Druck durch den „deutschen Drang nach Osten“ standzuhalten. Im Zeitalter des Imperialismus und vor allem zu Beginn des 20. Jahrhunderts nutzte das Zarenreich das politische Schlagwort vom „deutschen Drang nach Osten“ bewusst als Instrument, um seine außenpolitischen Zielsetzungen durchzusetzen, das vermeintliche „historische Recht“ des russischen Imperiums auf die Rolle als Beschützer aller slawischen Brüder auf dem Balkan und sein Recht auf freien Zugang vom Schwarzen Meer zum Mittelmeer.

Schließlich bleibt noch die Frage zu klären, ob die Behauptungen der „deutschen Kulturträgertheorie“ und der „Urgermanentheorie“ sowie die slawische Gegenthese von einem „deutschen Drang nach Osten“, die aus der deutschen Ostsiedlungsgeschichte hergeleitet wurden, tatsächlich ganz und gar ideologisch sind, oder welche historischen Tatsachen zu ihrer Verteidigung angeführt werden können. Deutsche Historiker sprachen wieder und wieder von den kulturell überlegenen Deutschen, die den primitiven und kulturell rückständigen Slawen im Mittelalter die Kultur gebracht hätten. Sie hätten innovative Agrar- und Bergbautechniken eingeführt und für ihre wirtschaftlichen Leistungen sowie die Gründung zahlreicher Städte gebühre ihnen Anerkennung. Mehrere slawische Stämme hätten die deutsche Kultur freiwillig angenommen und seien im Lauf der Jahrhunderte allmählich germanisiert worden.

Diese Thesen können jedoch nicht unangefochten bleiben. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die wesentlichen Bestandteile der mittelalterlichen deutschen Kultur den alten Kulturen des Mittelmeerraums entstammen. Wenn die deutschen Historiker und Publizisten also die Überlegenheit der deutschen Kultur behaupteten und die Germanisierung der slawischen Stämme als einen naturwüchsigen Prozess ansahen, dann könnte man mit dem gleichen Recht von der „griechischen“ Philosophie, dem „römischen“ Recht und der „islamischen“ Mathematik sprechen, sowie von einer „mediterranen Kulturträgertheorie“, der Kulturträgerschaft der mediterranen Völker. Interessant ist auch ein Vergleich mit der deutschen Auswanderung nach Nord- und Südamerika im Laufe des 19. und am Beginn des 20. Jahrhunderts. Innerhalb weniger Jahrzehnte übersiedelten damals Millionen Deutsche auf den neuen Kontinent und assimilierten sich bis heute sprachlich und kulturell fast vollständig. Wenn die deutsche Kultur so fortschrittlich gewesen wäre, wie die deutschen Historiker behaupteten, wieso gab es dann in Amerika keine Germanisierung? War die deutsche Kultur der angelsächsischen oder der spanischen Kultur etwa unterlegen? Die Herleitung der Kulturträgertheorie aus der Geschichte der deutschen Ostsiedlung erscheint angesichts dieser Überlegungen in höchstem Maße fragwürdig.

Daneben behaupteten deutsche Historiker, dass die deutsche Eroberungs- bzw. Siedlungstätigkeit in den slawischen Gebieten lediglich eine Rückeroberung alter germanischer Siedlungsgebiete sei, weil Ostmitteleuropa vor der Völkerwanderung zu den Siedlungsplätzen der Ostgermanen gehört habe. Die deutsche Ostsiedlung entspräche damit einem historischen Recht des deutschen Volkes. Bei genauerer Betrachtung scheint diese „Urgermanentheorie“ allerdings ebenfalls nicht besonders stichhaltig zu sein. Mit dem gleichen Recht hätten sich die Mongolen auf ihr Weltreich des 13. Jahrhunderts berufen können, das sich vom fernen Osten bis nach Osteuropa erstreckte, und die Polen könnten Ansprüche auf Polen, Weißrussland und die Ukraine erheben, die zum spätmittelalterlichen Reich der Jagiellonen gehörten. Genauso abwegig ist es, vom Zug der Urgermanen in den ostmitteleuropäischen Raum ein historisches Recht auf deutsche Eroberungs- und Siedlungstätigkeit im Mittelalter abzuleiten oder sie als Legitimation für die Germanisierungspolitik des preußisch-deutschen Staates in den östlichen Provinzen anzuführen.

Fragwürdig ist schließlich auch die These vom „tausendjährigen aggressiven deutschen Drang nach Osten“, die von slawischen Historikern als Resümee aus der Geschichte der mittelalterlichen deutschen Ostsiedlung gezogen wurde. Die deutschen Siedler werden dabei als Träger einer ostwärts gerichteten Eroberungsbewegung des Altreichs, der Fürsten und Hochmeister des Mittelalters gesehen; später

auch als Werkzeug der Ostexpansion der preußischen Monarchie und des Kaiserreichs. Damit wird behauptet, nach dem Osten zu drängen und Slawen zu unterjochen liege in der Natur der Deutschen.

Diese Sichtweise berücksichtigt jedoch nicht, dass die deutschen Siedler zum Teil auf Einladung der slawischen Könige und Herzöge in den Osten kamen. Außerdem ist es nicht vorstellbar, dass die vornehmlich aus Bauern und Handwerkern bestehenden Siedler mit einer bestimmten politischen Absicht kamen oder mit dem Ziel einer Expansion. Natürlich gab es militärische Unternehmungen deutscher Kaiser, Territorialfürsten und Ordenshochmeister im Osten; ihnen ging es aber um die Erweiterung der eigenen Territorialherrschaft und des eigenen Einflussbereiches. Um dieses Ziel zu erreichen, kämpften die deutschen Kaiser und Territorialfürsten nicht nur gegen die slawischen Stämme, sondern sie bekämpften sich gleichzeitig auch gegenseitig. Dies ist im übrigen nicht weiter verwunderlich, da Loyalität im Mittelalter noch nicht über die nationale Zugehörigkeit definiert wurde. Die Kaiser, Fürsten und Ordenshochmeister des Mittelalters vertraten ihre eigenen Interessen und waren keine Vorkämpfer einer nationalen Idee. Die Vorstellung von einem tausend Jahre andauernden, kontinuierlichen „Drang nach Osten“ ist auch deshalb schon abwegig.

Seit Beginn des 19. Jahrhunderts ist das Bild der mittelalterlichen deutschen Ostsiedlungsgeschichte aufgrund des immer stärker werdenden Nationalismus ideologisch geprägt. Diese Ideologisierung setzte sich später in der Weimarer Republik und im Dritten Reich fort sowie auch in den nach dem Ende des Ersten Weltkriegs neu entstandenen slawischen Staaten Ostmitteleuropas. Die Auswirkungen der nationalstaatlichen Auseinandersetzungen auf das Bild der Ostsiedlung waren sogar bis in die Nachkriegszeit zu spüren. Erst vor wenigen Jahrzehnten konnte sich die mittelalterliche deutsche Ostsiedlungsgeschichte bis zu einem gewissen Grad von der Ideologisierung befreien. Allerdings ist diese neue Sichtweise praktisch ausschließlich auf Historikerkreise beschränkt. Bis zu einer ideologiefreien Wahrnehmung der Geschichte der deutschen Ostsiedlung in allen betroffenen slawischen Ländern ist es noch immer ein weiter Weg.

7 Quellen- und Literaturverzeichnis

7.1 Ungedruckte Quellen

Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde (BArch B):

- R 8048, Akten des Alldeutschen Verbandes

Bundesarchiv Koblenz (BArch KO):

- N 1016, Nachlaß Bernhard Fürst von Bülow
- N 1231, Nachlaß Alfred Hugenberg

Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz (GStA PK) Berlin-Dahlem:

- Hauptabteilung I, Repositur 195, Deutscher Ostmarken-Verein

Herder-Institut Marburg:

- Der deutsche Osten

7.2 Literatur

Arndt, Ernst Moritz, *Ansichten und Aussichten der deutschen Geschichte*, Leipzig 1814.

Arndt, Ernst Moritz, Staat und Vaterland, in: Müsebeck, Ernst (Hrsg.), *Eine Auswahl aus seinern politischen Schriften*, München 1921.

Bachmann, Adolf, *Geschichte Böhmens*, Gotha 1899.

Baczko, Ludwig von, *Geschichte Preußens*, Band 1-6, Königsberg 1792-1800.

Bär, Max, *Westpreußen unter Friedrich dem Großen*, Publicationen aus den Königlichen Preußischen Staatsarchiven, Band 83, Stuttgart 1909.

Barracrough, Geoffrey, *The Origins of Modern Germany*, New York und London 1984.

Bernhardi, Friedrich von, *Videant consules ne quid respublica detrimenti capiat*, Kassel 1890.

Bernhardi, Friedrich von, *Deutschland und der nächste Krieg*, Stuttgart und Berlin 1912.

- Bernhardi, Friedrich von, *Denkwürdigkeiten aus meinem Leben*, Berlin 1927.
- Beumann, Helmut, Kreuzzugsgedanke und Ostpolitik im hohen Mittelalter, in: Beumann, Helmut (Hrsg.), *Heidenmission und Kreuzzugsgedanke in der deutschen Ostpolitik des Mittelalters*, Bad Homburg 1963.
- Bienemann, Friedrich, *Aus baltischer Vorzeit. Sechs Vorträge über die Geschichte der Ostprovinzen*, Leipzig 1870.
- Biskup, Marian, Preussen und Polen – Grundlinien und Reflexionen, in: *Jahrbücher für Geschichte Osteuropas*, Hrsg. von Günther Stökl, Band 31, Wiesbaden 1983.
- Bismarck, Otto von, Die Reden des Ministerpräsidenten und Bundeskanzlers Grafen von Bismarck im preußischen Landtage und Reichstage des Norddeutschen Bundes. 1866-1868, in: *Die politischen Reden des Fürsten Bismarck*, besorgt von Horst Kohl, Band 3, Stuttgart 1892.
- Bismarck, Otto Fürst von, *Gedanken und Erinnerungen*, Band II, Stuttgart 1898.
- Bismarck, Otto von, *Gesammelte Werke*, Band 14, Berlin 1933.
- Bittner, Konrad, Johann Gottfried Herders „Ideen zur Philosophie der Geschichte der Menschheit“ und ihre Auswirkungen bei den slawischen Hauptstämmen, in: *Germano-Slavica* 2, Berlin 1932-1933.
- Boockmann, Hartmut, *Deutsche Geschichte im Osten Europas – Ostpreussen und Westpreussen*, Berlin 1993.
- Boockmann, Hartmut, *Der Deutsche Orden. Zwölf Kapitel aus seiner Geschichte*, München 1999.
- Boockmann, Hartmut, *Wege ins Mittelalter*, München 2000.
- Bosau, Helmod von, *Chronica Slavorum (Slawenchronik)*, aus dem Lateinischen übersetzt und erläutert von Heinz Stoob, 2. verb. Aufl., Darmstadt 1973.
- Bosl, Karl (Hrsg.), *Handbuch der Geschichte der Bömischen Länder*, Bd. 1-4, Stuttgart 1966-1974.
- Botzenhart, Erich (Hrsg.), *Freiherr vom Stein: Briefwechsel, Denkschriften und Aufzeichnungen*, Berlin 1936.
- Braun, Fritz, *Die Unterwerfung des deutschen Ordenslandes durch die Polen im 15. Jahrhundert. Zum 500. Gedanktage der Schlacht bei Tannenberg (15. juli 1410)*, Berlin 1910.
- Breitling, Richard, *Paul de Lagarde und der großdeutsche Gedanke*, Wien und Leipzig 1927.
- Broszat, Martin, *Zweihundert Jahre deutsche Polenpolitik*, München 1963.
- Bülow, Bernhard Fürst von, *Deutsche Politik*, Berlin 1916.
- Carsten, Francis L., *Die Entstehung Preußens*, Köln und Berlin 1968.

- Cetnarowicz, Antoni, Die proösterreichische Orientierung bei den Polen in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, in: Andreas Moritsch, *Der Austroslawismus – ein verfrühtes Konzept zur politischen Neugestaltung Mitteleuropas*, Wien, Köln und Weimar 1996.
- Claß, Heinrich, *Deutsche Geschichte*, Leipzig 1914.
- Cromer, Richard, Die Sprachenrechte der Polen in Preußen in der ersten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts, in: *Nation und Staat* 6, 1932/1933.
- Dahlmann, Friedrich Christoph, Von politischen Drangsalen, in: C. Varrentrapp (Hrsg.), *Dahlmann. Kleine Schriften und Reden*, Stuttgart 1886.
- Dahn, Felix, Deutsches Ostmarken-Lied, in: *Die Ostmark*, April 1902.
- Deisenroth, Alexander, *Deutsches Mittelalter und deutsche Geschichtswissenschaft im 19. Jahrhundert. Irrationalität und politisches Interesse in der deutschen Mediävistik zwischen aufgeklärtem Absolutismus und erstem Weltkrieg*, Rheinfelden 1983.
- Dietrich, Richard (Hrsg.), *Die politischen Testamente der Hohenzollern*, Köln 1981.
- Droysen, Johann Gustav, *Geschichte der Preußischen Politik*, Leipzig 1868.
- Dusburg, Peter von, Chronicon terrae Prussiae, in: Klaus Scholz und Dieter Wojtecki (Hrsg.), *Ausgewählte Quellen zur deutschen Geschichte des Mittelalters* 25, Darmstadt 1984.
- Echternkamp, Jörg, *Der Aufstieg des deutschen Nationalismus (1770-1840)*, Frankfurt/M. und New York 1998.
- Engel, Hans Ulrich (Hrsg.), *Deutsches Unterwegs – Von der mittelalterlichen Ostsiedlung bis zur Vertreibung im 20. Jahrhundert*, Wien 1983.
- Engels, Friedrich, Der demokratische Panslawismus (Feb. 1849), in: Karl Marx und Friedrich Engels, *Werke*, Band 6, Berlin 1959.
- Escher, Felix und Jürgen Vietig, *Deutsche und Polen*, Berlin 2002.
- Fichte, Johann Gottlieb, *Werke. Auswahl in sechs Bänden*, Hrsg. und eingel. von Fritz Medicus, Leipzig 1910 [Nachdruck: Darmstadt 1962].
- Fischel, Alfred, *Der Panslawismus bis zum Weltkrieg. Ein geschichtlicher Überblick*, Stuttgart und Berlin 1919.
- Fischer, Fritz, *Krieg der Illusionen. Die deutsche Politik von 1911-1914*, Düsseldorf 1964.
- Flemming, Jens, *Landwirtschaftliche Interessen und Demokratie. Ländliche Gesellschaft, Agrarverbände und Staat 1890-1925*, Bonn 1978.
- Forster, Georg, *Georg Forsters Werke. Sämtliche Schriften, Tagebücher, Briefe. Band 14: Briefe 1784 – Juli 1787*, bearbeitet von B. Leuschner, Berlin 1978.
- Freytag, Gustav, Die Brüder vom deutschen Hause, in: ders., *Die Ahnen*, 3. Abteilung, Leipzig 1874.

- Freytag, Gustav, *Soll und Haben*, mit einem Nachwort von Hans Mayer, München und Wien 1977.
- Friedrich II., *Die politischen Testamente der Hohenzollern*, in: G. Künzel und M. Hass, Band II., Leipzig und Berlin 1920.
- Galos, Adam, Felix-Heinrich Gentzen und Witold Jakobczyk, *Die Hakatisten – Der Deutsche Ostmarkenverein (1894-1934)*, Ost-Berlin 1966.
- Geiss, Imanuel, *Der polnische Grenzstreifen 1914-1918. Ein Beitrag zur deutschen Kriegszielpolitik im Ersten Weltkrieg*, Lübeck und Hamburg 1960.
- Gervinus, Georg Gottfried, in: Deutsche Zeitung vom 28. Dez. 1848, in: *Großdeutsch – Kleindeutsch. Stimmen aus der Zeit von 1815 bis 1914*, ausgewählt und eingeleitet von Adolf Rapp, München 1922.
- Geyer, Dietrich, *Der russische Imperialismus. Studien über den Zusammenhang von innerer und auswärtiger Politik 1860-1914*, Göttingen 1977.
- Görlich, Paul, *Untersuchungen zur Frage des Nationalbewußtseins in ostdeutschen Quellen des 12. bis 14. Jahrhunderts*, Dissertation an der Philosophischen Fakultät der Philipps-Universität zu Marburg, Marburg 1958.
- Grabowski, Sabine, *Deutscher und polnischer Nationalismus. Der Deutsche Ostmarkenverein und die polnische Straz 1894-1914*, Marburg 1998.
- Graus, František, Die Problematik der deutschen Ostsiedlung aus tschechischer Sicht, in: Walter Schlesinger (Hrsg.), *Die deutsche Ostsiedlung des Mittelalters als Problem der europäischen Geschichte*, Reichenau – Vorträge 1970/1972 (Vorträge und Forschung Bd. VIII), Sigmaringen 1975.
- Guratzsch, Dankwart, *Macht durch Organisation. Die Grundlegung des hugenbergschen Presseimperiums*, Düsseldorf 1974.
- Hackmann, Jörg, *Ostpreußen und Westpreußen in deutscher und polnischer Sicht. Landeshistorie als beziehungsgeschichtliches Problem*, Wiesbaden 1996.
- Hackmann, Jörg, Preußische Ursprungsmythen. Entstehung und Transformation vom 15. bis ins 20. Jahrhundert, in: Matthias Weber (Hrsg.), *Preußen in Ostmitteleuropa. Geschehensgeschichte und Verstehensgeschichte*, München 2003.
- Hahn, Hans Henning, Polen im Horizont preußischer und deutscher Politik im neunzehnten Jahrhundert, in: Klaus Zernack (Hrsg.), *Zum Verständnis der polnischen Frage in Preußen und Deutschland 1772-1871*, Berlin 1987.
- Haller, Johannes, *Erinnerungen. Geschehens, Gehörtes, Gedachtes*, Stuttgart 1960.
- Hampe, Karl, *Der Zug nach dem Osten. Die kolonisatorische Großtat des deutschen Volkes im Mittelalter*, Leipzig und Berlin 1921.
- Hasse, Ernst, Die Polenfrage, eine Daseinsfrage des Deutschtums, in: *Die deutsche Ostmark. Aktenstücke und Beiträge zur Polenfrage*, Hrsg. vom Alldeutschen Verband, Berlin 1894.

- Hasse, Ernst, *Deutsche Politik*, München 1907.
- Hasse, Ernst, *Die Zukunft des deutschen Volkstums*, München 1907.
- Heinrich, Gerd (Hrsg.), *Verwaltungsgeschichte Ostdeutschlands 1815-1945. Organisation – Aufgaben – Leistungen der Verwaltungen*, Stuttgart 1992.
- Helbig, Herbert, Ordensstaat, Herzogtum Preußen und Preußische Monarchie, in: Richard Dietrich (Hrsg.), *Preußen. Epochen und Probleme seiner Geschichte*, Berlin 1964.
- Helbig, Norbert und Lorenz Weinrich (Hrsg.), *Urkunden und Erzählende Quellen zur deutschen Ostsiedlung im Mittelalter*, 2 Bd., Darmstadt 1968 und 1970.
- Herder, Johann Gottfried, *Ideen zu einer Philosophie der Geschichte der Menschheit*, in: ders., *Sämtliche Werke*, hrsg. von Bernhard Suphan, Berlin 1877, Nachdruck, Darmstadt 1966.
- Hering, Rainer, *Konstruierte Nation. Der Alldeutsche Verband 1890-1939*, Hamburg 2003.
- Herzfeld, Hans, Friedrich von Raumer, in: *Mitteldeutsche Lebensbilder*, Magdeburg 1928.
- Higounet, Charles, *Die Deutsche Ostsiedlung im Mittelalter*, Berlin 1986.
- Hilsch, Peter, *Mittelalter. Grundkurs Geschichte 2*, Frankfurt/M. 1989.
- Hindenburg, Paul von, *Aus meinem Leben*, Leipzig 1920.
- Hoensch, Jörg K., *Geschichte Böhmens. Von der slawischen Landnahme bis ins 20. Jahrhundert*, München 1987.
- Hoetzch, Otto, Nationalitätenkampf und Nationalitätenpolitik in der Ostmark, in: Der Deutsche Ostmarkenverein (Hrsg.), *Die Deutsche Ostmark*, Berlin 1913.
- Holz, Claus, *Flucht aus der Wirklichkeit: „Die Ahnen“ von Gustav Freytag. Untersuchungen zum realistischen historischen Roman der Gründerzeit, 1872-1880*, Frankfurt/M. 1983.
- Hubatsch, Walter (Hrsg.), *Urkunden und Akten zur Geschichte der preußischen Verwaltung in Südpreußen und Neuostpreußen 1793-1806*, Frankfurt/M. und Bonn 1961.
- Hugenberg, Alfred, *Innere Kolonisation im Nordwesten Deutschlands*, Straßburg 1891.
- Hugenberg, Alfred, 50. Brief an Herrn Professor Dr. Hasse, M. d. R., in: Hugenberg, Alfred, *Streiflichter aus Vergangenheit und Gegenwart*, Berlin 1927.
- Jahn, Friedrich Ludwig, *Deutsches Volksthum*, Lübeck 1817.
- Joachim, Erich, *Die Politik des letzten Hochmeisters in Preußen: Albrecht von Brandenburg*, Publicationen aus den Königlichen Preußischen Staatsarchiven, Band 50, Leipzig 1892.

- Jordan, J. P. (Vorgelegt), *Aktenmäßiger Bericht über die Verhandlungen des ersten Slavenkongresses in Prag*, Prag 1848.
- Kann, Robert A., *Das Nationalitätsproblem der Habsburgermonarchie. Geschichte und Ideengehalt der nationalen Bestrebungen vom Vormärz bis zur Auflösung des Reiches im Jahre 1918*, Band 1: Das Reich und die Völker, Graz und Köln 1964.
- Kohn, Hans, *Die Slawen und der Westen – Die Geschichte des Panslawismus*, Wien und München 1956.
- Konno, Hajime, *Max Weber und die polnische Frage (1892-1920). Eine Betrachtung zum liberalen Nationalismus im wilhelminischen Deutschland*, Baden-Baden 2004.
- Korth, Rudolf, *Die preußische Schulpolitik und die polnischen Schulstreiks. Ein Beitrag zur preußischen Polenpolitik in der Ära Bülow*, Würzburg 1963.
- Koser, Friedrich, *Geschichte Friedrichs des Großen*, Bd. 3, Berlin und Stuttgart 1913.
- Kosim, Jan, Der polnische Aufstand von 1830, in: Zernack, Klaus (Hrsg.), *Zum Verständnis der polnischen Frage in Preußen und Deutschland 1772-1871*, Berlin 1987.
- Kotzebue, August von, *Preußens ältere Geschichte*, Band 1-4, Hamburg 1811.
- Kramář, Karel, *Das böhmische Staatsrecht*, Wien 1896.
- Kruck, Alfred, *Geschichte des Alldeutschen Verbandes 1890-1939*, Wiesbaden 1954.
- Lagarde, Paul de, Ueber die gegenwärtigen Aufgaben der deutschen Politik, in: *Deutsche Schriften*, Göttingen 1920.
- Lamprecht, Karl, Die Lehren der Kolonisation Ostdeutschlands für die Politik der Gegenwart, 2 Teile, in: *Die Ostmark*, August 1898.
- Lemberg, Hans, Der 'Drang nach Osten' – Schlagwort und Wirklichkeit, in: Friedhelm Berthold Krause und Bernhard Stasiewski (Hrsg.), *Deutsche im Europäischen Osten. Verständnis und Mißverständnis*, Köln und Wien 1976.
- Lenz, Wilhelm, Deutsche Siedlungspläne im Baltikum während des Ersten Weltkrieges, in: Ortwin Pelc und Gertrud Pickhan (Hrsg.), *Zwischen Lübeck und Novgorod. Wirtschaft, Politik und Kultur im Ostseeraum vom frühen Mittelalter bis ins 20. Jahrhundert*, Lüneburg 1996.
- Lettland, Heinrich von, *Chronicon Livoniae (Livländische Chronik)*, aus dem Lateinischen übersetzt von Albert Bauer, Darmstadt 1959.
- Luden, Heinrich, *Allgemeine Geschichte der Völker und Staaten*, Jena 1822.
- Luden, Heinrich, *Geschichte des teutschen Volkes*, Gotha 1825-1837.
- Ludendorff, Erich, *Meine Kriegserinnerungen 1914-1918*, Berlin 1919.
- Mann, Berhard, *Die baltischen Länder in der deutschen Kriegszielpublizistik 1914-1918*, Tübingen 1965.

- Marx, Karl und Friedrich Engels, Revolution und Konterrevolution in Deutschland (1851/52), in: Karl Marx und Friedrich Engels, *Werke*, Band 8. Berlin: 1968.
- Mass, Walther, Preussische Siedlungen in Westpreussen und dem Netzedistrikt 1772-1848, in: *Deutsche Ostsiedlung in Mittelalter und Neuzeit*, hrsg. von der Kommission zum Studium der Deutschen Geschichte und Kultur im Osten an der Rheinischen-Wilhelms-Universität Bonn, Köln und Wien 1971.
- Meyer, Henry Cord, Das Zeitalter des Imperialismus, in: Golo Mann (Hrsg.), *Propyläen Weltgeschichte*, 10 Bände, Frankfurt/M. und Berlin 1976.
- Meyer, Klaus, *Theodor Schiemann als politischer Publist*, Frankfurt/M. und Hamburg 1956.
- Mirow, Jürgen, *Geschichte des Deutschen Volkes – von den Anfängen bis zur Gegenwart*, Gernsbach 1990.
- Moritsch, Andreas, Der Austroslawismus – ein verfrühtes Konzept zur politischen Neugestaltung Mitteleuropas, in: Andreas Moritsch (Hrsg.), *Der Austroslawismus – ein verfrühtes Konzept zur politischen Neugestaltung Mitteleuropas*, Wien, Köln und Weimar 1996.
- Müller, Michael G, und Rolf Petri (Hrsg.), *Die Nationalisierung von Grenzen. Zur Konstruktion nationaler Identität in sprachlich gemischten Grenzregionen*, Marburg 2002.
- Müller-Sternberg, Robert, *Deutsche Ostsiedlung – eine Bilanz für Europa*, Bielefeld 1969.
- Nipperdey, Thomas, *Deutsche Geschichte 1800-1866. Bürgerwelt und starker Staat*, München 1983.
- Nipperdey, Thomas, *Deutsche Geschichte 1866-1918*, Band II: Machtstaat vor der Demokratie, München 1998.
- Nolte, Hans-Heinrich, „Drang nach Osten“ – Sowjetische Geschichtsschreibung der deutschen Ostexpansion, Köln und Frankfurt/M. 1976.
- Oehler, Max, *Geschichte des Deutschen Ritter-Ordens*, Band 1, Elbing 1908.
- Oldenburg, Jens, *Der Deutsche Ostmarkenverein 1894-1934*, Berlin 2002.
- Orton, Lawrence D., *The Prague Slav Congress of 1848*, New York 1978.
- Palacký, František, *Geschichte Böhmens*, Prag 1836-1867.
- Panlenko, Olga V., Russland und die Donauslawen (1848-1871), in: Andreas Moritsch, *Der Austroslawismus – ein verfrühtes Konzept zur politischen Neugestaltung Mitteleuropas*, Wien, Köln und Weimar 1996.
- Pauli, Carl Friedrich, *Allgemeine preußische Staatsgeschichte des dazugehörigen Königsreiches, Churfürstenthums und aller Herzogthümer Markgrafen- und Herrschaften aus bewährten Schriftstellern und Urkunden bis auf gegenwärtige Regierung*, Band 1-8, Halle 1760-1769.

- Pflanze, Otto, *Bismarck – Der Reichsgründer*, München 1997.
- Picht, Ulrich, *M. P. Pogodin und die Slavische Frage – Ein Beitrag zur Geschichte des Panslavismus*, Stuttgart 1969.
- Prinz, Friedrich, *Die Deutsche Geschichte in Osteuropa – Böhmen und Mähren*, Berlin 1992.
- Quirin, K., *Die deutsche Ostsiedlung im Mittelalter*, Göttingen, Frankfurt/M. und Berlin 1954.
- Rapant, D., *Slovenske postanie roku 1848-49*, Teil 2, Bd. 2, Turčianski Sv. Martin, Prag 1848.
- Rapp, Adolf (Hrsg.), *Großdeutsch – Kleindeutsch. Stimmen aus der Zeit von 1815 bis 1914*, München 1922.
- Raschdau, Ludwig (Hrsg.), *Die Deutsche Ostmark*, Leipzig 1913.
- Rauch, Georg von (Hrsg.), *Geschichte der Deutschbaltischen Geschichtsschreibung*, Köln und Wien 1986.
- Reitemeier, Johann Friedrich, *Geschichte der preußischen Staaten vor und nach ihrer Vereinigung in eine Monarchie*, Band 1 und 2, Frankfurt/Oder 1801-1805.
- Rhode, Gotthold (Hrsg.), *Die Ostgebiete des Deutschen Reiches*, Würzburg 1955.
- Rhode, Gotthold, Das Bild des Deutschen im polnischen Roman des 19. Jahrhunderts und beginnenden 20. Jahrhunderts und das polnische Nationalgefühl, in: *Ostdeutsche Wissenschaft* 8, München 1961.
- Rhode, Gotthold, *Geschichte Polens. Ein Überblick*, Darmstadt 1980.
- Rotteck, Carl von, *Allgemeine Geschichte von Anfang der historischen Kenntniß bis auf unsere Zeiten für denkende Geschichtsfreunde*, Braunschweig 1846.
- Rutkowski, Ernst von, General Dmitrievič Skobelev, die Krise des Jahres 1882 und die Anfänge der militärischen Vereinbarungen zwischen Österreich-Ungarn und Deutschland, in: *Ostdeutsche Wissenschaft* 10, Berlin 1963.
- Schenk, Frithjof Benjamin, *Aleksandr Nevskij, Heiliger – Fürst – Nationalheld. Eine Erinnerungsfigur im russischen kulturellen Gedächtnis (1263-2000)*, Köln, Weimar und Wien 2000.
- Schenk, Frithjof Benjamin, Tannenberg/Grunwald, in: Etienne Franois (Hrsg.), *Deutsche Erinnerungsorte*, München 2004.
- Schieder, Theodor, *Deutscher Geist und ständische Freiheit im Weichsellande. Politische Ideen und politisches Schrifttum in Westpreußen von der Lubliner Union bis zu den polnischen Teilungen (1569-1772/93)*, Königsberg 1940.
- Schieder, Theodor, Landständische Verfassung, Volkstumspolitik und Volksbewußtsein. Eine Studie zur Verfassungsgeschichte ostdeutscher Volksgruppen, in: Hermann Aubin, Otto Brunner, Wolfgang Kohte und Johannes Papritz

- (Hrsg.), *Deutsche Ostforschung. Ergebnisse und Aufgaben seit dem ersten Weltkrieg*, Band 2, Leipzig 1943.
- Schieder, Theodor, Das Deutsche Kaiserreich von 1871 als Nationalstaat, in: Otto Dann und Hans-Ulrich Wehler (Hrsg.), *Nationalismus und Nationalstaat*, Göttingen 1991.
- Schieder, Theodor, *Nationalismus und Nationalstaat. Studien zum nationalen Problem im modernen Europa*, Göttingen 1991.
- Schiemann, Theodor, *Rußland, Polen und Livland bis ins 17. Jahrhundert*, Band 2, Berlin 1887.
- Schlesinger, Walter, Die geschichtliche Stellung der mittelalterlichen deutschen Ostbewegung, in: Lolo Krusius-Ahrenberg, Günther Stökl, Walter Schlesinger und Reinhard Wittram, *Russland, Europa und der Deutsche Osten*, München 1960.
- Schlözer, August Ludwig von, *Allgemeine Nordische Geschichte*, Halle 1771.
- Schmalfuß, Anton, Das deutsche Städtewesen und sein politischer und sozialer Einfluß auf Land und Volk in Böhmen und seinen Nebenländern, in: Anton Schmalfuß (Hrsg.), *Mittheilungen des Vereins für Geschichte der Deutschen in Böhmen* 3, Heft 1, Prag 1864.
- Schorn-Schütte, Luise, Polnische Frage und Deutsche Geschichtsschreibung, in: Klaus Zernack (Hrsg.), *Zum Verständnis der polnischen Frage in Preußen und Deutschland 1772-1871*, Berlin 1987.
- Schulze, Hagen, *Staat und Nation in der europäischen Geschichte*, München 1994.
- Schulze, Hagen, *Geschichte Europas – Phoenix Europa*, Band 4: Die Moderne, von 1740 bis heute, Berlin 1998.
- Seibt, Ferdinand, *Deutschland und die Tschechen. Geschichte einer Nachbarschaft in der Mitte Europas*, München 1993.
- Stölzl, Christoph, *Die Ära Bach in Böhmen. Sozialgeschichtliche Studien zum Neoabsolutismus 1849-1859*, München und Wien 1971.
- Streiter, Karl Heink, *Die nationalen Beziehungen im Großherzogtum Posen (1815-1850)*, Bern 1986.
- Suppan, Arnold, Der Illyrismus zwischen Wien und Ofen-Pest. Die illyrischen Zeitungen im Spannungsfeld der Zensurpolitik, in: Andreas Moritsch (Hrsg.), *Der Austroslawismus – ein verfrühtes Konzept zur politischen Neugestaltung Mitteleuropas*, Wien, Köln und Weimar 1996.
- Treitschke, Heinrich von, Das deutsche Ordensland Preußen, in: *Preußische Jahrbücher*, Band 10, Berlin 1862.
- Treitschke, Heinrich von, Altpreußen und die deutsch-russischen Ostseeprovinzen, in: *Preußische Jahrbücher*, Band 22, Berlin 1868.

- Trzeciakowski, Lech, Polnische Frage in Ideologie und Politik, in: Klaus Zernack, (Hrsg.), *Zum Verständnis der polnischen Frage in Preußen und Deutschland 1772-1871*, Berlin 1987.
- Unruh, Georg-Christoph von, Provinz (Großherzogtum) Posen, in: Heinrich Gerd [u. a.] (Hrsg.), *Verwaltungsgeschichte Ostdeutschlands 1815-1945. Organisation – Aufgaben – Leistungen der Verwaltungen*, Stuttgart 1992.
- Vietig, Jürgen, Die polnischen Grunwaldfeiern der Jahre 1902 und 1910, in: Wolfgang H. Fritze (Hrsg.), *Germania Slavica II*, Berlin 1981.
- Vogel, Barbara, *Deutsche Russlandpolitik. Das Scheitern der deutschen Weltpolitik unter Bülow 1900-1906*, Hamburg 1973.
- Voigt, Johannes, *Geschichte Preußens von den ältesten Zeiten bis zum Untergang der Herrschaft des Deutschen Ordens*, Königsberg 1827-1839.
- Wawrykowa, Maria, Der Slavenkongress 1848 und die Polen, in: Günter Stökl (Hrsg.), *Jahrbücher für Geschichte Osteuropas*, Band 27, Wiesbaden 1979.
- Wawrykowa, Maria, Das Polenmotiv in der Ideologie, in: Klaus Zernack (Hrsg.), *Zum Verständnis der polnischen Frage in Preußen und Deutschland 1772-1871*, Berlin 1987.
- Weber, Max, Die ländliche Arbeitsverfassung, in: Mommsen, Wolfgang J. (Hrsg.), *Max Weber-Gesamtausgabe 1/4: Landarbeiterfrage, Nationalstaat und Volkswirtschaftspolitik. Schriften und Reden 1892-1899*, Tübingen 1993.
- Wigard, Franz (Hrsg.), *Stenographischer Bericht über die Verhandlungen der deutschen constituierenden Nationalversammlung zu Frankfurt am Main*, Band 2, Frankfurt/M. 1848.
- Wippermann, Wolfgang, *Der Ordensstaat als Ideologie*, Berlin 1979.
- Wippermann, Wolfgang, Die deutsche Ostsiedlung in der deutschen Historiographie und Publizistik, in: Wolfgang H. Fritze (Hrsg.), *Germania Slavica I*, Band 1, Berlin 1980.
- Wippermann, Wolfgang, *Der ‚Deutsche Drang nach Osten‘. Ideologie und Wirklichkeit eines politischen Schlagwortes*, Darmstadt 1981.
- Wippermann, Wolfgang, „Gen Ostland wollen wir reiten!“ Ordensstaat und Ostsiedlung in der historischen Belletristik Deutschlands, in: Wolfgang H. Fritze (Hrsg.), *Germania Slavica II*, Band 4, Berlin 1981.
- Wuttke, Heinrich, *Polen und Deutsche*, Leipzig 1848.
- Zernack, Klaus (Hrsg.), *Zum Verständnis der polnischen Frage in Preussen und Deutschland 1772-1871*, Berlin 1987.
- Zernack, Klaus, *Preußen – Deutschland – Polen. Aufsätze zur Geschichte der deutsch-polnischen Beziehungen*, Berlin 1991.

Zientara, Benedykt, Die deutschen Einwanderer in Polen vom 12. bis zum 14. Jahrhundert, in: Walter Schlesinger (Hrsg.), *Die deutsche Ostsiedlung des Mittelalters als Problem der europäischen Geschichte*, Reichenau – Vorträge 1970/1972 (Vorträge und Forschung Bd. VIII), Sigmaringen 1975.

7.3 Zeitungen und Zeitschriften

Alldeutsche Blätter, 15. April 1894; 14. Oktober 1894.

Beilage zur *Allgemeinen Zeitung* vom 16. und 17. Dezember 1848.

Deutsche Ostforschung, Band 2, Leipzig 1943.

Die deutsche Ostmark, Aktenstücke und Beiträge zur Polenfrage, hrsg. vom All-Deutschen Verbands, Berlin 1894 (Flugschrift des All-Deutschen Verbandes Nr.1).

Die deutsche Ostmark, hrsg. vom Deutschen Ostmarken-Verein, Lissa i. P.1913.

Deutsche Zeitung, 22. Juli 1848; 28. Dezember 1848.

Germania Slavica I, Band 1, Berlin 1980.

Germania Slavica II, Band 4, Berlin 1981.

Die Grenzboten vom 19. Januar 1849.

Jahrbücher für Geschichte Osteuropas, Band 27, Wiesbaden 1979; Band 31, München und Wiesbaden 1983.

Mittheilungen des Vereins für Geschichte der Deutschen in Böhmen, Heft 1 und 2, Prag 1864.

Ostdeutsche Wissenschaft 8, München 1961; 10, Berlin 1963.

Die Ostmark. Monatsblatt des Vereins zur Förderung des Deutschthums in den Ostmarken, April, Mai 1897; Januar 1899; April, August, November 1902; November 1910.

Preußische Jahrbücher, 1862, 1868.

Rückblicke auf die preussische Ostmarkenpolitik, hrsg. vom Deutschen Ostmarkenverein, Berlin 1912.